

08  
09



# J A H R E S B E R I C H T 2 0 0 8

## E I N B L I C K E 2 0 0 9



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

### 3 | VORWORT

### 5 | HÖHEPUNKTE

### 15 | EINBLICKE 2008 | 2009

|                           |    |
|---------------------------|----|
| ■ Demokratie .....        | 17 |
| ■ Herausforderungen ..... | 35 |
| ■ Weichenstellungen ..... | 57 |

### 71 | STIFTUNG

|                                                  |    |
|--------------------------------------------------|----|
| ■ Wir über uns .....                             | 72 |
| ■ Stifter und Spender haben vieles bewirkt ..... | 74 |
| ■ Internationale Zusammenarbeit .....            | 75 |
| ■ Politik und Beratung .....                     | 82 |
| ■ Politische Bildung .....                       | 85 |
| ■ Begabtenförderung und Kultur .....             | 88 |
| ■ Wissenschaftliche Dienste und Archiv .....     | 92 |
| ■ Akademie in Berlin .....                       | 96 |
| ■ Die Villa La Collina in Cadenabbia .....       | 98 |

### 99 | NAMEN, FAKTEN, BILANZEN

|                                                        |     |
|--------------------------------------------------------|-----|
| ■ Bilanzen .....                                       | 100 |
| ■ Vorstand .....                                       | 105 |
| ■ Mitglieder .....                                     | 106 |
| ■ Kuratorium .....                                     | 107 |
| ■ Organigramm .....                                    | 108 |
| ■ Außenstellen .....                                   | 109 |
| ■ Die Konrad-Adenauer-Stiftung<br>in Deutschland ..... | 112 |
| ■ Neuerscheinungen .....                               | 113 |
| ■ Zeitschriften .....                                  | 116 |
| ■ Freundeskreis .....                                  | 117 |

### IMPRESSUM

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



jedes Jahr im Herbst verabschiedet die Konrad-Adenauer-Stiftung nach eingehenden Diskussionen ihre Arbeitsplanung für das folgende Jahr. Sie definiert die Schwerpunkte der Aktivitäten und zeichnet die Linien vor, entlang derer die einzelnen Projekte und Maßnahmen der Stiftungsbereiche sich orientieren sollen. Jubiläen und Jahrestage sind dabei wichtige Marksteine, aber auch längerfristige Trends und Entwicklungen finden ihren Niederschlag im Rahmen der satzungsmäßigen Aufgaben. Die Leitthemen Soziale Marktwirtschaft, Zukunft der europäischen Ordnung und Ethische Grundlagen der modernen Bürgergesellschaft geben die wesentlichen Impulse vor.

Seit einigen Jahren konzentriert die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Maßnahmenplanung verstärkt auf eine Reihe von bereichsübergreifenden Projekten und vernetzt damit die Arbeit und den Ressourceneinsatz ihrer Abteilungen. Ein besonders exponiertes Projekt, das 2008 angelegt und auf mehrere Jahre angelegt ist, widmet sich unter dem Titel „Weichenstellungen in die Zukunft“ den herausragenden Jubiläumsdaten 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre Wiedervereinigung. Das mit einem eigenen Logo ausgestattete und alle Hauptabteilungen einbeziehende Projekt soll nicht nur die eigentlichen Gedenkdaten begleiten, sondern vor allem deutlich machen, dass die maßgeblichen Entscheidungen, die Deutschlands Weg in die Zukunft bestimmt haben, das Werk Christlicher Demokraten waren.

Damit verfolgt die Stiftung nicht nur die Absicht, manchen Tendenzen zur Geschichtsklitterung und relativierenden Bewertungen entgegenzuwirken, sondern sie will die für Stabilität und freiheitliche Entwicklung erforderlichen Weichenstellungen bewusst machen und das Vertrauen in die demokratische Grundordnung und ihre

Institutionen neu stärken. Die Zukunft der Volksparteien, die Auseinandersetzung mit extremistischen Kräften, die Sorgen der Mittelschichten unserer Gesellschaft und die Herausforderungen des Wahljahres 2009 sind Themen, die in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung haben und deshalb im Kapitel „Einblicke“ dieses Jahresberichts ausführlich behandelt werden. Dem eigentlichen Komplex der „Weichenstellungen“ ist ein eigener Teil gewidmet.

Eine noch so weitsichtige und längerfristig angelegte Planung für 2008 konnte freilich nicht verhindern, dass auch die Konrad-Adenauer-Stiftung von der Wucht der internationalen Finanzkrise und ihren gravierenden Folgen überrascht wurde. Dank ihrer weltweiten politischen Vernetzung und der in Fragen der Globalisierung gut aufgestellten Arbeitsbereiche war die Stiftung aber in der Lage, mit ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz nach einer ersten Auswertung der Fakten und erkennbaren Konsequenzen ein Arbeits- und Maßnahmenpaket aufzulegen, das sich in das Leitthema Soziale Marktwirtschaft einfügt. Denn so schwerwiegend die Krise auch ist, so groß ist die sich daraus ergebende Chance, das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft als die zentrale Antwort auf all die bängigen Fragen ins Bewusstsein zu rufen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat der Sozialen Marktwirtschaft in ihrer weltweiten Arbeit von jeher Vorrang eingeräumt, weil dieses Modell nicht nur das stabile Fundament einer freiheitlichen politischen Ordnung bildet, sondern auch die Begrenzungs- und Ausgleichsmechanismen im freien Spiel der Kräfte enthält. Es gibt in der Globalisierung kein besseres System, um die Entfaltung der Wachstumskräfte des Marktes mit sozialem Ausgleich und individuellen Aufstiegschancen zu verbinden.

Mit einer Ende 2008 begonnenen und 2009 intensiv weitergeführten Kampagne, mit Analysen und Berichten, Leitfäden und Handreichungen, Seminaren und Kongressen stellt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung ihrer besonderen Verantwortung.

Die Bündelung dieser und anderer inhaltlicher Aktivitäten erfordert besondere Kommunikationsanstrengungen, damit ihre Wirkung nicht verpufft. Hier hat sich das Internet mit seinen Möglichkeiten als besonders effiziente Plattform erwiesen. Wo Publikationen und Veranstaltungen mehr punktuell wirken, bietet das Webangebot der Konrad-Adenauer-Stiftung mit entsprechenden Themenportalen ein konzentriertes Paket aller Aktivitäten. Dabei lässt sich auch unter pädagogisch-didaktischen Gesichtspunkten der politischen Bildung ein breites Nutzerpublikum an die für die Stiftung besonders wichtigen Themen heranführen, das ansonsten für die klassische Seminarveranstaltung immer schwerer zu interessieren ist. Deshalb wird der kontinuierliche Ausbau der Internetpräsenz der Stiftung weiterhin Vorrang in der Kommunikationsstrategie der KAS haben.

Allerdings lassen sich Inhalte nur verbreiten, wenn sie zuvor erarbeitet worden sind. Deshalb gilt auch in diesem Jahr wieder unser besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung in Deutschland und in über hundert Ländern der Welt. Ohne ihren Einsatz und ihr Engagement, oft unter schwierigsten Bedingungen, wäre die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht in der Lage, erneut eine eindrucksvolle Bilanz ihrer Arbeit vorzulegen.

Ein besonderer Dank gilt Wilhelm Staudacher. Nach neun Jahren im Amt des Generalsekretärs der Stiftung hat er sich entschlossen, eine neue Aufgabe zu übernehmen und als Repräsentant der KAS nach Rom zu wechseln. Er hat die Konrad-Adenauer-Stiftung mit großem Engage-

ment weiterentwickelt und ein geordnetes Haus übergeben. Sein unerschöpflicher Ideenreichtum, seine besondere Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen, und eine bemerkenswerte strategische Weitsicht haben maßgeblich dazu beigetragen, die Stiftung in vielen Bereichen neu aufzustellen und für die Zukunft zu rüsten.

Zu danken ist auch den vielen Freunden, Förderern und Partnern der Konrad-Adenauer-Stiftung, die 2008 wiederum unsere Arbeit ideell und materiell unterstützt haben. Wir sind froh und stolz zugleich, dass der Stiftung und ihren Aktivitäten so viel Anerkennung gezollt wird. Spender und Sponsoren, Freunde und Förderer können gewiss sein, dass wir versuchen, uns des entgegengebrachten Vertrauens als würdig zu erweisen und darin einen Ansporn für noch intensivere Anstrengungen sehen, unserem Auftrag gerecht zu werden und die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Der Jahresbericht mit der Bilanz 2008 und den Einblicken 2009 gibt einen repräsentativen Eindruck vom Gesamtspektrum unserer Arbeit wieder. Er zeigt beispielhaft die politische Kompetenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, die unseren weltweiten Aktivitäten und Projekten zugrunde liegt. Wir leiten daraus die Verpflichtung ab, in unseren Bemühungen um Demokratie und Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaat und Gerechtigkeit nicht nachzulassen.

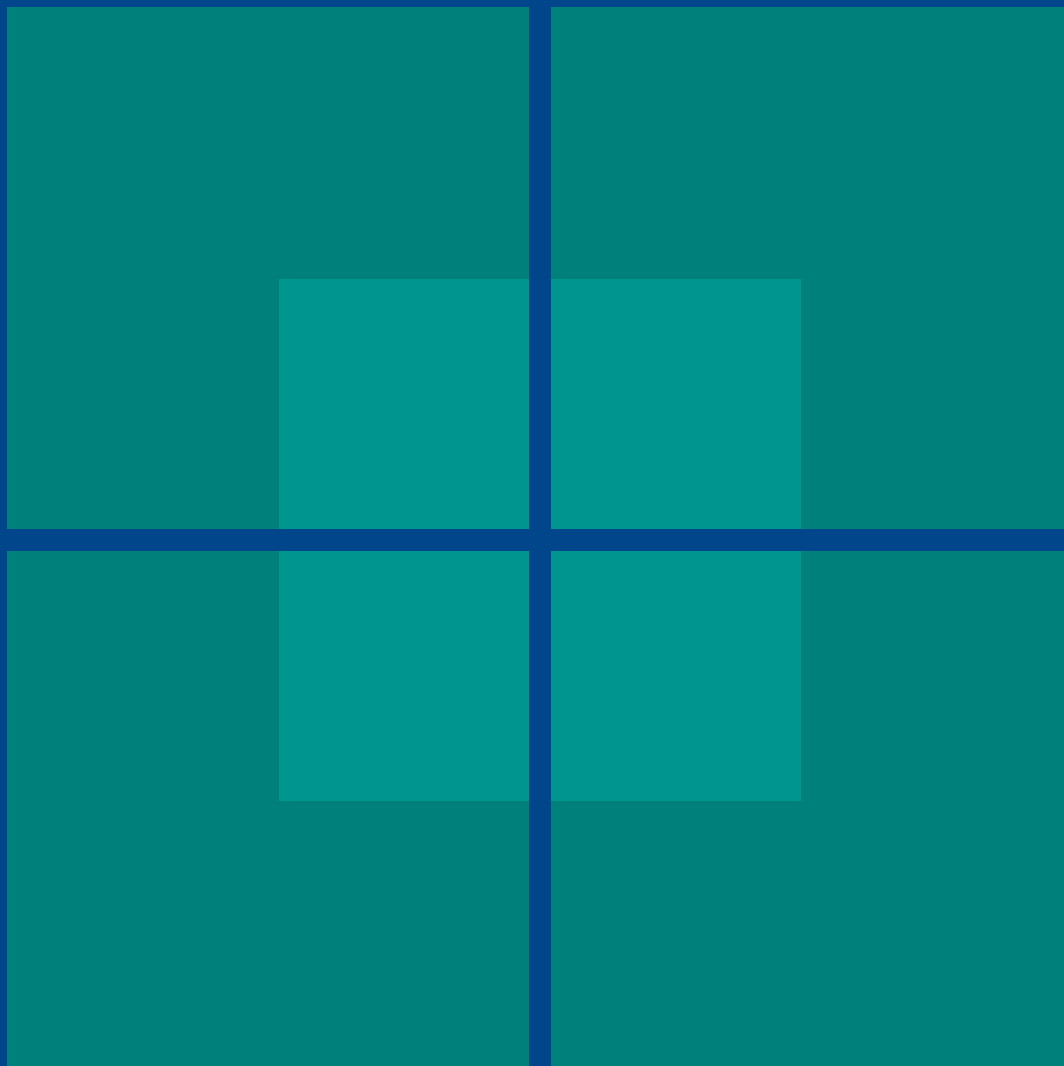
Sankt Augustin/Berlin,  
im Februar 2009



Bernhard Vogel



Michael Thielen



## H Ö H E P U N K T E

AUCH IM JAHR 2008 GAB ES WIEDER ZAHL-  
REICHE HERAUSRAGENDE AKTIVITÄTEN,  
PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN –  
ZU VIELE, UM SIE ALLE HIER ZU WÜRDIGEN.  
EINE AUSWAHL BIETET EINEN EINBLICK  
IN DAS VIELFÄLTIGE AUFGABENSPEKTRUM.



## DIE STIFTUNG ZEICHNET AUS

**Mit drei Preisen honoriert die Stiftung jedes Jahr hervorragende Leistungen von Menschen, die sich im Sinne der von der Konrad-Adenauer-Stiftung vertretenen Ideale durch Originalität und die Leidenschaft für ihre Profession ausgezeichnet haben. Ein Internetwettbewerb zeichnet alle zwei Jahre den Einsatz junger Menschen für Toleranz und gegen jede Form des Extremismus aus.**

DER **LITERATURPREIS**, DEN DIE STIFTUNG 1993 ZUM ERSTEN MAL AUSLOBTE, ENTWICKELTE SICH RASCH ZU EINER FESTEN GRÖSSE IM LITERARISCHEN LEBEN DEUTSCHLANDS. DIE AUSZEICHNUNG EHRT AUTOREN, DIE DER FREIHEIT DAS WORT GEBEN.

IHREN **LOKALJOURNALISTENPREIS** VERLIEH DIE STIFTUNG 2008 ZUM 28. MAL. LÄNGST ZÄHLT ER ZU DEN ANGESEHENSTEN SEINER ART IN DEUTSCHLAND. ETWA 450 BEWERBUNGEN BEI DER LETZTEN AUSSCHREIBUNG BEWEISEN, WIE BEGEHRT DIESER „OSCAR“ UNTER DEN ZAHLREICHEN MEDIENPREISEN IST.

MIT DEM **PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT** ZEICHNET DIE STIFTUNG SEIT 2002 PERSÖNLICHKEITEN AUS, DIE SICH UM DIE STÄRKUNG UND WEITERENTWICKLUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT VERDIENST GEMACHT HABEN.

DER BUNDESWEITE WETTBEWERB **DENKT@G** PRÄMIERT SEIT 2001 INTERNETSEITEN VON JUGENDLICHEN, DIE SICH MIT DER ERINNERUNG AN SHOA UND NS-DIKTATUR, ABER AUCH MIT AKTUELLEN FRAGEN VON RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT AUSEINANDERSETZEN. WEITERE INFORMATIONEN BIETEN WIR IM INTERNET UNTER [WWW.DENKTAG.DE](http://WWW.DENKTAG.DE).

## DEUTSCHER LOKALJOURNALISTENPREIS 2007: EINE GUTE MISCHUNG AUF HOHEM NIVEAU

Das Hamburger Abendblatt gewann den Deutschen Lokaljournalistenpreis 2007 der Konrad-Adenauer-Stiftung für die redaktionelle Gesamtleistung. Bei einer Feierstunde am 25. August 2008 im Hamburger Rathaus nahm Chefredakteur Menso Heyl die Auszeichnung von Dieter Golombek, Sprecher der Jury, entgegen. Golombek: „Die Mischung macht’s, und diese ist eine Mischung auf sehr hohem Niveau.“ Die ausgezeichnete Serie „Hamburg lebenswert“ habe Kriterien wie Lesernähe, kontinuierliche Berichterstattung und die Ansprache vernachlässigter Zielgruppen erfüllt. Golombek lobte außerdem, dass die Redakteure nicht nur die schönen Seiten hervorgehoben, sondern auch kritische Seiten faktenreich abgebildet haben.

Er beglückwünschte zusammen mit Gerhard Wahlers, dem stellvertretenden Generalsekretär der KAS, sowie Karl Dietrich Seikel, Medienkoordinator beim Ersten Bürgermeister Hamburgs, die Lokalredaktion des Hamburger Abendblattes und explizit den Chefredakteur als „Manager des Erfolgs“. Die Lokalredaktion hatte 2007 vor allem mit einer 51-teiligen Serie über die 104 Stadtteile Hamburgs bei den Juroren gepunktet. „Wir wollten einen neuen Blick auf unsere Stadt wer-



fen, losgelöst von aller Routine“, sagte Chefredakteur Menso Heyl in seiner Dankesrede (s. Foto). Als Zeitung sei dabei die eigentliche Herausforderung, vor dem Leser zu bestehen und als Medium zu überleben. Zudem betonte Heyl die Bedeutung des Lokalteils einer jeden Zeitung: „Journalismus wird erst sterben, wenn der Lokaljournalismus bedroht ist. Wir müssen ihn deswegen beschützen und bewahren.“

Platz zwei teilten sich die Freie Presse Zwickau und die Badische Zeitung. Beiden war es gelungen, relativ dröge Themen leserfreundlich aufzubereiten. Das Blatt aus Zwickau hatte bürgernah über die Kreisreform berichtet.

Die Kollegen aus Baden hatten für die Leser das wahre Leben hinter der Haushaltsberichterstattung entdeckt. Der dritte Platz wurde nicht vergeben. Insgesamt wurden bei der 28. Verleihung des Deutschen Lokaljournalistenpreises dreizehn Auszeichnungen vergeben – unter anderem in den Kategorien Innovation, Leser-Blatt-Bindung und Sonderveröffentlichungen.



#### KONSTRUKTIVE MITBESTIMMUNG: AUSZEICHNUNG FÜR PETER WICHEL

**Am 5. November 2008 wurde der siebte „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“ verliehen. Vor mehr als 650 Gästen in der Paulskirche zu Frankfurt am Main erhielt mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Fraport AG, Peter Wichtel, erstmals ein herausragender Arbeitnehmervertreter diese Auszeichnung.**

Im Jahr 1971 begann er seine berufliche Tätigkeit bei der Fraport AG im Bereich Personal-Sozial-Service. Seit dem Jahr 1975 ist er Mitglied des Betriebsrates, dessen Vorsitz er 2002 übernommen hat. Seit dem Jahr 2004 ist er auch Aufsichtsratsmitglied und Vorsitzender des Personalausschusses. Peter Wichtel ist damit an entscheidender Stelle in der Betreiber-Gesellschaft des Flughafens Frankfurt verantwortlich für die betriebliche Mitbestimmung von 12.000 Fraport-AG-Mitarbeitern. In der Begründung der Jury unter Vorsitz von Jens Odewald heißt es unter anderem: „Peter Wichtel hat verdeutlicht, dass gewerkschaftliches Engagement, christlich-demokratische Politik und Soziale Marktwirtschaft den Gegensatz von Arbeitnehmern und Kapitalinteressen aufheben können.“

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, beleuchtete die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth bei der Preisverleihung die besondere Beziehung der Stadt Frankfurt zur Sozialen Marktwirtschaft. In seiner Festrede stellte Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, im 60. Jahr nach Währungsreform und Preisfreigabe das Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit in den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Laudatio des CDA-Bundesvorsitzenden und nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers Karl-Josef Laumann verdeutlichte die herausragende Rolle des Preisträgers in der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung der Fraport AG. Zum Abschluss erinnerte Peter Wichtel daran, dass die Soziale Marktwirtschaft durch den schwierigen, aber gelingenden Ausgleich von Unternehmer- und Arbeitnehmerinteressen ihre besondere Stärke für die Zukunft gewinne.

Die vorangegangenen Preisträger sind die Unternehmer Werner Otto (2002), Berthold Leibinger (2003), Helmut O. Maucher (2004), Hans Bruno Bauerfeind (2005), Sybill Storz (2006) und Arend Oetker (2007).



#### „KULTUR HUMANISIERT DEN ALLTAG“ – LITERATURPREIS 2008 AN RALF ROTHMANN

**Den mit 15.000 Euro dotierten Literaturpreis der KAS 2008 erhielt am 18. Mai 2008 im Weimarer Musikgymnasium der Schriftsteller Ralf Rothmann.**

Der 1953 in Schleswig geborene und heute in Berlin lebende Autor hat bislang sechs Romane, drei Prosa-, zwei Lyrikbände und einen Essayband publiziert. Bei der Ehrung hob der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Professor Bernhard Vogel, die stilistische und kompositorische Begabung des Erzählers Rothmann und seine autobiographisch gefärbte Sensibilität für Themen unserer Zeit hervor: für Familie und Autorität, Freiheit und Verantwortung, Interkulturalität und religiöse Grundorientierung. Auch der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, Dieter Althaus MdL, würdigte Rothmanns Überzeugung, dass „Kultur den Alltag humanisiert“. In ihren Laudationes unterstrichen Thomas Oberender, Leiter des Schauspielprogramms der Salzburger Festspiele, und Matthias Hartmann,



künstlerischer Direktor des Zürcher Schauspielhauses und designierter Burgtheater-Direktor, Ralf Rothmanns erzählerische Empathie für soziale Lebenswelten, vor allem in den Ruhrgebiets- und den Berlin-Romanen („Milch und Kohle“, „Hitze“, „Rehe am Meer“ u.a.). Der Preisträger bedankte sich mit einem eindringlichen Plädoyer für die Freiheit des Wortes. Mit Berufung auf Konrad Adenauer votierte Rothmann entschieden für eine freie Gesellschaft, zu der auch „Transparenz des Staatswesens“ gehöre. Musikalisch umrahmt wurde das Programm von Schülerinnen und Schülern des Musikgymnasiums Schloss Belvedere. Die zahlreichen Besucher, darunter Ehrengäste aus Politik und Kultur, auch der Bundestagspräsident und stv. KAS-Vorsitzende Professor Norbert Lammert sowie die Thüringer Landtagspräsidentin Professor Dagmar Schipanski und Mitglieder des Thüringer Kabinetts, dokumentierten ebenso wie das weite Presse-Echo die große politische und gesellschaftliche Ausstrahlung des Literaturpreises der KAS. Die F.A.Z. hatte den Literaturpreis der KAS im unmittelbaren Vorfeld der Verleihung unter über 400 Kulturpreisen als einen der angesehensten gewürdigt.



Günter Buchstab, Leiter des ACDP, und Michael Richter (HAIT) während der Tagung „Die Ära Kohl im Gespräch“.

### KANZLER DER DEUTSCHEN EINHEIT: KAS ERFORSCHT DIE ÄRA HELMUT KOHL

Am 29. Mai 2008 setzte die Stiftung die Veranstaltungsreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ fort. Bei der Tagung „Deutschlandpolitik von 1982 bis 1990“ diskutierten Forscher wie die Historiker Professor Andreas Wirsching (Universität Augsburg), Michael Richter (Hannah-Arendt-Institut, Dresden) sowie Günter Buchstab und Professor Hanns Jürgen Küsters (beide Archiv für Christlich-Demokratische Politik der KAS) mit Zeitzeugen wie der ehemaligen Bundesministerin Dorothee Wilms, Botschafter a. D. Claus Duisberg und Elmar Brok MdEP über die oft übersehene Vorgeschichte der deutschen Einheit.

Die Deutschlandpolitik Kohls stand – trotz normativer Distanz zur DDR – unter dem Zeichen von Kontinuität und Pragmatismus. Ziel war, die innerdeutsche Grenze durchlässiger zu machen, menschliche Kontakte zu erleichtern und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen zu bewahren. Im Ergebnis führte diese

Politik zur Destabilisierung der DDR, ermöglichte die friedliche Revolution und eröffnete nach dem Fall der Mauer den Weg zur deutschen Einheit. Darüber hinaus erarbeitete das Archiv für Christlich-Demokratische Politik ein umfangreiches Internetportal zur Biographie und Lebensleistung von Helmut Kohl. Für die Jahre seiner Kanzlerschaft (1982–1998) werden wesentliche Zusammenhänge und Stichworte erläutert und zentrale Quellen und wichtige Personen dokumentiert. Außerdem gibt es weiterführende Literaturhinweise sowie eine ausführliche Chronologie. Der Nutzer kann sich ein umfassendes Bild von Kohl als Person sowie von seiner Politik und seinem Regierungsstil machen. Schwerpunkte sind innere Reformen, Europapolitik und deutsche Einheit. Es handelt sich um die zurzeit umfassendste online verfügbare Sammlung von Informationen zu dieser entscheidenden Phase der jüngsten deutschen Geschichte.



[www.helmut-kohl.de](http://www.helmut-kohl.de)



DAFÜR STEHEN WIR EIN ... !!

### KAS-JUGENDKONGRESS 2008

**Demokratie und Zivilcourage sind nicht selbstverständlich – jeder Einzelne muss für die demokratischen Werte im Alltag einstehen. Dies ist die zentrale Botschaft des Jugendkongresses 2008 in Bonn.**

Am 31. Oktober kamen über 400 junge Leute aus ganz Deutschland zusammen, um mit namhaften Politikern und Experten über das Thema „Dafür stehen wir ein...!! Wehrhafte Demokratie im 21. Jahrhundert“ zu diskutieren. Die spannende Auftaktdiskussion mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, Minister Armin Laschet, der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, und Steffi Jones, OK-Präsidentin der FIFA-Frauen-Weltmeisterschaft 2011, moderierte Peter Frey, Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios. Der Fernsehsender Phönix übertrug live. Anschließend debattierten die Teilnehmer kontrovers in Workshops zum Beispiel über die Zukunft der Wehrpflicht, über Gewalt auf dem Campus und dem Schulhof und bei Sportveranstaltungen. Besonders gefragt waren außerdem die Workshops zu den Themen „Terroranschläge in Deutschland – eine Frage der Zeit?“ und „Links- und Rechtsextremismus – Bedrohung für die Demokratie“. Gesprächspartner der Jugendlichen waren unter anderem Brigadegeneral Dieter Warnecke, Gregor Rosenthal vom Bündnis für Demokratie und Toleranz, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Christian Schmidt, der Sicherheitsbeauftragte des DFB, Helmut Spahn, sowie der Extremismusexperte Professor Eckhard Jesse. Das große Engagement der jungen Teilnehmer zeigte sich in klugen Diskussionsbeiträgen und interessierten Fragen an die Politiker und Experten. Zum Schluss wurden die Ergebnisse der Workshops im Plenum vorgestellt und mit dem KAS-Vorsitzenden Professor Bernhard Vogel erörtert. Dieser forderte die Jugendlichen auf, die Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen zu suchen und abweichende Meinungen nicht einfach zu verdammen. Eine Schülerredaktion begleitete den Kongress mit einem Weblog. Stipendiaten der Journalistischen Nachwuchsförderung drehten einen Film, der im Internet zu sehen ist.

[www.kas.de/jugendkongress](http://www.kas.de/jugendkongress)

*Beim Tag der KAS: Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, im Gespräch mit dem weißrussischen Oppositionspolitiker und Leiter der Bewegung „Für die Freiheit“, Alexander Milinkiewitsch.*



## ZWEITER TAG DER KAS MIT SOMMERFEST

# MENSCHENRECHTE WELTWEIT SICHERN!

**Unter diesem Motto fand am 17. September 2008 in Berlin der zweite „Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung“ statt. Mehr als 2.000 Besucher erhielten Einblicke in das vielfältige Engagement der Stiftung sowie wichtige Denk- und Diskussionsanstöße im Hinblick auf die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte.**

Schon am 15. September befassten sich über 100 junge Menschen bei einem Schülerpolitiktag auf kreative Weise mit dem Thema Menschenrechte: In Workshops produzierten sie zum Beispiel Kurzfilme, eine Fotoreportage sowie eine Theaterperformance und entwickelten eine Werbekampagne. Erstmals fand überdies ein Fortbildungsprogramm für Lehrerinnen und Lehrer statt. Sehr eindringliche Momente erlebten am Vorabend des Tags der KAS die Besucher bei der Vorführung des preisgekrönten Dokumentarfilms „Zur Schuld verdammt. General Dallaire, die Blauhelme und das Massaker von Ruanda“. Dallaire war 1994 Befehlshaber der UN-Truppen in Ruanda und musste, da die von ihm ebenso vehement wie vergeblich eingeforderte weitere Unterstützung nicht eintraf, nahezu hilflos miterleben, wie innerhalb von 100 Tagen mehr als 800.000 Menschen – überwiegend Angehörige der Tutsi-Minderheit – grausam ermordet wurden. Über Ursachen, Hintergründe und Konsequenzen dieses Völkermords und das Versagen der internationalen Staatengemeinschaft diskutierte anschließend u. a. Esther Mujawayo-Keiner, die bei dem Massaker ihren Mann und zahlreiche Familienangehörige verlor. Am 17. September begann der Tag der KAS mit einem Fachgespräch zwischen hochrangigen Repräsentanten des internationalen Menschenrechtsschutzes und Vertretern internationaler Menschenrechtsorganisationen. Aus dem Ausland waren gekommen: Richterin Cecilia Medina Quiroga, Präsidentin des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Richter Josep Casadevall, Sektionspräsident am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, die Präsidentin der Afrikanischen Menschenrechtskommission, Sanji Mmasenono

Monageng, und Andi Matallata, Minister für Justiz und Menschenrechte in Indonesien. Diese vier Gäste kamen am Nachmittag auch zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion zusammen, die Günter Nooke, der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, moderierte. Zu Gast war überdies der weißrussische Oppositionspolitiker Alexander Milinkiewitsch, Leiter der Bewegung „Für die Freiheit“ und Träger des Sacharow-Preises für Menschenrechte. In seiner Rede sprach er ein eindrückliches Bekenntnis zu den Werten Europas und ein Plädoyer für die Verteidigung der Menschenrechte aus: „Die Idee der Menschenrechte wird zu dem Leuchtturm, an dem sich Gesellschaften im Wandel orientieren.“ Der Höhepunkt des Tages war die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Aspekten einer werteorientierten Außenpolitik in der globalisierten Welt. In seiner Einführung hierzu verwies der KAS-Vorsitzende Bernhard Vogel auf die Diskrepanz zwischen der allgemeinen Anerkennung der UN-Menschenrechtserklärung und den in vielen Ländern bestehenden eklatanten Defiziten beim Schutz der Menschenrechte. „Öffentlich ist das allgemeine Bekenntnis zu Menschenrechten auf internationaler Ebene das eine, die Umsetzung zu Hause aber das andere“, unterstrich er mit Blick auf die Verhältnisse in Darfur, Myanmar, Iran und Weißrussland. „Interessengeleitete Außenpolitik muss auch wertegeleitete Außenpolitik sein“, hob die Bundeskanzlerin in ihrer Rede hervor. Nachdrücklich betonte sie den universellen Charakter der Menschenrechte, die von allen Staaten zu respektieren seien. Wichtigstes Instrument zur Verbreitung und Sicherung der Menschenrechte sei der Dialog, der zugleich mit fester Wertebasis und Konfliktfähigkeit geführt werden müsse. Auf vielfältige Weise präsentierten die verschiedenen Hauptabteilungen in der Akademie und im „Café Konrad“ während des Tages wichtige Ausschnitte ihrer Arbeit und legten dabei den Fokus auf das Themenfeld der Menschenrechte. Der Tag klang mit einem Gartenfest aus, bei dem über 1.500 Gäste dank der Unterstützung zahlreicher Sponsoren einen unterhaltsamen Abend erlebten.



### ELTERN UNTER DRUCK

Die Diskussion um Schulprobleme, Medienverwahrlosung und Erziehungsunsicherheiten der Eltern hat die Frage nach Verantwortung und Selbstverständnis von Eltern aufgeworfen. Eltern sind der Schlüssel aller Erziehungsprozesse, doch wissen wir kaum etwas über ihre Lebenssituation und ihren Lebensalltag. Daher hat die KAS das Thema „Eltern“ von Sinus Sociovision in den verschiedenen sozialen Milieus untersuchen lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist am 27. Februar 2008 in der KAS-Akademie durch die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen vorgestellt worden. Als Buch erschien „Eltern unter Druck“ im Lucius & Lucius Verlag. Die Analyse wurde in über 300 Presseartikeln, in TV-Reportagen und Internetplattformen besprochen. Familienbildungsstätten, Erziehungsberatungen und jugendpsychologische Einrichtungen ziehen das Werk für ihre Arbeit zu Rate.



### BRAUCHEN WIR GOLDMEDAILLEN?

„Der Kampf gegen Doping ist zu gewinnen“. Dies ist die Kernaussage des X. Eichholzer Sportforums, das am 23. und 24. Oktober 2008 in der Sportstadt Leipzig stattfand. Vertreter aus Politik, Sportverbänden, Sportwissenschaft und Medien, aber auch Sportler und Sportlehrer mit Schülern aus Sportleistungskursen verfolgten eine spannende Diskussion zum Thema „Brauchen wir Goldmedaillen? – Sport und Sportler im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Erwartungen und Leistungssteigerung durch Doping“. Die Referenten analysierten die Dopingproblematik aus unterschiedlichen Verantwortungsbereichen heraus, so dem politisch-staatlichen, dem sportlichen, dem medizinischen, aber auch dem ethischen und gesellschaftlichen, und gaben einen Ausblick in die Zukunft der Dopingbekämpfung. Das Foto zeigt Thomas Bach, Vizepräsident des IOC, bei seinem Vortrag.



### DIE FAMILIE ALS GARANT DER FREIHEIT

Paul Kirchhof, dessen Beruf das Steuerrecht, dessen Passion aber die Familienpolitik ist, legte am 16. September in einem Vortrag vor 170 Gästen im Bildungszentrum Schloss Eichholz dar, welche dramatischen mittel- und langfristigen Folgen es haben wird, wenn der Trend zum Singledasein, zur Verkleinerung der Familie und zur Fremdbetreuung von Kindern anhält. Für Kirchhof sind ein fester Familienzusammenhalt und eine günstige demographische Entwicklung entscheidend für unser Gemeinwesen, für den Lebensstandard der Älteren und für die Chancen der Jungen – damit für die Freiheit der Bürgergesellschaft. Paul Kirchhof verband eine volkswirtschaftlich geprägte Analyse mit konkreten politischen Forderungen, etwa nach einem „Elternwahlrecht“ (mehrere Stimmen bei Wahlen je nach Familiengröße) und einer Art Erziehungsgehalt für Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen.



### HOMMAGE FÜR DIE TÄNZERIN BIRGIT KEIL

Im Januar 2008 würdigte die Stiftung die Primaballerina Birgit Keil in einer eleganten Soiree als eine der weltweit bedeutendsten Tänzerinnen unserer Zeit ebenso wie ihr Engagement für den tänzerischen Nachwuchs. Dieser Verantwortung stellt sich die Künstlerin mit großer Verve und herausragendem Erfolg in vielfältiger Weise: mit der Tanzstiftung Birgit Keil, die seit mehr als zehn Jahren besteht, über ihr Amt als Direktorin der Akademie des Tanzes der Staatlichen Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Mannheim und als Ballettchefin in Karlsruhe. Professor Birgit Keil steht beispielhaft für ein Erfolgskonzept aus Erfahrung, Leidenschaft, künstlerischer Leistung und bürgerschaftlichem Engagement. Die feierliche Hommage beschenkte die Geehrte mit Tanzproben von Eleven ihrer Ballettklasse, mit dem Mahler Chamber Orchestra und „standing ovations“.



## WERTE MÜSSEN UNSER HANDELN LEITEN

# DAS GEMEINWOHL IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

**Wir leben alle in einer Welt. Diese Welt verändert sich, wird immer stärker vernetzt und wächst zusammen. Wie kann in diesem sich stark wandelnden globalen Umfeld das Gemeinwohl – verstanden als das „gemeinsame Gut“, das „bonum commune“ einer Gesellschaft – so verwirklicht werden, dass es allen Menschen gleichermaßen zugutekommt? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines internationalen Symposiums, das die Konrad-Adenauer-Stiftung am 15. Februar 2008 anlässlich des 75. Geburtstags ihres Vorsitzenden, Professor Bernhard Vogel, in Berlin durchführte.**

Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl eröffnete das Symposium und bedankte sich bei Bernhard Vogel, den er einen „Glücksfall für die Politik“ nannte, für eine lange gemeinsame Wegstrecke. Vogel sei ein „leidenschaftlicher Demokrat, ein deutscher Patriot und ein Europäer“, der sich um die deutsch-französische Aussöhnung verdient gemacht habe.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Professor Hans-Gert Pöttering, der Erzbischof von Dublin, Diarmuid Martin, und der ehemalige Generaldirektor der Welthandelsorganisation, Peter Sutherland, machten aus Sicht von Politik, Kirche und Wirtschaft deutlich, dass die Verwirklichung des Gemeinwohls im Zeitalter einer sich beschleunigenden Globalisierung von hoher Relevanz ist. Die Gemeinwohlvorsorge der Nationalstaaten werde zunehmend aufgeweicht, und tief verwurzelte politische, rechtliche und religiöse Werte des Westens sähen sich konkurrierenden Ordnungsmodellen gegenüber. Wo berühren sich Globalisierung und Gemeinwohl? Diese Frage warf Professor Wolfgang Schürer von der Universität St. Gallen zur Einführung in das Panel „Dem Gemeinwohl internationale Geltung verschaffen“ auf. Die Antworten der vier Redner, Professor Peter Molt, Professor Stefan Oeter, Inge Kaul und Christian Ruck MdB, beleuchteten die Bedeutung des Gemeinwohls in der Entwicklungszusammenarbeit, im Völkerrecht sowie bei der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter. In einem Punkt

waren sich die Referenten einig: Nur durch Definition und Wertschätzung eines gemeinsamen gesellschaftlichen Ziels kann der Prozess der Globalisierung gelingen. Angemessene Institutionen seien essentiell für die Möglichkeiten der Umsetzung dieses weltweiten gemeinsamen Guts.

Bundeskanzlerin Angela Merkel wies in ihrer Abschlussrede darauf hin, dass Grundlage einer globalen Teilhabe eine durch Werte geleitete Außenpolitik sein muss. Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte bildeten den Kern einer wertorientierten globalen Ordnungspolitik. Auf nationalstaatlicher Ebene seien die Koordinaten unseres Ordnungsrahmens Teil eines erfolgreichen gesellschaftlichen Modells, und mit entsprechendem Selbstbewusstsein sollten wir für dieses Modell in der Welt eintreten. Eine Herausforderung bestehe darin, dass die Zusammenarbeit nicht allein mit Partnern des Okzidents zu bewerkstelligen sein werde; wir müssten uns anderen Ordnungs- und Leitbildern stellen: Nichtwestlich geprägte, wirtschaftlich wie politisch bedeutsame Länder gewannen zusehends an Bedeutung. Auch mit diesen Ländern, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben und über andere Netzwerke und Regelungsmechanismen verfügen, müssten wir kooperieren und Partnerschaften begründen. Ein globaler Ordnungsrahmen sei ein anspruchsvolles Unterfangen und schwierig in der Umsetzung. „Wenn wir diese Herausforderungen annehmen“, so die Bundeskanzlerin, „dann wird sich unser Leben und unsere Politik verändern. Diese Veränderung darf aber nicht auf Kosten unserer Werte stattfinden. Die Werte bleiben gültig, aber sie müssen auf neue Sachverhalte angewandt werden.“ Wenn dies gelinge, dann könne die Globalisierung als die große Chance wahrgenommen werden, die sie ist.

An das internationale Symposium schloss sich anlässlich des 75. Geburtstags des Stiftungsvorsitzenden ein festlicher Empfang an, der von Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert eröffnet wurde.



### LEIDENSCHAFTLICH WAHRHAFTIG!

Hanna Renate Laurien, ehemalige Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, Schulsenatorin in Berlin und Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, hat vier Jahrzehnte bundesdeutscher Politik wesentlich mitgeprägt und dabei stets ihren christlichen Glauben zur Richtschnur ihres Handelns gemacht. Anlässlich ihres 80. Geburtstags führte die Stiftung im April das Symposium „Christliches Werteverständnis und politisches Handeln“ durch. In der KAS-Akademie diskutierten Bundesministerin Annette Schavan, der Präsident des ZdK, Professor Hans Joachim Meyer, der Politikwissenschaftler Professor Heinrich Oberreuter und Georg Hefty, FAZ, über vielfältige Fragen und Aspekte wertegebundenen Handelns in der politischen Praxis. „Leidenschaftlich wahrhaftig“ war der Tenor der sehr persönlichen Laudatio von ZDF-Intendant Professor Markus Schächter auf Hanna Renate Laurien.



### HISTORY AND MEMORY AFTER THE HOLOCAUST

„Gedächtnis ist ein lebendiger Prozess.“ Dieser Gedanke kennzeichnete den Diskurs einer mehrtägigen internationalen Tagung zu „History and Memory after the Holocaust. 1938 – 1948 – 2008“, zu der sich Anfang November im Vorfeld des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht Wissenschaftler und Künstler in der Akademie trafen. Referate und kulturelle Beiträge befassten sich mit vielfältigen Fragen einer Politik und Ästhetik des Erinnerns. In seinem Eröffnungsvortrag „Aus der Asche“ erinnerte der frühere israelische Botschafter Avi Primor an die politischen Prozesse, die sich mit den Daten 1938 und 1948 verbinden. Die Uraufführung des Stückes „Arche der Unschuld“, von Karin von Trotha mit einer Gruppe junger Schauspieler eindrucksvoll in Szene gesetzt und von Veronica Jochum von Moltke am Klavier begleitet, thematisierte verschiedene Aspekte der Dialektik von History und Memory.



### DIE ZUKUNFT EUROPAS IM BLICK

Wie sehen die Herausforderungen an das Europa des 21. Jahrhunderts aus? Mit dieser zentralen Frage haben sich rund 250 Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung auf einem ganztägigen Symposium während ihrer Jahrestagung vom 22. bis 25. Mai 2008 in Königswinter auseinandergesetzt. Prominent besetzte Podien zu Energiesicherheit, zu Innovation und Europas Chancen im globalen Wettbewerb sowie zum Islam trafen auf interessierte und engagiert diskutierende Alumni. Die Teilnehmer wählten Markus Zeitzen einstimmig zum neuen Sprecher der Altstipendiaten. Michael Wolf wurde als Schatzmeister mit gleichem Votum bestätigt. Ein festlicher Ball im Gästehaus der Bundesrepublik auf dem Petersberg in Königswinter bei Bonn und zwei Konzerte des Kammerorchesters der Begabtenförderung bildeten Höhepunkte des erfolgreichen Altstipendiatentreffens.



### DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG IN GEORGIEN

Georgiens Präsident Michail Saakaschwili war am 24. Juni, wenige Wochen vor Ausbruch des bewaffneten Konflikts in seiner Heimat, zu Gast in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. In seinem Vortrag „Zwischen Souveränität und Integration – Transformation und Entwicklung Georgiens seit 1991“ entwarf Saakaschwili eine Vision für die künftigen Beziehungen Georgiens zur Europäischen Union: Das Land am Kaukasus habe sich seit der Rosenrevolution 2003 stark gewandelt und nach demokratischem Vorbild ausgerichtet. „Wir haben radikale Reformen durchgeführt und damit nicht nur die Wirtschaft verändert oder die Regierungsstruktur, sondern die gesamte politische Kultur“, so Saakaschwili. Auch wenn ein EU-Beitritt derzeit nicht angestrebt werde, wolle Georgien den Status eines Landes erreichen, das der EU beitreten könnte.



## 60 JAHRE ISRAEL

### IN FREUNDSCHAFT VERBUNDEN

**Im Jahr 2008 beging Israel den 60. Jahrestag seiner Staatsgründung, und die KAS feierte mit. Die breite Palette ihrer deutsch-israelischen Aktivitäten stellte die Stiftung am 8. Mai auf dem Markt der Möglichkeiten im Rahmen des großen Israel-Festes auf dem Berliner Gendarmenmarkt vor. Mitarbeiter verschiedener Hauptabteilungen informierten die rund 2.000 Gäste mit Publikationen und im persönlichen Gespräch über das Israel-Engagement der KAS.**

Bereits am 22. April wurde in der Akademie der Konrad Adenauer-Stiftung in Berlin der Gründung des Staates Israel gedacht: Unter dem Motto „Shalom – 60 Jahre Israel“ diskutierten auf der gemeinsam vom Zentralrat der Juden in Deutschland und von der KAS organisierten Veranstaltung prominente Redner wie der ehemalige Botschafter Israels in Berlin, Avi Primor, und die damalige Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Hildegard Müller, sowie weitere deutsche und israelische Gäste über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des jüdischen Staates. Am gleichen Tag fand ein Jugendforum mit über 300 Berliner Schülern statt, die engagiert mit Experten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, des American Jewish Committee, des Koordinierungszentrums deutsch-israelischer Jugendaustausch ConAct und der israelischen Botschaft über die deutsch-israelischen Beziehungen und den Nahostkonflikt diskutierten. Mit einer eigens zum Staatsjubiläum entwickelten Ausstellung, die in Berlin und Hamburg gezeigt wurde, stellte die KAS ihre Arbeit in Israel sowie vielfältige nationale und internationale Projekte im Dialog mit der jüdischen Welt vor. Eine in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf entwickelte Kabinettsausstellung präsentierte Dokumente und Fotos, die den schwierigen Beginn der deutsch-israelischen Gespräche und Beziehungen, aber auch Adenauers persönliche Kontakte zu Israel und insbesondere zu David Ben Gurion, dem ersten israelischen Ministerpräsidenten, dokumentieren.

Im Rahmen der alljährlichen Jüdischen Kulturtage beleuchteten bei einer Gesprächsrunde in der Akademie der Historiker Professor Michael Wolffsohn und der frühere Herausgeber der Jerusalem Post Ari Rath die wichtige Rolle der Jeckes – eine jiddische Bezeichnung für deutschsprachige Juden – beim Aufbau des Staates Israel.

Die Bildungswerke der KAS trugen mit einer Rednertour in zwanzig deutschen Städten, an der sich acht israelische Referenten beteiligten, dazu bei, dass Schüler und andere politisch Interessierte Informationen über Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Israel und die Situation im Nahen Osten aus erster Hand erhielten. Ein kultureller Höhepunkt anlässlich des Jubiläums war die gemeinsam von KAS und Rheinischem Merkur durchgeführte Veranstaltung „Literatur und Verantwortung“ im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn. Bundesministerin a.D. Dorothee Wilms erinnerte an die Begegnung von Konrad Adenauer und David Ben Gurion, die Anfang der 1960er Jahre den Grundstein für die deutsch-israelische Aussöhnung und den Dialog zwischen beiden Völkern gelegt hatten. Robert Menasse las aus seinem Roman „Die Vertreibung aus der Hölle“, der die Geschichte des europäischen Judentums im 17. und im 20. Jahrhundert thematisiert.

Die israelische Außenministerin Zipi Livni trat als Gastrednerin bei der Jubiläumsfeier des KAS-Auslandsbüros in Jerusalem auf, zu der die KAS gemeinsam mit dem „Jerusalem Center for Public Affairs“ eingeladen hatte. Livni beschrieb die doppelte Herausforderung, vor der ihr Land heute stehe: Die physische Existenz Israels zu sichern und für die Werte zu kämpfen, für die Israel als demokratischer Staat eintrete.

# US-WAHLEN 2008

## DIE BEDEUTUNG DES US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLKAMPFS FÜR EUROPA

Der längste und teuerste Präsidentschaftswahlkampf aller Zeiten war für Kampagnenexperten ein beliebtes Studienobjekt. Auch wenn vieles nicht übertragbar ist, lohnt es sich, die neuesten Entwicklungen näher zu betrachten. Die KAS lud daher im Mai zehn US-Kampagnenprofis ein, um bei der 6. Internationalen Konferenz für Politische Kommunikation über erste Erfahrungen aus den Vorwahlen zu berichten. Die Referenten stellten neueste Trends bei Microtargeting, Online-Fundraising und Negative Campaigning vor und analysierten am Beispiel Hillary Clinton den Faktor Geschlecht.

In der Schlussphase des Wahlkampfes organisierte die KAS eine Reise nach Washington D.C. und Ohio, wo es vor allem darum ging, „Get-Out-The-Vote“-Aktivitäten mitzuerleben. Im Mittelpunkt der Gespräche in Washington stand die Erfolgsstrategie von Barack Obama, dem es gelang, Jung- und Erstwähler durch eine Kombination von neuester Technik mit klassischen Methoden der direkten Wähleransprache zu mobilisieren.

Die Wahl Obamas weckt Hoffnungen, dass eine revitalisierte transatlantische Partnerschaft die drängenden internationalen Herausforderungen bewältigen kann. Die unsichere Lage in Afghanistan, der globale Klimawandel, die Verknappung strategischer Ressourcen, das iranische Streben nach Atomwaffen, der Umgang mit Russland und China – die Liste ist lang. Daher lud die KAS im Dezember 2008 Experten ein, unter dem Motto „Richtungswechsel im Weißen Haus?“ Wege zu einem effizienten Multilateralismus zu skizzieren. Elmar Brok MdEP, Patrick Child (Kabinett der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen), Ivan Korcok (Botschafter Slowakische Republik), Eckart von Klaeden MdB, Jamie Fly (US National Security Council) diskutierten mit Gästen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien. Am Ende stand die Erkenntnis, dass keines der globalen Probleme ohne eine funktionierende transatlantische Achse gelöst werden kann. Steigendes europäisches Engagement und eine kooperativere amerikanische Regierung stimmen hoffnungsfroh, dass die Zukunft im Sinne westlicher Interessen und Werte gestaltet werden kann.



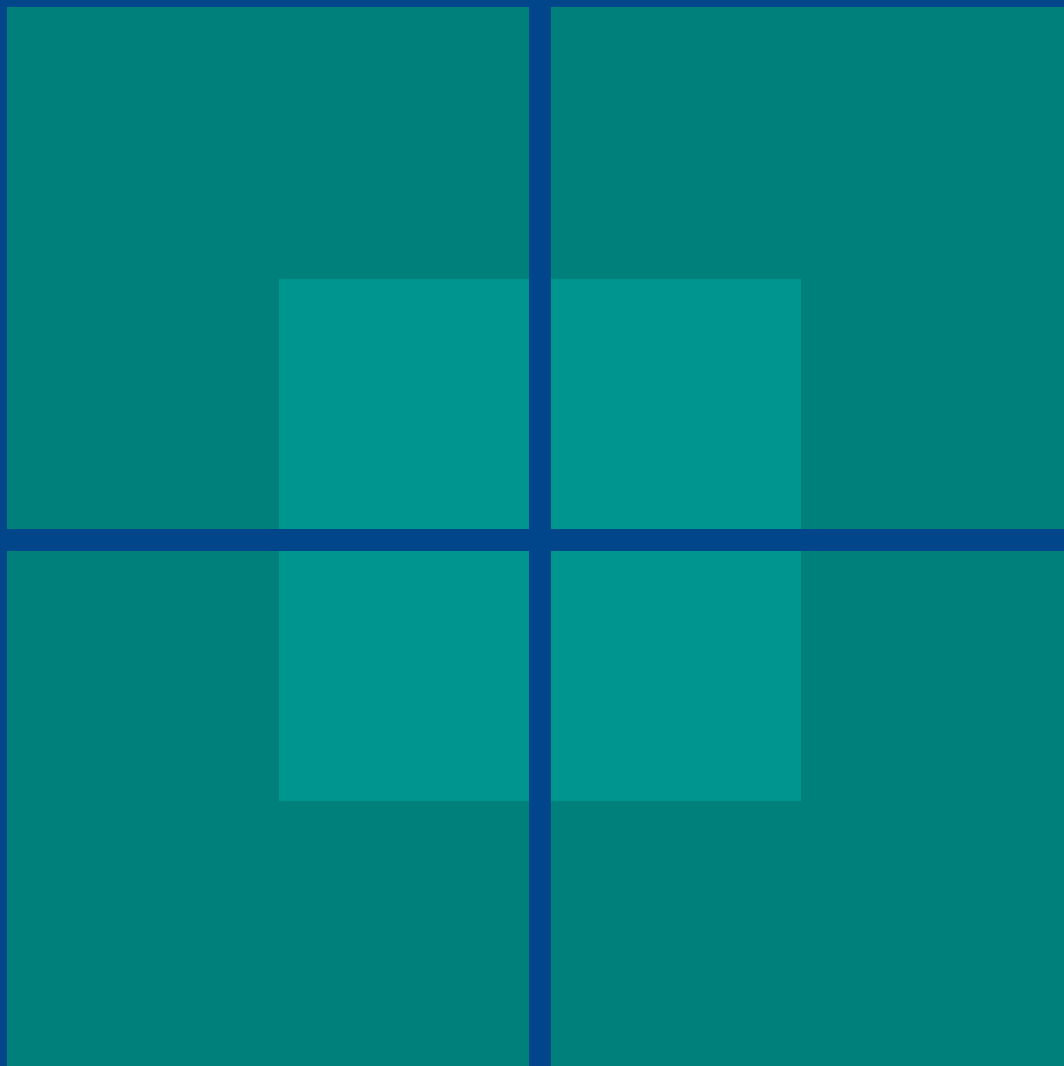
## EUROPA UND LATEINAMERIKA: „PARTNERSCHAFT MIT LEBEN FÜLLEN“

Am 8. Mai 2008 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einer gemeinsamen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der CDU/CSU-Fraktion und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) dazu aufgerufen, die strategische Partnerschaft zwischen Lateinamerika und Europa „mit Leben zu füllen“. Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sei, dass die Staaten Lateinamerikas ihre Interessen und Kräfte bündelten. Die Vielfalt der politischen Richtungen stünden dem momentan noch im Wege. Merkel betonte angesichts des zunehmenden asiatischen Interesses an Lateinamerika: „Als langjährige Partner müssen wir uns anstrengen, dass wir Europäer wichtige Partner bleiben.“

Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, forderte, dass die Europäer in der Region wieder mehr investieren. Mit den Chancen, die die Soziale Marktwirtschaft gerade ärmeren Menschen biete, stünden die Aussichten für eine positive Entwicklung gut.

Der stellvertretende Vorsitzende der KAS Anton Pfeifer erinnerte an die großen Verdienste der Stiftung bei der Überwindung der Militärdiktaturen auf dem Kontinent. Jedoch könne sie sich nicht zurücklehnen: „Jede Generation muss aufs Neue für die Demokratie gewonnen werden.“

Eckart von Klaeden, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellte die Lateinamerika-Strategie seiner Fraktion vor. „In einer Zukunft, die aufgrund der demographischen Entwicklung weniger euro-atlantisch geprägt sein wird, brauchen wir für die Berücksichtigung unserer Interessen verlässliche Partner, und diese Partner finden wir vor allem in Lateinamerika“, stellte er fest. Doch Europa drohe dort an Einfluss zu verlieren, nachdem andere wirtschaftlich bedeutende Partner wie China Interesse an dem Kontinent zeigten. Deutschland müsse daher vor allem in der Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Kulturpolitik mehr Präsenz in Lateinamerika zeigen. Soledad Alvear, Senatorin der Republik Chile und Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei Chiles (PDC), und Germán Martínez, Präsident des Partido Acción Nacional de México (PAN), sowie Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, beteiligten sich mit Impulsvorträgen (siehe Foto oben).



E I N B L I C K E  
2 0 0 8 | 2 0 0 9

IHR HERAUSRAGENDES FACHWISSEN UND IHRE  
WELTWEITE POLITISCHE KOMPETENZ NUTZT DIE  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, UM AKTUELLEN  
HERAUSFORDERUNGEN ADÄQUAT ZU BEGEGNEN.  
DAS ZEIGEN DIE FOLGENDEN BEITRÄGE ZU  
THEMEN, DIE ÜBER DEN TAG HINAUS DIE ARBEIT  
DER STIFTUNG BESTIMMEN.

## DEMOKRATIE

- 20 | ■ *Warum Volksparteien Zukunft haben –  
Das Integrationsmodell ist wichtiger denn je*  
Ralf Thomas Baus
- 25 | ■ *Wachsam bleiben!*  
Die Extremisten am rechten und linken Rand  
profitieren vom Desinteresse der Mehrheit  
Viola Neu
- 28 | ■ *Kein Grund zur Entmutigung –  
Europa im Wahljahr 2009: eine Bestandsaufnahme*  
Peter R. Weilemann
- 31 | ■ *Auftrag Demokratie – Nachfrage verbesserungsfähig –  
Die politische Bildung muss sich nicht neu erfinden, aber neue Wege gehen*  
Ludger Gruber/Melanie Piepenschneider
- 34 | ■ *Junge Akademie –  
Neue Veranstaltungsformen binden neues Interesse*  
Andreas Kleine-Kraneburg

## HERAUSFORDERUNGEN

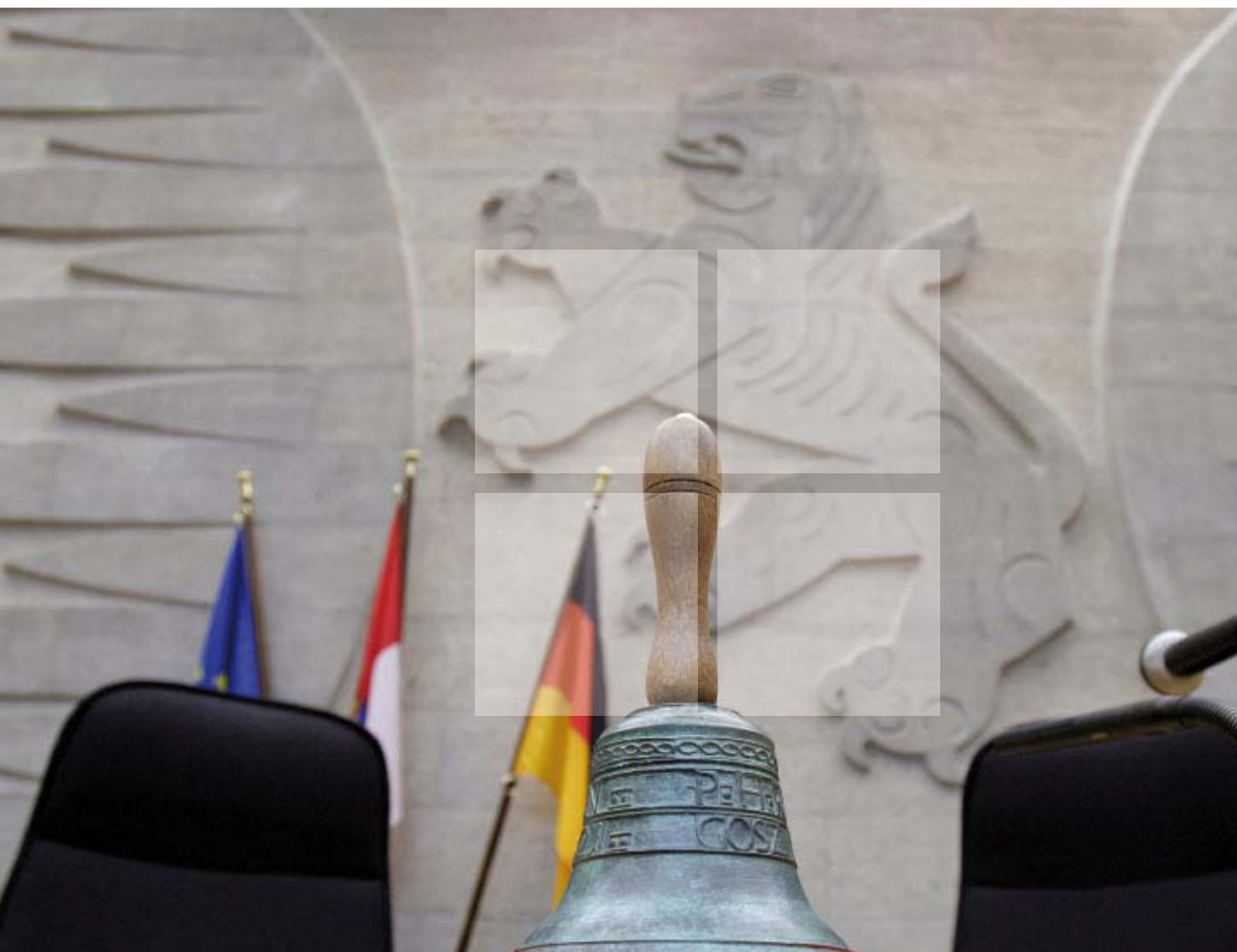
- 38 | ■ *Der Druck im Kessel steigt –  
die Mittelschicht und ihre besondere Rolle in der Krise*  
Michael Borchard
- 43 | ■ *Wenn die Banken wanken –  
die Finanzmarktkrise und die Perspektive der Sozialen Marktwirtschaft*  
Matthias Schäfer
- 46 | ■ *Klasse statt Masse –  
Seit dreißig Jahren bildet die Konrad-Adenauer-Stiftung Journalisten aus*  
Walter Bajohr
- 48 | ■ *Rekorde, Pleiten und Langstreckenläufer –  
Kurskorrekturen auf dem Kunstmarkt*  
Hans-Jörg Clement
- 51 | ■ *Kontinuität und Wandel –  
Optionen für eine krisenfeste Außen- und Sicherheitspolitik*  
Patrick Keller
- 54 | ■ *Chinas Engagement in Afrika –  
zwischen Wettbewerb und Partnerschaft mit den „alten Geberländern“*  
Peter Hefe
- 56 | ■ *Indien will über die Schwelle –  
Seit vierzig Jahren engagiert sich die KAS auf dem Subkontinent*

## WEICHENSTELLUNGEN

- 60 | ■ *Die doppelte Staatsgründung  
1949 wurden die Weichen für Erfolg und Scheitern gestellt*  
Wolfgang Tischner
- 63 | ■ *1989 – der Weg zum Mauerfall*  
Hanns Jürgen Küsters
- 66 | ■ *Wie alles anfang*  
Im Januar 1990 startete die Konrad-Adenauer-Stiftung in  
das Abenteuer Deutschland-Ost  
Wolfgang Hilberer
- 68 | ■ *Jubiläen von Einheit und Freiheit: Weichenstellungen in die Zukunft*  
Günter Buchstab/Melanie Piepenschneider
- 70 | ■ *DDR-Mythos: Aufklärung tut not*







KOMMUNALWAHLEN, LANDTAGSWAHLEN, DIE EUROPAWAHL UND SCHLIESSLICH DIE BUNDESTAGSWAHL MACHEN 2009 ZU EINEM REKORDWAHLJAHR. DER SOUVERÄN HAT DAS WORT. ABER WIE VERANTWORTLICH GEHEN DIE WÄHLER DAMIT UM? EINE FRAGE, DIE NICHT NUR FÜR DIE ZUKUNFT DER VOLKSPARTEIEN VON BEDEUTUNG IST.



## WARUM VOLKSPARTEIEN ZUKUNFT HABEN

### DAS INTEGRATIONSMODELL IST WICHTIGER DENN JE

DR. RALF THOMAS BAUS

*Leiter Team Innenpolitik,  
Hauptabteilung  
Politik und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Das deutsche Parteiensystem ist im Wandel. Seit der letzten Bundestagswahl im Jahre 2005 wird ein Trend immer deutlicher sichtbar, der sich auch in den vergangenen Landtagswahlen verstärkt hat: eine Entwicklung zum Fünf-Parteien-System. Die Veränderungen in der Parteienlandschaft haben zu heftigen Debatten über die Zukunft der Volksparteien, über Koalitionsoptionen, aber auch über die Stabilität des politischen Systems geführt. Auflösung sozialer Milieus, nachlassende Parteibindungen, rückläufige Stammwählermilieus, volatiles Wahlverhalten sowie mangelnde Mobilisierungs- und Integrationskraft der Volksparteien sind die Indikatoren des Wandels.

Über viele Jahrzehnte hinweg konnten die Volksparteien zahlreiche gesellschaftliche Gruppen und ihre verschiedenen Interessen integrieren. Durch diese Leistung entstand ein Parteiensystem, dessen Stabilität wesentlich zum Zusammenhalt der Bundesrepublik und zur Sicherung der Demokratie beitrug. Diese Stabilität stellte jedoch nicht nur den innergesellschaftlichen Interessenausgleich her, sondern verhalf auch der jungen Republik zu einem beispiellosen Aufstieg in der Nachkriegszeit. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland spannte sich so vom Höhepunkt der Ära Adenauer bis zum Ende der Ära Kohl ein großer Bogen, der stets auf zwei Säulen ruhte: auf einem stabilen Parteiensystem und auf einer Politik des sozialen Ausgleichs. Bis auf das Zwischenspiel der großen Koalition 1966 bis 1969 galt: Eine große und eine kleine Partei ergeben zusammen eine parlamentarische Mehrheit und eine handlungsfähige Regierung. An ihre Hochphase in den 1960er und 1970er Jahren, als die Volksparteien die Unterstützung breiter Wählerschichten fanden, konnten sie zwar schon in den anschließenden Jahrzehnten nicht mehr anknüpfen. Ihre Fähigkeit, stabile Regierungen zu bilden, blieb von dieser Entwicklung zunächst aber unberührt. Mit zunehmender Fragmentierung des Parteiensystems scheint jetzt auch diese Fähigkeit gefährdet. Vermehrt werden Stimmen in Wissenschaft und Presse laut, die von einer Krise der großen Volksparteien sprechen oder gar das Ende der Volksparteien ausrufen.

Die Herausforderungen der Globalisierung und die überschuldeten öffentlichen Haushalte haben in den letzten Jahren nachhaltige Reformen dringend notwendig gemacht. Der Reformdruck führte zu einem Paradigmenwechsel in der Geschichte der Bundesrepublik, dessen Folgen in einem gewandelten Parteiensystem sichtbar werden. Müssen die Wähler sich also künftig an Minderheitsregierungen, große Koalitionen als Regel und nicht als Ausnahme und an politische Farbkombinationen gewöhnen, an die sie bisher nicht einmal zu denken gewagt haben? Stehen die Formeln zur Macht und die Grundlagen von Stabilität neu zur Diskussion?

Die wesentlichen Veränderungen des deutschen Parteiensystems gehen auf das Jahr 1990 zurück. Denn erst mit der Wiedervereinigung trat links von der SPD dauerhaft eine weitere politische Kraft hinzu. Bis zur Bundestagswahl 2005 konnte sich die Linkspartei im vereinten Deutschland noch nicht als gesamtdeutsche politische Kraft etablieren, doch liegt ihr Wähleranteil in den neuen Bundesländern seit 1990 teilweise weit über 20 Prozent. Im Westen der Bundesrepublik blieb die PDS bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2002 deutlich unter zwei Prozent. Erst bei der Bundestagswahl 2005 konnte sie mit 4,9 Prozent im früheren Bundesgebiet und in Berlin-West ein Ergebnis erzielen, das eine dauerhafte Etablierung auch in der alten Bundesrepublik anzudeuten scheint.

Nun wären die Debatten um die Wandlungen im deutschen Parteiensystem nicht so lebhaft, wenn es sich allein um eine zusätzliche Partei infolge der deutschen Wiedervereinigung handeln würde. Die Wandlungen sind jedoch tiefgreifender und umfassender: Die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien ist gestiegen, vor allem die Mobilisierungs- und Integrationskraft der Volksparteien ist gesunken, das Wahlverhalten ist unberechenbarer geworden, und der Anteil an Stammwählern ist zurückgegangen.

Die mangelnde Integrationskraft der Volksparteien ist durch drei Entwicklungen gekennzeichnet: Das Vertrauen in die Parteien ist gesunken, die Mitgliederentwicklung ist rückläufig, und die Attraktivität für die Wähler nimmt generell ab. Noch Anfang der 1980er Jahre brachte jeder Zweite den Parteien Vertrauen entgegen. Zwischen 1995 und 2005 fiel dieser Wert von 41 auf 17 Prozent. Auch bei der Mitgliederentwicklung sprechen die Zahlen für sich: Seit 1990 hat die SPD etwa 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren, die CDU etwa ein Drittel. Die Attraktivität für die Wähler hat ebenfalls stark nachgelassen: In ihrer Hochzeit banden die beiden Volksparteien 91,2 Prozent der Wähler an sich, 2005 nur noch 69,4 Prozent. Damit nähern sie sich ihrem Ausgangspunkt von 1949 (60,2 Prozent) wieder an. Aufschlussreich erscheint auch, dass die Volksparteien 1976 insgesamt 82,1 Prozent, 2005 aber gerade noch 53 Prozent der Wahlberechtigten an sich banden. Ursache hierfür ist die zum Teil beachtlich gesunkene Wahlbeteiligung.

#### VOLKSPARTEIEN IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Auf die veränderten Rahmenbedingungen für Volksparteien hat Heinrich Oberreuter in fünf Punkten hingewiesen: Erstens setzt sich die Zerstörung von Parteibindungen und Loyalitäten fort. Die sozialen Milieus im westdeutschen Parteiensystem – im ostdeutschen waren sie ohnehin kaum vorhanden –, die Parteidentifikation gestiftet hatten, lösen sich seit Jahrzehnten auf. Durch Wandlungen der Erwerbsstrukturen, Bildungsexpansion und den Wertewandel haben sich diese Milieus mittlerweile auf ihren Kern reduziert. Zweitens hat der Wertewandel den Trend zur Individualisierung in der Gesellschaft verschärft. Den Parteien als kollektiven Organisationen, die programmatisch auf den Gesamtnutzen abzielen, steht die individuelle Nutzenmaximierung entgegen. Drittens entspricht die Politikvermittlung in der Fernsehdemokratie keineswegs politischen Rationalitätskriterien. Denn die Politik hat sich längst den Eigengesetzlichkeiten dieser permanenten Show unterworfen, die nicht die Ratio, das Urteilsvermögen und die analytischen Fähigkeiten der Bürger anspricht, sondern ihre Affekte. Besorgniserregend ist viertens auch, wenn wir beobachten müssen, wie der Vorrang der öffentlichen Darstellung politischer Entscheidungen mittlerweile die Herstellung ebendieser Entscheidungen bestimmt. Wenn Politik verantwortlich handeln soll, dann muss sie ihre politischen Entscheidungen an der Sache und nicht an den „Verkaufschancen“ in den Medien ausrichten. Schließlich müssen wir fünftens feststellen, dass die Bereitschaft zur Beteiligung an Politik bei den Bürgern gering ist.



*Die Bürger haben die Wahl, aber sie machen immer weniger Gebrauch davon. Darunter leiden vor allem die großen Volksparteien.*

Die Schwäche der beiden großen Volksparteien, insbesondere die der SPD, hat also vielfältige Ursachen. Sie hängt mit dem gesellschaftlichen Wandel und dem Reformdruck infolge der Globalisierung zusammen. In Deutschland traf der Widerstand gegen Einschnitte in die sozialen Leistungssysteme die Sozialdemokratie am härtesten. Das hat zur Folge, dass die Union immer öfter als die letzte Volkspartei erscheint. Nur CDU und CSU haben derzeit noch das Potential, bei Bundestagswahlen über 40 Prozent zu erreichen.

#### PARTEIENSYSTEM DER „BONNER REPUBLIK“

Die Wandlungen im heutigen Parteiensystem erscheinen uns so dramatisch, weil wir sie vor der Folie der alten Bundesrepublik sehen. Das „Bonner System“, so Karl-Dietrich Bracher im Rückblick, hat die „historische Zersplitterung des Parteiwesens“ in Deutschland überwunden und die Probleme anderer „zerklüfteter kontinental-europäischer Parteiensysteme“ vermieden – insbesondere das Problem der Instabilität. In der alten Bundesrepublik zeichnete sich die Ära des stabilen Parteiensystems vor allem durch die Möglichkeit aus, Zwei-Parteien-Koalitionen aus einer Volkspartei und einer Kleinpartei zu bilden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik war der Gewinn an Stabilität eine elementare Voraussetzung für die politisch und wirtschaftlich erfolgreiche Wiedereingliederung Deutschlands in die Völkerfamilie. Insbesondere die CDU hat als starke Volkspartei mit ihren Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Helmut Kohl und heute Angela Merkel hierzu wesentlich beigetragen.

#### ARTIKEL 21 DES GRUNDGESETZES

Aus den Weimarer Erfahrungen und den Lehren des menschenverachtenden nationalsozialistischen Terrorregimes haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat bewusst Konsequenzen gezogen. In der modernen Demokratie haben miteinander konkurrierende Parteien konstitutive Bedeutung. Für eine bestimmte Zeit gewählt, erfüllen sie politische Führungsaufgaben und Kontrollfunktionen. Die Parteien



spielen eine maßgebliche Rolle bei der Gestaltung der Politik. Sie sind in der parlamentarischen Demokratie die Bindeglieder zwischen der Bevölkerung und der Staatsgewalt.

In Artikel 21 GG werden sie bewusst gegenüber allen anderen Organisationen und Vereinigungen hervorgehoben: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.“

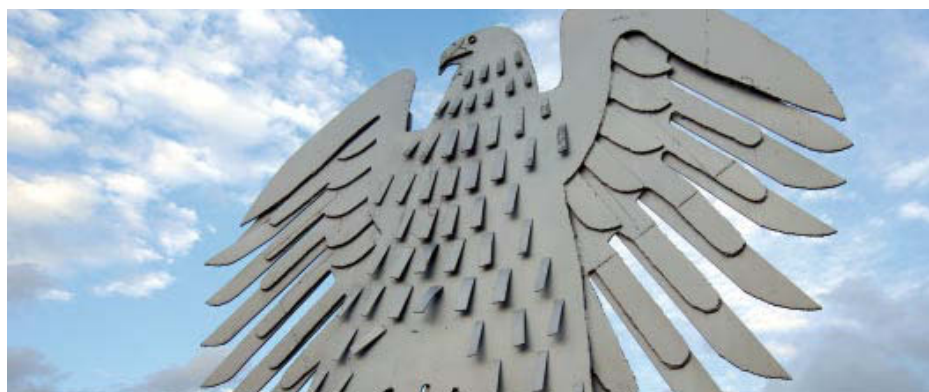
Die aus Artikel 21 GG in Verbindung mit dem Parteiengesetz geforderten Aufgaben der politischen Parteien hat die Politikwissenschaft in sechs Schlüsselfunktionen unterteilt: So soll die Partizipation der Bürger am politischen Geschehen durch die Parteien gewährleistet werden (Partizipationsfunktion). Die Parteien sollen die Umformung sozialer und ideologischer Kräfte in politische Konzepte und politisches Handeln anstreben (Transmissionsfunktion), und sie sollen Alternativen aus dem Angebot der gesellschaftlichen Interessen auswählen, was schließlich auch die Vorauswahl möglichen Regierungspersonals beinhaltet (Selektionsfunktion). In diesem Zusammenhang ist auch die politische Sozialisation zu nennen, die durch „learning by doing“ im Rahmen der Arbeit in einer Partei erfolgen soll (Sozialisationsfunktion).

Die wichtigsten Funktionen sind die Legitimations- und die Integrationsfunktion. Als Bindeglied zwischen den Staatsorganen und der Bevölkerung tragen die Parteien zur Legitimation des politischen Systems bei. Sie haben die Aufgabe, die verschiedenen Teilinteressen in der Gesellschaft durch Integration in eine Partei zu bündeln. Diese Funktion ist gerade heute – insbesondere für die beiden Volksparteien – wichtiger denn je. Die Volksparteien sind eben keine Klientelparteien, sondern sie repräsentieren in der Zusammensetzung ihrer Mitglieder und ihrer Wähler alle Schichten der Bevölkerung. Der Ausgleich verschiedener Teilinteressen innerhalb der Parteien und damit im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen ist ein wesentliches Merkmal der Stabilität, aber auch der Effektivität unserer parlamentarischen Demokratie. Letztendlich müssen Mehrheitsentscheidungen in den Parlamenten immer mit einfachen oder absoluten Mehrheiten herbeigeführt werden. Die Artikulation verschiedener Teilinteressen in zahlreichen Splitterparteien wäre deshalb ein Weg zur Instabilität und Handlungsunfähigkeit.

#### KRISE DES PARTEIENSYSTEMS?

*Die Gelehrten streiten darüber, ob die Volksparteien weiter Zukunft haben oder der Trend zu Interessen- und Klientelparteien stärker wird. Für die Stabilität des demokratischen Systems und seine Regierungsfähigkeit ist die Integrationskraft großer Volksparteien jedoch unverzichtbar.*

Die Umbrüche und Wandlungen im deutschen Parteiensystem haben deshalb vielfache Ängste heraufbeschworen. Alte Befürchtungen werden wieder wach. Einst lautete die Frage: Ist Bonn Weimar? Nun lautet sie: Wird Berlin Weimar? Hinter diesen Metaphern verbergen sich Urängste der Deutschen, Erinnerungen an Zeiten der Massenarbeits-



losigkeit, der Inflation, des Hungers, des Terrors und des Krieges. Urängste, die sich mit den Schlagworten Instabilität und Chaos beschreiben lassen.

Malen wir das Bild aber nicht düsterer, als es ist! Das Ende der Volksparteien ist schon oft vorhergesagt worden. In Wahrheit aber ist es erstaunlich, wie stabil sich das deutsche Parteiensystem über Jahrzehnte hinweg gehalten und alles überstanden hat, von der deutschen Wiedervereinigung bis hin zum Ende der Verteilungsdemokratie. Bonn

ist nicht Weimar geworden, Berlin wird nicht Weimar werden. Denn die Deutschen haben aus ihrer Geschichte gelernt. Das parlamentarische Regierungssystem hat sich vielfältig gegen Instabilität gewappnet. Hierzu gehört die herausgehobene Rolle der Parteien, das personalisierte Verhältniswahlrecht in Verbindung mit der Fünf-Prozent-Klausel und der föderative Staatsaufbau. Sachpolitik, Kompromissfähigkeit, aber auch Integrationskraft gehören nach wie vor zur politischen Kultur der Bundesrepublik.

Niemand wird ernsthaft behaupten können, die große Koalition habe zu Instabilität und einer Krise des politischen Systems geführt. Ihre Erfolge sind mehr als beachtlich. Auch wenn die Parteienlandschaft bunter geworden ist, so heißt dies nicht zwangsläufig, dass in einem Fünf-Parteien-System nur große Koalitionen oder Bündnisse aus drei Parteien möglich sind. Die Landtagswahlen in Niedersachsen und im Januar 2009 in Hessen haben gezeigt, dass auch in einem Fünf-Parteien-Parlament eine Regierungsbildung aus CDU und FDP möglich ist. In Sachsen sind seit 2004 sogar sechs Parteien im Parlament vertreten. Dennoch ist es dort nicht zu instabilen Verhältnissen gekommen. Schließlich darf daran erinnert werden, dass es der CDU in einigen Ländern in der Vergangenheit gelungen ist, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Warum sollte dies in Zukunft in dem einen oder anderen Bundesland nicht wieder möglich sein? Auch die Bildung des ersten schwarz-grünen Bündnisses in Hamburg macht deutlich, dass neue Wege – orientiert an Sachpolitik und Kompromissfähigkeit – möglich sind. Ebenso zeigt das Bremer Beispiel, wo seit 2007 eine Koalition aus SPD und Grünen regiert, dass auch für Rot-Grün in einem Fünf-Parteien-Parlament noch die politische Kraft zur Mehrheitsbildung vorhanden sein kann.

#### ZUKUNFT DER VOLKSPARTEIEN

Sorge machen sollte uns jedoch, dass sich im gewandelten Parteiensystem Kräfte der Erneuerung und der Beharrung gegenüberstehen. Sozialkonservatismus behindert notwendige Reformen und gefährdet damit die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Dabei läuft die Konfliktlinie von Erneuern und Bewahren mitten durch beide große Volksparteien. Die Linkspartei als neuer populistischer Mitspieler hat die Verwerfungen lediglich verstärkt.

Die Aufgabe der Volksparteien aber ist es nicht, den Populisten hinterherzulaufen, sondern Zukunftsvisionen für ein Deutschland im 21. Jahrhundert aufzuzeigen, eine entsprechende Gestaltungskompetenz zu entwickeln und schließlich Mehrheiten für diesen Prozess zu organisieren. Und wer könnte das besser als die Volksparteien, die unter einem Dach gemeinsamer, übergeordneter Ziele den Einzelinteressenausgleich intern bewerkstelligen und damit, getragen von Mehrheiten, nach außen erst handlungs- und gestaltungsfähig werden? Daran wird sich die Stabilität unseres Parteiensystems letztlich entscheiden. Die Menschen werden jedenfalls mehrheitlich den politischen Kräften vertrauen, die in einem umfassenden Sinne eine Gestaltung der Zukunft mit Augenmaß gewährleisten können.



*Weder Wahlplakate noch  
Parolen entscheiden  
eine Wahl, sondern lang-  
fristig aufgebautes und  
gebundenes Vertrauen.  
Darin liegt die Chance der  
Volksparteien.*

## WACHSAM BLEIBEN!

### DIE EXTREMISTEN AM RECHTEN UND LINKEN RAND PROFITIEREN VOM DESINTERESSE DER MEHRHEIT

DR. VIOLA NEU

*Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung*

In den letzten Jahren gab es bei Wahlen vielfältige Überraschungen: Rechtsextreme Parteien konnten in mehrere Parlamente einziehen (Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg); die linkspopulistische bis linksextreme Partei „Die Linke“ ist nicht mehr eine ostdeutsche Regionalpartei, nachdem ihr auch in den alten Ländern der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelungen ist (Bremen, Hessen, Niedersachsen, Hamburg). In Bayern zogen die Freien Wähler in den Landtag ein, und, schon fast wieder vergessen, mit der Schill- und der Statt-Partei erlebten zwei populistische Gruppierungen einen ikarushaften Aufstieg und Fall.

Im Wahlverhalten zeigt sich, dass extremistische und populistische Parteien immer wieder ein erhebliches Wählerpotential mobilisieren können. Aktuelle Umfragen signalisieren jedoch, dass das Potential der rechtsextremen Parteien nicht weiterwächst. Es ist nach Stand der Dinge unwahrscheinlich, dass es ihnen bei den Wahlen in diesem Jahr erneut gelingen wird, über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Hierzu haben sie mit ihrer Politikunfähigkeit, der Instrumentalisierung von Parlamenten für den „politischen Kampf“ und einer Reihe politischer und finanzieller Skandale selbst erheblich beigetragen. Anders sehen die Zukunftschancen der Linken aus. Mit einer Mischung aus Sozialprotest und Robin-Hood-Parolen dürften sie auch 2009 eine machtpolitisch relevante Rolle im Parteiensystem einnehmen.

Doch kann man daraus nicht schlussfolgern, dass die Zahl der Anhänger extremistischer und populistischer Ideologien wächst. Oder, anders formuliert: Man muss kein Extremist sein, um (mal) eine extremistische Partei zu wählen. Viele Motive können hinter einer solchen Entscheidung stehen. Extremistische und populistische Parteien werden häufig aus Kritik an „denen da oben“ gewählt, eine solche Wahl geht also mit Elitenverdruss einher. Damit wird meist die Erwartung verbunden, dass die „normalen“ Parteien dann die Probleme lösen, die von den Extremisten/Populisten angesprochen werden.

Die Anhänger der rechtsextremen Parteien sowie die der Linken haben Angst, auf die Verliererseite des Lebens zu geraten. Sie haben das Gefühl, die sozial Schwachen werden schlecht behandelt, die Politik auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen. In der Anhängerschaft der Linken findet sich besonders häufig die Mischung aus politischem Protest und Elitenkritik. Sozialistische Kernaussagen (wie die klassenlose Gesellschaft und eine starke Kapitalismuskritik) finden hier ihr größtes Unterstützerpotential (ca. ein Drittel der Anhänger der Linken). Auch die Anhänger der rechtsextremen Parteien haben das Gefühl, dass die politischen Eliten vom Volk abgekoppelt handeln. (Sozialer) Protest wird von ihnen besonders häufig geäußert. Ideologisch sehen sie zwar Ausländer als Hauptübel an, doch findet sich bei ihnen ebenso wie bei den Anhängern der Linken ein Hang zur fundamentalen Kapitalismuskritik. In beiden Anhängerschaften ist eine überdurchschnittlich große Neigung zu Verschwörungstheorien erkennbar, die mit dem Gefühl von sozialer und materieller Ungerechtigkeit einhergeht.



*Extremistische Parteien profitieren vom kurzfristigen Protest, vermögen ihn aber nicht langfristig zu binden.*

Befragt man Anhänger aller Parteien nach dem Motiv, warum sie eine bestimmte Partei unterstützen, ergeben sich Zusammenhänge, die einigen weit verbreiteten Wahrnehmungsmustern von Parteien nicht entsprechen. So hat die Linke aus Sicht ihrer Anhänger das „Kümmererimage“ keineswegs gepachtet. In allen Anhängerschaften wird die jeweils präferierte Partei als diejenige wahrgenommen, die sich um die Menschen kümmert. Lediglich die FDP-Anhänger sehen dieses Image nicht mehrheitlich bei ihrer Partei verankert. Auch unterscheiden sich die Anhänger der demokratischen Parteien – aber auch der Linken – in ihrer empfundenen weltanschaulichen Nähe zu den Parteien. Die wahrgenommene Nähe zu den eigenen Überzeugungen kristallisiert sich bei allen Anhängerschaften (außer der rechtsextremen) als eines der Hauptmotive für die Unterstützung heraus. Die Anhänger der rechtsextremistischen Parteien weichen von diesem Schema insofern ab, als Protestwahlmotive und eine schwächer ausgeprägte weltanschauliche Nähe hier signifikant sind. Die Anhänger der Linken fühlen sich besonders stark von der Formulierung von Kritik („Ich wähle die Partei, weil sie sagt, was falsch läuft.“) angezogen.

In der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Veränderung in der Wahrnehmung vollzogen, was extremistisch ist und was nicht. Während im Falle der rechtsextremen Parteien der antitotalitäre Grundkonsens – trotz der Wahlerfolge der NPD – von der Mehrheit der Bürger mitgetragen wird, ist er im Blick auf den Linksextremismus eher brüchig geworden. In Umfragen werden Kommunismus und Demokratie nicht als unvereinbare Gegensätze gesehen, die Linke gilt vielen als „normale demokratische Partei“. Zweifellos ist der „smarte Extremismus“ (Jürgen P. Lang/ Eckhard Jesse) nicht mit dem „harten“ Extremismus der NPD gleichzusetzen, doch entbindet dies nicht von der wissenschaftlichen Analyse und der öffentlichen Diskussion. Insgesamt scheint der Extremismusbegriff seine Schärfe verloren zu haben, indem er nicht mehr automatisch gegenüber jeglicher Form des politischen Extremismus sensibilisiert. Das Messen mit unterschiedlichem Maß soll an nur einem Beispiel illustriert werden: Der Parteivorsitzende der NPD, Udo Voigt, hat ebenso wie der Vorsitzende der Linkspartei, Lothar Bisky, erklärt, man wolle die Systemfrage stellen und das derzeitige politische System überwinden. Während man im Falle der NPD keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Absicht hegt, wurde im Falle der Linkspartei von der Äußerung kaum Kenntnis genommen.

Doch heißt dies nicht, dass die Demokratie gefährdet oder bedroht ist. Insgesamt teilen 2007 nach Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung deutlich weniger Bürger als 1997 extremistische und populistische Auffassungen. Nur Minderheiten sind fundamentale Gegner der Demokratie und sehen in der Diktatur eine Alternative. Maximal 7,1 Prozent lehnen die Demokratie stark ab. 4,1 Prozent können zum überzeugten Kern der Demokratiegegner gerechnet werden.

Zweifellos genießt der Begriff „Extremismus“ auch in der politischen Auseinandersetzung eine gewisse Beliebtheit. Doch sollte die Verwendung auch einer wissenschaftlich genauen Prüfung standhalten können, damit der Begriff nicht zum politischen Kampfbegriff mutiert: Nur für diejenigen Gesinnungen und Bestrebungen sollte er benutzt werden, die sich „in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte einig wissen“, haben Uwe Backes und Eckhard Jesse formuliert.

Wie schwierig es ist, im Spannungsfeld von politischer Wertung und wissenschaftlicher Analyse eine zweifelsfreie Zuordnung zum Extremismus zu treffen, illustriert das Beispiel der Partei „Die Linke“. Während das beim (parteipolitischen) Rechtsextremismus weniger Probleme macht, ist es im Falle der Linken erheblich schwieriger. Sie bietet das Bild einer sehr heterogenen Partei, die in toto weder als nur extremistisch noch als durchweg demokratisch zu bewerten ist. Als Sammlungs- und Strömungspartei finden sich unter ihrem Dach Mitglieder, deren Wertesystem zwischen neoliberal-pragmatisch und kommunistisch-extremistisch changiert. Ihre Kooperationen mit demokratischen Parteien, insbesondere die Regierungsverantwortung auf Landesebene, machen es umso schwerer, zu einer stringenten Bewertung zu kommen.



Denn was ist der Bewertungsmaßstab? Ist es die mitunter reflexartige Verteidigung der „Errungenschaften“ der DDR? Sind es die biographischen Verstrickungen vieler Funktionäre mit der Diktatur? Sind es die Linksextremisten westlicher Provenienz, von denen manche ihren Kampf gegen das „System“ zur Lebensaufgabe erklärt haben? Sind es diejenigen, die unter dem Banner des „Antifaschismus“ zum Teil aggressive linksextremistische Aktivitäten fördern? Sind es die programmatischen Aussagen, die in dem Ziel der Überwindung des Systems münden, oder ist es die „heimliche“ Strategie, die alles daransetzt, die Demokratie auszuhöhlen, um erneut eine ideologische Diktatur im Namen des Sozialismus etablieren zu können? Hinzu kommt, dass Extremismus und Populismus häufig Hand in Hand schreiten und sich beides in der politischen Agitation vermischt. Gerade die populistischen Argumente sind es ja, die in der Wählerschaft auf Resonanz stoßen und die Hemmschwelle bei der Wahl einer extremistischen Partei senken.

*Die Grenzen zwischen Populismus und Extremismus sind nicht immer scharf zu ziehen. Die Scheidelinie verläuft dort, wo das demokratische System in Frage gestellt wird.*

In der Auseinandersetzung mit Populisten und Extremisten sollte immer auch für die demokratische Ordnung geworben werden, da diese im Kern angegriffen wird. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die gegen das „Parteienestablishment“ und „die da oben“ zu Felde ziehen und vermeintlich „einfache“ Lösungen zum Wohle des ganzen Volkes im Gepäck haben. Kompromisse gelten in den Augen vieler Populisten als „faul“, obwohl sie die intendierte Folge eines friedlichen und demokratischen Interessenausgleiches sind. Oft wird der Unterschied zwischen politischer Problemlösung und dem demokratischen Handlungsrahmen verwischt. Es ist daher wichtig, deutlich zu machen, dass die Demokratie keine Probleme löst, sondern nur die Regeln zu ihrer Lösung festlegt.

Auch die Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen gehört in diesen Zusammenhang. Denn es scheint, dass sich in der öffentlichen Wahrnehmung eine gewisse Schiefelage einstellt: Wie Henryk M. Broder ironisch anmerkt, wächst offenbar der Widerstand gegen den Nationalsozialismus von Tag zu Tag, während umgekehrt die DDR in der Bewertung der Deutschen mehr und mehr zu einer „kommoden Diktatur“ (Günter Grass) verkommt. Dabei geht verloren, dass auch der Sozialismus/Kommunismus eine totalitäre Ideologie ist. Und wer als Antifaschist den „Kampf gegen rechts“ führt, ist nicht automatisch ein Verfechter der Demokratie. Daher muss die Demokratie die sachliche Auseinandersetzung mit allen Extremismen führen: ob von rechts, von links oder religiös motiviert. Sensibilisierung der Bevölkerung für die Problematik, sachliche Aufklärung und inhaltliche Auseinandersetzung sind die Waffen, mit denen die unterschiedlichen Feinde der Freiheit bekämpft werden können. Nichts schützt die Demokratie besser als überzeugte Demokraten.



*Rechts- und Linksextremismus, oft in Form eines verantwortungslosen Populismus, stellen immer wieder wesentliche Grundlagen unserer Demokratie in Frage. Deshalb sind die Auseinandersetzung mit Extremisten und ihren Strategien sowie die Aufklärung über ihre Ziele seit vielen Jahren fester Bestandteil der politischen Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Auch im Jahr 2008 wurden über achtzig Veranstaltungen zum Extremismus/Populismus bundesweit erfolgreich durchgeführt, darunter 23 mehrtägige Seminare mit den Schwerpunkten NPD und „Die Linke“. Seit Januar 2008 stehen für Veranstaltungen zum Rechtsextremismus von der Politischen Bildung und der Hauptabteilung Politik und Beratung erarbeitete Handreichungen als Vertiefungs- und Begleitmaterial, mit vielen Hinweisen zum Umgang mit Extremisten in der politischen Praxis vor Ort, zur Verfügung. Wegen der großen Nachfrage war die Erstauflage sehr schnell vergriffen, und es musste nachgedruckt werden. Mit Beginn des Jahres 2009 kommen analog Handreichungen zur Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus und Linkspopulismus zum Einsatz.*

[www.kas.de/extremismus](http://www.kas.de/extremismus)

## KEIN GRUND ZUR ENT MUTIGUNG

### EUROPA IM WAHLJAHR 2009: EINE BESTANDSAUFNAHME

DR. PETER R. WEILEMANN

*Direktor des  
Europabüros Brüssel der  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

*Im Juni 2009 wählen  
die Bürger der Euro-  
päischen Union ihre  
Abgeordneten für das  
Europaparlament.*

Die Europawahl ist kein Renner. In den meisten Mitgliedstaaten rangiert sie nach wie vor weit hinter den Urnengängen bei nationalen Wahlen. Ablesen lässt sich das vor allem an der bekannt geringen Wahlbeteiligung. Das ist nicht nur bedauerlich aus demokratietheoretischen Gründen, sondern auch politisch unklug.

Vor der Europawahl 1999 veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Studie zur Bedeutung des Europaparlaments mit dem Titel „Die unterschätzte Macht“. Diese Aussage trifft auch heute noch zu. Das Europäische Parlament ist stärker denn je zuvor in seiner Geschichte: Mit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages wird es auch die letzten Beschränkungen aus seiner Entstehungsgeschichte als beratende Versammlung abstreifen können. Bereits in der zu Ende gehenden Legislaturperiode hat das Parlament im Kräftespiel zwischen den EU-Institutionen – Rat, Kommission und Parlament – seine Position deutlich gefestigt und vielen Entscheidungen seinen Stempel aufgedrückt.

Ein bekanntes Beispiel ist die sogenannte REACH-Verordnung, die den Umgang mit Chemikalien regelt. Hier gelang es den Abgeordneten, die bürokratischen Auflagen des Kommissionsentwurfs so zu ändern, dass die ursprünglichen Beeinträchtigungen der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch des europäischen Chemiestandortes insgesamt abgeschwächt werden konnten. Zahlreich sind auch die Maßnahmen, bei denen sich die Abgeordneten für die Interessen der Verbraucher starkgemacht haben, wobei hier manchmal zu viel des Guten getan und die Grenze zwischen Schutz des Verbrauchers und Bevormundung zu seiner individuellen Lebensführung überschritten wird.

### EVP IST STÄRKSTE FRAKTION IM EUROPAPARLAMENT

Solche Erfahrungen verdeutlichen, wie wichtig es ist, seine Stimme zu nutzen und mit zu entscheiden, wer mit welchen politischen Grundüberzeugungen im Parlament sitzt. Die EVP/ED-Fraktion etwa bildet heute mit Abstand die stärkste Gruppe im Europäischen Parlament. Aber sie braucht, um ihre Positionen durchsetzen zu können, immer Koalitionspartner. Heute verfügt keine Partei im 785 Mitglieder starken Plenum über die absolute Mehrheit der Stimmen. Die Stärke einer Fraktion entscheidet nicht nur über die Besetzung von Führungspositionen im Parlament – Präsident und Vizepräsidenten, Ausschussvorsitze etc. Seit der letzten Wahl gilt auch das ungeschriebene Gesetz, dass die politische Heimat des Kommissionspräsidenten die politische Orientierung der stärksten Fraktion widerspiegeln soll. Die Parteivorsitzenden der EVP-Familie haben sich deshalb bereits sehr früh für den derzeitigen Amtsinhaber Manuel Barroso als



*Bundeskanzlerin Angela  
Merkel und EU-Kom-  
missionspräsident José  
Manuel Barroso.*

ihren Kandidaten ausgesprochen. Der Kommissionspräsident wird von den Staats- und Regierungschefs gemeinsam vorgeschlagen, die anderen Mitglieder der Kommission von den nationalen Regierungen – wobei (anders als gemäß dem derzeit noch geltenden Nizza-Vertrag) nicht mehr jedes Land einen Kommissar haben wird. Um ihr Amt antreten zu können, braucht die Kommission aber die Zustimmung der Mehrheit des Parlaments. Diese erhält sie erst nach kritischen Anhörungen, nicht selten verbunden mit politischen Auflagen. Mit dem Amtsantritt treffen Parlament und Kommission auch eine interinstitutionelle Vereinbarung über die Verfahren der Zusammenarbeit. Es steht bei der Wahl zum Parlament also viel auf dem Spiel für die Richtung europäischer Politik.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen allerdings, dass diese europapolitischen Themen während des Wahlkampfes meist von nationalen Auseinandersetzungen überlagert werden. Zumindest in Deutschland wird das auch 2009 der Fall sein. Kurz nach der Wahl des Bundespräsidenten und nur wenige Wochen vor der Bundestagswahl Ende September wird die Entscheidung für das Straßburger Parlament mehr als Testlauf für die einheimischen Parteien betrachtet werden. Auch in anderen Ländern wie Luxemburg oder Bulgarien gibt es derartige Zeitabläufe. Für die Europaabgeordneten bzw. -kandidaten wie auch für die europäischen Parteienzusammenschlüsse bleibt eine solche Konstellation nicht ohne Friktionen. Generell ist es nicht immer einfach, die Vorstellungen von Fraktion, nationaler Partei und europäischer Partei unter einen Hut zu bringen. In einem gemeinsamen Verhaltenskodex haben die großen europäischen Parteienzusammenschlüsse (EVP, SPE, ALDE, Grüne) die Sache auf den Punkt gebracht: Solange es keine transnationalen Wahllisten gibt, werden „Europawahlen als nationale Wahlen mit einem europäischen Ergebnis organisiert“.

Unabhängig von den jeweiligen nationalen Gegebenheiten befinden wir uns in einem schwierigen europapolitischen Umfeld. Während die Europäische Union für viele Länder außerhalb die Gemeinschaft ist, der man angehören möchte, sind die Zustimmungsraten zur Europapolitik in den Mitgliedstaaten seit Jahren rückläufig. Verständnis für die europäische Politik zu wecken ist deshalb eine politische Daueraufgabe. Dabei geht es nicht nur um die Fragen der Begründung des Einigungsprozesses und der entsprechenden institutionellen Ausgestaltung. Dazu gehört auch die Debatte über die Erweiterung und Aufnahmefähigkeit der EU: Wie groß darf oder muss sie sein, um den internationalen Herausforderungen gerecht zu werden? Vor allem aber muss die politische Auseinandersetzung zunehmend der Tatsache Rechnung tragen, dass die europakritischen Stimmen nicht notwendigerweise Gegnern des Einigungsgedankens gehören, sondern Unmut mit dem Inhalt der Brüsseler Entscheidungen und der Art und Weise, wie sie getroffen werden, artikulieren. Das Risiko eines Umschlagens von politischer Unzufriedenheit des Bürgers in Systemverdruss, das heißt in antieuropäische Haltung, ist allerdings auf europäischer Ebene um ein Vielfaches höher als im nationalen Umfeld. Eine proeuropäische Grundstimmung zu vermitteln ist deshalb in einem Wahljahr die erste Grundvoraussetzung, um einen europäischen Wahlkampf zu gewinnen.

#### WELCHES EUROPA WOLLEN WIR?

Die aktuellen politischen Herausforderungen bieten gute Argumente für eine solche konstruktive Kampagne. Die Bewältigung der Finanzkrise und ihrer realwirtschaftlichen Folgen, der Umgang mit den demographischen Veränderungen oder den mit Migration verbundenen Anforderungen an die Integrationskraft unserer Gesellschaft, Klimawandel und Energiesicherheit – dies alles sind politische Themen, die nationale Institutionen alleine überfordern. Doch es reicht nicht, nach Europa zu rufen. Es geht auch darum, dass die Europäische Union die richtigen Antworten zur Bewältigung des wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Wandels gibt, dem sich der europäische Bürger im Zeitalter der Globalisierung ausgesetzt sieht. Zwei politische Konfliktlinien werden dabei deutlich: Zum einen dreht sich die Auseinandersetzung um die inhaltliche Zuständigkeit der Union; sie wird spürbar insbesondere auf dem Feld der Integrations- und Migrationspolitik, bei innenpolitischen Fragen im Rahmen der Erweiterung des Rechts-



#### „Europa transparent“ – Seminare der Politischen Bildung

*Veranstaltungen mit Exkursionen nach Brüssel und Hintergrundgesprächen in den EU-Organen zu Themen wie:*

- Zukunft des Lissabonner Vertrags
- Bürgernähe
- Europapolitik der Christdemokraten
- Subsidiarität: EU und die Mitgliedstaaten

Link zum Jahresprogramm der Politischen Bildung 2009: [www.kas.de/jahresprogramm2009](http://www.kas.de/jahresprogramm2009)

raumes und der Sicherheit. Die richtige Anwendung des Subsidiaritätsprinzips hat zudem große Bedeutung bei der wirtschafts- und sozialpolitischen Agenda der Europäischen Union. Die Diskussion über den Umgang mit der Finanzkrise, um die Etablierung eines „gouvernement économique“ zum Beispiel, hat dies noch einmal deutlich vor Augen geführt.

Die zweite, vermutlich noch intensivere Auseinandersetzung wird deshalb um die Frage des „wie“ gehen, der Ausgestaltung politischer Entscheidungen, die in die Zuständigkeit der Union fallen. Die Vorstellungen über die Zukunft des europäischen Gesellschafts- und Sozialmodells, insbesondere über das Verhältnis von Wettbewerb, sozialer Sicherheit und Nachhaltigkeit, variieren nicht nur aus nationaler Perspektive, sondern reflektieren unterschiedliche Wertvorstellungen und parteipolitisch verankerte programmatische Aussagen. Das werden Debatten sein, die auf europäischer Ebene und vor allem im Europaparlament ausgetragen werden.

Auch das sicherheitspolitische Umfeld der Europäischen Union ist durch Unsicherheiten gekennzeichnet, die gemeinschaftliches Handeln erfordern. Die Bewältigung der neuen Herausforderungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (etwa internationaler Terrorismus, Proliferation oder zerfallende Staaten) erfordert eine gemeinsame europäische Politik. Gleichzeitig wächst nicht nur der Machtanspruch alter Großmächte, sondern auch der kommenden Mächte, die für sich in Anspruch nehmen, nicht nur ihre Interessen durchzusetzen, sondern auch die bisherigen Spielregeln internationaler Politik neu zu interpretieren. Mit den Grenzen der Erweiterung stößt deshalb auch das bisherige Grundverständnis der EU-Außenpolitik als Soft Power an seine Grenzen. Der Georgienkonflikt hat drastisch vor Augen geführt, wie fragil die internationale Lage ist. Ohne das rasche Handeln der Europäischen Union steht zu vermuten, dass die negativen Folgen für Georgien und die europäische Sicherheitslage weit gravierender wären. Nicht nur hier hat Europa Verantwortung übernommen, nicht nur hier zeigt sich, wie wichtig eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union für die Sicherheit Europas ist.

#### ZUKUNFT DES LISSABONNER VERTRAGS

Belastend für den Wahlkampf und darüber hinaus bleibt das ungeklärte Schicksal des Lissabonner Vertrags nach dem negativen Votum der irischen Wähler. Zwei alternative Szenarios müssen deshalb in die Planung einbezogen werden. Die optimistische Variante geht davon aus, dass eine Lösung gefunden wird, die dem Nein des irischen Referendums Rechnung trägt und ein Inkrafttreten des Vertrags rechtzeitig vor der Wahl ermöglicht. Das realistischere Szenario arbeitet mit längeren Zeiträumen und fürchtet ein Scheitern bei einem forcierten zweiten Anlauf mehr als ein „verspätetes“ Inkrafttreten des Vertrags. Die damit verbundene Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, die „Opportunitätskosten“ aus dem Fehlen verbesserter institutioneller Rahmenbedingungen, werden sicherlich erst mittel- bis langfristig spürbar, nicht dagegen die Auswirkungen auf die Europawahlen im Juni 2009. Die Mobilisierung der Wähler dürfte schwieriger werden, während die Gegner des Einigungsprozesses mit Rückenwind agieren können. Die Perspektive eines Europaparlaments, das dominiert wird von antieuropäischen, links- oder rechtspopulistischen Gruppierungen, die keine stabilen Mehrheiten zulassen, muss für jeden engagierten Bürger beunruhigend sein.

Vor dem Hintergrund all dieser Überlegungen sei der Schluss erlaubt: Entmutigung im dauerhaften Engagement für Europa wäre mit dem Blick auf aktuelle und künftige Herausforderungen die schlechteste Ratio. Es gibt viele Gründe für einen konstruktiven, proeuropäischen Wahlkampf, und es gibt noch mehr gute Argumente, diesen auch erfolgreich führen zu können. Den Bürgern wird europäisches Bewusstsein nur in dem Maße zuwachsen können, wie sie die EU als aktionsfähige Einheit im globalen Machtkonzert und zugleich als schützendes Gefäß wahrnehmen, in dem sich die nationalen Mitglieder geborgen fühlen können.



#### „Was die Bürger von Europa erwarten“

*Was in Brüssel geregelt werden muss und wie Europa bürgernäher werden kann, wer zu Europa gehört und was die Europäer eint, wo Europas Grenzen sind und wie ein Europa der Sicherheit entstehen kann, sind Seminarthemen der Politischen Bildung der KAS im Jahr 2009.*

*Foto: Bildungszentrum Eichholz*

## AUFTRAG DEMOKRATIE – NACHFRAGE VERBESSERUNGSFÄHIG

**DIE POLITISCHE BILDUNG MUSS SICH NICHT NEU ERFINDEN,  
ABER NEUE WEGE GEHEN**

**DR. LUDGER GRUBER**

*Stv. Leiter Hauptabteilung  
Politische Bildung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland ist eine von Menschen gestaltete und zu gestaltende politische Ordnung. Sie bedarf einer ständigen Vergewisserung und ist von jeder Generation neu mit Leben zu erfüllen. Nur eine akzeptierte und lebendige Demokratie kann positiv für das Gemeinwesen wirken. Zu einer lebendigen Demokratie aktiver Bürger beizutragen ist Kernauftrag der Politischen Bildung.

**DR. MELANIE  
PIEPENSCHNEIDER**

*Leiterin der Hauptabteilung  
Politische Bildung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die Politische Bildung muss auf die wachsende Kritik der Bürger im Hinblick auf demokratische Verfahren und deren Ergebnisse angemessen reagieren. Sie muss mit aller Kraft dazu beitragen, die zunehmende Distanz zwischen Bürgern und Politik, Politikern, Parteien und Institutionen zu überwinden. Dazu darf sie nicht bei der negativen Analyse verharren, sondern muss das positive Leitbild voranstellen: Politik ist Zukunft. Und Zukunft ist kein Schicksal, sondern in weiten Teilen gestaltbar. Demokratie braucht viele qualifizierte Mitstreiter.



Für die Politische Bildung in Deutschland und damit auch für die Konrad-Adenauer-Stiftung gilt, dass sie sich in Spannungsfeldern zu bewegen hat. Zum Beispiel in Bezug auf Inhalte, Formate oder Methoden zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung als Anbieter und dem Bedarf der Konsumenten politischer Bildung. Hinzu kommen unterschiedliche Sichtweisen innerhalb der jeweiligen Gruppen: Wie viel Grundlagenvermittlung ist nötig, und wie viel davon ist möglich, also „verkaufbar“? Immerhin ist die Hauptabteilung Politische Bildung der einzige Arbeitsbereich der Stiftung, der für seine Angebote Geld verlangt, also quasi am Markt operiert. Und bekanntermaßen reagiert „der Markt“ besonders sensibel auf wenig attraktive Angebote. Aber auch innerhalb der Teilnehmerschaft am Seminarangebot gibt es ein Nachfragedilemma: Man will Grundlagen vermittelt, Zusammenhänge erklärt bekommen und vertiefte Einblicke erhalten – das alles darf aber nicht zu viel Zeit in Anspruch nehmen und sollte möglichst nicht mit Übernachtungen verbunden sein.

Die Themen der Politischen Bildung müssen langfristig und grundsätzlich angelegt sein. Aktualität um ihrer selbst willen bleibt wirkungslos und ohne jede Nachhaltigkeit. Aktualität ist dann von Wichtigkeit, wenn sie sich in längerfristige Überlegungen einfügt. So hat die Finanzkrise die Frage nach der Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft neu befeuert. Politische Bildung muss vor allem dann einsetzen, wenn die Grundlagen der Demokratie betroffen sind.

Seit längerem aber schon kann man beobachten, dass sich das Teilnehmerverhalten erheblich verändert hat und auch weiterhin verändert: War es früher durchaus normal, einwöchige Seminare zum „Politischen System der Bundesrepublik Deutschland“ zu besuchen, finden solche Formate heute keine Abnehmer mehr. Die Teilnehmer wünschen sich kürzere, kompaktere, mehr anwendungsbezogene Seminarformen. Auch das Informationsverhalten hat sich verändert: Die schnelle, punktuelle Information wird – meist über das Internet – gesucht. Zusammenhänge, die Einbindung eines Themas in einen größeren Kontext, gehen dabei zunehmend verloren.

Hier aber beginnt die doppelte Herausforderung für die Politische Bildung: Eine seit langem und immer wieder geführte Klage lautet, dass in den kleinteiligen und technokratischen Abläufen der Politik die Orientierung fehle. Zu den Grundgewissheiten der heutigen politischen Debatte gehört das „Bedürfnis nach Orientierung“. Wo anders als in Grundlagenseminaren wäre dies zu befriedigen? Orientierung ist gewünscht, kann – und meist auch: will – aber zeitlich nicht geleistet werden. Es ist mit ihr wie mit der Sehnsucht nach einer besinnlichen Adventszeit in vorweihnachtlicher Hektik.

Die Widersprüchlichkeit auf Seiten des Abnehmers verursacht häufig eine solche auch beim Anbieter: Er ist nicht gegen den Fehler gefeit, Aktuelles statt Grundlagen anzubieten, um aufwändig geplante Seminare nicht mangels Nachfrage stornieren zu müssen. Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgt ein anderes Leitprinzip: über die Aktualität zu den Grundlagen vorzustoßen und diese zu vermitteln.

Vier Handlungsoptionen stehen dabei im Vordergrund:

**1. Grundlagenvermittlung durch (aktuelle) Beispiele:** Das unmittelbare Interesse der meisten Teilnehmer richtet sich an der Aktualität eines Themas aus, natürlich in einem Erklärungsgrad, der den der alltäglichen Medienberichterstattung übertrifft. Dann aber kommt in jedem Seminar der Punkt, an dem die Grundlagen eingeführt und erläutert werden müssen. Erst das Miteinander von beidem kann die nötige Wirkung erzielen. Grundlagen sind so nicht mehr „trockener“ Stoff für sich, sondern erst der Schlüssel zum Verständnis komplexerer politischer Vorgänge und Zusammenhänge. Politische Bildung in der Stiftung wird in Zukunft verstärkt diesen Weg gehen.

**2. Kombination von Formaten:** Moderne politische Bildung muss auf die unterschiedlichsten Bildungsbedürfnisse flexibel eingehen können. Nur eine größere Palette von Formaten – vom grundlagenorientierten Seminar für Fachleute bis zum anwendungsbezogenen für Praktiker – wird erfolgversprechend sein. Die politische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wird pluraler und bedarfsbezogener.

**3. Besseres Zielgruppenmanagement:** Um dies erfolgreich leisten zu können, ist es nötig, sich sehr systematisch mit den potentiellen Teilnehmern zu befassen, um das Bildungsangebot der Stiftung maßgeschneidert zu unterbreiten. Die Verbesserung des Zielgruppenmanagements ist eine der zentralen Aufgaben, die sich die Hauptabteilung Politische Bildung für das Jahr 2009 gesetzt hat.

**4. Didaktisch-methodische Verbesserungen:** Die Themen, ihr richtiger Mix sind das eine, die Vermittlung ist das andere. Politische Bildung muss darin neue Wege gehen. Der klassische Vortrag ist nach wie vor nicht verzichtbar, das Buch wird durch das Internet ja auch nicht überflüssig. Aber der Seminarinhalt muss methodisch modernisiert, teilnehmerorientierter, visuell besser aufbereitet werden. Dies ist erst der Anfang. Andere, neuere Formen der Vermittlung politischer Bildung wie Planspiele und Simulationen werden in Zukunft stärker zur Voraussetzung für den Einsatz als Referent. Und: Das Internet bekommt eine zusätzliche Funktion. War es in der Politischen Bildung bisher üblich, „mit Bordmitteln“ begleitende Informationen zu den





## RICHTUNGWEISEND: ORTE DER DEMOKRATIE

*Die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt anlässlich der Jubiläen des Jahres 2009 einen Reader „Orte der Demokratie“ zusammen. Der Band stellt für alle sechzehn Bundesländer Orte vor, mit denen Ereignisse verbunden sind, die symbolisch für politische Entscheidungen und Weichenstellungen in Deutschland seit 1949 stehen. Die ausgewählten Orte bilden keinen repräsentativen Querschnitt, vielmehr handelt es sich um Orte, mit denen wichtige Ereignisse und prägnante Botschaften verbunden sind. Im Zentrum des Interesses steht dabei die prägende Kraft der Grundsätze christlich-demokratisch verantworteter Politik.*

*Politiker, Historiker und Zeitzeugen schreiben über ihre ausgewählten „Orte der Demokratie“ und erläutern, warum die damit verbundenen Ereignisse so wichtig für unsere Demokratie waren und es heute noch sind. Einen einführenden Beitrag wird der KAS-Vorsitzende, Ministerpräsident a.D. Professor Bernhard Vogel, beisteuern. Fotos der geschilderten Orte und weitere Bilder illustrieren die Beiträge. Der Rheinische Merkur ist Kooperationspartner in diesem Projekt.*

*Die Hauptabteilung Politische Bildung organisiert 2009 deutschlandweit begleitende Veranstaltungen in den Bildungswerken. Zusammen mit Autoren des Buches will die Stiftung an die Leistungen der Vergangenheit erinnern und die Themen mit aktuellen Debatten verknüpfen sowie einen Ausblick in die Zukunft geben.*

Seminaren zu geben (kopierte Handouts, per E-Mail nachgereichte Präsentationen und Texte), werden künftig eigens dafür hergestellte bzw. von den Referenten zu den Seminaren angefertigte vor- oder nachbereitende Informationen im Internet veranstaltungsbezogen bzw. systematisch abgelegt werden. Die Teilnehmer lernen heute nämlich mehrglossig: die Präsenzphase im Seminar ist nur einer dieser Informationspfade, die Arbeit im Internet ein anderer. Damit ist auch der nächste Schritt schon vorgedacht: Das Konzipieren und Einstellen von eigenen Lerneinheiten auf die Website der Konrad-Adenauer-Stiftung (E-Learning). Damit wird es möglich, Präsenz- und Selbstlerneinheiten miteinander zu verbinden (Blended Learning).

Fazit: Die Politische Bildung muss sich nicht neu erfinden, sondern immer neu ihre Leistungsfähigkeit reflektieren, sensibel auf die Bedürfnisse ihrer Teilnehmer reagieren und sich vor allem professionalisieren. Wenn sie diesen Weg geht, kann sie ihren unverzichtbaren Beitrag zu einer lebendigen Demokratie mit politisch gebildeten Bürgern leisten.



## JUNGE AKADEMIE

### NEUE VERANSTALTUNGSFORMEN BINDEN NEUES INTERESSE

ANDREAS  
KLEINE-KRANEBURG

*Leiter der Akademie der  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

„Wir müssen die Menschen für die Demokratie begeistern und befähigen.“ Dazu zähle das „positive Vorleben“ von Demokratie, sagte Professor Bernhard Vogel am 31. Oktober 2008 auf dem Jugendkongress der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn. Um junge Leute altersgerecht anzusprechen und für politische bzw. zeitgeschichtliche Themen zu interessieren, hat die Akademie in der jüngeren Vergangenheit verschiedene Angebote und Veranstaltungsformate entwickelt und genutzt. Diese werden in Zukunft weiter ausgebaut, um die Akademie als Treffpunkt und Ort des Dialogs gerade auch für ein junges Publikum noch stärker ins Blickfeld zu rücken. Im Mittelpunkt dieser intensiven Arbeit steht das Ziel, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen Demokratie „erfahrbar“ nahezubringen. Mit dem Grad der eigenen Betroffenheit steigt das Interesse und Engagement von Schülern spürbar. Auch der biographische Ansatz – das Thema erhält ein „Gesicht“ – oder der Besuch von Gedenkstätten sind vielversprechende Methoden, um das Interesse junger Leute zu wecken. Nicht zuletzt empfiehlt sich auch eine auf regionale Besonderheiten abgestimmte Herangehensweise.

Am *Denkt@g-Wettbewerb* „Hinsehen – Einmischen – Mitgestalten“ beteiligten sich wieder mehrere hundert junge Menschen. Gestaltet werden die Beiträge in Form von Webseiten, die anschließend ins Internet gestellt werden und damit eine große Publizität und Breitenwirkung erzielen. In dieser Kombination zwischen inhaltlicher Arbeit und der Anwendung neuer Medien liegt der besondere Reiz dieses innovativen Ansatzes der historischen Erinnerung und der politischen Bildung.

Das von der Akademie entwickelte Format des *Schülerpolitiktages* zeichnet sich durch seine kreative Herangehensweise aus. Kein Frontalunterricht, kein Vortrag, keine Podiumsdiskussion und – kein Lehrer. Stattdessen bilden sich kleine Gruppen unter Anleitung von jungen Workshopleitern, die als Stichwortgeber fungieren. Über 100 Berliner Schülerinnen und Schüler waren im September beispielsweise beim Schülerpolitiktag zum Thema Menschenrechte dabei. In insgesamt neun Workshops beschäftigten sich die Schüler mit der Menschenrechts-Charta. Einen kreativen Zugang ermöglichten Theater-, Film- und Kunst-Workshops. Daneben wurde fotografiert, diskutiert, geschrieben und gebloggt. Der Schülerpolitiktag der Akademie stößt bei Schülern und Lehrern gleichermaßen auf großes Interesse und wird als besonders erfolgreiches Veranstaltungsformat weiterentwickelt. Hier bietet sich für die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Möglichkeit zur Intensivierung des Kontaktes zu verschiedenen Schultypen aus unterschiedlichen Berliner Stadtbezirken.



*Bundestagspräsident  
Norbert Lammert eröffnete  
im Januar in Berlin den  
DenkT@g-Wettbewerb 2008.  
Den Schülern sagte er:  
„Ihr tragt die Verantwortung,  
dass sich so etwas  
wie die NS-Zeit nie wieder-  
holen kann.“*

In Zusammenarbeit mit der John-F.-Kennedy-Schule veranstaltete die Akademie eine Modellkonferenz der Vereinten Nationen (*Global Classrooms: BERMUN 2*) mit 220 Jugendlichen aus Berlin und Brandenburg. Drei Tage lang simulierten sie die Arbeit der Vereinten Nationen in Vollversammlung, Sicherheitsrat, Ländergruppen etc. Die Schüler schlüpften in die Rolle von Diplomaten, erforschten und vertraten die Auffassung eines ausgewählten Landes, bereiteten Resolutionsentwürfe zu aktuellen Problemen vor, schlossen Kompromisse und beschäftigten sich mit der Lösung von Konflikten.







DIE FOLGEN DER WELTWEITEN FINANZKRISE TREFFEN AUCH DEUTSCHLAND HART. DIE MITTEL-SCHICHT GERÄT WEITER UNTER DRUCK. DOCH INMITTEN ALLER RISIKEN ERWACHSEN NEUE CHANCEN. DAS MODELL DER SOZIALEN MARKT-WIRTSCHAFT KANN ANTWORT GEBEN AUF VIELE BANGE FRAGEN.

## DER DRUCK IM KESSEL STEIGT

### DIE MITTELSCHICHT UND IHRE BESONDERE ROLLE IN DER KRISE

DR. MICHAEL BORCHARD

*Leiter der Hauptabteilung  
Politik und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

„Die Finanzkrise ruiniert die Mittelschicht“, titelte die „Welt“ im Juli 2008 besorgt. Der Soziologe Wolfgang Streek konstatiert nicht nur, wie sehr gerade Mittelstand und Mittelschichten unter der Krise leiden, sondern er gibt der Mittelschicht sogar die Schuld an der massiven Krise des Finanzmarktes. Unter anderem sei es großen Teilen der Mittelschicht um den Erhalt ihres Lebensstandards gegangen. Um ihn zu behaupten, hätten sie so lange hohe Renditen auf den Finanzmärkten gesucht, bis diese dann schließlich kollabierten. Und nun sei es der Staat, der die Folgekosten schultern müsse.

Ein anderer Soziologe – Heinz Bude – pflichtet ihm bei, entschuldigt aber die Mittelschichten mit dem Hinweis auf den Auslöser der Krise. Die US-Mittelschichten beispielsweise hätten gar nicht anders gekonnt, als sich für Häuser in guten Gegenden zu überschulden. Nur in jener Umgebung seien die Schulen so, dass auch die Kinder noch die Chance auf ein Leben nach Art ihrer Eltern erwarten dürften und der Satz, „Du sollst es einmal besser, mindestens aber so gut haben wie ich“ Realität bleiben könne.

Der Wirtschaftssoziologe Christoph Deutschmann wiederum bezieht sich auf die „Volksbewegung“ der Wertpapierinhaber. Selbst im vergleichsweise aktienskeptischen Deutschland seien es rund 10,3 Millionen, die diese Geldanlage vor allem als Altersvorsorge nutzten. Die jahrelangen Appelle der Politik, die Bürger sollten sich selbst um ihre Absicherung kümmern und „Eigenverantwortung“ übernehmen, hätten auf fatale Art gefruchtet. Eine Mehrheit dieser Anleger habe angesichts des Aktienhypes an ein „Naturrecht auf steigende Gewinne“ geglaubt und sich an Banken und Fonds gewandt, die ihrerseits suggeriert hätten, die Erlöse kämen alsbald zurück wie der „Strom aus der Steckdose“ und seien ohne ernsthaftes Risiko zu haben. Entstanden sei durch den Verlust des eigenen Geldes die Empfindung großer Ungerechtigkeit: Eine als legitim gefühlte Renditeerwartung ist enttäuscht worden, und die allseits geforderte und als alternativlos betitelte Eigeninitiative wird plötzlich – aus der subjektiven Perspektive – bestraft. Schuld sei – so das vorherrschende Gefühl – das Streben gewissenloser Manager nach Gewinnmaximierung.

Diese Einschätzungen führender Soziologen sind in ihrer zugespitzten Ausschließlichkeit genauso absurd und gefährlich falsch wie die Theorie, die Krise sei alleine das Werk gieriger Wirtschaftslenker, die jede Ethik und Moral wie den Mantel an der Tür ihrer Geldhäuser und Unternehmen abgelegt hätten. Und doch enthält die eine wie die andere Behauptung in der Detailsicht durchaus einen wahren Kern. Zweifelsohne existiert jedenfalls ein enger Zusammenhang zwischen den krisenhaften Erscheinungen des Finanzmarktes und dem besonderen Druck, unter dem die Mittelschichten stehen. Die Finanzkrise ist auch eine Mittelschichtkrise.

Die Finanzkrise – und mit ihr der Wirtschaftsabschwung – hat ohne jeden Zweifel zur weiteren Verunsicherung einer breiten Bevölkerungsschicht geführt, die seit einigen Jahren ohnehin das Gefühl hat, dass Wachstums- und Wohlstandsverheißungen aus den Gründerjahren der Republik für sie nicht mehr zutreffend sind. Selbst wenn der

Absturz auf Sozialhilfeniveau in den Mittelschichten allen verfügbaren Daten zufolge immer noch vergleichsweise selten ist – die Mitte hat im Falle längerer Arbeitslosigkeit wahrhaftig wesentlich mehr zu verlieren als die Unterschicht.

Auch wenn zu bezweifeln ist, dass die überpointierte These Helmut Schelskys von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ im Nachkriegsdeutschland so jemals Realität war, hat die Wirtschaftswunderrepublik zweifelsohne in den Nachkriegsjahren soziale Verwerfungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgemildert und einer breiten bürgerlichen Mitte zu einem durchaus beachtlichen Wohlstand verholfen. Die Attraktivität der Mittelschichten führte zu dem, was Stefan Hradil einen „Aufstiegssog“ innerhalb der Gesellschaft genannt hat.

Karl Martin Bolte beschrieb die Sozialstruktur in Deutschland in den sechziger Jahren als „Zwiebel“ – in der Mitte dick, aber oben und unten schmal. Bis zum Jahr 2000 blieb diese Zwiebel mehr oder weniger stabil. Heute gehe die Tendenz, so der Sozialstrukturforscher Michael Vester, zur „Sanduhr“. Sie drücke die „Knappheit, Unsicherheit und Belastung“ aus, der sich die Mittelschichten bereits seit einigen Jahren ausgesetzt sähen. Mit dem Titel „Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf“ zeichnete „Die Zeit“ schon viele Monate vor den Höhepunkten der Finanzkrise ein apokalyptisches Bild von den Sorgen der gesellschaftlichen Mitte. Außer Frage steht, dass der selbstbewusste Optimismus, mit dem die Mitte die Herausforderungen der Nachkriegszeit gemeistert hat, nachzulassen scheint. Jedenfalls ist die Zufriedenheit der Mittelschicht mit den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen signifikant abgesunken.

Der Mainzer Gesellschaftsforscher Stefan Hradil sieht in den Sorgen der Mittelschicht zwar vor allem einen „subjektiven Tatbestand“. In Wahrheit aber wachse der Anteil derer, die sich in der Einkommensmitte befänden. Auch Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sagt, einen Abstieg in Massen gebe es nicht. Seine Kollegen Markus Grabka und Joachim Frick kommen in ihrem aktuellen Gutachten allerdings zu einem anderen Befund, und auch die aktuelle Studie der OECD über das Anwachsen sozialer Ungleichheit in Deutschland klingt alarmierend. Die Mittelschicht in Deutschland schrumpfe, so die beiden Gutachten. Der Anteil der Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen an der Gesamtbevölkerung sei von 62 Prozent im Jahr 2000 auf 54 Prozent im Jahr 2006 zurückgegangen.

Was hat zumindest die verschlechterte Stimmung ausgelöst? Bemerkenswert ist, wie sehr sich die Art und Weise, wie Menschen beschäftigt sind, verändert hat. Waren im Jahr 2000 noch 64 Prozent der Menschen vollzeitbeschäftigt, so sank ihr Anteil bis 2006 auf 55 Prozent. Minijobber, Teilzeitkräfte, Zeitarbeitskräfte, also Beschäftigungsverhältnisse, die nicht mehr den gleichen Grad an Sicherheit aufweisen, nahmen dafür deutlich zu. Auch der Jobeinstieg ist in der „Generation Praktikum“ nicht einfacher geworden. Das Beispiel Griechenland zeigt im Extremen, wohin es führen kann, wenn gut ausgebildeten jungen Menschen Chancen fehlen und sehr einseitig auf die Karte der universitären Bildung gesetzt wird: In Griechenland gibt es zu wenig Techniker und Handwerker. Die berufliche Bildung, das bewährte duale Ausbildungssystem, um das uns die Welt beneidet, hochzuhalten, wie es die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Jahren tut, ist eine Aufgabe, die in der Debatte um die Stärkung der Mittelschicht neue Bedeutung erhält. Auf den Einstieg kommt es an!



Schüler und Studenten demonstrieren in Athen: „Spielt nicht mit unseren Ängsten und unserer Zukunft!“

Ebenso gravierend wirkt sich in diesem Zusammenhang aus, dass die Arbeitsintensität größer wird, Arbeitszeiten länger und Mobilitätsanforderungen höher werden. Diese geradezu familienunfreundlichen Bedingungen führen dazu, dass Männer und Frauen, die auf Familie und Kinder nicht verzichten wollen, ihr berufliches Engagement reduzieren oder nicht im gleichen Maße wettbewerbsfähig sein können wie Gleichqualifizierte ohne Familie. Insgesamt geht das Schrumpfen der Mittelschicht mit einem Rückgang der klassischen Familienhaushalte einher.

„Die Mittelschicht ist nie denkbar gewesen ohne Familie, und der Mittelschichtenstatus wird häufig gerade dort prekär, wo Familien auseinanderbrechen.“ (Paul Nolte) Gerade deshalb müssen wir die Familien und ihre ganz spezifischen Bedürfnisse im Auge behalten, wenn wir die Mittelschichten in einem kraftvollen Zustand halten wollen. Einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Sinus-Institutes zufolge stehen Eltern unter vielfachem Druck – unter anderem auch, weil sie zunehmend den Eindruck haben, sie müssten tatsächliche oder empfundene Defizite des Bildungssystems mit ihrem eigenen Engagement massiv ausgleichen und alle Begabungen des Kindes optimal fördern, damit es im Berufsleben wettbewerbsfähig ist – von der Hausaufgabenhilfe bis zum zusätzlichen Musik- und Sprachunterricht. Dies und die Tatsache, dass Familien im Berufsleben vor erhebliche Anforderungen gestellt sind, bringt es mit sich, dass sich gerade dieser Anteil der Mittelschichten unter Druck gesetzt sieht.

Eine gezielte Familienpolitik ist deshalb ein zentraler Lösungsansatz. Es gilt, Familien im Sinne der Chancengerechtigkeit zu entlasten, und das bezieht sich nicht alleine auf finanzielle Transfers und steuerliche Erleichterungen: Sie brauchen stärkere öffentliche Wertschätzung und Anerkennung. Und sie brauchen Rahmenbedingungen, die den auf ihnen lastenden Druck mindern helfen. Dazu gehören vor allem eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in diesem Zusammenhang eine bessere Betreuungssituation – nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ, da sich Eltern sonst genötigt sehen, Defizite selbst auszugleichen. Erforderlich sind verbesserte öffentliche Bildungssysteme. Ebenso wichtig ist ein Netzwerk an Beratungsangeboten, die dann gerne angenommen werden, wenn der Zugang zu ihnen über eine niedrigere Schwelle möglich ist.

Die Wirtschaft kann mit Umdenkprozessen zur Entlastung der Eltern und Familien besonders beitragen und muss bei diesem „gesamtgesellschaftlichen Engagement“ nicht einmal den schieren Eigennutz außer Acht lassen: In einer Zeit des Fachkräftemangels kann das gerne genutzte Schlagwort des „Human Resource Management“ eine ganz andere und langfristige Bedeutung bekommen. Nicht nur, dass solche Mitarbeiter ihre volle Leistungsfähigkeit deutlicher unter Beweis stellen, die ein Familienleben erfahren können, das durch berufliche Belange nicht überstrapaziert ist: Eltern mehr Zeit, Luft und Geld für die Erziehung der Kinder zu belassen kann auch eine Investition in die Zukunft sein, in qualifizierte und in sozial kompetente Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den kommenden Jahrzehnten.

Es wirkt sich als gravierend aus, dass der Schlüssel „Bildung“ zum sozialen Aufstieg nicht mehr so recht ins Schloss zu passen scheint. Der Befund, dass die Ungleichheit der Bildungschancen im internationalen Vergleich in Deutschland überdurchschnittlich groß ist, lässt sich trotz jeder berechtigten methodischen Kritik an „PISA und Konsorten“ nicht einfach wegdiskutieren. Eine Ursache zurückgehender Aufstiegsprozesse liegt auch in einer „Bildungsbarriere“, die Kinder unterer Schichten und aus Migrantenfamilien besonders deutlich verspüren.

Sozialer Aufstieg wird damit nicht nur subjektiv schwieriger, sondern das Aufstiegsziel „Mitte“ verblasst auch in seiner Attraktivität. Das Institut für Demoskopie in Allensbach konstatiert für Deutschland so etwas wie einen „Statusfatalismus“. Immerhin 40 Prozent der gesamten berufstätigen Bevölkerung sind demnach überzeugt, dass die sozialen Schichten zementiert seien und deswegen der soziale Status nicht durch Leistung beeinflussbar sei.

Eine zunehmende soziale Differenzierung, eine tatsächliche oder vermeintliche Spreizung von Einkommen sind nicht das eigentliche Problem, sie könnten vielmehr den „Aufstiegssog“ und den „Wettbewerb“ befördern. Ob aber eine Gesellschaft mit erheblichen sozialen Unterschieden leben kann, ist bei weitem nicht nur von der sozialen Absicherung der Unterschichten abhängig, sondern auch von der Frage, ob die eigene Position als unabänderlich empfunden wird oder ob das Gefühl besteht, durch Leistung die eigene Ausgangssituation erheblich verbessern zu können. Für alle modernen Gesell-



*Möglichkeiten zur Entlastung von Eltern und Familien sind auch für die Wirtschaft zunehmend ein Thema. Elterngerechte Arbeitsplätze und Arbeitsorganisation werden immer öfter als Investition in die Zukunft betrachtet.*

schaften sind individuelle Leistungen und die gleiche Chance, diese Leistungsfähigkeit zu erringen, vorrangige Kriterien für den Aufstieg in gesellschaftliche Positionen. Wenn es hingegen im Empfinden der Menschen an Leistungs- und Chancengerechtigkeit mangelt, dann beschädigt dies, so Stefan Hradil, „die Motivation und die Produktivität der Menschen, erzeugt Konflikte und gefährdet schließlich den Zusammenhalt unserer Gesellschaft im Ganzen“.

Selbst wenn manche pessimistischen Einschätzungen nicht zutreffen mögen: Der Zustand der Mitte – gleich ob damit die gesellschaftliche oder wirtschaftliche Mitte gemeint sei – ist auch für den Fortbestand unseres Gemeinwesens von entscheidender Bedeutung. Deshalb ist die Frage nach den Lösungswegen alles andere als irrelevant.

An der Spitze der Lösungsansätze steht – neben der bereits angesprochenen Bedeutung von Bildung – auch auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise die entschiedene Warnung davor zu glauben, mit einem „Mehr“ an Umverteilung ließen sich die Mittelschichten langfristig stabilisieren und Gerechtigkeit herstellen. Eine These, die insbesondere an den politischen Rändern populär ist. Eine solche Politik würde nur vordergründig ein größeres Sicherheitsgefühl vermitteln, den anschließenden Katzenjammer aber umso größer werden lassen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre weisen eher darauf hin, dass sozialstaatliche Verteilung immer weniger dazu in der Lage ist, Disparitäten zu vermeiden. Dafür sind nicht alleine die gestiegene Standortkonkurrenz im globalen Maßstab, sondern auch die demographischen Veränderungen verantwortlich. Ein „Plus“ an gesellschaftlicher Integration wird bei einer solchen Umverteilung dann mit erheblichen wirtschaftlichen „Kollateralschäden“ erkaufte: mit einer Zunahme von Arbeitslosigkeit und einer Abwanderung der qualifizierten Leistungsträger. Hier beginnt dann stets ein verhängnisvoller Kreislauf: Eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Aufstieg sind immer auch der wirtschaftliche Erfolg und das konjunkturelle Wachstum, weil erst dann eine ausreichende Menge an „Zielpositionen“ verfügbar ist. Fehlen diese, lassen die Aufstiegsanstrengungen signifikant nach.



*Ohne Bildung geht nichts mehr. Das Beste ist auch in der Mittelschicht oft gerade gut genug. Viele sind bereit, sich für Bildung und Ausbildung ihrer Kinder zu verschulden – und geraten so immer stärker unter Druck. Zukunftsweisende Bildungspolitik muss hier entlastend ansetzen.*

Demoskopien weisen darauf hin, dass zudem die Hoffnung, man könne sich gesellschaftlichen Zusammenhalt und nationale Identifikation durch „soziale Gleichheit“ und einen paternalistischen Staat erkaufen, trügerisch sein kann. Renate Köcher, die Leiterin des Allensbacher Institutes für Demoskopie, hat in ihren Umfragen eine klare Regel bestätigt gefunden: „Je größer das Vertrauen ist, die eigene Situation durch Leistung und Initiative verbessern zu können, desto ausgeprägter ist die Präferenz der Bürger für Freiheit und für einen ausgeglichenen Staat.“ Nicht nur Wohlstandsverheißungen durch Sozialpolitik, sondern auch solche, die sich durch Aufstieg und Wettbewerbserfolg realisieren, können in einem bestimmten Rahmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Chancen, in einem solchen Wettbewerb bestehen zu können, als transparent und fair empfunden werden. Dies verweist auf die nach wie vor bedeutende Rolle von Bildung und Bildungsanstrengungen. Und dabei sind diejenigen besonders zu fordern und zu fördern, die im Vergleich mit anderen modernen Ländern überdurchschnittlich selten in die Mittelschichten aufsteigen: insbesondere Menschen aus unteren Schichten und Menschen mit Migrationshintergrund. Gute Bildungspolitik ist immer auch präventive Sozialpolitik.

Dabei ist es nicht nur wichtig, die Bildung der Persönlichkeit, die Bildung im Sinne der beruflichen Ausbildung zu intensivieren, sondern auch die Rolle der ökonomischen Bildung zu verstärken. Die Finanzkrise hat auch hier Defizite schmerzhaft unter Beweis gestellt. Überhöhte Renditeerwartungen und mangelndes Risikobewusstsein weisen auf erhebliche Defizite in diesem Bereich hin. Wenn die Grundlagen ausgeglichenen Wirtschaftens nicht verstanden werden, wie wollen wir dann eine hohe Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft erwarten? Ökonomische Bildung und durchaus auch bereits „frühkindliche ökonomische Bildung“, eine enge Verknüpfung der Unternehmer und Unternehmen mit den Bildungsanstrengungen in beinahe allen Ausbildungsgängen ist, so

verstanden, auch immer „politische Bildung“. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die gerade in diesem Bereich und bei der Sicherung der Demokratie besondere Verantwortung trägt, nimmt diese Aufgabe besonders ernst und hat in diesem Sinne eine „Kampagne für die Soziale Marktwirtschaft“ gestartet, die sich an eine breite Bevölkerungsschicht wendet.

Mittelschicht und wirtschaftlicher Mittelstand stehen in einem engen Verhältnis zueinander. Ohne eine kaufkräftige, bildungs- und leistungswillige Mittelschicht ist gerade der Mittelstand unter Druck, und ohne einen gesunden Mittelstand fehlt wiederum insbesondere den Mittelschichten der wesentliche Garant für Beschäftigung, Wohlstand und Aufstieg. Zu Recht wird der deutsche Mittelstand als das Rückgrat der nationalen Volkswirtschaft bezeichnet. Er kann bislang nicht nur mit eindrucksvollen ökonomischen Kennziffern aufwarten, sondern gilt aufgrund der personifizierten Familienkultur und der hohen wirtschaftlichen Verlässlichkeit auch als zentraler Pfeiler für wirtschaftliche Stabilität.

*Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Mittelstand und Mittelschicht wiederherzustellen, ist immer auch ein Beitrag zur Demokratiesicherung. Die Leistungsträger in der Mitte sind die Stabilisatoren unserer Grundordnung.*

Ob die Mittelschichten und der mit ihnen verbundene Mittelstand nun Mitauslöser des weltweiten Tsunamis auf den Finanzmärkten waren, mag dahingestellt sein. Unbestreitbar ist, dass beide auf dieser unruhigen See unverzichtbare Rettungsanker darstellen. Langfristig steht zu erwarten, dass die kleinen und mittelständischen Akteure in der Wirtschaft robuster durch die Krise kommen werden als die Global Player: Als Arbeitgeber betreiben sie eine nachhaltigere Beschäftigungspolitik. Sie sind es, die acht von zehn Lehrlingen ausbilden und damit den Einstieg in den Aufstieg sichern, ihre Geschäftsabläufe sind nicht selten transparenter, und kaum jemals wird – insbesondere bei Familienunternehmen – über mangelnde Glaubwürdigkeit geklagt.

Wenn die eingangs zitierte Logik der Soziologen allerdings stimmt, dass Misstrauen, Unsicherheit und Angst vor Statusverlust und dem gesellschaftlichen Abstieg die Finanzkrise mit angetrieben haben, dann gehört zur Wiederherstellung von Vertrauen und Zukunftszuversicht auch eine besonders erfolgversprechende und notwendige Mittelstandspolitik. Bereits seit längerem versucht die Politik der Bedeutung dieses Wirtschaftszweigs durch konsequentes Handeln Rechnung zu tragen. Das Hauptaugenmerk liegt gegenwärtig zu Recht auf der kurzfristigen Sicherung der Kreditversorgung: Konjunkturprogramme sichern über die Nachfrage das Überleben von vielen Betrieben und damit Arbeitsplätze. Darüber sollten aber die langfristigen Ziele nicht aus dem Blick geraten. In diesem Zusammenhang bleibt ein Arbeitsfeld, das die Konrad-Adenauer-Stiftung neu aufgegriffen hat, ein besonders zentrales Thema für den Mittelstand: der Abbau von Bürokratie, die besonders hemmend und behindernd wirkt. Im statistischen Durchschnitt muss jeder kleine Betrieb mehr als 350 Stunden für Bürokratiepflichten aufwenden – umgerechnet rund 45 Arbeitstage eines Beschäftigten.

Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Mittelstand und Mittelschicht wiederherzustellen ist immer auch ein Beitrag zur Demokratiesicherung. Wenn das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft zerstört wird, wird auch das Vertrauen in die Demokratie zerstört.

Wilhelm Röpke, einer der Väter der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, formulierte 1944 im Schweizer Exil mit geradezu visionärer Kraft, dass „die Existenz einer breiten Mittelschicht eine der obersten Voraussetzungen für das Funktionieren einer gesunden Demokratie ist und der Grund, warum eine wirkliche Demokratie in Ländern nicht recht gedeihen will, wo es an einer verantwortungsvollen Mittelklasse fehlt, die mit ihrem geistig-moralischen und materiellen Eigengewicht den Staat ausbalanciert“. Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution in Deutschland und sechzig Jahre nach der Gründung des freiheitlichsten Staates, den es auf deutschem Boden jemals gegeben hat, fordert allein schon die antitotalitäre Kraft „gesunder“ Mittelschichten dazu heraus, im Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft alles daranzusetzen, die konstitutive Energie und die wirtschaftlich und politisch stabilisierende Wirkung dieser Gesellschaftsgruppe zu erhalten.

## WENN DIE BANKEN WANKEN

### DIE FINANZMARKTKRISE UND DIE PERSPEKTIVE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

MATTHIAS SCHÄFER

*Koordinator für Finanz- und  
Arbeitsmarktpolitik,  
Hauptabteilung  
Politik und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die Finanzmarktkrise hat die Banken und die Börsen dieser Welt mit großer Wucht getroffen. Die Märkte spielten verrückt, die Weltwirtschaft schien am Abgrund zu stehen. Mit etwas mehr Abstand und Ruhe zu den turbulenten Tagen des Jahres 2008 ist es angezeigt, die Ursachen sorgfältig zu analysieren und über die Lehren nachzudenken.

Wieder einmal hat sich gezeigt, dass Märkte zu eklatanten Übertreibungen fähig sind, wenn es ihnen an verlässlichen Regeln und funktionierender Aufsicht fehlt. Die Soziale Marktwirtschaft fordert einen solchen Regelungsrahmen. Vor allem auf internationaler Ebene sind Versäumnisse festzustellen. Wäre der Finanzmarkt auf internationaler Ebene ähnlich verfasst gewesen wie hierzulande, hätten diese Übertreibungen wohl früher erkannt und verhindert werden können.

### DIE WIRTSCHAFTSKRISE BRINGT DIE NORMATIVEN GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT INS WANKEN

Über die wirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise für Börsen und Banken sind auch gesellschaftliche Verwerfungen spürbar geworden. Nicht nur die Freiheit des Marktes scheint in Frage gestellt, wenn Staat und Politik den Finanzsektor mit milliardenschweren Rettungspaketen abschirmen oder sich direkt an Banken beteiligen. Auch die mit dieser Freiheit verbundenen gesellschaftlichen Wertvorstellungen von Selbstverantwortung und Eigeninitiative, von individueller Anstrengung und dem Mut, es mit der Freiheit aufzunehmen, geraten in die Defensive. Aus der wirtschaftlichen Krise droht, wenn man nichts entgegenzusetzen weiß, eine Gesellschafts- und Vertrauenskrise zu werden. Man führe sich nur vor Augen, dass die Finanzkrise das gesamte journalistische Genre, von der Politik über die Wirtschaft bis in das Feuilleton hinein, in ihren Bann gezogen hat. Kaum ein Wirtschaftsthema hat die klassischen Ressorts des Journalismus so durchdrungen wie die Finanzkrise.

Gerät unser Wertegerüst ins Wanken? Auch auf den drohenden Werteverlust bietet die Soziale Marktwirtschaft Antworten. Sie erklärt, anders als jedes Wirtschaftsmodell, nicht „nur“ die Funktionsweise der Wirtschaft. Sie enthält ein normatives Bekenntnis darüber, wie Wirtschaft funktionieren soll. Die Soziale Marktwirtschaft macht buchstäblich nicht an den Grenzen des Wirtschaftsteils der Zeitungen halt, sie verlangt nach einer starken politischen und gesellschaftlichen Verwurzelung.

Ohne funktionierende staatliche Regulierung, ohne eine handlungsfähige Politik, die dem freien Spiel des Marktes Regeln und Ordnung gibt, bleiben Prinzipien wie Freiheit und Wettbewerb leere Versprechen, auf fahrlässige Weise der Willkür und dem Recht des Stärkeren ausgesetzt und mit riskanten Folgen für alle.



*Ausverkauf des Vertrauens:  
Die internationale Finanz-  
krise hat den Glauben an  
das Funktionieren freier  
Märkte zutiefst erschüttert.  
Dabei ist nicht der Markt  
„schuld“, sondern das Feh-  
len allgemeinverbindlicher  
Ordnungsprinzipien, wie  
die Soziale Marktwirtschaft  
sie bietet.*

„Freie Wirtschaft, starker Staat“, diese einfache Formel Alexander Rüstows verdeutlicht das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft: Der starke Staat ist der Garant der freiheitlichen Ordnung, so dienen beide dem Menschen und ermöglichen Chancen und Teilhabe.

#### LEHREN AUS DER KRISE

Wenn also über eine gesellschaftliche Krise zu reden ist, dann liegt ihre Überwindung in einem Ansatz, der die *Interdependenz der Ordnungen* (Walter Eucken) und ihr Zusammenwirken zum Wohle der Gesellschaft vereint: dem Ordoliberalismus, dessen wesentliche Grundlagen in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre „geboren“ wurden. Die heutige Finanzmarktkrise bietet Gelegenheit, die ordoliberalen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft selbstbewusst in die nationale, europäische und globale Debatte einzubringen. Konkret bedeutet das: Wir brauchen freie Märkte, auch freie Finanzmärkte, einen funktionierenden Wettbewerb unter den Finanzmarktteilnehmern. Aber unabdingbar für funktionierende Finanzmärkte ist ein Ordnungsrahmen. *„Die Freiheit darf ... nicht zu einem Götzendienst werden, ohne Verantwortung, ohne Bindung, ohne Wurzel. Die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung bedarf vielmehr der Ordnung“* (Ludwig Erhard).

Es ist im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft richtig, über eine bessere Finanzmarktordnung und bessere Aufsichtsregelungen nachzudenken und dabei auf europäischer und globaler Ebene konzertiert und koordiniert vorzugehen. Mehr Transparenz, bessere Aufsicht, vertrauenswürdige Bilanzprüfung und nachhaltige Bonitätsprüfung der Ratingagenturen sind notwendige Rahmenbedingungen für einen funktionierenden freien Finanzmarkt.

#### GELDWERTSTABILITÄT – WICHTIGER DENN JE

Erinnert sei an ein weiteres Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, die Stabilität des Geldes. Walter Eucken zitierte dazu Lenins Worte: *„Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muss man ihr Geldwesen verwüsten“* – und erklärte auch deshalb die Stabilität des Geldwertes zu einem Primat für eine freiheitliche Wirtschaftsverfassung. Orientiert waren diese Überlegungen an den Erfahrungen der Hyperinflation in den Jahren der Weimarer Republik und der Nachkriegszeit, als die Schwarzmärkte blühten und die Reichsmark als Zahlungsmittel jegliches Vertrauen eingebüßt hatte. Ludwig Erhard hat mit der Umsetzung der Währungsreform und der Aufhebung der Preisbewirtschaftung vor sechzig Jahren maßgeblich zu einer stabilen Währung beigetragen. Angesichts der Finanzmarktkrise müssen wir konstatieren, dass der Vertrauensverlust in das weltweite Finanzsystem ein bedrohliches Ausmaß angenommen hat. Umso wichtiger ist die Stabilität des Euro und des europäischen Zentralbankensystems zur Wiederherstellung des Vertrauens, ein gerne unterschätztes öffentliches Gut. Hier bestätigt sich wieder einmal die Beharrlichkeit der deutschen Regierungen, die Unabhängigkeit der Zentralbank und die Wahrung der Geldwertstabilität auf europäischer Ebene zu verankern.

Um mit Wilhelm Röpke zu sprechen: *„Worauf es hier ankommt, ist die strenge Regulierung der Knappheit des Geldes. Diese vernünftige Kontrolle der Geldmenge kann aber nicht von der ... freien Konkurrenz, sondern nur von einem sorgfältig erdachten System der Geldregulierung erwartet werden, das von der Regierung geschaffen und überwacht wird.“* Während die USA mit einer Politik des billigen Geldes und einer nahezu grenzenlosen Liquiditätsversorgung der Wirtschaft durch ihre Notenbank in nicht unwesentlichem Ausmaß zur Krise beigetragen haben, scheint der Euroraum insgesamt vorsichtiger – und konservativer – gewesen zu sein.

Allerdings konnte das nicht verhindern, dass die Finanzmarktkrise aus den USA auch auf die anderen Wirtschaftszentren überggesprungen ist und die Menschen in Deutschland und in Europa mit den Folgen zu kämpfen haben.



An dieser Stelle lohnt der Blick auf ein weiteres Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, das Prinzip der Haftung, der Verantwortlichkeit für eigenes Tun. Die Marktteilnehmer sind verantwortlich für ihr Handeln, sie müssen über die Folgen ihres Handelns Rechenschaft ablegen und dafür einstehen. So besagen es die Prinzipien des ehrbaren Kaufmanns, dargelegt in den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung des Handelsgesetzbuches.

Das verlangt Transparenz und Verständlichkeit dessen, was auf Finanzmärkten geschieht. Und es erfordert andere Entlohnungs- und Haftungssysteme, die das individuelle Verhalten wieder stärker mit dem notwendigen individuellen Einstehen für die Folgen verknüpfen. Dabei spielen im Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft die eigentümergeführten Familienunternehmen eine entscheidende Rolle. Dort haftet der Unternehmer mit seinem persönlichen Vermögen für die Folgen seiner Entscheidungen – ein wesentlicher Gedanke des Erhardschen Prinzips des Maßhaltens. Denn die Haftung mit dem eigenen Vermögen mahnt zu Vorsicht und Zurückhaltung.

In der aktuellen Finanzmarktkrise wird deutlich, dass mancher sich nur an kurzfristigen renditegetriebenen Erfolgen und Erträgen orientierte und dabei fast schon billigend in Kauf nahm, dass mögliche Misserfolge und Verluste mit ihren auch langfristig negativen gesamtwirtschaftlichen Folgen dem Staat und dem Steuerzahler zuzumuten wären. Um Missverständnissen vorzubeugen: Grundsätzlich ist es weder Aufgabe der Politik noch im Sinne der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, Entlohnungssysteme für Vorstandsmitglieder in Kapitalgesellschaften vorzugeben. Aber es ist eine Aufgabe der Politik, dann einzuschreiten, wenn die zwischen Eigentümer und Geschäftsführung freiwillig gewählten Entlohnungssysteme den kurzfristigen Erfolg offensichtlich über das langfristige Unternehmensinteresse stellen. Gerade wenn im Streben nach kurzfristigem Erfolg wie selbstverständlich angenommen wird, im Falle des Scheiterns stünde der Staat mit Milliardenbürgschaften bereit, während sich die eigene Haftung auf den Beitrag für eine Haftpflichtversicherung reduzierte. Derartiges Hasardeur-Verhalten steht ohne Zweifel im Gegensatz zu den Ordnungsprinzipien von Haftung und Verantwortung – und den Regeln des Selbstverpflichtungskodex der Branche für eine gute Unternehmensführung. Deshalb ist es wichtig, die Unternehmen dabei zu unterstützen, diese Anreizstrukturen zu überdenken.

#### „COMEBACK“ DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Wenn es gelingt, diese Ordnungsprinzipien bewusst zu machen, und wenn deutlich wird, an welchen Stellen diese Prinzipien verletzt wurden, dann werden die freien Gesellschaften gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Die Soziale Marktwirtschaft weist Wege aus der Krise, ganz im Gegensatz zum puren Kapitalismus und zum scheinbar wieder salonfähig werdenden Sozialismus. Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht es, das zähe Ringen von marktwirtschaftlicher Freiheit und sozialem Ausgleich in den tagtäglichen Mühen immer wieder neu auszutarieren und beides zu verbinden.

Diesen Prozess kann die Konrad-Adenauer-Stiftung vorantreiben, indem sie dazu beiträgt, die Lehren aus der Finanzmarktkrise um das ordnungspolitische Instrumentarium der Sozialen Marktwirtschaft zu ergänzen und zu verstärken. Sie wird auch auf internationaler Ebene verstärkt in einen Dialog über den globalen Ordnungsrahmen freier Märkte und Gesellschaften eintreten. Denn die besondere Stärke der Sozialen Marktwirtschaft liegt darin, dass sie ihr normatives Bekenntnis gerade in Zeiten großer Krisen immer wieder neu im Sinne der Menschen zu begründen und zu rechtfertigen vermag.



## KLASSE STATT MASSE

### SEIT DREISSIG JAHREN BILDET DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG JOURNALISTEN AUS

WALTER BAJOHR

*Leiter Zentralabteilung  
Kommunikation / Leiter  
Journalisten-Akademie und  
Bereichsleiter  
Zentralredaktion Print/Online,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Hört man sich in der Medienbranche um, ist der Redakteure liebstes Klagelied die Unzufriedenheit mit dem Nachwuchs. Eine Umfrage der dpa-Tochter „news aktuell“, an der sich Anfang 2008 online rund 3.000 Redakteure und freie Journalisten beteiligt haben, ergab, dass knapp 60 Prozent der Befragten in einer schlechten Ausbildung die größte Gefahr für den etablierten Journalismus sehen. Nur wenig dahinter, mit etwas über 58 Prozent, rangiert in der Gefahrenliste die Abkehr der jüngeren Generation vom Qualitätsjournalismus.

Selbst wenn man die Ergebnisse eher kritisch betrachtet, weil die Angaben verbreiteten Urteilen über den Berufsnachwuchs generell entsprechen, rücken sie doch die Notwendigkeit einer guten Ausbildung für Journalisten deutlich ins Rampenlicht. Bedürfte es also einer aktuellen Begründung, warum die Konrad-Adenauer-Stiftung auch Journalisten ausbildet, wäre sie hiermit gegeben.

Allerdings geht der Anspruch, den die Stiftung mit ihrem Angebot erhebt, noch darüber hinaus. Denn die handwerkliche Qualität ist nur ein, wenn auch ein sehr wichtiger, Teil des Gesamtkunstwerks Journalist. Der andere Teil heißt Verantwortung, und erst wenn beides zusammenkommt, sind die Voraussetzungen gegeben, dass ein Journalist seine Rolle in einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft auch auszufüllen vermag. Ohne freie Medien ist Demokratie nicht möglich. Medien stellen Öffentlichkeit her. Sie sind Informationsträger, Wächter, Antreiber. Sie unterhalten und sie bilden. Ihrer Verantwortung in der Demokratie und für die Demokratie können sie nur gerecht werden, wenn die Journalisten sich ihrer Verantwortung bewusst sind. Der Umgang mit dem freien Wort ist eben nicht nur eine Frage des Handwerks.

*Journalisten mit Rückgrat, die sich ihrer ethischen und moralischen Verantwortung stets bewusst sind und auf einem festen Wertefundament gründen, sind das Ausbildungsideal der Journalisten-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Aber auch den Schattenseiten muss ein guter Journalist gewachsen sein. Im Kampf um Auflage, Zuschauerquoten und Klickraten geht die seriöse Berichterstattung oft einen schweren Weg. Die Jagd nach der schnellen Sensation, dem vermeintlichen Skandal und der flotten Schlagzeile macht Journalisten häufig zu Sklaven von Geschäft und Rendite. Wer dazu nichts beiträgt, gefährdet seinen Arbeitsplatz. Wenn aber das Rückgrat biegsamer wird und die Skrupel vor mangelhafter Recherche kleiner, wenn wirtschaftliche Abhängigkeiten die Feder führen und von ethischer und moralischer Verantwortung immer seltener die Rede ist, dann wird die Freiheit des Wortes zur abhängigen Variablen von Profit und Pression.

Journalist ist einer der letzten Berufsstände in Deutschland, für die es keinen verbindlich vorgeschriebenen Ausbildungsweg gibt. Darin dokumentiert sich die grundgesetzlich garantierte Meinungs- und Pressefreiheit. Dennoch müssen auch Journalisten ausgebildet werden. „Wenn die demokratische Gesellschaft funktionieren soll, dann ist sie auf Journalisten angewiesen, die viel können, die viel wissen und ein waches und nobles Bewusstsein für ihre Verantwortung besitzen“, hat der Publizist Wolf Schneider

dem journalistischen Berufsbild ins Stammbuch geschrieben. Er formuliert damit exakt die Grundgedanken, die 1979 zur Gründung der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung geführt haben. Als Sonderbereich der Allgemeinen Studentenförderung und unter dem Dach der Begabtenförderung der KAS insgesamt unterschied sich das Ausbildungsangebot von Anfang an von dem der Journalistenschulen und ähnlicher Institutionen. Denn das Ziel war nicht nur der qualitativ gute Journalist, sondern darüber hinaus auch einer, der auf einem festen Wertefundament steht, der, um seiner Verantwortung in der Demokratie gerecht werden zu können, mit Leitplanken für sein Tun und Lassen ausgestattet ist.

Dieser Grundkonzeption ist ein weiteres Ziel beigegeben worden: Im Sinne der Heranbildung von Eliten im Rahmen der Begabtenförderung soll der gute Journalist auch potentiell Führungsqualität haben. Damit wird die Bildung der Persönlichkeit zum Bestandteil des Ausbildungsprogramms. Daran teilnehmen kann nur, wer zugleich ein Studium, welcher Fachrichtung auch immer, absolviert und sowohl hinsichtlich seiner Hochschulreife als auch seiner Studienfortschritte überdurchschnittliche Leistungen vorweisen kann. Die Aufnahme der Bewerber als Stipendiaten erfolgt nach einem Auswahlprozess durch die Entscheidung eines unabhängigen Prüfungsausschusses. Jährlich rücken vierzig bis fünfzig Nachwuchsjournalisten in den Ausbildungszyklus nach.

Das studienbegleitende Ausbildungsprogramm ist 2002 auf eine neue Grundlage gestellt worden: Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihre verschiedenen Aus- und Weiterbildungsaktivitäten im journalistischen Bereich in der neugegründeten Journalisten-Akademie gebündelt. Damit wurde ein integrierter Ansatz realisiert, der die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen dem strategischen Ziel zuordnet, von der frühzeitigen Akquise von Talenten über die eigentliche Ausbildung der Stipendiaten bis zur Weiterbetreuung der Altstipendiaten im Medienbereich ein dichtes Netzwerk zu knüpfen. Zugleich wurde das Ausbildungsprogramm der Journalistischen Nachwuchsförderung als Kernstück der Akademie im Lichte neuer Anforderungen an den Beruf entsprechend neu zugeschnitten.

Dieses Konzept sieht eine auf mindestens drei Jahre angelegte journalistische Ausbildung parallel zum Studium vor. Sie entspricht den inhaltlichen Anforderungen an ein klassisches Redaktionsvolontariat, bietet aber darüber hinaus eine Ausbildung in allen Mediensparten. Wer diese Ausbildung durchlaufen hat, ist fertiger Journalist und bekommt das durch ein Zertifikat bestätigt. Nichts spricht mehr für die Qualität der Ausbildung und den guten Ruf der Journalisten-Akademie als die Tatsache, dass die Absolventen, die am Ende ihres Studiums gleich zwei Abschlüsse vorweisen können, kaum Probleme mit dem Eintritt in das Berufsleben haben.

Von den inzwischen über 700 Altstipendiaten im Medienbereich sind viele in herausragenden Führungspositionen. Chefredakteure, Programmdirektoren, Intendanten und Ressortchefs sind ebenso darunter wie Agenturinhaber, Pressesprecher, freie Journalisten und Leiter der Kommunikationsabteilungen großer Unternehmen. Sie verbindet nicht nur die Tatsache, Stipendiat der KAS gewesen zu sein, sondern auch das Fundament der Ideale, denen sich die Konrad-Adenauer-Stiftung verpflichtet weiß.



*Leistungsstress unter realen Redaktionsbedingungen und Gemeinschaftserlebnisse kennzeichnen das Ausbildungsprogramm. Am Ende haben die Stipendiaten zwei Berufsabschlüsse: in ihrem Studienfach und als Journalist.*

## REKORDE, PLEITEN UND LANGSTRECKENLÄUFER

### KURSKORREKTUREN AUF DEM KUNSTMARKT

DR. HANS-JÖRG CLEMENT

*Leiter Kultur,  
Hauptabteilung  
Begabtenförderung und Kultur,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Selten schlichen Kuratoren, Kunsthändler, Sammler und Journalisten neugieriger durch die Kojen einer Messe für zeitgenössische Kunst als auf der seit Jahren so besonders erfolgreichen *Frieze* in London 2008. Gerade noch war der Tanz um das buchstäbliche goldene Kalb des Damien Hirst gefeiert worden. Der britische Kunststar, der aus der Riege der ehemals schockierenden *Young British Artists* (YBAs) stammt und zu den teuersten zeitgenössischen Künstlern zählt, hatte mit einem sensationellen Coup den gesamten Kunstmarkt ad absurdum geführt. In einer spektakulären Versteigerung bei Sotheby's bot er ein umfassendes Konvolut aus seinem Oeuvre an, zwang seine Galeristen zum Mitbieten und verursachte, dass das Auktionshaus für das *Golden Calf* erst bei 13.000.000 Euro den Hammer fallen ließ: Ein in Formaldehyd gegossener Stier, über dem wie ein Heiligenschein eine runde Platte aus massivem Gold schwebt und dessen Hörner mit achtzehnkarätigem Gold ummantelt sind.

Mit dieser und anderen Arbeiten fuhr das traditionsreiche Auktionshaus schon am ersten Tag neunzig Millionen Euro ein. Retrospektiv nimmt sich diese Aktion, die fast wie ein performatives Gesamtkunstwerk anmutet, als geniale Punktlandung eines Marktstrategen aus. Ob es die Fähigkeit der Künstler ist, in ihrem Werk gesellschafts-politische Entwicklungen vorwegzunehmen, die sich erst kaum wahrnehmbar abzeichnen, bevor sie für die Allgemeinheit unübersehbar werden, oder ob es Größenwahn oder gar Chuzpe ist: Damien Hirst verpasste dem Kunstmarkt eine Lehr- und Leerstunde, die mit aller Dekadenz den Abgesang auf eine Kunst-Blase anstimmte.

Zwischen dieser bizarren Inszenierung einer aus den Fugen geratenen Kunstwelt – genauer: künstlichen Welt – und der Herbstmesse im Londoner Regent Park lagen Verwerfungen realster Natur, die keinerlei Spielraum für ironische Narretei ließen. Noch am Tag der Versteigerung wird der Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers bekannt; die Börse im freien Fall, ein eben noch prosperierendes Island vor dem Staatsbankrott, Versicherungsriesen und Banken unkalkulierbar – und durch die Welt eilende Staats- und Regierungschefs, die Notpakete schnüren und dem Ruf nach staatlicher Allmacht behutsam begegnen müssen.

Bislang galt das ungeschriebene Gesetz, dass der Kunstmarkt mit sechs- bis achtzehnmonatiger Verzögerung auf den Finanzmarkt reagiert. Aber auch für die Kunstwelt gilt die Macht der Globalisierung und der komplizierten Verstrickungen und Abhängigkeiten. Ob es nur eine zufällige zeitliche Koinzidenz war, dass Kathy Fuld, Ehefrau des alleinigen Geschäftsführers von Lehman Brothers, die heimische Privatsammlung in die Auktion zu Christie's gab, oder schon prophylaktische Geldverflüssigung: Gewissheit über die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf den kaum noch einzufangenden Kunstmarkt wollte und sollte das verwöhnte Londoner Publikum vorher haben! Weiter Rekorde statt Pleiten? Weiter bessere Renditen für die Kunst als für jede andere Finanzanlage? Fortgesetztes Gedrängel bei den Galeristen und ein Flimmern der roten Punkte?



Verhaltenheit, Ernüchterung und spürbare Kurskorrekturen waren angesagt. Zur Vorbesichtigung für geladene Gäste und Fachbesucher kein aufgeregtes Geschnatter, eher ruhige Flaneure, ernste Mienen, vertrauliche Gespräche, zur ausgiebigen Beratung verfügbare Galeristen, die den Augenkontakt zu so manchen zu Boden und in die Luft Schauenden suchten; im Angebot höchste Eleganz von erlesenem Niveau, eine Wohltat für das Auge: Museumsreife Kunstproduktion, ebenso fein wie bekannt, so schön wie risikolos. Doch selbst da zierte man sich. Noch nie überlebte eine Arbeit von Neo Rauch den Eröffnungsabend ohne Zuweisung seiner Galeristen Zwirner (New York) und Lybke (Berlin) an einen der Schlange stehenden Sammler. Dieses Mal hingen gleich zwei Tableaus wie festgeklebt an den Wänden. Sammler wünschten absurde Rabatte, um ihre Verluste an die Galerien und die Künstler weiterzugeben, oder mieden die Messe gleich ganz. Man müsse arbeiten, hieß es – was nur zeigt, dass man bis dahin vor allem mit dem Zählen befasst gewesen war. Viele der prominenten Sammler fehlten, auch wenn die Horts etwa, die zu den wichtigsten Großsammlern weltweit zählen, zu beobachten waren.

Da half es auch nichts, dass sich dann zu vorgerückter Stunde anlässlich der offiziellen Eröffnung Menschentrauben vor dem Zelt bildeten – es waren vor allem die Jungen und Schönen und solche, die das Vernissageleben als gehobenen und angesagten Zeitvertreib einer verwöhnten Gesellschaft praktizieren. Am Ende sind sie alle für die nüchterne Bilanz irrelevant, sie tragen nur dazu bei, das Treiben der Kunstszene in die Gazetten zu transportieren. Daran aber hat man zurzeit kein Interesse mehr, Seriosität ist angesagt, das uferlose Feiern ist vorbei. Entspannt blieben daher die Galeristen, die sich rechtzeitig um die Pflege solcher Kunden bemüht hatten, die vor allem dem heimischen Markt entstammen, die nicht unbedingt zu den sechsstelligen Arbeiten, aber im Einzelfall durchaus zu den fünfstelligen Exponaten greifen.

Es ist diese Klientel, die verlässlich Künstler im Auge behält, deren Entwicklung begleitet – eine Eigenschaft, die amerikanischen Sammlern fremd bleibt –, Expertise sammelt, treuer Kunde bleibt und sich zuvor vom immer schneller drehenden Karussell der Eitelkeiten und den aggressiv positionierten Künstlerstars ebenso wenig hat beeindrucken lassen, wie sie sich nun in der Krise aus dem Staub macht. Sie verweigern sich einer sich selbst beschleunigenden Maschinerie, die immer wieder neue Trends und Ware ausspuckt, denen Substanz fehlt. Das Neue überzeugt nur dann, wenn es wirklich neu ist und nicht in aufgeblasener Verpackung Substanzlosigkeit kaschiert. Schon Mitte des Jahres 2008 war niemand in New York bereit, sich von dem erfolgreichsten Auktionator zeitgenössischer Kunst, Tobias Meyer, den Street-Art-Künstler Banksy für 800.000 Dollar vermitteln zu lassen. Die Arbeit trug den Titel *Sale ends today*. Welcher Ausverkauf da angekündigt wurde, darf spekuliert werden. In jedem Fall aber hatten die seriösen Sammler und die Institutionen ganz offenbar kein Interesse an einer neuformulierten Graffiti-Kunst, die es inzwischen in die Salons des Establishments ebenso wie auf Bettwäsche und Kaffeetassen geschafft hat.



*Teil der Kunstblase sind Auktionshäuser, die die Preise in astronomische Höhen treiben.*

Die Vertreter einer sich doch deutlich formierenden Sammlerschaft, die sich der marktschreierischen Attitüde und den endlosen Events verweigert, haben sich ohnehin im Bewusstsein des Verzichts auf andere Annehmlichkeiten für ein Leben mit der Kunst entschieden. Lang genug konnten die Galeristen diese Sammler vernachlässigen, um sie nun mit besonderer Intensität zu umwerben. Bis dato waren die amerikanischen Sammlerkunden das Objekt der Begierde, flankiert vom neuen Geld aus Russland. Schon waren erste Ultrareiche aus dem arabischen und asiatischen Raum aufgetaucht, für die das Sammeln (und Zur-Schau-Stellen) westlicher Kunst die Ankunft in der Welt der Bewunderten und Begehrten sichtbar markiert.

Es waren auch vor allem diese Vermögenden, die weniger Kunst- als Statussammler waren, die es sich zu eigen gemacht hatten, ihre Trophäen für alle sichtbar auf den großen Abendauktionen bei Sotheby's, Christie's oder Phillips de Pury & Co zu erwerben – zum Leidwesen der Galeristen, die zu ihrer Überraschung unvermutet gerade verkaufte Arbeiten der von ihnen vertretenen Künstler in Auktionen wiederentdeckten,

wo sie nun zum x-fachen Preis den Besitzer wechselten. Teil der Kunst-Blase sind auch die Auktionshäuser geworden, die den sogenannten Sekundärmarkt bespielen und im Wettrennen mit dem Kunsthandel die Preise in astronomische Höhen trieben. Da durften sich nicht allein die Galeristen die Augen reiben. Längst mussten sich die Institutionen, allen voran die Museen, aus solchen Bietkaskaden ausklinken: Ihre Budgets waren auf die Weitsicht solcher Galeristen angewiesen, die um den soliden Aufbau einer Künstlerkarriere bemüht sind.

Umso neugieriger also erwarteten die in London Versammelten die ersten Abendauktionen, die es dann auch unübersehbar werden ließen: Die Krise hat den Kunstmarkt erreicht. Deutlich unter den Erwartungen blieben die Verkäufe der höchsttaxierten Arbeiten. Zu Beginn des Jahres hatte Gerhard Richters *Kerze* noch statt der kalkulierten zwei fast acht Millionen Pfund erzielt. *Tempi passati!* Seine Arbeit *Jerusalem* – das Spitzenlos bei Sotheby's in London – blieb unverkauft, wie ein Großteil aller Lose.

Das Ende der grenzenlosen Spekulationen? Zweifellos. Der Markt bereinigt sich, und alle Spieler des Kunst-Monopoly sind davon betroffen. Die Auktionshäuser werden ihre Festabnahmegarantien nach unten korrigieren, Kreditgewährungen und großzügige Terminierungen der Zahlungsziele überdenken. Sammlerpotentiale im mittleren Segment, die mit ihrem „Spielgeld“ an der kräftig durch die Medien inszenierten Aura der Kunstwelt Teilhabe erkaufen wollten, brechen weg. Die Galerien werden ihre Expansionen drosseln; keine Dependancen in mehreren Kunst-Metropolen, kleinere Räume statt musealer Hallen. Viele der kleinen, jungen Galerien werden ihre Pforten schließen müssen. Sie und ihre Künstler trifft die gebremste Kaufkraft besonders. Gleichwohl: Auch hier trieb die starke Nachfrage schrille Blüten. Überhöhte Preise für jüngste Künstler, die erst noch ihre kunstgeschichtliche Relevanz hätten beweisen müssen, kommen nun als Bumerang zurück. Über 400 Galerien verzeichnet allein die Hauptstadt Berlin – und jeder weiß: Weder kann es so viele gute Galerien geben noch so viel gute Kunst.

Die Substanz wird alle Stürme überleben und sogar gestärkt am Ende aus dem Absturz hervorgehen. Wer nie Teil der hoffnungslosen Überzeichnung war, braucht den Sturz nicht zu fürchten; im Gegenteil. Nicht wenige der wirklichen Top-Galerien machen in Krisenzeiten ihre besten Geschäfte und entwickeln sich auf diese Weise zu Langstreckenläufern, die nie auf kurzes Doping angewiesen waren. Sie bleiben Anlaufstelle für anhaltend finanzkräftige Sammler in Europa, den USA, aber auch die neu umhegten in Indien, China, Russland und Dubai. Sie und solche Sammler, die die Leidenschaft für andere Sichtweisen, für ästhetische und intellektuelle Inspiration, für neue formale Lösungen und überraschende Aus- und Ansichten haben, werden quasi aktiv an der Kurskorrektur mitwirken. Substanz und Qualität haben den längsten Atem.

Das zeigt auch das Kunst- und Kulturengagement der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen ihres Else-Heiliger-Fonds (EHF). Der 1994 ins Leben gerufene und nun durch das Trustee-Programm EHF 2010 abgelöste Fonds fördert junge Künstler und kümmert sich durch ein breites Netzwerk um deren Platzierung im Kunstmarkt. Viele von ihnen haben zu einer erfolgversprechenden oder schon erfolgreichen Karriere angesetzt und dürfen sich über solide Galerienvertretungen und institutionelle Ausstellungen freuen. Nach Eingang in wichtige internationale Sammlungen und zahlreiche Ausstellungen schaut etwa Martin Dammann seiner ersten institutionellen Soloschau in der Kunsthalle Recklinghausen im Juli 2009 entgegen, einer Retrospektive auf drei Etagen. Allein sieben EHF-Stipendiaten waren im Martin-Gropius-Bau im Rahmen der Ausstellung „Zeitblick“ vertreten, die Ankäufe der Sammlung Zeitgenössischer Kunst der Bundesrepublik Deutschland aus der Zeit zwischen 1998 und 2008 präsentierte. Menschen, die als Trustees des Else-Heiliger-Fonds leidenschaftlich an solchen Entwicklungen teilhaben und den Austausch mit den Künstlern suchen, sind erfolgreiche (Meinungs-)Macher unseres Landes – ganz besonders übrigens aus der Top-Liga des Unternehmertums. Wie gesagt: Substanz und Qualität haben den längsten Atem.



## KONTINUITÄT UND WANDEL

### OPTIONEN FÜR EINE KRISENFESTE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

DR. PATRICK KELLER

Koordinator Außen- und  
Sicherheitspolitik,  
Hauptabteilung  
Politik und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung

Auf die Frage eines Journalisten, was den politischen Kurs seiner Regierung bestimmen werde, antwortete der damalige britische Premierminister Harold Macmillan: „*Events, dear boy, events!*“ Die Einsicht, dass es vor allem die (oft unvorhergesehenen) Ereignisse sind, die staatliches Handeln auslösen, erzwingen und begründen, gilt in besonderem Maße für die Außen- und Sicherheitspolitik. So hat beispielsweise der Krieg zwischen Russland und Georgien im August 2008 die Staatengemeinschaft weitgehend unvorbereitet getroffen, in der Folge aber geholfen, die Politik der NATO, der EU und der einzelnen Staaten in dieser Frage zu präzisieren. Neben diesen plötzlichen Ereignissen gibt es natürlich auch Fixpunkte und sich langsam abzeichnende Herausforderungen, an denen sich die politische Planung orientieren kann. Zwei davon, an denen sich die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 2009 ausrichtet, sind (neben den Europa- und Bundestagswahlen) die Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten und der 60. Jahrestag der NATO.

Am 4. April 1949 wurde der Nordatlantikvertrag unterzeichnet; aus diesem Anlass wird das Bündnis 2009 in Straßburg und Baden-Baden feiern. Ein solcher runder Geburtstag gibt Gelegenheit zur Rückschau und zur Würdigung der erbrachten Leistung. Noch wichtiger ist in diesem Fall allerdings der Blick nach vorn. Denn die NATO steht inmitten eines Transformationsprozesses, der mit dem Ende des Kalten Krieges begonnen hat und dessen zukünftige Richtung (geschweige denn dessen Ende) noch nicht abzusehen ist. Grob vereinfacht gesagt, erlebt die NATO gegenwärtig ihre „dritte Phase“. Die erste reichte von der Gründung des Bündnisses bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks. In dieser Phase definierte sich die Allianz über die Abschreckung der Sowjetunion und ihre Fähigkeit zur Landesverteidigung im klassischen Sinne. Die zweite Phase in den 1990er Jahren überstand die NATO nur, weil sie eine neue *raison d'être* fand: Durch die Aufnahme neuer Mitglieder in Mittel- und Osteuropa leistete sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung eines *Europe whole and free*. Die Sicherheitsgarantie der NATO – und die erforderlichen Reformen auf dem Weg zur Mitgliedschaft – trugen erheblich zum Erfolg dieser entstehenden marktwirtschaftlichen Demokratien bei.



Die Unterzeichnung des  
Nordatlantikpakts am  
4. April 1949 in Washington.

Spätestens mit dem 11. September 2001, aber eigentlich schon mit dem Kosovo-Krieg 1999, hat die dritte NATO-Phase begonnen, in der sich das Bündnis in erster Linie über den Erfolg seiner Missionen definiert. Diese Missionen liegen (zum Teil weit) außerhalb des Bündnisgebietes, dienen aber durch die Stabilisierung kritischer Regionen ebenfalls der Sicherheit der NATO-Mitglieder. Angesichts einer voranschreitenden Globalisierung sind eben nicht nur Märkte und Gesellschaften immer enger vernetzt, sondern es sind auch in räumlicher Ferne entstehende Bedrohungen von direkter Relevanz für die Sicherheit im euro-atlantischen Raum. So ist die NATO 2009 gleichermaßen Beschützer der Globalisierung wie Beschützer vor der Globalisierung. Die drei Phasen haben einander aber nicht eigentlich abgelöst, sondern sind überlappend zu

verstehen: Auch im Zeitalter der Missionen wirkt die NATO noch als Stabilisierungsfaktor in Europas Osten und als Abschreckung vor denkbaren konventionellen Übergriffen auf ihr Territorium. Das macht sie in ihrem 60. Jahr so viel komplexer als zur Zeit ihrer Gründung.

Die Komplexität verlangt nach politischen Antworten. Für 2009 ist auf die Erarbeitung eines neuen strategischen Konzeptes zu hoffen, das dem Bündnis in seiner dritten Phase politische Orientierung verschafft. Die Klärung des grundsätzlichen Selbstverständnisses der NATO betrifft auch viele drängende Einzelprobleme: Wie kann die atlantische Verteidigung mit der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sinnvoll abgestimmt und zukunftsfähig werden? Wie soll es weitergehen mit der Osterweiterung und, damit unmittelbar zusammenhängend, dem Verhältnis der Allianz zu Russland? Wie kann die Zusammenarbeit mit den globalen Partnern der NATO wie Japan oder Australien verbessert werden – und zu welchen Bedingungen? Und vor allem: Wie soll es weitergehen in Afghanistan? Den hehren Zielen stehen dort bislang magere Ergebnisse gegenüber. Wie muss eine Strategie der vernetzten Sicherheit konkret implementiert werden, um den erneuten Zerfall der Staatsstrukturen zu verhindern?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird wie in der Vergangenheit mithelfen, Antworten auf diese Fragen zu formulieren, und die Entscheidungsprozesse in der NATO mit Analysen und Berichten begleiten. So wird im Herbst 2009 auf einer bedeutenden internationalen Konferenz in Berlin Gelegenheit sein, Bilanz zu ziehen: Was haben die zahlreichen Jubiläen und NATO-Veranstaltungen des Frühjahrs ergeben? Wo steht die NATO, und welche weiteren Schritte sind zu gehen?

Das zweite fixe Ereignis des Jahres steht in engem Zusammenhang mit der NATO-Politik, geht aber noch darüber hinaus. Die Vereidigung des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Januar hat sich mit vielen Hoffnungen auf eine Erneuerung der transatlantischen Beziehungen und der Weltpolitik insgesamt verbunden. Zugleich ist man sich gerade in Deutschland in allen politischen Lagern heimlich bewusst, dass die Bush-Jahre auch sehr bequeme Jahre waren. Denn mit Verweis auf den unpopulären Präsidenten fiel es leicht, sich unliebsamen Initiativen, Forderungen und Wünschen aus Washington zu widersetzen. Mit Barack Obama dürfte dies anders werden; zumal schon der Wahlkämpfer Obama nicht mit Appellen an die Deutschen – etwa hinsichtlich eines größeren militärischen Engagements in Afghanistan – gegeizt hat. Fest steht, dass jeder US-Präsident zuerst die Interessen seines Landes im Blick hat. Und die Sicht einer Supermacht auf die internationale Politik ist naturgemäß eine andere als die einer Mittelmacht wie Deutschland.

Das gilt insbesondere, wenn eine Supermacht wie die USA auch noch der Hüter und Garant des gegenwärtigen internationalen Systems ist, von dem die übrigen liberalen, wirtschaftlich hochentwickelten Demokratien in überproportionaler Weise profitieren. Allerdings war es für die meisten europäischen Staaten ein heikles Problem, dass die USA unter Bush weniger als Hüter des internationalen Systems, also als Anwalt des Status quo, sondern vielmehr als revolutionäre Macht agierten, die an den Grundfesten des liberalen internationalen Systems rüttelte. Das ist der Kern des Streits um Präventionskrieg, gewaltsamen Regimewechsel und amerikanischen Unilateralismus. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen der internationalen Politik – vor allem der schwierigen Lage im Irak – musste bereits Präsident Bush in seiner zweiten Amtszeit einen veränderten Kurs einschlagen. Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, welche sicherheitspolitischen Akzente der neue Präsident setzen wird.



Barack Obama

NATO-Jubiläum und Amerikas neuer Präsident bilden den Rahmen für die außen- und sicherheitspolitische Debatte 2009. Dahinein mischen sich zahlreiche weitere Herausforderungen. Der Fragenkatalog an die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist so lang, dass schon einige ausgewählte Beispiele die Komplexität der Problematik verdeutlichen: Wie kann die europäische Integration und Kooperation gefestigt und effizient gestaltet werden? Wie lässt sich die Nonproliferation stärken, gerade im Fall der iranischen Bemühungen um die Atombombe? Welche Pfade führen zu einer sicheren weltweiten Abrüstung, und welche besondere Verantwortung kommt den Nuklearmächten dabei zu? Wie kann angesichts schwieriger Rahmenbedingungen der Nahost-Friedensprozess vorangetrieben werden? Und wie lassen sich die Auswirkungen der Globalisierung gerecht und sicher gestalten, nicht zuletzt im Zuge der Bekämpfung des internationalen Terrorismus?

Die Vielzahl, Unterschiedlichkeit und Komplexität dieser Herausforderungen verlangt nach einer ebenso breiten wie anspruchsvollen sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland – und zwar unter den außenpolitischen Eliten ebenso wie in der Bevölkerung allgemein. Man muss aber feststellen, dass trotz der Übernahme stetig steigender außenpolitischer Verantwortung Deutschlands diese Debatte kaum „mitwächst“. Im Gegenteil: An den deutschen Universitäten nimmt die Ausbildung in und die Beschäftigung mit Fragen außen- und sicherheitspolitischer Strategie eher ab. Die Konrad-Adenauer-Stiftung macht es sich daher zur Aufgabe, dieser Entwicklung entgegenzusteuern, auch wenn die vielen Wahlkämpfe des Jahres 2009 die offene und sachliche Auseinandersetzung über solche Fragen nicht erleichtern werden.

Es hat sich zum Beispiel bewährt, über den „Arbeitskreis Junge Außenpolitiker“ und das Kolleg „Vernetzte Sicherheit“ junge außenpolitische Talente zu fördern, weiter auszubilden und miteinander zu vernetzen. Zugleich wird diese externe Expertise noch enger mit interner Expertise verzahnt, um über verschiedene Studien – wie z.B. eine Argumentationshilfe für den deutschen Einsatz in Afghanistan – und die Politische Bildung die außen- und sicherheitspolitische Debatte im Land zu stärken. Auch die Zusammenarbeit mit Parlament, Ministerien und Kanzleramt, die 2008 mit den vielbeachteten Sicherheitspolitischen Gesprächen im Potsdamer Cecilienhof besonders erfolgreich war, wird fortgesetzt, um neue Impulse und Ideen zu geben.

All diese Maßnahmen und Initiativen werden uns nicht vor Macmillans einschneidenden *events* schützen können. Aber sie werden zu einem soliden konzeptionellen Fundament der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik beitragen, mit dessen Hilfe auch die unvorhergesehenen Herausforderungen zu meistern sind.



*Deutsche Soldaten beim Einsatz in Afghanistan: Das internationale Engagement der Bundeswehr stößt nicht immer auf Verständnis in der Bevölkerung. Es fehlt eine breite und anspruchsvolle sicherheitspolitische Debatte. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen Beitrag dazu zu leisten.*

## CHINAS ENGAGEMENT IN AFRIKA

### ZWISCHEN WETTBEWERB UND PARTNERSCHAFT MIT DEN „ALTEN GEBERLÄNDERN“

DR. PETER HEFELE

*Länderreferent/Team Asien,  
Hauptabteilung  
Internationale Zusammenarbeit,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Seit fünf Jahrzehnten engagieren sich Europa und China in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika. Aber erst seit den 1990er Jahren erlebt der afrikanische Kontinent eine neue Welle chinesischen Engagements. Obwohl die größte Nation der Welt selbst noch viele Merkmale eines Entwicklungslandes aufweist, ist die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten zu einem wichtigen Pfeiler in der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Strategie des „Reichs der Mitte“ geworden. So flossen 2007 rund 1,2 Mrd. US-Dollar an bilateraler Hilfe aus China nach Afrika, und es wurde ein Schuldenerlass in gleicher Höhe vereinbart. Hinzu kommen Direktinvestitionen aus China von mehr als 7 Mrd. US-Dollar (2006) sowie ein rapide gestiegener Handelsaustausch, der gegenwärtig rund 40 Mrd. US-Dollar beträgt und sich bis 2010 verdoppeln soll. Im Mittelpunkt der Aktivitäten staatlicher und privater chinesischer Unternehmen stehen Infrastrukturprojekte, insbesondere im Rohstoff- und Energiesektor, allerdings nur in geringem Umfang im verarbeitenden Gewerbe.

Die chinesische Entwicklungshilfe ist Teil einer umfassenderen Strategie, um den eigenen Aufstieg zur Großmacht abzusichern – in wirtschaftlicher und geopolitischer Hinsicht. So steigert – im Sinne einer „Süd-Süd-Kooperation“ – eine engere Bindung der afrikanischen Staaten an China dessen politisches Gewicht in den Vereinten Nationen. China ist dabei nur Vorreiter in einer Reihe „neuer Geber“. Auch Indien, Thailand oder die Golfstaaten unternehmen mittlerweile eigene Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit. Insbesondere in Afrika treten sie damit in Konkurrenz zu den traditionellen Geberländern der OECD.

Aus den westlichen Industriestaaten sind zwischen 1960 und 2004, je nach Art der Berechnung, rund 500 bis 1.000 Mrd. US-Dollar Entwicklungshilfe nach Afrika geflossen. 2006 standen aus dem Bundeshaushalt allein für die Länder südlich der Sahara rund 2,8 Mrd. Euro zur Verfügung. In den westlichen Geberländern, einschließlich Japans, hat sich jedoch in den vergangenen Jahren das Verständnis von Entwicklungshilfe deutlich verändert – nicht zuletzt deswegen, weil jahrzehntelange Bemühungen um eine dauerhafte Armutsbekämpfung vielerorts gescheitert waren. Deshalb haben sich die Hauptgeberländer auf Prinzipien und Voraussetzungen einer nachhaltigen Entwicklung geeinigt und versuchen, diese gegenüber den Empfängerländern durchzusetzen. In der Entwicklungspolitik spricht man von Konditionierung. Im Mittelpunkt stehen dabei die sogenannten OECD-/DAC-Prinzipien wie „Good Governance“ (gute Regierungsführung), Transparenz und Eigenverantwortung.

Während westliche Staaten auf eine langfristige Demokratisierung als Ziel und Garant einer nachhaltigen Entwicklung setzen, folgt China offiziell dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes. Gleichwohl gewinnt das chinesische Entwicklungsmodell, bei dem sich wirtschaftlicher Wohlstand mit einem autoritären politischen System verbindet, an Attraktivität – auch oder gerade für afrikanische Eliten.



Steuern die westlichen Staaten also in einen direkten Konflikt mit der aufstrebenden Macht Chinas? Wie wird das chinesische Engagement in Afrika selbst bewertet? Mit dem Heiligendamm-Prozess, den die deutsche Regierung unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel im Sommer 2007 angestoßen hat, verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten der G8 und die wichtigsten Schwellenländer, darunter China, auf gemeinsame Verantwortlichkeiten für die Entwicklung Afrikas. Dass die im Jahr 2000 von der UN-Generalversammlung beschlossenen „Millennium-Entwicklungsziele“ in Afrika bis 2015 nicht erreicht werden können, darüber besteht inzwischen weitgehend Konsens.

In Afrika gelangen die intellektuellen Eliten zunehmend zu der Einsicht, dass der Aufbau transparenter und leistungsfähiger (Regierungs-)Institutionen ein entscheidender Entwicklungsfaktor ist. Zugleich – und dies zeigen die erheblichen Fortschritte bei der Armutsbekämpfung in Ost- und Südostasien – kann eine nachhaltige Entwicklung nur über eine fortschreitende regionale und globale Integration der afrikanischen Länder gelingen. Der politische Wille zur Entwicklung ist mittlerweile in Afrika vorhanden, auch dort wächst eine zunehmend selbstbewusste Zivilgesellschaft heran.

Dies sollte durch Kooperationen auf lokaler Ebene gerade auch mit „neuen“ Gebern aufgegriffen und genutzt werden, denn dadurch können sich vermehrt Chancen für trilaterale Kooperationen ergeben. Um solche auszuloten, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung seit 2006 eine Reihe von entwicklungspolitischen Dialogveranstaltungen in Brüssel, Peking und Bonn durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass es neben Gemeinsamkeiten auch unvereinbare Ansätze zwischen den Akteuren gibt, etwa mit Blick auf die Etablierung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen.

Die neue Konkurrenz aus Asien ist für die alten Geber zwar Anlass, die Wirksamkeit des eigenen Handelns zu hinterfragen. Es gibt jedoch keinen Grund für Deutschland und die Europäische Union, von der Grundlage gemeinsamer, wertebasierter Prinzipien bei der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika abzuweichen. Noch ist keineswegs entschieden, ob China einen erfolgreicherem entwicklungspolitischen Ansatz verfolgt, wenn es auf gute Regierungsführung, Transparenz und Eigenverantwortung verzichtet.





## INDIEN WILL ÜBER DIE SCHWELLE

### SEIT VIERZIG JAHREN ENGAGIERT SICH DIE KAS AUF DEM SUBKONTINENT

*Indien ist eines der ersten Länder in Asien, in denen die Konrad-Adenauer-Stiftung vor vierzig Jahren ihre entwicklungspolitische Arbeit aufnahm. Wenige Monate nach dem Besuch von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger in Neu-Delhi begann im Jahr 1968 die Zusammenarbeit mit der angesehenen nationalen Jugendakademie Vishwa Yuvak Kendra (VYK).*

*Das „Erwachen des indischen Elefanten“ lässt sich nicht nur an steigenden Wachstumsraten und einer immer stärkeren Einbindung in die globale Wirtschaft festmachen. Indiens Bedeutungszuwachs äußert sich mehr noch auf politischem Gebiet.*

*Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das bei ihrem letzten Besuch 2007 durch eine Erneuerung der*

*„strategischen Partnerschaft“ zwischen beiden Ländern unterstrichen. Gerade in seinem Nahbereich in Südasien ist Indien als Stabilitätsanker und Motor der weiteren regionalen Entwicklung mehr denn je gefordert. Allerdings gibt es dort gegenüber einer engeren Zusammenarbeit auch große Vorbehalte. Die Konfliktursachen reichen*

*in die Zeit der Auflösung des britischen Kolonialreichs zurück. Der Streit um Kaschmir hat Indien und seinen Nachbarn Pakistan mehrmals an den Rand eines mit Nuklearwaffen geführten Krieges gebracht. Religiös und sozial motivierter Extremismus durchzieht die Geschichte des Subkontinents seit Jahrzehnten. Indien ist unmittelbar von der krisenhaften Entwicklung in Afghanistan und Pakistan betroffen und zunehmend Ziel terroristischer Gewalt.*

*Außen- und sicherheitspolitische Themen stellen einen Schwerpunkt des KAS-Länderprogramms dar und haben zum hervorragenden Ruf der Stiftung bei den indischen Entscheidungsträgern beigetragen. Regelmäßige Dialoge zwischen NATO und Indien, Europa, Indien und den USA und Indien, China und Deutschland stellen innovative Formen der Vertrauensbildung und der Meinungsbildung dar. Mit neuen indischen Partnern wie der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI), dem The Energy and Resources Institute (TERI) oder dem Indian Council of World Affairs (ICWA) sucht die Konrad-Adenauer-Stiftung Antworten auf neue Herausforderungen wie die globale Finanzkrise, den Terrorismus oder den Klimawandel.*

*Die indische Presse ist im Vergleich zu anderen asiatischen Ländern pluralistisch und begleitet die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen kritisch. Die großen nationalen Zeitungen haben erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung. Lokale und regionale Zeitungen erreichen hingegen noch nicht die Standards eines professionellen Journalismus. Deshalb fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung seit über zehn Jahren im Rahmen ihres regionalen Medienprogramms auch die Aus- und Fortbildung von Journalisten. Im Oktober 2008 konnte eine mehrjährige Studie zu Werthaltungen und Einstellungen junger Inderinnen und Inder gegenüber Familie, Gesellschaft und Politik abgeschlossen werden. Vorbild war die deutsche Shell-Jugendstudie. Damit greift die KAS wieder das Thema „Jugend“ auf, das ganz am Anfang ihrer Aktivitäten vor vierzig Jahren in Indien gestanden hatte.*

P. H.









DIE JAHRESZAHLEN 1949 UND 1989 MARKIEREN WICHTIGE ZÄSUREN IN DER JÜNGSTEN DEUTSCHEN GESCHICHTE: GRUNDGESETZ UND MAUERFALL. AUF DEM WEG DES GETEILTEN DEUTSCHLAND ZUR WIEDERVEREINIGUNG WURDEN DIE WEICHEN VOR ALLEM VON CHRISTLICHEN DEMOKRATEN GESTELLT.



## DIE DOPPELTE STAATSGRÜNDUNG

### 1949 WURDEN DIE WEICHEN FÜR ERFOLG UND SCHEITERN GESTELLT

DR. WOLFGANG  
TISCHNER

*Referatsleiter,  
Hauptabteilung  
Wissenschaftliche Dienste/  
Archiv für Christlich-  
Demokratische Politik,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz mit 53 gegen zwölf Stimmen. Es war bewusst nicht als „Verfassung“ deklariert worden, um seine Vorläufigkeit zu betonen, solange die Deutschen im sowjetischen Machtbereich von freier Selbstbestimmung ausgeschlossen waren. Mit diesem Grundgesetz war ein ausgewogenes Fundament für eine pluralistische Gesellschaft gelegt. Gleichzeitig stand hinter seinen Formulierungen ein durch die gemeinsame Erfahrung der NS-Diktatur gefestigter Wertekonsens. Die reflektierte Berufung auf einen metaphysischen Ursprung der Rechtsordnung, so wie ihn die Präambel und der Grundrechtsteil demonstrieren, war für den Parlamentarischen Rat, und zwar ausdrücklich auch für seine liberalen und sozialdemokratischen Mitglieder, der beste Schutz vor Wiederholung einer formal legalen Diktatur, wie es das Dritte Reich in seinen Anfängen mit der Reichstagsbrandverordnung und dem Ermächtigungsgesetz gewesen war: In Zukunft sollte jeder potentielle Diktator durch die Unaufhebbarkeit der Grundrechtsartikel von vornherein gezwungen sein, das Odium des Rechtsbruchs auf sich zu nehmen.

Andere Bereiche dagegen, wie etwa die Wirtschaftsordnung, wurden nur in groben Zügen geregelt, was an den differierenden Vorstellungen der demokratischen Parteien lag. Die Tatsache allerdings, dass sich zu diesem Zeitpunkt schon die 1948 durchgeführte Währungsreform und mit ihr die Aufhebung der meisten Bewirtschaftungsvorschriften als voller Erfolg erwiesen hatten – wenn auch, was heute fast vergessen ist, die Arbeitslosigkeit im Westen bis Anfang der 1950er Jahre relativ hoch blieb –, ließ in der jetzt bundesdeutschen Innenpolitik Gegenmodelle zur „Sozialen Marktwirtschaft“ immer weniger attraktiv erscheinen. Das hinter diesem von Alfred Müller-Armack stammenden und von Ludwig Erhard so populär vertretenen Begriff stehende Konzept war noch während der NS-Diktatur von der sogenannten „Freiburger Schule“, einem oppositionellen Kreis Freiburger Hochschullehrer um Adolf Lampe und Franz Böhm, entwickelt worden. Deren ordoliberalen Vorstellungen sahen Privateigentum und eine weitgehende Freiheit des Marktes bei strenger Kontrolle aller kartellähnlichen Zusammenschlüsse vor und erwiesen sich, erweitert um eine weitgehende Einbeziehung der Arbeitnehmer, als konsensfähiges Leitbild für die bundesdeutsche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

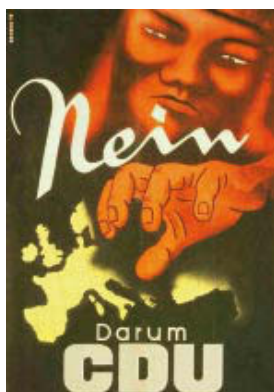


*Mit dem Grundgesetz  
erhielt die Bundesrepublik  
Deutschland die Verfassung,  
die in der jüngeren deut-  
schen Geschichte schon  
jetzt die längste Geltungs-  
dauer hat.*

Innerhalb der CDU hatte sich 1949 schon der ehemalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer unangefochten durchgesetzt, was sich unter anderem daran zeigte, dass mit den „Düsseldorfer Leitsätzen“ (15. Juli 1949) die vorher artikulierten, weniger wirtschaftsliberalen Vorstellungen des „Ahlemer Programms“ fortentwickelt und teilweise revidiert wurden. Nach dieser programmatischen Weichenstellung war es nur folgerichtig, dass es zu einer „kleinen Koalition“ mit den Liberalen kam, nachdem die Wahlen am 14. August 1949 für die Union erfolgreich verlaufen waren. Sie ging daraus mit 31 Prozent der Stimmen knapp als stärkste politische Kraft hervor. Adenauer selbst wurde zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt, die FDP stellte mit Theodor Heuss den ersten Bundespräsidenten.

Zu Adenauers Erfolg trug neben der Wirtschaftspolitik auch die erfolgreiche Außenpolitik bei. Von Kurt Schumacher als „Kanzler der Alliierten“ geschmäht, rang Adenauer in Wirklichkeit den Westmächten schrittweise einen immer größeren Handlungsspielraum ab. Entscheidend dafür war das Vertrauen, das er sich persönlich erworben hatte, aber auch seine Bereitschaft, durch innenpolitisch unpopuläre Maßnahmen wie die Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel oder die Wiederbewaffnung sich der Verantwortung aus der deutschen Geschichte zu stellen. Gesellschaftspolitisch war die Adenauer-Ära sehr viel moderner und zukunftsweisender, als heute noch im öffentlichen Bewusstsein präsent ist. Grundlegende Weichenstellungen wie der Lastenausgleich, das Rentensystem, die Förderung der privaten Vermögensbildung oder die Struktur der Krankenversicherung wurden in dieser angeblich so restaurativen Epoche umgesetzt.

*Die Gründung der SED 1946 – hier mit den beiden Parteivorsitzenden Pieck und Grotewohl sowie rechts dem späteren Staats- und Parteichef Ulbricht – war eine notwendige Vorbedingung für die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft in eine Diktatur.*



*Die kommunistische Bedrohung spielte bei der ersten Bundestagswahl eine große Rolle: Wahlplakat der CDU 1949.*

In der sowjetischen Besatzungszone war die Ausgangslage weit weniger günstig als in den Westzonen. In der Moskauer Perspektive sollte die SBZ gleich eine ganze Reihe von Funktionen wahrnehmen: Die hochentwickelte Industrie sollte hohe Sachleistungen aus der laufenden Produktion erbringen, wozu noch der neu aufgebaute, sehr kostenintensive Uranbergbau der Wismut AG kam, der von immenser strategischer Bedeutung für die UdSSR war, da er das Material für die ersten sowjetischen Atombomben lieferte. Gleichzeitig musste ein überproportional hoher Anteil Vertriebener – euphemistisch in der SBZ nur „Umsiedler“ genannt – integriert werden. Und ganz nebenbei sollte, als mit der Gründung des „Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW, Januar 1949) und spätestens seit dem Abbruch der Berliner Blockade (12. Mai 1949) der vorläufige Umfang der jeweiligen Machtbereiche feststand, eine sozialistische ostdeutsche Gesellschaft als Aushängeschild des Ostblocks dienen.

Auf der politischen Ebene wurde die ostdeutsche Verfassung vom „Dritten Deutschen Volkskongress“ im Mai 1949 fertiggestellt. Da diesem Delegiertenparlament die politische Legitimation fehlte, hatten paradoxerweise die LDP und die Ost-CDU in den Verfassungsberatungen ein deutlich höheres Gewicht, als man nach den vorangegangenen Verhaftungswellen hätte vermuten sollen: Ein Rückzug ihrer Vertreter hätte die SED den letzten Rest Glaubwürdigkeit gekostet. Die erste DDR-Verfassung ist deshalb in ihren Formulierungen in weiten Bereichen halbwegs demokratisch; zwar fehlen wesentliche Punkte im Bereich Grundrechtsschutz und Gewaltenteilung, aber beispielsweise wird den Kirchen explizit das Recht zugestanden, zu politischen Grundfragen öffentlich Stellung zu beziehen. Die Entwicklung der DDR hin zu einer Diktatur ist weniger den Formulierungen ihrer ersten Verfassung als deren Nichtbeachtung in der politischen Wirklichkeit anzulasten.

Nachdem – entgegen den kommunistischen Erwartungen – in den Sommermonaten des Jahres 1949 die Staatsgründung der Bundesrepublik nicht in sich zusammenbrach, sondern planmäßig umgesetzt wurde, erklärte sich der Volkskongress zur Volkskammer und rief per Deklaration am 7. Oktober 1949 die sogenannte Deutsche Demokratische Republik ins Leben. Der ehemalige KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck wurde ihr erster Präsident, Otto Grotewohl, der als ostdeutscher SPD-Vorsitzender 1945/46 nur widerwillig in die SED-Gründung eingewilligt hatte, ihr erster Ministerpräsident. Starker Mann hinter den Kulissen war allerdings damals schon Walter Ulbricht, der, gestützt auf seine Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht und die Kontrolle über die Staatspartei, die Stalinisierung der ostdeutschen Gesellschaft vorantrieb. Binnen kurzer Zeit entstand eine Doppelstruktur von Staats- und Parteien, die die DDR zum Musterbeispiel eines „Doppelstaates“ machte, um die von Ernst Fraenkel für die NS-Diktatur entwickelte Begrifflichkeit zu verwenden.

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Strukturen führten innerhalb weniger Jahre zu einer Auseinanderentwicklung der Gesellschaft in beiden deutschen Staaten. Für die Bundesrepublik begann 1949 eine Erfolgsgeschichte, bei der seit Mitte der 1950er Jahre ganz im Sinne Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ infolge des deutschen Wirtschaftswunders fühlbar wurde und Adenauer trotz aller Kassandrarufer

aus dem linksintellektuellen Lager keinerlei Tendenzen zu einer Restauration undemokratischer Strukturen zeigte. Im Gegenteil, im Westen Deutschlands wurde eine der stabilsten und freiheitlichsten Demokratien des Westens aufgebaut. Die Lebensleistung der Ostdeutschen war nicht geringer als die der Bundesbürger, doch ließen die Rahmenbedingungen in der stalinistischen Diktatur mit ihrer Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild eine vergleichbare Entwicklung wie in der Bundesrepublik nicht zu. Nicht nur der materielle Wohlstand erreichte niemals auch nur annähernd „Westniveau“, gerade auch die politische Situation erinnerte die Bevölkerung auf das unliebsamste an die vorangegangene NS-Diktatur. Die Konkurrenz der Systeme konnte deshalb die Bundesrepublik klar für sich entscheiden: In der „Abstimmung mit den Füßen“ flohen bis zum Bau der Mauer 1961 etwa 2,7 Millionen DDR-Bürger in die Bundesrepublik.

## NEUES INTERNET-PORTAL: KONRAD ADENAUER 1876–1967

PROFESSOR HANNS JÜRGEN KÜSTERS

*Längst überfällig war sie, die umfassende Internetseite zu Leben und Werk des Gründungskanzlers und Namensgebers der Konrad-Adenauer-Stiftung. Unter [www.konrad-adenauer.de](http://www.konrad-adenauer.de) schaltete das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) am 5. Januar 2009, dem 133. Geburtstag, die Adenauer-Homepage online. Sie soll eine breitgefächerte Schar an Internet-Nutzern ansprechen: alle zeitgeschichtlich Interessierten, insbesondere Schüler, Lehrer, Studenten, ausgesprochene Adenauer-Fans bis hin zur wissenschaftlichen Fachwelt. Die Seite wird ständig ausgebaut.*

*Überblicksdarstellungen zeichnen die vielen Lebensstationen Adenauers über vier Epochen deutscher Geschichte von 1876 bis 1967 nach und präsentieren seine politischen Überzeugungen, Einsichten und Erfahrungen, aber auch zeithistorische Zusammenhänge. Dabei werden die enormen Modernisierungsleistungen als Kölner Oberbürgermeister von 1917 bis 1933 und vor allem während der Regierungszeit als Bundeskanzler von 1949 bis 1963 deutlich. Das Portal bietet ein großes Spektrum an Informationen und Antworten auf populäre, aber auch wissenschaftliche Fragestellungen, gespickt mit Dokumenten und Bildern, die einen Eindruck vom Stand der Adenauer-Forschung vermitteln.*

*Sechs Rubriken erleichtern die Navigation, Blätter- und Suchfunktionen erlauben gezielte Recherchen. Neben den wichtigsten Daten seiner Biographie samt Darstellung des Lebenslaufs, einer Fotogalerie und einer Ahnentafel sind Zusammenstellungen seiner vielfältigsten Erfindungen, Patente und Würdigungen (Ehrendokortitel, Ehrenbürgerwürden, Ordensverleihungen, Denkmäler, Porträts auf Briefmarken etc.) sowie ein reichhaltiger Schatz nachgewiesener Zitate zu finden. Stichwörter wie Moskau-Reise 1955 erklären*



*Sachverhalte, erläutern Hintergründe und verweisen auf spezielle Literatur und Archivbestände.*

*Herzstück des Portals ist das Kalendarium Konrad Adenauer. In diesem Kalender, beginnend mit seinem Geburtstag am 5. Januar 1876 bis zum Begräbnis am 25. April 1967, werden Tag für Tag alle verfügbaren Daten, seine Termine als Bundeskanzler sowie wichtige politische Ereignisse eingetragen.*

*Korrespondierend dazu enthält der Personen-Index eine Zusammenstellung biographischer Daten, teils mit Kurzlebenslauf, zu jenen Personen, mit denen Adenauer in enger Beziehung stand. Außer den Familienangehörigen gehörten dazu Kabinettsmitglieder, führende Vertreter der CDU, CSU, FDP und SPD, ausländische Persönlichkeiten, Ministerpräsidenten, Vertreter von Interessenverbänden, persönliche Mitarbeiter, Mitstreiter aus seiner OB-Zeit, Weggefährten aus den 1930/40er Jahren und in der Kanzlerzeit. Damit wird allmählich ein „Who's who um Konrad Adenauer“ entstehen.*

*Die Dokumente geben den an Adenauer interessierten Benutzern Informatives an die Hand und eröffnen Zugang zu bekannten und neuen Quellenmaterialien, darunter Aufzeichnungen, Reden, Briefe, Erklärungen, aber auch Plakate, Statistiken (z. B. Umfrageergebnisse) und Videosequenzen. Die Bibliographie umfasst erstmals ein Verzeichnis aller Schriften Konrad Adenauers sowie eine umfangreiche Auswahl der wichtigsten Primär- und Sekundärliteratur zu den zentralen Politikbereichen seiner Regierungszeit.*



## 1989 – DER WEG ZUM MAUERFALL

PROFESSOR  
HANNS JÜRGEN KÜSTERS

*Leiter Referat Zeitgeschichte,  
Hauptabteilung  
Wissenschaftliche Dienste/  
Archiv für Christlich-  
Demokratische Politik,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Niemand rechnete zu Beginn des Jahres 1989 mit dem Fall der Mauer. In der Deutschlandpolitik standen alle Zeichen auf Fortsetzung der Politik des Dialogs, des Interessenausgleichs und der Suche nach weiteren Möglichkeiten praktischer Zusammenarbeit. In mühsamen Detailverhandlungen mit der DDR hielt die Regierung Kohl stets an ihren Grundprinzipien fest: Die Präambel des Grundgesetzes, in der das deutsche Volk aufgefordert wurde, seine Einheit wiederzuerlangen, stand nicht zur Disposition, ebenso wenig das Recht auf Selbstbestimmung. Die Überwindung der Teilung Deutschlands musste aber mit dem legitimen Interesse der Nachbarstaaten, in sicheren Grenzen zu leben, in Einklang gebracht werden. Die Bundesregierung respektierte die Moskauer und Warschauer Verträge von 1970, erhob keine Gebietsansprüche, schloss jedoch friedliche, einvernehmliche Grenzänderungen, wie sie die KSZE-Schlussakte von 1975 vorsieht, nie aus. Selbstverständlich konnte jede Änderung des Status quo in Deutschland nur mit Einverständnis der vier für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte erfolgen.

Mehr Freizügigkeit für die Menschen in der DDR war das vorrangige Ziel der Bundesregierung. Mauer, Grenze und Schießbefehl galt es zu überwinden. Honecker aber bestritt gegenüber Ministerpräsidenten, die im ersten Halbjahr 1989 Ost-Berlin besuchten, die Existenz eines Schießbefehls. Das Grenzregime war für ihn kein Verhandlungsgegenstand. Vielmehr beharrte er auf den für Kohl unannehmbaren Geraer Forderungen: endgültige Anerkennung der innerdeutschen Grenze, Anerkennung der eigenen DDR-Staatsbürgerschaft und Abschaffung der Zentralen Erfassungsstelle für Gewaltakte von DDR-Staatsorganen in Salzgitter. Lieber verwies Honecker auf die positiven Entwicklungen im Reise- und Besuchsverkehr, der sich seit seinem Besuch in der Bundesrepublik 1987 spürbar verbessert hatte.

Der Schlüssel zu effektiven Fortschritten in der Deutschlandpolitik lag nicht in Ost-Berlin, sondern in Moskau. Ob Gorbatschows Politik der Perestroika etwas bewirken würde, war angesichts der Reformunwilligkeit der SED-Führung nicht abzusehen. Kohl und Gorbatschow waren sich bei ihrem Zusammentreffen im Oktober 1988 in Moskau zwar einig gewesen, unterschiedliche Bewertungen in Grundsatzfragen dürften praktischer Kooperation nicht im Wege stehen. Doch in zwei Punkten blieben ihre Standpunkte unüberbrückbar: Moskau strebte die Anerkennung des territorialen und politischen Status quo in Mitteleuropa durch die Bundesregierung an und enthielt den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung vor.

*Noch 1988 sah alles nach  
einer Verfestigung des  
Status quo aus. Doch in  
Wahrheit hatte der schlei-  
chende Zusammenbruch  
der DDR längst begonnen.*

Gorbatschows Gegenbesuch vom 12. bis 15. Juni 1989 in Bonn markierte einen historischen Wendepunkt für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. In der Gemeinsamen Erklärung erkannte die sowjetische Seite erstmals nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs prinzipiell das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung an. Außerdem zeigte sich, dass Kohl und Gorbatschow mit ihren Gedanken über die Zukunft Europas auf einer Wellenlänge lagen. Entscheidend war ihre beiderseitige Bereitschaft zum Abbau der Invasionsfähigkeit. Kohl beabsichtigte die Modernisierung der Lance-Raketen nicht vor 1992, sah im Falle von Fortschritten bei den Wiener VKSE-Verhandlungen Chancen für Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme und meinte, ein weltweites

Chemiewaffenverbot sei realisierbar. Gorbatschow ließ durchblicken, Neutralismus würde nur zur Destabilisierung in Europa führen und eine Gefahr für die Sowjetunion darstellen. Kohl seinerseits beteuerte, die europäische Statik nicht verändern zu wollen. Seiner Einschätzung nach war es Honecker selbst, der die DDR allmählich destabilisierte, indem er Reformen verweigerte.

Prüfsteine für den sich im Ostblock vollziehenden Wandel stellten die Demokratieentwicklung in Polen und die Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa dar. Sie würden zeigen, ob Gorbatschow Abschied von der Breschnew-Doktrin nähme und zu wirklichen vertrauensbildenden Maßnahmen im Ost-West-Verhältnis bereit wäre. Darin stimmten Kohl und Bush im Juni überein. Besonders der Bundeskanzler bemühte sich tatkräftig um abgestimmte Kredithilfen für Polen, die vor seinem Besuch im Herbst dazu beitrugen, neue Wege der Verständigung zu gehen. Von der dortigen Reformbewegung erhoffte er sich ebenso erhöhten Druck auf die reformunwillige SED-Führung wie durch die Ausweitung des Reiseverkehrs und die Erhöhung legaler Übersiedlungen in die Bundesrepublik.

Als während der Urlaubszeit Ende Juli/Anfang August täglich mehr Deutsche aus der DDR in die bundesdeutsche Botschaft in Budapest drängten, wuchs auch die Zahl der Hilfesuchenden in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin. Am 14. August forderte Kohl den schwer erkrankten Honecker zu konstruktiven Lösungen auf. Doch dieser lehnte Sonderregelungen ab.

Unterdessen signalisierte die ungarische Regierung Bereitschaft, ihre Grenzen zu öffnen. Hintergrund war der erfolgte Beitritt Ungarns zur Genfer Flüchtlingskonvention, die eine Rechtsgrundlage für diesen Akt bot. Am 25. August trafen Kohl und Genscher mit Ministerpräsident Németh und Außenminister Horn zu einer streng geheim gehaltenen Besprechung auf Schloss Gymnich zusammen und vereinbarten die Grenzöffnung. Németh war bereit, am 11. September, kurz vor Beginn des CDU-Parteitags in Bremen, auf dem innerparteiliche Gegner Kohl als Vorsitzenden stürzen wollten, die Deutschen aus der DDR über Österreich ausreisen zu lassen. Im Gegenzug sagte der Kanzler

eine positive Entscheidung über Finanzhilfen vor dem Parteitag der USAP am 6. Oktober zu. Vergeblich versuchte der Ost-Berliner Rechtsanwalt Vogel, die sich in der bundesdeutschen Botschaft in Prag zuspitzende Lage angesichts der über 5.000 Ausreisewilligen vor Ort mit der Zusage zu lösen, bei Rückkehr in die DDR werde ihre Ausreise innerhalb von sechs Monaten mittels eines förmlichen Ausreiseverfahrens genehmigt.

*Jubelnde DDR-Flüchtlinge mit ihren Reisepässen in Österreich. Etwa 600 DDR-Bürger nutzten im August 1989 ein paneuropäisches Picknick an der ungarisch-österreichischen Grenze zur Flucht in den Westen. (Bild unten)*



*Ein historischer Moment: Alois Mock, Österreichs Außenminister, und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn durchtrennen am 27. Juni 1989 den Eisernen Vorhang. (Bild rechts)*



Doch auch in Gesprächen von Genscher mit Schewardnadse und DDR-Außenminister Fischer am Rande der UNO-Vollversammlung in New York war noch keine Klärung in Sicht. Die eigentlich erfolgreichen Verhandlungen führte Kanzleramtsminister Seitzers. Am 30. September bot die DDR an, die in Prag und Warschau Zufluchtsuchenden könnten am 1. Oktober mit Sonderzügen der DDR über das Gebiet der DDR in die Bundesrepublik ausreisen. Damit hoffte die SED-Führung, den auf sie lastenden Druck loszuwerden. Auf dem Botschaftsterrain, wo der Bundesaußenminister Hausherr war, verkündete Genscher und nicht Seitzers, der eigentliche Koordinator der Aktion, den Flüchtlingen die Ausreiseerlaubnis.

Am 11. Oktober versicherte Kohl Gorbatschow telefonisch, er sei nicht interessiert, die Entwicklung in der DDR außer Kontrolle geraten zu lassen. Mit seiner Versicherung, die DDR müsse in den Reformprozess einbezogen werden, an ihre Destabilisierung

sei nicht gedacht, suchte er Befürchtungen zu besänftigen, es könnte zu Verschiebungen im europäischen Kräftegleichgewicht kommen. In Wirklichkeit hatte die Bundesregierung sehr wohl an einer Destabilisierung der DDR Interesse, sie wollte aber den Prozess in sicheren Bahnen steuern. Eine explosive Lage nutzte keinem, hätte es doch das Eingreifen der Sowjetunion provoziert.

Honeckers Sturz am 18. Oktober reichte nicht aus, den in der DDR bestehenden Druck abzubauen: Der neue SED-Generalsekretär Krenz blieb bei der alten Linie. Gegenüber Kohl mahnte er die Respektierung der eigenen DDR-Staatsbürgerschaft an und stellte eine neue Reiseregelung in Aussicht, die aber ökonomische Belastungen bedeute. In diesen Wochen schwankte die Stimmungslage bei der Bevölkerung in der DDR zwischen Hoffnung auf Veränderungen, Ratlosigkeit über die weitere Entwicklung, Schadenfreude, dass der SED-Führung die Menschen wegliefen, und Selbstvorwürfen, bisher nicht den Mut zu einem solchen Schritt aufgebracht zu haben. Im Umfeld der montags stattfindenden „Friedensgebete“ in der Leipziger Nikolai-Kirche breitete sich eine Protestszene mit neuer Aufbruchstimmung aus, wie sie niemand von der anscheinend in Lethargie verfallenen Bevölkerung erwartet hätte. Die Menschen forderten gesellschaftliche Veränderungen, Demokratie und Freiheit. Viele der mehr als 200.000 Demonstranten sahen darin die letzte Chance, etwas zu bewegen.

Anfang November ließ DDR-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski gegenüber Seiters durchblicken, die DDR stehe in Kürze vor dem Bankrott. Die Bundesregierung machte umfangreiche Finanzhilfen von der Gewährung der Freizügigkeit und politischer Reformen abhängig. Insbesondere sollten das Machtmonopol der SED beseitigt, Oppositionsgruppen zugelassen und freie Wahlen abgehalten werden. In dieser Lage war die SED zu einer direkten Ausreiseregelung genötigt. Denn in der bundesdeutschen Botschaft in Prag hielten sich erneut 5.000 Flüchtlinge auf.

Am 2. November deutete der Bundeskanzler gegenüber Mitterrand an, sein „Interesse sei es, eine Explosion zu vermeiden“. Kohl wartete die Entwicklung ab. Vorrang hatte derzeit die am 9. November beginnende Polen-Reise, bei der er Zeichen der deutsch-

*Sie wollen Freiheit – und raus aus der DDR: In und vor der bundesdeutschen Botschaft in Prag warten am 4. Oktober 1989 rund 8.000 DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen möchten.*



polnischen Aussöhnung setzte. Gewerkschaftsführer Walesa fragte ihn angesichts der anhaltenden Massendemonstrationen in Leipzig und Ost-Berlin, was passiere, „wenn die DDR ihre Grenzen voll öffne und die Mauer abreiße“ – müsse dann die Bundesrepublik sie wieder aufbauen? Die DDR werde „kollabieren“, prognostizierte Kohl. Zwar glaubte er nicht an eine radikale Änderung, hielt es aber für möglich, dass die DDR-Führung „weggefedt“ werde, wenn es nicht zu wirklichen Reformen käme.

Als ihn die Nachricht von der Maueröffnung in Berlin erreichte, war bei ihm im ersten Moment Freude kaum zu spüren, eher innere Ungewissheit, wie es weitergehen werde. Mit seinem Zehn-Punkte-Plan vom 28. November setzte er ein wichtiges Signal in Richtung Föderation. Kurz vor dem Besuch in Dresden am 19./20. Dezember kreisten schon Gedanken um eine deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion als baldiger Schritt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

## WIE ALLES ANFING

### IM JANUAR 1990 STARTETE DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN DAS ABENTEUER DEUTSCHLAND-OST

WOLFGANG HILBERER

*Koordinator Bürgergesellschaft,  
Hauptabteilung  
Politik und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Es war im Januar 1990. Die DDR befand sich, zwei Monate nach der Öffnung der Mauer, in einer Übergangsphase mit noch ungewissem Ausgang. Doch die historische Chance der Wiedervereinigung erlaubte kein Zaudern. Um den Prozess der Demokratisierung zu begleiten, stellte die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Team von fünf Mitarbeitern zusammen. Jeder hatte die Aufgabe, in dem jeweiligen (zukünftigen Bundes-)Land gleichzeitig eine Arbeitsstruktur für die Konrad-Adenauer-Stiftung aufzubauen und mit der Arbeit zu beginnen.

*Im Juni 1990 nahm in  
Leipzig (Foto oben) das  
erste Bildungswerk der  
Stiftung in den neuen  
Ländern seine Arbeit auf.*

Als erstes Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung in der noch existierenden, aber bereits „in Abwicklung“ befindlichen DDR nahm unser Büro in Leipzig im Juni 1990 seine Arbeit auf. Zunächst galt es – neben dem anlaufenden Seminarbetrieb –, eine tragfähige Infrastruktur zu schaffen und die Mühseligkeiten des Alltags zu meistern.

Dass die Bewältigung der Lebensumstände im (noch) „real existierenden Sozialismus“ die größte Hürde darstellte, wird jedem einleuchten, der einmal nähere Erfahrungen mit der DDR gemacht hat. Die Währungsunion im Juli 1990 brachte immerhin schon eine gewisse Erleichterung, da sich die Läden nun mit vielen Waren füllten, die vorher nicht zu bekommen waren. Analogien zur Währungsreform 1948 in den Westzonen sind sicher zulässig. Aber es musste weiterhin gewaltig improvisiert werden. Die Bildungsarbeit in den Anfangsjahren von 1990 bis 1992 konzentrierte sich sehr stark auf die Vermittlung von Grundlagen demokratischer und rechtsstaatlicher Praxis. Bei drei Zielgruppen sei die Arbeit exemplarisch vorgestellt: Politiker, Lehrer und Polizisten.

Viele nach dem 18. März 1990 neu gewählte oder ernannte Landes- und Kommunalpolitiker hatten vor der friedlichen Revolution keinerlei Erfahrungen in der Umsetzung praktischer Politik gemacht. Sie gehörten häufig dem Bevölkerungsteil an, der sich Nischen für sein Privatleben gesucht hatte und nun mutig ins Wasser sprang, um schwimmen zu lernen. Daher waren Veranstaltungen, die im täglichen Berufsleben praktischen Nutzen brachten, sehr gefragt. Ähnliche Erfahrungen machten wir mit den Berufsgruppen Lehrer (vornehmlich aus den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern) und Polizisten. Beide Personenkreise mussten ihre Tätigkeit nun an einem gegenüber früher völlig entgegengesetzten Menschenbild und Staatsverständnis orientieren. Diese Umstellung fiel denjenigen besonders schwer, die sich im mittleren Alter befanden. Bei den Lehrern kam hinzu, dass Naturwissenschaftler oftmals den Unterricht entlassener Staatsbürgerkundelehrer übernehmen mussten. Häufig waren sie ihren Schülern nur um wenige Stunden im Stoff voraus. Ihre mageren Kenntnisse versuchte die Konrad-Adenauer-Stiftung durch gezielte Bildungsmaßnahmen zu vertiefen, damit sie anschließend im Unterricht umgesetzt werden konnten.

Ähnlich verhielt es sich mit den Bildungsmaßnahmen für die Polizei. Die Entlassungen fielen hier geringer aus als bei den Lehrern, weshalb der Erneuerungsprozess mit überwiegend „alten Kräften“ vollzogen werden musste. Schwerpunkt der Bildungsar-

beit war deshalb vor allem die Vermittlung des Rechtsstaatsbegriffs sowie der Umgang mit dem Staatsbürger im Allgemeinen und in Konfliktsituationen im Speziellen. Die Arbeit in diesem Bereich entwickelte sich sehr positiv, was auch an der hohen Bereitschaft der meisten Polizisten zum Umdenken lag.

Schwierigkeiten ergaben sich immer wieder durch den Begriff der „politischen Bildung“, der in der DDR inhaltlich anders besetzt war und noch von vielen Bürgern als ein Versuch der Indoktrination verstanden und mit Agitation und Propaganda gleichgesetzt wurde. Die Vorbehalte ließen sich so schnell auch nicht ausräumen. Positiv stimmte uns aber die Ansicht der meisten Seminarteilnehmer, dass sie ihre Vorstellungen nach praktischem Erleben korrigieren mussten.

Obwohl die Vermittlung von Grundlagen in Teilen weiterhin gewünscht wurde, stiegen die Anforderungen an die politische Bildung in den neuen Bundesländern seit Ende 1992 stark an. Zum einen behandelten die Bildungsveranstaltungen nun zunehmend vertiefende Sachverhalte und konzentrierten sich auf spezielle Themenstellungen. Zum anderen wich die anfängliche Euphorie der Vereinigung zusehends, und die alltäglichen Probleme traten stärker hervor. Die Menschen verlangten Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit. Die Probleme, die sie direkt betrafen, wie innere Sicherheit, Umweltschutz, Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Wohnraumverknappung, Privatisierung und Transformation der Wirtschaft bis hin zur Regelung offener Vermögensfragen, hatten eine deutlich größere Relevanz als Entwicklungspolitik, globale Umweltbedrohung oder deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Besonders der Themenkreis der politischen Weiterentwicklung der Europäischen Union war (und ist es zum Teil auch heute noch) äußerst schwer vermittelbar, da die Integration Westdeutschlands in die Europäischen Gemeinschaften durch die Propaganda der SED negativ besetzt war und der persönliche Erfahrungshorizont – z. B. Leben mit offenen, durchlässigen Grenzen – in dem geschlossenen System DDR über Jahrzehnte nicht hatte erweitert werden können. Trotzdem fanden diese Themen selbstverständlich ihren Niederschlag in unseren Bildungsprogrammen.

Es gab einen weiteren deutlichen Unterschied zur traditionellen Bildungsarbeit im Westen: Es wurde von uns nicht nur erwartet, Brücke zum Bürger, Gesprächsforum zu sein, sondern konkrete Lösungsansätze oder fertige Lösungen zu aktuellen Problemen zu bieten. Von großer Bedeutung waren die Veranstaltungen zum „Innerdeutschen Dialog“. Hier fanden sich Menschen aus Ost und West zusammen, um sich kennen zu lernen, das Gespräch zu suchen und die Sprachlosigkeit zu überwinden.

Entscheidend für die politische Bildungsarbeit damals wie auch heute ist, dass es gelingt, die tragenden Säulen unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung so zu vermitteln, dass sie als selbstverständlich von Menschen akzeptiert werden, die einen teilweise völlig anders gearteten persönlichen Lebens- und Erfahrungshintergrund haben. Das Ziel war und ist ein breiter Grundkonsens in der Gesellschaft über die Grundlagen und Werte der demokratischen, rechtsstaatlichen und freiheitlichen Ordnung.

Die Eröffnung des ersten Bildungswerks für Sachsen 1990 in Leipzig war eine Verbeugung vor der „Heldenstadt Leipzig“ und eine Anerkennung der führenden Rolle, die Leipzig während der Revolution gespielt hat. Die anderen Bildungswerke folgten: Rostock für Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Erfurt für Thüringen und Potsdam für Brandenburg und – last, but not least – das Bildungszentrum Schloss Wendgraben in Sachsen-Anhalt, das weit über die Grenzen dieses Bundeslandes hinausstrahlt und ein besonderer Ausweis unseres Engagements in den neuen Bundesländern ist. Alles entwickelt sich weiter. Die Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung sind inzwischen in die Landeshauptstädte umgezogen und heute fest in der politischen Landschaft der neuen Länder etabliert. Mit ihnen ist die Konrad-Adenauer-Stiftung hervorragend aufgestellt, die künftigen Herausforderungen zu meistern.



*Seit Juni 1997 leistet die KAS im Bildungszentrum Schloss Wendgraben politische Bildungsarbeit für Sachsen-Anhalt, aber auch für die ostdeutschen Länder insgesamt.*



## JUBILÄEN VON EINHEIT UND FREIHEIT: WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT

### DR. GÜNTER BUCHSTAB

*Leiter der Hauptabteilung  
Wissenschaftliche Dienste/  
Archiv für Christlich-  
Demokratische Politik,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Im Jahr 2009 feiert die Bundesrepublik Deutschland: Vor sechzig Jahren wurde am 23. Mai 1949 das Grundgesetz unterzeichnet – ein wichtiger Schritt in die parlamentarisch-rechtsstaatliche Demokratie. Vor zwanzig Jahren, am 9. November 1989, rissen DDR-Bürger in der Friedlichen Revolution die Mauer zwischen den beiden deutschen Teilstaaten ein – der entscheidende Schritt zur Einheit in Freiheit. 2010 werden wir dann den 20. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands begehen können.

### DR. MELANIE PIEPENSCHNEIDER

*Leiterin der Hauptabteilung  
Politische Bildung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die Jubiläen der kommenden Jahre haben alle eines gemeinsam: Ohne die mutigen Entscheidungen von Christlichen Demokraten wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl – um nur diese zu nennen – wäre die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sicherlich anders verlaufen. Auch wenn es müßig ist, darüber zu philosophieren, „was passiert wäre, wenn ...“, so sind solche Jubiläen doch ein Anlass, sich des Herkommens, der Grundlagen unseres Gemeinwesens und der Leistungen verdienter Persönlichkeiten zu vergewissern. An die beiden wichtigsten Unionspolitiker wird deshalb in zwei Internetportalen erinnert: Unter „[www.Konrad-Adenauer.de](http://www.Konrad-Adenauer.de)“ und „[www.Helmut-Kohl.de](http://www.Helmut-Kohl.de)“ werden eine Fülle von zeithistorischen Informationen für den Nutzer bereitgestellt.



*Am 23. Mai 1949 unterzeichneten in Bonn 68 Abgeordnete einschließlich der Berliner Vertreter das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.*

Aber der Blick zurück reicht alleine nicht: Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte gleichzeitig den Zukunftsgehalt der Weichenstellungen herausstellen. Für die Stiftung sind die Jubiläen Anlass für eine ganze Reihe von Aktivitäten. Sie möchte damit verdeutlichen, dass verlorengegangenes Vertrauen in die Politik nur durch die Neubelebung der Werte, welche die Aufbau- und die Modernisierungsleistung der Christlichen Demokraten ermöglicht haben, zurückgewonnen werden kann. Es geht heute um die Wertordnung des „demokratischen und sozialen Bundesstaats“, um die Grundlagen, die katholische Soziallehre und protestantische Sozialethik vermittelt haben, und um das ordnungspolitische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Tradition muss für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Richtschnur für Modernisierungsmaßnahmen sein. Die Aktualität und Gültigkeit einer Politik, die auf christlichen Werten beruht, muss immer wieder neu begründet und belebt werden. Hier liegt der Schlüssel für die Selbstvergewisserung und von Vertrauen in die Reformkraft Deutschlands.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung erinnert in den Jahren 2008–2009–2010 an den Anteil, den christlich-demokratische Politiker an der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik hatten. An den Weichenstellungen der deutschen Nachkriegsgeschichte orientieren sich die Aktivitäten der Stiftung:

- Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes erhielt die Bundesrepublik Deutschland eine freiheitliche Verfassung, die Voraussetzung für den Aufbau einer stabilen parlamentarischen Demokratie war.
- Die Soziale Marktwirtschaft – untrennbar mit Ludwig Erhard verbunden – trug entscheidend zum beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik in den 1950er Jahren bei.

## JUBILÄEN VON EINHEIT UND FREIHEIT.

### Weichenstellungen in die Zukunft

*Das Internetportal widmet sich dem Beitrag, den Christliche Demokraten zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland geleistet haben. Gleichzeitig arbeitet es den Zukunftsgehalt wesentlicher Weichenstellungen heraus und verdeutlicht, dass verlorengegangenes Vertrauen in die Politik allein durch die Neubelebung christlich-demokratischer Werte zurückgewonnen werden kann. Mit Texten, Dokumenten, Fotos, Filmsequenzen und Veranstaltungshinweisen informiert das Portal in den Rubriken „Parlamentarischer Rat“, „Westbindung“, „Soziale Marktwirtschaft“, „Bilaterale Beziehungen“, „Europapolitik“ und „Wiedervereinigung“.*

**[www.kas.de/weichenstellungen](http://www.kas.de/weichenstellungen)**

■ Konrad Adenauers innenpolitische Grundsatzentscheidungen führten zur Erneuerung und Modernisierung des Landes. Seine Politik der Westbindung und der europäischen Einigung waren die grundlegenden außenpolitischen Richtungsentscheidungen für die junge Bundesrepublik.

■ Die Pflege der Beziehungen zu Frankreich, Israel, Polen, Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland war Voraussetzung, damit Deutschland wieder Vertrauen auch bei den ehemaligen Kriegsgegnern und Feinden schaffen und zu einem geachteten Partner in der internationalen Völkergemeinschaft werden konnte. Es war die Vorbedingung für die Wiedervereinigung Deutschlands im Einklang mit den Interessen seiner Nachbarn.

Freiheit, Frieden, Rechtsstaat und Wohlstand strebten auch die Menschen in der DDR an, die vierzig Jahre unter der SED-Diktatur leben mussten. Ihr Mut führte 1989 zum Sturz des sozialistischen Regimes und – diplomatisch vorbereitet und flankiert von der Politik Helmut Kohls – zur Herstellung der Deutschen Einheit in Frieden und Freiheit im Jahr 1990. Die Zivilcourage der ostdeutschen Bevölkerung in der Friedlichen Revolution war die Grundlage für die deutsche Einheit, die bei allen Problemen ein zentrales Element in der Erfolgsgeschichte aller Deutschen im 20. Jahrhundert ist. Angesichts der heute teilweise verbreiteten „Ostalgie“ und des Unwissens vieler, vor allem jüngerer Bürger ist die Erinnerung daran und die Aufklärung über das gescheiterte sozialistische Gesellschaftsmodell der DDR und den Alltag in der Diktatur notwendig. Dies umso mehr, als Vorstellungen von einer vermeintlichen sozialistischen Alternative den Rechtsstaat, die wirtschaftliche Ordnung und die Werte der freiheitlich-parlamentarischen Demokratie in Deutschland aushöhlen könnten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat deshalb unter anderem ein Internetportal eingerichtet ([www.kas.de/weichenstellungen](http://www.kas.de/weichenstellungen)), das Informationen und Materialien zu den beschriebenen zentralen Weichenstellungen der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland liefert – mit Texten, Dokumenten, Fotos, Filmsequenzen und Veranstaltungshinweisen. Damit soll eine schnelle, konzentrierte und aktuelle Verfügbarkeit von Informationen gewährleistet werden. Ein weiteres Internetportal beschäftigt sich mit den Mythen und der Wirklichkeit der DDR ([www.DDRMythen.de](http://www.DDRMythen.de)). Dieses Portal wendet sich mit didaktisch aufbereitetem Material vor allem an Lehrer und Jugendliche. Die Konrad-Adenauer-Stiftung richtet sich mit einem spezifischem Programm an Schüler und Schulen: Zeitzeugengespräche, Schülerpolitiktage und einmal jährlich ein Jugendkongress wurden für diese Zielgruppe konzipiert.

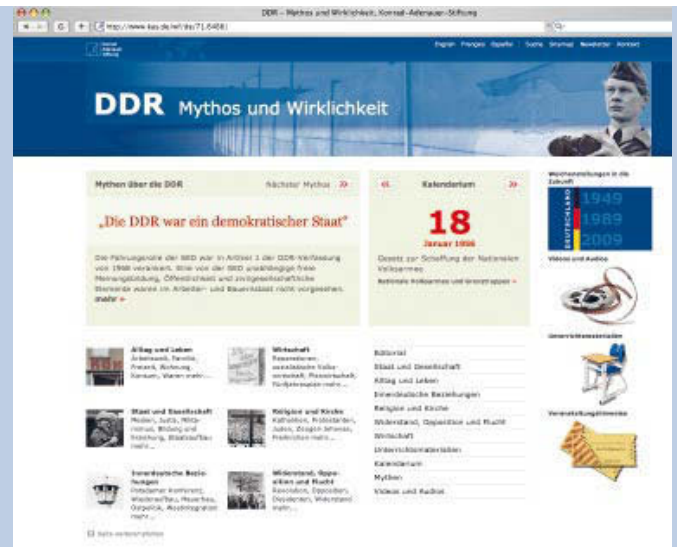
Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe spezieller Veranstaltungsformate: Das Hohen-schönhausen-Forum wird in Zusammenarbeit mit der gleichnamigen Gedenkstätte in Berlin im ehemaligen Stasigefängnis durchgeführt und widmet sich vor allem der Aufarbeitung der DDR-Diktatur und der Erinnerungskultur. Aber auch die Freiheitsbewegungen in Mittel- und Osteuropa werden in Veranstaltungen thematisiert und eine Bilanz der Transformation in diesen Ländern gezogen. So erschien bereits ein Schwerpunktheft der KAS-Auslandsinformationen über das Jahr 1968, in dem auch die Geschichte des Prager Frühlings beleuchtet wird. Für die Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihre siebenbürgischen Auslandsbüros von Amman bis Shanghai ist das Jubiläum der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und des Falls der Mauer ebenfalls ein wichtiger Programmschwerpunkt. Die wertvolle Erfahrung der friedlichen Entwicklung Deutschlands in Einheit und Freiheit wird von uns mit unseren Partnern diskutiert, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Soziale Marktwirtschaft weltweit zu fördern.

Erinnerung ist der Stoff, aus dem die Zukunft gewoben wird – der Rückblick ist somit Voraussetzung für die Gestaltungsfähigkeit für morgen. In diesem Sinne startete die Konrad-Adenauer-Stiftung 2008 ihren Arbeitsschwerpunkt „Jubiläen von Einheit und Freiheit“.

# DDR-MYTHOS: AUFKLÄRUNG TUT NOT

70

Die DDR war ein Rechtsstaat, jeder durfte studieren, und die Frauen waren gleichberechtigt – beinahe zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR urteilen junge Leute in Deutschland häufig erstaunlich positiv über die Deutsche Demokratische Republik. Vor allem Jugendliche in den neuen Ländern neigen dazu, den Unrechtsstaat im Nachhinein zu verharmlosen. Dies legt zumindest eine Untersuchung des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin nahe. Vor allem Ost- und West-Berliner Schülerinnen und Schüler gaben darüber hinaus an, sie wüssten wenig über die DDR, in der Schule werde das Thema kaum oder überhaupt nicht behandelt.



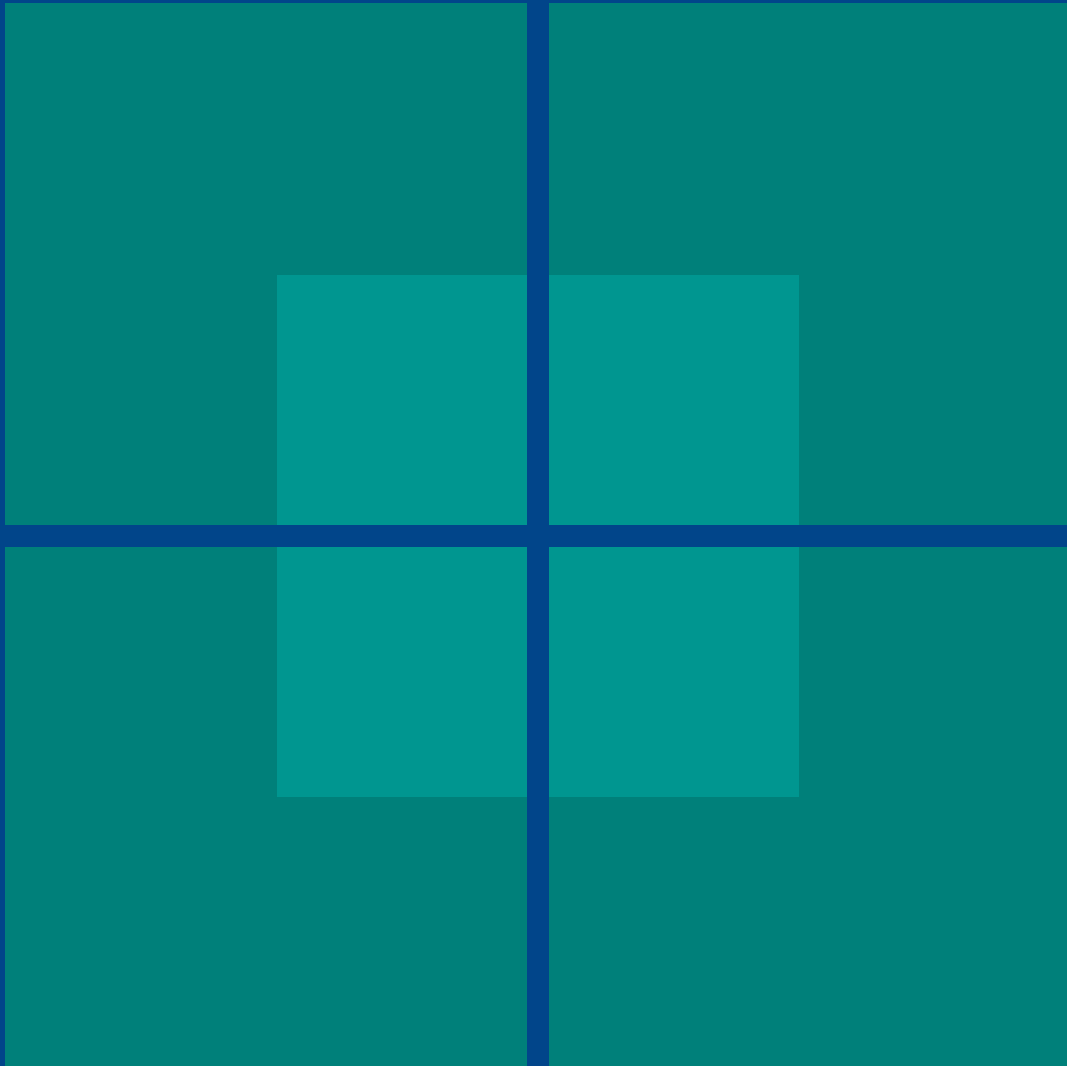
Nicht nur die heranwachsende Generation, sondern große Teile der Bevölkerung in den neuen Ländern tendieren dazu, die DDR mit zunehmender Zeitdistanz positiv zu sehen, und schwelgen aufgrund einer oft schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation in „Ostalgie“. Bei der Lösung der aktuellen Probleme in den neuen Ländern helfen verklärte Rückblicke auf ein System, das die Lebenschancen vieler beeinträchtigt oder zerstört hat, jedoch nicht weiter. Vielmehr ist eine realistische Auseinandersetzung mit dem SED-System erforderlich.

Hier setzt eine neue Wissensplattform der Konrad-Adenauer-Stiftung an. Unter dem Titel „DDR: Mythos und Wirklichkeit“ klärt sie im Internet über das undemokratische Staatssystem der DDR auf und schließt Wissenslücken. In sechs Kategorien informiert sie wissenschaftlich und didaktisch fundiert über „Alltag und Leben“, „Wirtschaft“, „Staat und Gesellschaft“, „Kirche“, „Innerdeutsche Beziehungen“ sowie „Widerstand, Opposition und Flucht“.

Darüber hinaus benennt ein Mythenlexikon die populärsten Irrtümer und setzt sich kritisch mit ihnen auseinander. Zeitzeugen-Interviews, historische Bilder und Videos – darunter ein Gespräch mit Bischof Joachim Wanke über Kirche und Religion in der DDR – sowie ein Jahrestagskalender bieten einen spannenden Zugang für jedermann. Speziell für Lehrerinnen und Lehrer bietet die Stiftung Unterrichtsmaterial zum Herunterladen an.

Die Rubrik „Veranstaltungen“ informiert stets aktuell über die vielfältigen Veranstaltungen der Bildungszentren und Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung, darunter Streitgespräche, Filmvorführungen mit Diskussion, Konzerte und Lesungen.

[www.DDRMythen.de](http://www.DDRMythen.de)



## S T I F T U N G

WIR SIND EINE POLITISCHE STIFTUNG, DIE  
BUNDESWEIT IN ZWEI BILDUNGSZENTREN  
UND 16 BILDUNGSWERKEN AKTIV IST. RUND  
70 AUSLANDSBÜROS BETREUEN WELTWEIT  
PROJEKTE IN MEHR ALS 100 LÄNDERN.  
UNSER SITZ IST IN SANKT AUGUSTIN BEI  
BONN UND IN BERLIN.

## WIR ÜBER UNS

72

STIFTUNG

KONRAD ADENAUER UND SEINE GRUNDSÄTZE SIND FÜR UNS LEITLINIEN, AUFTRAG UND VERPFLICHTUNG. DIE STIFTUNG TRÄGT SEIT 1964 DEN NAMEN DES ERSTEN BUNDESKANZLERS; SIE GING AUS DER BEREITS 1955 GEGRÜNDETEN „GESELLSCHAFT FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE BILDUNGSARBEIT“ HERVOR.



■ **NATIONAL UND INTERNATIONAL** setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Grundlage für politisches Handeln erarbeiten wir vorausschauend wissenschaftliche und aktuelle Analysen. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

■ **AUF TAGUNGEN UND KONGRESSEN** bringen wir Leute zusammen, die „etwas zu sagen haben“. Zu unseren rund 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland kommen pro Jahr etwa 145.000 Menschen. Begabte junge Menschen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Mittel- und Osteuropa sowie aus den Entwicklungsländern fördern wir ideell und materiell. Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiaten – inzwischen mehr als 10.000.

■ **AUSSTELLUNGEN, LESUNGEN UND PREISE** ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich den renommierten KAS-Literaturpreis. Junge Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“ ehrt seit 2002 Persönlichkeiten, die sich für Erhalt und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in herausragender Weise eingesetzt haben. In unserem DenkT@g-Wettbewerb prämiieren wir seit 2001 Internetpräsentationen, in denen sich Jugendliche mit der NS-Diktatur und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen.

■ **DIE GESCHICHTE DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE** in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Dem Benutzer stehen umfangreiche Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 175.000 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.

## WIR DANKEN UNSEREN STIFTERN, SPENDERN UND SPONSOREN

Einen besonders herzlichen Dank richten wir an unsere Spender und Sponsoren, die auch im Jahr 2008 die unterschiedlichen Arbeitsbereiche der Konrad-Adenauer-Stiftung wieder durch Zustiftungen, Spenden und Sponsoring, mit ihren Förderbeiträgen oder als Kooperationspartner unterstützt haben.

Für das renommierte Künstler-Stipendienprogramm EHF 2010 (EHF: Else-Heiliger-Fonds) zur Förderung junger zeitgenössischer Künstler haben wir weitere Trustees mit einem Beitrag von je 30.000 Euro gewonnen.

Wir bedanken uns für das Engagement und das Vertrauen, das Sie der Konrad-Adenauer-Stiftung entgegenbringen, für die Empfehlungen, die so manche Tür geöffnet haben, und für die vielen guten Ideen und Anregungen, die eine Weiterentwicklung der privaten Finanzierung unserer Stiftung ermöglichen.

Wir alle können mehr bewegen, wenn wir Menschen in unserer Umgebung wissen, die uns begleiten und ideell und finanziell fördern. Wenn auch Sie die Zukunft mit gestalten möchten und Ihnen bestimmte Schwerpunkte unserer Arbeit wie z. B. die Begabtenförderung, die politische Bildung, die internationale Zusammenarbeit oder Kunst und Kultur besonders am Herzen liegen, bietet eine Stiftung oder ein Fonds die ideale Form, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen.

Um weitere Möglichkeiten für Engagement, das dem Gemeinwohl dient, aufzuzeigen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Erbschaftsbroschüre herausgegeben. Darin finden Sie viele Fakten und nützliche Hinweise in verständlicher Form rund ums Erben und Vererben sowie Checklisten für Ihre persönliche Vermögensaufstellung. Interessenten können die Broschüre über die unten angegebene Adresse bestellen.

Wir beraten Sie gerne.

### Ihre Ansprechpartnerin:

Petra Kulcsar  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin  
Telefon: 0 2241/246-26 16  
Telefax: 0 2241/246-25 39  
E-Mail: petra.kulcsar@kas.de

## STIFTER UND SPENDER HABEN VIELES BEWIRKT

*Eine Gemeinschaft kann umso Größeres bewegen, je mehr Menschen sie mittragen und fördern. Es lohnt sich, die christlich-demokratische Bewegung zu stärken. Seit vielen Jahren tun dies engagierte Menschen, indem sie die Konrad-Adenauer-Stiftung ideell und finanziell unterstützen. Mit dem ihr hinterlassenen Vermögen gründete die Stiftung verschiedene Fonds oder stockte schon bestehende auf. Alle Fonds dienen der satzungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der KAS. Stellvertretend für unsere weiteren Fonds stellen wir Ihnen hier den Else-Heiliger-Fonds vor.*

### Else-Heiliger-Fonds (EHF)

*Else Heiliger bestimmte die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Alleinerbin ihres Vermögens mit der Auflage, bis zum Jahr 2009 befähigte und bedürftige Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen. Aus dem Nachlasserlös wurde der Else-Heiliger-Fonds eingerichtet, der an das herausragende, uneigennützige Engagement einer bedeutenden Persönlichkeit erinnert. Um das renommierte Künstlerstipendium über das Jahr 2009 hinaus zu sichern und die Idee des bürgerschaftlichen Engagements für die Kunst weiterzutragen, wurde das Trustee-Programm EHF 2010 ins Leben gerufen. Die Gründungs-trustees Ingeborg Neumann, Marianne Esser und Christian Klawitter haben den Grundstein für die Fortsetzung des Erfolgsprogramms gelegt. Flankiert wird das private Engagement durch den Erlös der jährlichen Benefizausstellung mit Arbeiten von ehemaligen Stipendiaten.*

*Das Trustee-Programm EHF 2010 spricht Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an. Ziel ist es, junge, zeitgenössische Künstler zu fördern, die hohen Qualitätsansprüchen genügen, die das Kriterium der Bedürftigkeit erfüllen und deren Arbeiten über die Welt, in der wir leben, erzählen. Die Zuwendung der Trustees ist ausschließlich der Unterstützung von EHF 2010 zugedacht.*

*EHF 2010 versteht sich zudem als Forum für den interdisziplinären Kulturdiallog. Auch wenn der Schwerpunkt der Förderung im Bereich der jungen bildenden Kunst liegt, vergibt der Beirat auch Stipendien in den Sparten Literatur, Tanz und im Bereich der Komposition/zeitgenössische Oper. Die Stipendiaten nutzen den interdisziplinären Dialog, entwickeln gemeinsam neue Projekte und profitieren gegenseitig von den kreativen Potenzialen.*

### Sich engagieren und Steuern sparen

*Das Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht sieht erhebliche Steuererleichterungen für Spender und Stifter vor. Mit einer Zustiftung in bestehende Fonds der Konrad-Adenauer-Stiftung oder mit der Gründung eines neuen Fonds, der Ihren Wünschen entsprechend anderen Satzungszwecken der Stiftung zugutekommt, unterstützen Sie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und tragen dazu bei, Frieden und Freiheit in der Welt zu sichern.*



### Erbschaften und Vermächnisse: Lassen Sie sich beraten

*Die Konrad-Adenauer-Stiftung gibt mit ihrer Broschüre „Zukunft schenken“ eine erste Hilfestellung zu Fragen rund um das Testament. Hier finden Sie auch Checklisten für Ihre persönliche Vermögensaufstellung sowie zahlreiche nützliche Hinweise in verständlicher Form.*

### Bitte wenden Sie sich an:

Maria Skowronek  
Tel. 02241/246-2427  
Fax 02241/246-2539  
maria.skowronek@kas.de  
[www.kas.de/zukunft-schenken](http://www.kas.de/zukunft-schenken)

IN ÜBER HUNDERT LÄNDERN SETZT SICH DIE **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT** DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FÜR DEN AUFBAU FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHER UND RECHTSSTAATLICHER STRUKTUREN SOWIE FÜR DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT EIN. DIE FOLGEN DER INTERNATIONALEN FINANZKRISE UND DIE NEUE PRÄSIDENTSCHAFT IN DEN USA WERDEN FÜR DIE SCHWERPUNKTE DER ARBEIT EBENSO KONSEQUENZEN HABEN WIE DAS ROBUSTERE AUFTRETEN RUSSLANDS IM INTERNATIONALEN KONTEXT.



75

## VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN IN DER GLOBALISIERUNG

### EINLEITUNG

Rund zwanzig Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts stand die internationale Politik 2008 erneut vor ernsthaften Herausforderungen. „Die Party ist zu Ende“, titelten zahlreiche Beobachter. Der Konflikt um Georgien hat gezeigt, dass Russlands internationales Auftreten nicht nur selbstbewusster, sondern auch robuster wird. Im Vorfeld der Olympischen Spiele hat China offenbart, wie es selbst vor den Augen der Weltöffentlichkeit mit Minderheitenschutz oder Medienfreiheit umgeht. In Europa behindert das Nein der Iren zum Vertrag von Lissabon die Weiterentwicklung der europäischen Einigung. Der holprige Machtwechsel an der Spitze Südafrikas stellt die stabilisierende Rolle dieses Ankerlands zunehmend in Frage. Schließlich sind die langfristigen Auswirkungen der globalen Finanzkrise noch nicht zu übersehen. Daneben bestanden auch 2008 die Bedrohungen durch Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder Klimawandel fort.

Die neuen Gefahren machen die Notwendigkeit und Dringlichkeit der internationalen Arbeit der politischen Stiftungen deutlich. Ihre Aufgabe ist es, das internationale Engagement Deutschlands im Bereich der politischen Zusammenarbeit um die „Macht der Argumente“ (Altbundespräsident Roman Herzog) zu ergänzen und auf diese Weise eine menschenwürdige und nachhaltige Entwicklung in Frieden und Freiheit zu unterstützen. Nicht zuletzt deshalb gibt die Konrad-Adenauer-Stiftung über die Hälfte ihrer finanziellen Mittel außerhalb Deutschlands für die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, den Aufbau und Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft und die Förderung der europäischen Idee aus. In über siebenzig Auslandsbüros betreuten die entsandten Mitarbeiter und ihre rund 300 Ortskräfte Projekte in über 100 Ländern.

Dabei zählt es sich aus, dass die KAS ihre Expertise seit einigen Jahren nicht nur regional, sondern auch stärker inhaltlich-sektoral ausgerichtet hat. Im Rahmen des Projekts „Globale Ordnungspolitik“ begleiten Mitarbeiter von der Berliner Zentrale aus inhaltlich übergreifend Querschnittsaufgaben wie „Werte- und Religionsdialog“, „Globale Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Entwicklungspolitik und Demokratie“, „Parlaments- und Parteienförderung“ und „Energie, Umwelt und Ressourcen“. Mit ihrem weltweiten Rechtsstaats- und Medienprogramm unterstützt die Stiftung die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Verbesserung journalistischer Standards.

Daneben brachte die Konrad-Adenauer-Stiftung auch 2008 bei Deutschlandseminaren, internationalen Fachkonferenzen sowie Studien- und Begegnungsprogrammen zahlreiche ausländische Gäste mit Vertretern und Multiplikatoren aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und den Kirchen zusammen. Das projektbezogene Stipendienprogramm betreute 2008 über 120 Stipendiaten. 51 junge Führungskräfte aus Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländern wurden neu in die Förderung aufgenommen.



#### **Stipendiaten aus Nordkorea**

*Erstmals fördert die KAS seit Anfang 2008 zwei Juristen aus Nordkorea. Die beiden Stipendiaten stammen aus der Hauptstadt Pjöngjang und sind dort an der Kim-Il-Sung-Universität als Dozenten tätig. Sie werden in Deutschland ihre Kenntnisse in den Bereichen Völkerrecht und Internationales Wirtschaftsrecht vertiefen. Unser Bild zeigt die beiden Stipendiaten Ro Kum Chol und Kim Un Nam.*



Professor Hans-Gert Pöttering im Europabüro der KAS in Brüssel.



## EUROPA/NORDAMERIKA

2008 stand ganz im Zeichen der Präsidentschaftswahlen in den USA. Auf beiden Seiten des Atlantiks sind die Erwartungen an die neue Administration hoch. Das Ziel der KAS war es, die Diskussion über die *transatlantischen Beziehungen* zu vertiefen und die jeweilige nationale Perspektive auf das transatlantische Verhältnis zu erörtern, so etwa auf dem 7. Deutsch-Französischen Strategieforum, das sich mit der Zukunft des Dreiecks Paris–Berlin–Washington unter dem neuen US-Präsidenten beschäftigte. Einen weiteren Höhepunkt bildete die zweitägige Expertenkonferenz „Richtungswechsel im Weißen Haus?“, die Anfang Dezember in Zusammenarbeit mit dem „American Jewish Committee“ und dem „Brüsseler Zentrum für Europäische Studien“ in Berlin stattfand. Das Auslandsbüro in *Washington* widmete sich der Aufgabe, den US-amerikanischen Partnern Deutschlands Haltung zu globalen Fragestellungen näherzubringen sowie deutsche Entscheidungsträger über die aktuellen Entwicklungen in den USA umfassend zu informieren.

*Das Europabüro Brüssel griff 2008 Themen der europäischen Sicherheits- und Energiepolitik auf.*

Das *Europabüro Brüssel* griff 2008 Themen der europäischen Sicherheits- und Energiepolitik auf und nahm die politischen Prioritäten der EU in Zusammenhang mit dem Lissabon-Vertrag auf seine Agenda. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Professor Hans-Gert Pöttering (siehe Foto oben links), war als Vortragender mehrfach Gast des Europabüros. In Italien eröffnete die Stiftung im Sommer 2008 ein eigenes Büro, das u. a. die Beziehungen zum Vatikan ins Zentrum seiner Arbeit stellen wird.

Auch in *Polen* bildete die Zusammenarbeit mit der Kirche einen wichtigen Schwerpunkt. Im September organisierte die KAS Warschau gemeinsam mit der Päpstlichen Theologischen Akademie in Krakau und der Robert-Schuman-Stiftung die 8. Internationale Konferenz über die Rolle der katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration. Stanisław Kardinal Dziwisz, Erzbischof von Krakau, und Weihbischof Tadeusz Pieronek eröffneten die Konferenz. Das erste deutsch-polnische Parlamentariertreffen widmete sich der europäischen Ostpolitik sowie der Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Ziel einer zukünftigen europäischen Russland-Politik muss es sein, *Russland* stärker an den Westen anzubinden. Die Büros in Moskau und St. Petersburg stellten daher die Beziehungen zur Europäischen Union ins Zentrum ihrer Aktivitäten. Höhepunkt war im Oktober ein deutsch-russischer Journalistenkongress, an dem über 100 Medienschaffende aus beiden Staaten teilnahmen. Im Vorfeld des Bukarester NATO-Gipfels vom April 2008 fand in Berlin eine hochrangig besetzte Konferenz zur NATO-Osterweiterung statt. Ein Analysepapier der KAS beschäftigte sich mit den Chancen und Grenzen dieser Erweiterung. Mit dem Zukunftsforum „Schloss Wackerbarth“ etablierte die KAS einen deutsch-russischen Dialog zu Sicherheits- und Zukunftsfragen. Das Forum soll jährlich unter der Schirmherrschaft des sächsischen Ministerpräsidenten tagen.

Die Stärkung der Bürgergesellschaft stand im Mittelpunkt der Arbeit in der *Ukraine*. Auf einer hochrangig besetzten Konferenz wurde unter Einbeziehung von Weißrussland und der Republik Moldau der Dialog christlich-demokratischer Politiker mit den ortho-

doxen Kirchen fortgesetzt. Daneben wurde unter Beteiligung von großen ukrainischen und deutschen Unternehmen die ethische und gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft für die Soziale Marktwirtschaft thematisiert.

Das Länderprogramm *Weißrussland* konnte weiter ausgebaut werden. Schwerpunkte bildeten die Stärkung der Bürgergesellschaft und die Frage nach der zukünftigen Entwicklung des Landes. Dazu wurden im Zuge der bevorstehenden Parlamentswahl führende Vertreter der weißrussischen Opposition mit ausgewiesenen internationalen Experten unter dem Motto „Eine Chance für die Demokratie?“ zusammengebracht.

In den *baltischen Staaten* lag der Schwerpunkt der Arbeit auf der Entwicklung der demokratischen Parteienlandschaft. So begleitete und bestärkte die KAS ihre beiden litauischen Partnerparteien bei ihrer Fusion. Die vereinigte Vaterlandsunion/ Christdemokraten ist aus den Parlamentswahlen im Oktober als Sieger hervorgegangen und stellt nun den Ministerpräsidenten.

Das Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa unterstützte in *Bosnien-Herzegowina* die Bemühungen um eine Verfassungsreform. In den übrigen jugoslawischen Nachfolgestaaten *Serbien, Kroatien und Mazedonien* wurden die intensive Zusammenarbeit mit den Partnerparteien und die Förderung der Jugendorganisationen fortgesetzt. Ziel ist eine Entwicklung hin zu modernen Volksparteien mit aussagekräftigen Programmen und demokratischen Strukturen.

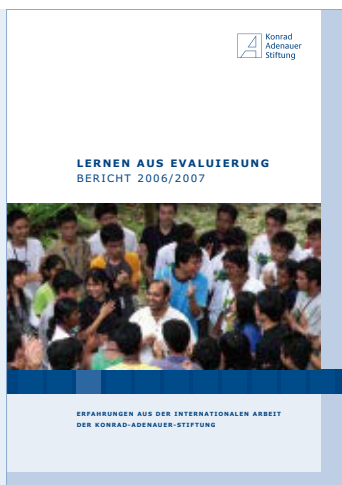
Im Februar 2008 erklärte sich *Kosovo* für unabhängig. Um die Entwicklung eines demokratischen Staates zu unterstützen, konzentriert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung dort auf die Parteienförderung. Der Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, traf in diesem Zusammenhang in Pristina mit dem Staatspräsidenten Fatmir Sejdiu zu einem ausführlichen politischen Gespräch zusammen. Der stellvertretende Generalsekretär, Gerhard Wahlers, empfing den Premierminister von *Albanien*, Prof. Sali Berisha, sowie einige seiner Minister in Berlin. Dabei wurde die Eröffnung eines neuen KAS-Büros in Albanien im Jahr 2009 erörtert.

In *Bulgarien* widmete sich die KAS den Reformen im Bildungswesen, die nach dem EU-Beitritt im Rahmen der Lissabon-Strategie weiter an Bedeutung gewinnen. Ferner wurde ein Netzwerk der KAS-Altstipendiaten gegründet. In Rumänien hielt Staatspräsident Traian Basescu auf einer KAS-Konferenz in Konstanz eine Grundsatzrede zur Schwarzmeerkoperation, die die KAS 2009 unterstützen und ausbauen möchte.

#### ASIEN

Die zunehmende globale Rolle Asiens zeigt sich nicht zuletzt in den Hoffnungen, die im Rahmen der weltweiten Finanzkrise auf Ländern wie China ruhen. Doch auch innerhalb der Staaten Asiens geht der dramatische sozioökonomische Umbruch ungebrems weiter – und mit ihm der Bedarf an neuen Wirtschafts- und Sozialordnungen. Mit zwei regionalen Workshops in *Indien* und *China* hat das Projekt „Globale Wirtschafts- und Sozialordnung“ eine erste Bestandsaufnahme mit lokalen Experten vorgenommen. Auf einer regionalen Fachkonferenz in *Vietnam* zum Vergleich verschiedener ordnungspolitischer Konzepte und zu Entwicklungsmöglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft in Asien wurden Ansätze für künftige Maßnahmen auf dem Kontinent diskutiert.

Die asiatischen Länder spielen als Mitverursacher wie als Betroffene des weltweiten Klimawandels eine Schlüsselrolle bei dessen Bewältigung. China und Indien kommt dabei besondere Verantwortung zu. Mit internationalen Konferenzen haben die KAS-Büros in diesen Ländern die Problematik von Entwicklung, Wirtschaftswachstum und verantwortungsvollem Umgang mit natürlichen Ressourcen diskutiert. Die drei globalen Herausforderungen – Nahrungsmittelversorgung, Energiesicherheit und Klimaschutz – wurden auch im Rahmen einer regionalen Maßnahme der KAS auf den *Philippinen* thematisiert.



#### Erfolgskontrolle

*Erfolgskontrolle hat in der Internationalen Zusammenarbeit der KAS einen hohen Stellenwert. Sie wird als zentrales Instrument zur Qualitätssicherung und -verbesserung sowie zur Weiterentwicklung der internationalen Programme geschätzt. Im Jahr 2008 hat die Stabsstelle Evaluierung den Aspekt des Lernens aus Evaluierungen in den Vordergrund gerückt: Mit der Broschüre „Lernen aus Evaluierung“ hat sie erstmals einen Gesamtüberblick ihrer Evaluierungstätigkeit in den Jahren 2006 und 2007 vorgelegt. Ziel ist es, die Erkenntnisse und Empfehlungen von Evaluierungen mit länder-, regionen- oder sektorübergreifender Relevanz aufzubereiten und dadurch den Erkenntnisgewinn für die internationale Arbeit in ihrer Gesamtheit zu erhöhen.*



#### Lokale KAS-Mitarbeiter aus Asien in Berlin

*Der Mensch als wichtigstes Kapital der Konrad-Adenauer-Stiftung: Die mit der Finanz- und Projektverwaltung betrauten lokalen Mitarbeiter aus den Auslandsbüros in Asien waren im September zu einem Fortbildungsseminar in Berlin.*

Strukturell bedeutsam ist, dass in vielen Ländern Asiens zum Teil sehr junge Gesellschaften heranwachsen. Auf diese Entwicklungen versucht die Stiftung gezielt zu reagieren. So stand das 7. Mongolisch-Deutsche Forum unter dem Thema „Jugend und Politik“. Mit seiner Teilnahme an diesem Forum im Rahmen seines Staatsbesuches in der *Mongolei* hat Bundespräsident Köhler die Bedeutung des Themas unterstrichen. In Indien konnte die großangelegte Jugendstudie der KAS abgeschlossen werden. In *Kambodscha* wurde in Kooperation mit der Jugendorganisation der Konservativen Partei Schwedens und der Jungen Union eine Schulungsreihe für junge Nachwuchspolitiker zu Grundlagen politischer Arbeit durchgeführt.

Die politischen Verhältnisse in *Thailand* und *Malaysia* waren durch die Parlamentswahlen vom Dezember 2007 bzw. März 2008 geprägt. Während in Thailand das politische Patt zum Ende des Jahres durch das Verbot der Regierungspartei mit schwer übersehbaren Konsequenzen aufgelöst wurde, führt das Ergebnis der Parlamentswahlen in Malaysia langfristig möglicherweise zu einer Öffnung des politischen Systems, da die Regierungskoalition erstmals den Verlust der Zweidrittelmehrheit hinnehmen musste. In beiden Ländern fördert die KAS den Reformprozess durch gezielte politische Beratung.

In *Korea* erhielt der stellvertretende Vorsitzende der KAS, Bundestagspräsident Norbert Lammert, für die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Korea und Deutschland sowie für die Unterstützung der KAS bei der Entwicklung der südkoreanischen Demokratie die Ehrendoktorwürde der Universität Seoul.

Die Staaten *Zentralasiens* durchlaufen nach wie vor einen schwierigen Demokratisierungsprozess. In Kasachstan konnte die Stiftung 2008 offiziell registriert und werden mit eigenem Personal aktiv werden. In Usbekistan haben sich in der Folge der Einführung der „Habeas-Corpus-Akte“ zusätzliche neue Aktionsfelder ergeben, die die Menschenrechtsarbeit der Stiftung vor Ort ergänzen.

Die Krisen in Südasien (*Afghanistan/Pakistan*) und im Südkaukasus (Georgienkonflikt) haben die Bedeutung regionaler Konfliktprävention und -bewältigung deutlich gemacht. Darauf reagierte die KAS mit der Neueröffnung eines Büros in Islamabad, dem es gelang, eine gemeinsame Delegationsreise von afghanischen und pakistanischen Abgeordneten nach Deutschland zu organisieren. Das Ende 2007 eröffnete Büro in Georgien konnte seine Arbeit trotz des Konflikts mit Russland fortführen und ausweiten.

Einen großen Erfolg verbuchte das regionale *Medienprogramm Asien* der KAS mit seinem 1998 ins Leben gerufenen „AsiaNewsNetwork“ (ANN). Das ANN, das sich mittlerweile weitgehend selbst finanziert und zwanzig Mitglieder hat, konnte im Juli 2008 einen Vertrag mit der dpa abschließen, die nunmehr täglich rund vierzig Berichte aus dem Netzwerk übernehmen und ihren eigenen Kunden zur Verfügung stellen wird.

#### NAHER OSTEN / NORDAFRIKA

*Auf dem Weg zum Frieden im Nahen Osten spielt die Analyse der öffentlichen Meinung eine große Rolle.*

Der 60. Jahrestag der Gründung des Staates *Israel* bestimmte das Programm des Büros in Jerusalem. Erstmals in der Geschichte der mehr als 25-jährigen Partnerschaft der KAS mit dem American Jewish Committee reiste eine deutsch-amerikanische Gruppe gemeinsam nach Israel, um der Frage nachzugehen, was Deutschland, Israel und die USA verbindet. Daneben stand das Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern im Zentrum der Aktivitäten. Auf dem Weg zum Frieden im Nahen Osten spielt die Analyse der öffentlichen Meinung eine große Rolle. Gemeinsam mit zwei israelischen und palästinensischen Meinungsforschungsinstituten entwickelten die KAS-Büros in Jerusalem und Ramallah regelmäßig durchgeführte Meinungsumfragen zu Themen, die für den Friedensprozess relevant sind.

Der Förderung der Sozialen Marktwirtschaft in den *Palästinensischen Autonomiegebieten* widmete sich das Auslandsbüro in Ramallah. Im Rahmen einer Konferenz im Mai verabschiedeten über 120 Vertreter des palästinensischen Privatsektors die von

der KAS gemeinsam mit ihrem Partner „Palestinian Federation of Industries“ erarbeitete wirtschaftspolitische Agenda, die sich am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft orientiert. In Anwesenheit des Quartett-Sondergesandten Tony Blair nahm Premierminister Salam Fayyad die Agenda entgegen und sicherte deren Ausführung zu.

Das Auslandsbüro in der *Türkei* veranstaltete 2008 erstmals eine deutsch-türkische Sicherheitskonferenz, an der neben dreißig türkischen und deutschen Militärexperten unter anderem der langjährige Organisator der Münchner Sicherheitskonferenz, Professor Horst Teltschik, und der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General a.D. Klaus Naumann, teilnahmen. Die neuen geostrategischen Herausforderungen und die gemeinsamen Sicherheitsinteressen Deutschlands, Europas und der Türkei standen im Mittelpunkt der Tagung.

Die Maßnahmen des *Regionalprogramms Nahost/Mittelmeerdialo* standen unter dem Vorzeichen der Gründung der „Union für das Mittelmeer“. Schwerpunkte bildeten die Erarbeitung konkreter Politikempfehlungen im Rahmen der von der KAS gegründeten „Expert Advisory Group“ sowie die Fortführung des Parlamentariernetzwerkes Europa-Mittelmeer. Ziel ist es, über einen vertieften Parlamentarierausaustausch zu einer Stärkung der Legislative in den südlichen Mittelmeeranrainern beizutragen. Darüber hinaus erarbeitete die KAS in *Marokko* zusammen mit einer Expertengruppe des „Institut Marocain des Relations Internationales“ einen Expertenbericht zur Ausgestaltung der Mittelmeerunion, der in die Empfehlungen von EuroMeSCo einfließt.

In Amman fand unter der Schirmherrschaft von *Jordanien*s Prinz El Hassan bin Talal die international weit beachtete Konferenz „Religion und Rechtsstaat“ statt. Die 2006 zwischen der KAS und der Organisation der Arabischen Liga für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (ALECSO) vereinbarte Kooperation wurde bei der internationalen Konferenz zum Thema „Das Bild der arabischen Frau in den Lehrplänen“ erfolgreich fortgesetzt. Zudem erweiterte die KAS die Zusammenarbeit mit der zweitwichtigsten Lehrstätte der sunnitischen Welt, der Universität Zeytouna in Tunis.



Bei der Konferenz „Elite Macht Afrika“ wurde über Möglichkeiten diskutiert, die afrikanischen Eliten zu unterstützen und stärker in die Verantwortung zu nehmen.



Seine Königliche Hoheit Prinz El Hassan bin Talal von Jordanien (Mitte) und seine Frau Prinzessin Sumaya trafen im Rahmen ihres Besuchs bei der KAS zusammen mit (v.r.n.l.) Professor Bernhard Vogel (KAS-Vorsitzender), Eckart von Klaeden MdB (außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Gerhard Wahlers (stellvertretender KAS-Generalsekretär).

## AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Zum ersten Mal seit 1994, als die KAS ihr Auslandsbüro in Kigali infolge des Völkermords verlassen musste, führte die Stiftung wieder eine Veranstaltung in *Ruanda* durch, die von Premierminister Bernard Makuza und Professor Bernhard Vogel eröffnet wurde. Dabei bot das Rechtsstaatsprogramm Akteuren aus dem Justizbereich, darunter Richter des Afrikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte, ein Diskussionsforum zu ihren praktischen Erfahrungen beim Schutz der Menschenrechte.

Die Erfahrungen von muslimischen Menschenrechtsverfechtern in *Mali*, im *Senegal* und in der *DR Kongo* bildeten den Inhalt der Vorträge und Debatten einer Konferenz im Februar in Dakar. Die Experten gingen besonders auf die Stellung von Frieden und Menschenrechten im Islam ein und unterstrichen dabei die islamischen Werte Gerechtigkeit, Toleranz und Menschenwürde als Motiv ihrer Initiativen. In *Tansania* unterstützte die KAS ein Treffen hochrangiger katholischer Würdenträger zur Einführung ins „Kompendium der Soziallehre der Kirche“. Im Grußwort von Papst Benedikt XVI. wurde auch das Engagement der KAS besonders gewürdigt.

Zur siebten „Media Leadership Conference“ des Medienprogramms in *Uganda* kamen Journalisten aus insgesamt sechzehn Ländern zusammen, um neben Erfahrungsaustausch und Netzwerkpflge neue Trends im Bereich digitale und neue Medien zu diskutieren. Erstmals nahmen auch Chefredakteure, Herausgeber und Medienexperten aus Westafrika teil.

Im Vorfeld der Wahlen in *Angola* veröffentlichte die KAS ein Handbuch für Wahlbeobachter und schulte Journalisten zur Wahlberichterstattung. Gemeinsam mit dem „Democracy Development Programme“ informierte die KAS im Hinblick auf die Parlamentswahlen in Südafrika im Jahr 2009 die Wähler über den anstehenden Wahlprozess. Mit dem Start des „Green Goal Action Plan“ im Oktober 2008 in Kapstadt ist es der KAS gelungen, einen Beitrag zur umweltfreundlichen Ausrichtung der im Jahr 2010 in *Südafrika* stattfindenden Fußball-WM zu leisten.

Trotz Hyperinflation, Stromausfällen, mangelnder Versorgung und unklarer politischer Perspektiven setzte die KAS ihre Arbeit in *Simbabwe* fort. Im April startete ein von EU und BMZ gefördertes Projekt zur Armutsbekämpfung durch Aus- und Fortbildung von Frauen in ländlichen Gebieten, das die Stiftung und ihr langjähriger Partner „Self Help Development Foundation“ gemeinsam durchführen.

## LATEINAMERIKA

Bis zum Ausbruch der globalen Finanzkrise hatte Lateinamerika sehr gute makroökonomische Daten bei bestehenden sozialen Ungleichgewichten zu verzeichnen. Politisch verfestigte sich die Teilung des Kontinents in demokratisch und rechtsstaatlich regierte Staaten sowie populistisch und zunehmend autoritär regierte Staaten.

Auf regionaler Ebene wurde die Kooperation der KAS mit dem Dachverband der Christlich-Demokratischen Parteien ODCA fortgesetzt. Im Rahmen des regionalen Rechtsstaatsprogramms ist das 15. Lateinamerikanische Verfassungsrichtertreffen in Honduras mit Beteiligung deutscher Experten hervorzuheben. Das regionale Medienprogramm stellte eine Studie über die Wahrnehmung der Umweltprobleme und des Klimawandels in den Medien vor und vertiefte die Beratung in Fragen der politischen Kommunikation mit dem Beraternetzwerk OCPLA.

Die politische Partizipation der Indigenen wurde durch Workshops für Mandatsträger aus den Andenländern und Guatemala sowie mit einer Publikation über Gesetzesreformen zur Stärkung indigener Rechte befördert. Im Bereich des Regionalprojektes Soziale Ordnungspolitik (SOPLA) fand eine umfassende Studie zum Thema „Wachstum



*Die Förderung des Menschenrechtsschutzes ist eines der zentralen Anliegen des weltweiten Rechtsstaatsprogramms der Stiftung. Der KAS-Vorsitzende Professor Bernhard Vogel eröffnete am 4. September 2008 eine Tagung dieses Programms in Kigali, an der Delegierte aus vierzehn afrikanischen Ländern teilnahmen. Unser Foto zeigt ihn im Gespräch mit dem Premierminister von Ruanda, Bernard Makuza.*



*Der Planungsausschuss der KAS tagte im Juni 2008 unter der Leitung von Staatssekretär a. D. Volkmarr Köhler in Cadenabbia zum Thema „Herausforderungen für die Demokratie in Lateinamerika“. Im Zentrum standen die ungelösten sozialen Herausforderungen, vor denen die Demokratien in der Region stehen, sowie die Ausbreitung populistischer Regierungen mit autoritären Ausprägungen.*

und sozialer Fortschritt“ ebenso große Beachtung wie das Bestreben, in Kooperation mit der päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“ die Fragen der sozialen Verantwortung der Eliten über die universitären Ausbildungsgänge der katholischen Universitäten zu verankern. Weitere Akzente setzte der seit nunmehr sechs Jahren von der KAS erarbeitete Demokratieindex Lateinamerika, der erneut ein beachtliches Presseecho hervorrief.

In Mexiko steht die Kooperation mit der Partnerpartei PAN, ihren Parlamentsfraktionen, Stiftungen und Unterorganisationen im Mittelpunkt. Daneben spielten die ordnungspolitische Debatte und politische Reformansätze eine wesentliche Rolle, die nicht zuletzt durch den Besuch des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder MdB, neue Impulse erhielten. Im Rahmen des Regionalprojektes *Zentralamerika* sind die parteipolitische Bildungs- und Beratungsarbeit, der Aufbau eines regionalen Think-Tank-Netzwerks sowie Seminare zur zentralamerikanischen Integration hervorzuheben.

In Venezuela verfolgt die KAS in einem zunehmend problematischen Umfeld weiter die Zusammenarbeit mit politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften der Opposition. Auch in Bolivien gestaltete sich aufgrund der eskalierenden Gewalt die Arbeit immer schwieriger. Anlässlich des EU-LAK-Gipfels unter dem Titel „Lateinamerika, unsere Zukunft – Europa, unser Partner“ fanden in Peru Veranstaltungen mit dem Präsidenten des Europaparlaments, Prof. Hans-Gert Pöttering, und dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden, statt. Höhepunkt war ein politisches Frühstück von Nachwuchspolitikern mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

In Kolumbien wurden die Zusammenarbeit mit dem Parlament zur Reform der parlamentarischen Geschäftsordnung und die Kooperation mit dem Think Tank „Corporación Pensamientos Siglo XXI“ im Umfeld der Konservativen Partei fortgesetzt. In Chile konzentrierte sich die politische Arbeit auf die Unterstützung der Christlich-Demokratischen Partei PDC im Rahmen der Umsetzung des neuen Grundsatzprogramms sowie der Nachwuchsförderung. Der Besuch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und sein Auftritt beim 15. „Forum Brasilien-Europa“ stellte einen Höhepunkt der Aktivitäten der KAS Brasilien dar. Daneben sind die fünfte sicherheitspolitische Konferenz in Rio und das Deutsch-Brasilianische Symposium in Berlin hervorzuheben.



THE KAS DEMOCRACY REPORT 2008  
**MEDIA  
AND DEMOCRACY**  
VOLUME II



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

### KAS-Demokratiereport 2008

*Der KAS-Demokratiereport informiert über den Entwicklungsstand der Demokratie in den Partnerländern der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Oktober 2008 ist der vierte Band unter dem Titel „Media and Democracy, Vol. II“ erschienen, der die Medienlandschaft und den Stand der Medienfreiheit in sechzehn Projektländern der KAS aus fünf Regionen untersucht.*

*Die Analyse ergab, dass der Grad der Medienfreiheit stark von der allgemeinen Entwicklung hin zu Demokratie und Rechtsstaat abhängt. Obwohl auch in nichtdemokratischen Ländern die neue Medien (Internet, Blogs) sich Nischen der freien Berichterstattung und Meinungsäußerung erkämpft haben, ist die Freiheit der Medien in vielen Fällen noch immer bedroht. Hauptursachen hierfür sind zum Beispiel der teilweise geringe Bildungsgrad der Bevölkerung, geringe Medienvielfalt, ein Mangel an gutausgebildeten Journalisten, Behinderung, Bedrohung oder gar Gewaltausübung gegenüber kritischen Journalisten, Selbstzensur, Korruption und die zunehmende Konzentration der Medienanbieter.*

DIE HAUPTABTEILUNG POLITIK UND BERATUNG HAT SICH ZUR FESTEN GRÖSSE IM POLITISCHEN BERLIN UND BEI LANDESPOLITIKERN ENTWICKELT. IN DEN BEREICHEN INNENPOLITIK, GESELLSCHAFTSPOLITIK, WIRTSCHAFTSPOLITIK UND EUROPA- UND AUSSENPOLITIK ERARBEITEN RUND ZWANZIG WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER – ORIENTIERT AN DEN AKTUELLEN GESELLSCHAFTLICHEN THEMEN – ANALYSEN UND LÖSUNGSORIENTIERTE KONZEPTE. SIE BEGLEITEN DAS GESPRÄCH ZWISCHEN WISSENSCHAFTLERN UND POLITIKERN UND VERMITTELN POLITISCHE STRATEGIEN UND INHALTE AN DIE ÖFFENTLICHKEIT.

## MIT EXPERTISE ENTSCHEIDUNGEN BEGLEITEN

Unsere Angebote in der Politikberatung konzentrierten sich 2008 auf die deutsche Parteienlandschaft, die Situation der Eltern und den Schwerpunkt Globalisierung.

### INNENPOLITIK

Schwarz-grüne Koalitionen stoßen vor allem bei jüngeren Bundesbürgern auf Zustimmung. Dieser Entwicklung trägt das Projekt „Schwarz-Grüne Bündnisse“ Rechnung, das mit Analysen und Veranstaltungen 2008 weiterentwickelt wurde. Im Fokus standen Daseinsvorsorge und Energiepolitik auf kommunaler Ebene.

Im Bereich Extremismus wurden verschiedene Studien veröffentlicht, die auf große Resonanz stießen. Drei Analysen erschienen zu rechtsextremen Bündnissen und ihren Aktionsformen sowie zur NPD, drei weitere befassen sich mit dem linken Spektrum.

Das Projekt „Föderalismusreform“ wurde mit der internationalen Expertentagung „Der deutsche Föderalismus 2020 – Die bundesstaatliche Kompetenz- und Finanzverteilung im Spiegel der Föderalismusreform I und II“ in Cadenabbia fortgesetzt. Ein weiterer Höhepunkt war die 3. Berliner Rechtspolitische Konferenz „Föderalismusreform in Deutschland – Wege zur Stärkung des Parlamentarismus?“. Die Dinnerspeech hielt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Hans-Jürgen Papier.

Der „Arbeitskreis Kommunalpolitik“ gab in der Reihe „Materialien für die Arbeit vor Ort“ den Band „Bildung als Handlungsfeld kommunaler Integrationspolitik“ heraus. Außerdem wendete sich der Arbeitskreis 2008 auch dem Thema „Finanzen und Kommune“ zu, publizierte das Papier „Familie und Kommunen“ und setzte sich erstmals mit Fragen bürgergesellschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene auseinander. Viel Beachtung fand die Studie „Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen“. Das „Kommunale Wahllexikon“ wurde als Internetpublikation fortgeschrieben.

Zum dritten Mal fand in Cadenabbia der Gesprächskreis „Neue Länder“ statt. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Herausforderungen für die Finanzpolitik und die neuen Länder als Standort für Innovation und Investitionen standen dabei im Mittelpunkt.

### WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wichtig für die Arbeit des Teams Wirtschaftspolitik waren 2008 der 60. Jahrestag von Währungsreform und Preisfreigabe sowie die ordnungspolitischen Aspekte der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, deren Gründungsvätern sich eine Vorlesungsreihe widmete. Des Weiteren stellt die Stiftung die Frage nach dem Wertefundament wirtschaftlicher bzw. wirtschaftspolitischer Akteure. So fand im März das Zweite Werteforum zur Verantwortung der Unternehmer in der Gesellschaft statt. Es diskutierten unter anderem der Vorsitzende der Robert Bosch GmbH, Franz Fehrenbach, Laurenz Meyer MdB, Bischof Wolfgang Huber und der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Franz Möllenberg.



*Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Hans-Jürgen Papier.*

Im Vordergrund des Projektes „Globalisierung“ stand 2008 das Ziel, die Chancen und Vorteile sichtbar zu machen, die die weltweite Integration von Märkten für Deutschland mit sich bringt. Ein Expertenkreis setzte sich mit den Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Deutschland auseinander. Als große Herausforderung hob er die weitere Anpassung der Bildungspolitik an die Bedingungen der globalisierten Welt hervor. Eine gemeinsam mit dem Inforadio des rbb veranstaltete Radiodiskussion thematisierte die Anforderungen, die sich aus der Globalisierung für die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland ableiten lassen.

Auch der Themenkreis zur Mitarbeiterbeteiligung wurde fortgesetzt. Ein Kongress zur Zukunft der Tarifautonomie erörterte, wie eine künftige Tarifpolitik den Problemen der internationalen Verflechtung, des Wettbewerbs und zusätzlicher Tarifkonkurrenz durch Spartengewerkschaften begegnen kann. Ein Expertenworkshop zu Ausmaß und Folgen des durch die Flexibilisierung ausgelösten Booms der Zeitarbeit erarbeitete auf wissenschaftlicher und empirischer Basis Perspektiven, wie dieses nach wie vor umstrittene Arbeitsmarktsegment zu gestalten sei. Die Mitwirkung in der Kommission „Solidarisches Bürgergeld“ des CDU-Bundesvorstands war Teil der politischen Beratungsarbeit.

#### AUSSEN-, EUROPA- UND SICHERHEITSPOLITIK

Im Bereich der Außenpolitik stand 2008 das Interesse an den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Mittelpunkt. Die KAS-Mitarbeiter bereicherten die politische Diskussion durch ihre Expertise in über fünfzig Interviews, Expertengesprächen und Publikationen in Zeitungen und Zeitschriften. Vom Klimawandel über den internationalen Terrorismus bis zum Umgang mit aufstrebenden autoritären Staaten reichte die Palette der Themen, die Anfang Dezember auf einer internationalen Tagung in Berlin erörtert wurden.

Sicherheitspolitisch stand im Frühjahr 2008 der NATO-Gipfel in Bukarest im Mittelpunkt, da man von diesem Gipfeltreffen wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Allianz erwartete. Dazu erschien eine Studie, die neben der aktuellen Lage auch auf alternative Elemente eines neuen strategischen Konzeptes der NATO verweist.

Eine erste Klausurtagung eines neugeschaffenen Gesprächskreises aus Vertretern des Kanzleramtes, des Bundesverteidigungsministeriums und anderer mit globalen Sicherheitsfragen befasster Institutionen fand in Potsdam statt. Der gleiche Expertenkreis diskutierte im Dezember 2008 über mögliche deutsche Beiträge zu einem neuen strategischen Konzept für die NATO und eine daraus resultierende veränderte Rolle Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik. Hierzu fand auch eine Reihe von Hintergrundgesprächen mit Mitarbeitern aus dem Bundestag statt.

Ein Meinungsaustausch zwischen hochrangigen Sicherheitspolitikern und Nuklear-experten beleuchtete das Thema „Nukleare Abrüstung“, da die Verhinderung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu den wichtigsten sicherheitspolitischen Aufgaben der Zukunft gehört.

In der Europapolitik war das Jahr 2008 zunächst durch die vom französischen Staatspräsidenten angestoßene Diskussion über die Gründung einer Union für das Mittelmeer geprägt. Bei einem deutsch-französischen Strategieforum erörterten französische und deutsche Politiker und Wissenschaftler die Probleme der Kooperation der EU mit den Mittelmeeranrainerstaaten. Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik widmete sich den Perspektiven der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die ein zentrales Thema des Europäischen Rats im Dezember war.

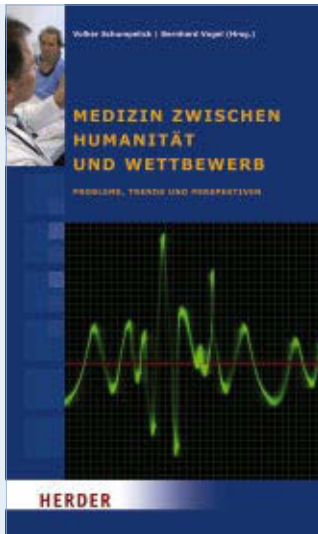
Die sicherheitspolitischen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit haben deutlich gemacht, dass die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend durch asymmetrische Bedrohungen gekennzeichnet ist. Deshalb hat sich das Team Außenpolitik 2008



*In der Reihe „Jubiläen von Einheit und Freiheit“ brachte die Hauptabteilung Politik und Beratung bislang Publikationen zu den Themen „Parlamentarischer Rat“, „Soziale Marktwirtschaft“ und „Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR“ heraus.*



*Reinhard Bahnmüller, Universität Tübingen, Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Thorsten W. Alsleben, ZDF Hauptstadtstudio Berlin, und Martin Kannegeßer, Präsident Gesamtmetall, am 8. Dezember 2008 in Berlin (v.l.).*



*Im Herder Verlag erschien der Band „Medizin zwischen Humanität und Wettbewerb“. Die Reihe Medizin – Ethik – Recht wird im Herbst 2009 mit dem Band „Volkskrankheiten – Herausforderungen in der Wohlstandsgesellschaft“ fortgesetzt.*

des neuen Querschnittsthemas „Vernetzte Sicherheit im 21. Jahrhundert“ angenommen und es dabei dem Arbeitskreis Junger Außenpolitiker wie dem neu gegründeten Kollegkreis „Vernetzte Sicherheit“ zur Aufgabe gemacht, die verschiedenen Aspekte intensiv auf Klausurtagungen zu bearbeiten.

## GESELLSCHAFTSPOLITIK

Wie wirken sich der zunehmende Wettbewerb im Gesundheitsmarkt, neue Krankheiten und steigende Lebenserwartung auf das Gesundheitswesen aus? Wie lässt sich die Qualität sichern und medizinischer Fortschritt fördern? Mit diesen Leitfragen setzte die Stiftung 2008 die Aktivitäten zum Thema Gesundheit fort. Das 6. Cadenabbia-Gespräch Medizin – Ethik – Recht widmete sich den Volkskrankheiten und den damit verbundenen gesundheitspolitischen Herausforderungen. Mit Prävention und den Rahmenbedingungen für biomedizinische Forschungen befassten sich Workshops und Publikationen.

Die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Politik und die Grundlagen einer christlich geprägten Politik standen im Mittelpunkt der religions- und werteorientierten Arbeit. Zum dritten Mal fand unter dem Titel „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“ das Forum Christ und Politik statt. Einen Höhepunkt bildeten die Aktivitäten beim Katholikentag in Osnabrück, die sowohl in kirchlichen Kreisen als auch in der Politik große Beachtung fanden. Als Herder-Taschenbuch erschien der Titel „Begründung von Menschenwürde und Menschenrechten“. Einen Ausblick mit internationalen Bezügen in der Reihe „Sozialethik konkret“ bot die Kooperation mit den beiden Katholischen Akademien Münster und Essen zu „Globalisierung und Gerechtigkeit“.

Unter den Aktivitäten zur Kulturpolitik ist das 8. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik mit Staatsminister Bernd Neumann hervorzuheben, das dem Schwerpunkt „Bibliotheken“ gewidmet war. Eine Tagung zur kulturellen Bildung diskutierte die Vorschläge der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“. Die Initiative „Bildung der Persönlichkeit“ wurde mit dem 18. Wartburggespräch fortgesetzt und legte wie das „Berliner Forum Schicksalsthema Bildung“ einen Schwerpunkt auf die aktuellen Entwicklungen im Schulsektor. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hochschulverband griff die Tagung „Universität der Zukunft – Zukunft der Universität“ in der Villa La Collina in Cadenabbia die aktuelle Hochschuldebatte auf.

Im Bereich Familienpolitik lag der Fokus wieder auf dem Thema „Eltern“. Unter dem Titel „Schutz des Kindeswohls bei Gewalt in der Partnerschaft der Eltern“ führte die Stiftung gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium eine Veranstaltung durch, deren Beiträge ein Heft der Reihe „Im Plenum“ dokumentiert. Eine weitere wichtige Veröffentlichung war der Leitfaden „Kommunale Familienpolitik – Argumente, Methoden, Praxisbeispiele“.

Die Integration der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund stellt eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe dar. Das Almanya Programm der Stiftung wurde mit dem monatlichen „Pressemonitoring“ der türkischen Presse zu Fragen der deutschen Integrations- und Zuwanderungspolitik weitergeführt. Zwei Studien zur Bildung als Handlungsfeld kommunaler Integrationspolitik wurden veröffentlicht. Die Studie „Migration und Gesundheit“ untersucht Zugangsbarrieren im Gesundheitswesen. Die Stiftung beteiligte sich außerdem an einer „Repräsentativuntersuchung der Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“.

In der Umweltpolitik standen die Energie- und Klimapolitik im Zentrum. Auf der Tagung „Versorgungssicherheit und Klimaschutz im Zielkonflikt: Welche Kraftwerke braucht Deutschland?“ diskutierten Experten aus Wirtschaft, Politik und Verbänden die Verbindung von energie- und umweltpolitischen Anforderungen. Zu den Themen erneuerbare Energien und Energiepreise erschienen zwei Analysen.

DIE POLITISCHE BILDUNG WILL BÜRGERINNEN UND BÜRGER INFORMIEREN UND ZUR POLITISCHEN MITGESTALTUNG MOTIVIEREN. ZIEL IST ES ZU VERMITTELN, DASS POLITIK UND VERÄNDERUNGEN KEIN UNABÄNDERLICHES SCHICKSAL SIND, SONDERN IN UNSERER PARLAMENTARISCHEN DEMOKRATIE MIT GESTALTET WERDEN KÖNNEN. POLITISCH GEBILDETE BÜRGER SIND GEGENÜBER EXTREMISTEN RESISTENTER UND KÖNNEN POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN BESSER EINORDNEN UND BEURTEILEN. 2008 BESUCHTEN RUND 100.000 TEILNEHMER 2.000 VERANSTALTUNGEN.



85

## ZU POLITISCHER TEILHABE MOTIVIEREN

In Zeiten, die nicht durch ständig wachsenden Wohlstand geprägt sind, sondern von vielen Bürgern als schwierig empfunden werden, scheint die Bereitschaft zu Eigenverantwortung und bürgerschaftlichem Engagement zurückzugehen. Hier setzt die Politische Bildung an, indem sie über die Grundlagen unserer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung aufklärt und gleichzeitig auf die großen Entwicklungen unserer Zeit eingeht. Dabei bedient sie sich zeitgemäßer didaktisch-methodischer Ansätze.

### ETHISCHE GRUNDLAGEN DER BÜRGERGESELLSCHAFT

Die christlich-demokratischen Grundwerte bilden die geistigen Grundlagen zur Gestaltung der Bürgergesellschaft. Sie werden als lebendige Lösungsansätze für politische Herausforderungen unserer Zeit vermittelt. Hierzu trägt die Veranstaltungsreihe „Die christlich-demokratische Idee“ bei. Die neue Seminarreihe „Profil und Tiefenschärfe“ fragt 2009 nach der Zukunft der christlich-demokratischen Ordnungsvorstellungen. Bürger, die sich in Vereinen zusammenschließen und so zum Gelingen der Bürgergesellschaft beitragen, unterstützt die KAS mit den Seminaren „Vereinsmanagement in der Praxis“.

### SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Währungsreform im Jahr 2008 erinnerte der ehemalige Bundesbankpräsident Professor Hans Tietmeyer im Rahmen der Wassergespräche an die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und ging auf aktuelle Herausforderungen wie Wettbewerbsaufsicht, Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und die Balance zwischen Regulierung und Liberalisierung ein.

Die Finanzkrise war in der zweiten Jahreshälfte der Anlass, die Fähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft im Umgang mit Bedrohungen durch die Globalisierung herauszustellen. In verschiedenen Veranstaltungen ging es darum, das Prinzip wirtschaftlicher Machtbegrenzung in seiner praktischen Bedeutung zu vermitteln und die soziale Einbettung des Marktes als Bedingung für den Erfolg und die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft herauszuarbeiten.

### TRANSATLANTISCHE BEZIEHUNGEN UND DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN ORDNUNG

Im Jahr der US-Präsidentschaftswahl erfreuten sich die USA-Seminare besonderer Beliebtheit. US-Experten berichteten anschaulich aus dem Wahlkampf. Gleichzeitig wurden die Grundlagen amerikanischer Politik vermittelt. Viele Veranstaltungen richteten sich speziell an junge Leute. Ziel der „Konrad Adenauer Summer School“ war es wieder, gegen anti-amerikanische Klischees zu wirken. Analysen und Bewertungen der neuen Präsidentschaft bestimmen die Seminare 2009.



*Professor Horst Teltschik schilderte beim Wassergespräch am 3. Oktober 2008 in Bonn sehr anschaulich die nationalen und internationalen Aspekte der deutschen Einheit.*



Foto (v.l.): Joachim Klose, Leiter des Bildungswerkes Dresden, Professor Richard Schröder, Professor Beate Neuss und Ministerpräsident Stanislaw Tillich.

„Die Kuscheldiktatur hat es nie gegeben,“ warnte der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich in seiner Begrüßungsrede die über 1.400 Zuhörer in der Dresdner Semperoper, die anlässlich der Eröffnungsveranstaltung zu der von der KAS initiierten Ringvorlesung „Wie schmeckte die DDR – Wege zu einer Kultur des Erinnerns“ am 28. September 2008 gekommen waren. Zuvor begrüßte die stellvertretende Vorsitzende der KAS, Professor Beate Neuss, das Publikum und veranschaulichte, dass es, um die DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten, nicht nur der Empathie mit den Opfern, sondern auch der Auseinandersetzung mit der eigenen Person bedarf. Höhepunkt war der Festvortrag des Präsidenten der Deutschen Nationalstiftung Weimar, Professor Richard Schröder. Er thematisierte den Weg zu einer Kultur des Erinnerns am Beispiel des Alltages der DDR – und versetzte durch den ein oder anderen Witz das Publikum in ein herzliches Lachen.

Für die Stiftung spielt das „Europa der Bürger“, d.h. das mit spürbaren Verbesserungen des täglichen Lebens assoziierbare Europa, eine wesentliche Rolle. Die Vorteile Europas thematisierte die Seminarreihe „Fakten statt Mythen“, bei der Gespräche mit Abgeordneten und Vertretern von EU-Organen, Presse, Lobby und anderen Institutionen in Brüssel den Mittelpunkt bildeten. Dieses Angebot nahmen in erster Linie junge Erwachsene an. In der Ringvorlesung „Die Verfassung Europas“ an der Universität Bonn trugen prominente Referenten, darunter der EU-Parlamentspräsident Professor Hans-Gert Pöttering, ihre Überlegungen zu einer zukünftigen politischen Ordnung der EU vor. Beim Sommer-Event „Weimar liegt am Rhein“ kamen französische, deutsche und polnische Politiker und Experten über Europas Zukunft ins Gespräch.

#### DIE JUBILÄEN „EINHEIT UND FREIHEIT“

2008 war das Eröffnungsjahr für Maßnahmen zum Projekt „Jubiläen von Einheit und Freiheit: Weichenstellungen in die Zukunft“. Das Gedenken an die Konstituierung des Parlamentarischen Rates 1948 gab Anlass, an das politische System der Bundesrepublik, an die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und das Funktionieren des Rechtsstaates zu erinnern sowie deren Zukunftsfähigkeit zu diskutieren. Zum Thema Rechtsstaat und „wehrhafte Demokratie“ zählt auch der Kampf gegen rechten und linken Extremismus und Populismus. Die Politische Bildung trägt hierzu mit Seminaren und Publikationen bei.

Den Tag der Deutschen Einheit beging die KAS traditionell mit einem Wasserwerksgespräch in Bonn. Vor fast tausend Teilnehmern schilderte Professor Horst Teltschik, außenpolitischer Berater unter Helmut Kohl, sehr anschaulich die Ereignisse, die 1990 zur Deutschen Einheit führten, und die internationalen Aspekte der Deutschen Einheit. In einem weiteren Vortrag schlug Adenauer-Biograph Professor Hans-Peter Schwarz 2008 den Bogen in das Jubiläumsjahr 2009. Er beschrieb die Verdienste Bundeskanzler Adenauers als Erneuerer der jungen Republik, die im nächsten Jahr sechzig wird.

#### ISLAM UND INTEGRATION

Aspekte der Integration in Deutschland lebender Ausländer muslimischen Glaubens thematisiert die Politische Bildung, indem sie sowohl Grundlagenwissen als auch praxisbezogene Information vermittelt. In der Seminarreihe „Islam – Religion und Gesellschaftsmodell“ stellten Experten die islamischen Glaubensvorstellungen, den muslimischen Alltag, die Strukturen islamischer Organisationen und die politischen Konsequenzen, die die Muslime daraus ziehen, vor. Um konkrete Erfahrungen und Probleme bei der Integration geht es in der Reihe „Integration vor Ort“, die auch Lösungsvorschläge anbietet.

In Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Türkischen Forum fand in Bonn die Veranstaltung „Integration – Schlüsselaufgabe für die christlichen Demokraten“ statt, bei der Professor Maria Böhmer MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, referierte. In einer weiteren Veranstaltung ging es um die Frage, wie vor dem Hintergrund der islamistischen Herausforderung Integration gelingen kann. Referenten unter anderem aus den Niederlanden, Frankreich und Österreich wiesen auf die Gefahren für die Integration der hier lebenden Zuwanderer durch islamistische Gruppierungen und deren internationale Verflechtungen hin. Darüber hinaus zeigten sie Bedingungen für eine erfolgreiche Integration auf. In Köln traf auf Einladung der Stiftung der Oberbürgermeister der Stadt, Fritz Schramma, mit führenden Vertretern türkischer Gruppen zusammen. Die Veranstaltung „Kultur trifft Politik“ kombinierte die politische Diskussion mit unterhaltsamen Auftritten des Stand-up-Comedians Serhat Dogan.

## POLITISCHE KOMMUNIKATION: AUCH AUF DIE DARSTELLUNG KOMMT ES AN!



*Dass die Medien auf das Meinungsbild der israelischen Gesellschaft einen ähnlich dominierenden Einfluss haben wie in Deutschland, beschrieb David Witzthum, Chefredakteur und Moderator im Ersten Israelischen Fernsehen und Dozent an den Universitäten Tel Aviv und Jerusalem, in der Veranstaltung im Rahmen der bundesweit angelegten Reihe „60 Jahre Israel“ bei Veranstaltungen in Saarbrücken (hier mit Schülern).*

In der politischen Auseinandersetzung genügt es längst nicht mehr, die besseren Konzepte zu haben. Es kommt immer stärker auch auf die „Verpackung“ an. Nur wer die Regeln der Mediendemokratie beherrscht, wird im Meinungsstreit bestehen und Mehrheiten gewinnen. Die Abteilung Politische Kommunikation will Bürger befähigen, ihre Argumente überzeugend darzustellen. Dabei richtet sich das Angebot besonders an die kommunale Ebene. Es umfasst Trainings und Workshops zu Pressearbeit und Public Relations, zum Umgang mit Kamera und Mikrofon sowie zum Vortragen und Verfassen von Reden. Eine immer wichtigere Rolle spielt die Online-Kommunikation. Die Kurse zur Gestaltung politischer Webseiten oder zum Wahlkampf im Internet stoßen besonders bei jüngeren Menschen auf reges Interesse. Vertiefende Seminare untersuchen die Darstellung von Politik in den Massenmedien, so z. B. in Talkshows und TV-Duellen.

Darüber hinaus beobachtet und diskutiert die Abteilung Trends der politischen Kommunikation in anderen Ländern. So bietet die Stiftung Experten die Möglichkeit, Wahlkampagnen im Ausland in der „heißen Phase“ mitzuerleben. Der internationale Kongress zur politischen Kommunikation war im Jahr 2008 dem Wahlkampf in den USA gewidmet. Zehn Kampagnenprofis berichteten in Berlin vor einem hochrangigen Fachpublikum über Erfahrungen und Trends aus den US-Vorwahlkämpfen. Im Oktober reiste eine Delegation nach Washington D.C. und Ohio und erlebte dort die letzten Tage der Wählermobilisierung.

## BILDUNGSWERKE: SEISMOGRAPHEN FÜR ENTWICKLUNGEN IN DEN REGIONEN

Die besondere Stärke der politischen Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung liegt in ihrer regionalen Präsenz. Die Bildungszentren Schloss Eichholz und Schloss Wendgräben vermitteln zusammen mit den sechzehn Bildungswerken orts- und bürgernah die Themen und Botschaften der Stiftung. Im Jahr 2008 wurde die Zusammenarbeit mit Schulen erheblich verstärkt, um Jugendliche für Politik zu interessieren. Dies geschieht durch Zeitzeugengespräche und mit den Schwerpunkten NS- und SED-Diktatur. Die Reihe „60 Jahre Israel“ mit Referenten ausschließlich aus Israel wurde bundesweit angeboten.

Vierzehn Bildungswerke befinden sich in den Landeshauptstädten und nehmen die Repräsentation der Stiftung in diesen Ländern wahr. Seit 2008 haben die Leiter dieser Bildungswerke zusätzlich die Funktion der Landesbeauftragten der Stiftung übernommen. Sie sind Seismographen für politische und wirtschaftliche Entwicklungen und kommunizieren diese zeitnah in die Stiftung. Darüber hinaus leisten sie für die externe Kommunikation mit den Zielgruppen der Politischen Bildung einen unverzichtbaren Beitrag, indem sie mit Organisationen und Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, Medien, Kultur und Kunst Netzwerke aufbauen und pflegen.

Im Bildungszentrum Eichholz liegt ein Schwerpunkt auf einem Qualifikationsangebot, das sich vorwiegend an politisch Interessierte auf Bundes- und Länderebene richtet. Das Bildungszentrum Schloss Wendgräben vermittelt in erster Linie Wissen zur „Inneren Einheit Deutschlands“ und zur europäischen Integration.

## NEUES IM BILDUNGSZENTRUM EICHHOLZ

Seit 2008 werden die Gästezimmer von Schloss Eichholz instandgesetzt. Gästehaus III und V sind bereits renoviert. Ende 2009 präsentieren sich alle vier Gästehäuser in moderner Ausstattung. Auch besitzt Schloss Eichholz seit Mitte 2008 ein Medienzentrum, das technisch auf dem neuesten Stand ist und mit PCs und Laptops Schulungen in der Gruppe ermöglicht. Im Angebot: Schulungen zu Web-Design, dem Umgang mit Internet und anderen Fähigkeiten.



*Technisch auf dem neuesten Stand: das Medienzentrum in Eichholz.*

TALENTE ENTDECKEN, ZUKUNFT FÖRDERN – DAS IST DIE RICHTSCHRUR FÜR DIE ARBEIT DER HAUPTABTEILUNG **BEGABTENFÖRDERUNG UND KULTUR**. DEUTSCHE STUDENTENFÖRDERUNG UND JOURNALISTEN-AKADEMIE, FÖRDERUNG VON KÜNFTIGEN AUSLÄNDISCHEN FÜHRUNGSKRÄFTEN UND GRADUIERTEN-FÖRDERUNG, BERUFSORIENTIERUNG UND BERUFSFÖRDERUNG SIND DIE SÄULEN DES UMFANGREICHEN TÄTIGKEITSFELDES. DIE VIELFÄLTIGEN KULTURAKTIVITÄTEN DER STIFTUNG GEHÖREN EBENFALLS ZUM AUFGABENBEREICH DIESER HAUPTABTEILUNG.

## STARKES PROGRAMM FÜR MEHR STIPENDIATEN

Die akademische Bildungslandschaft des 21. Jahrhunderts befindet sich in einem umfassenden Wandlungsprozess. Der Bologna-Prozess schafft neue Studiengänge. Die Hochschulen müssen sich dem internationalen Wettbewerb stellen und die akademische Ausbildung noch akzentuierter auf den Arbeitsmarkt ausrichten. Es ist unbestritten, dass Bildung und Wissenschaft an Bedeutung für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes gewinnen. Vor diesem Hintergrund startete die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, eine Initiative, um einem Prozent der Studierenden eines Jahrgangs durch die Förderwerke zur Entfaltung ihrer Begabungspotentiale zu verhelfen. Die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt die Initiative mit allen vorhandenen Ressourcen.

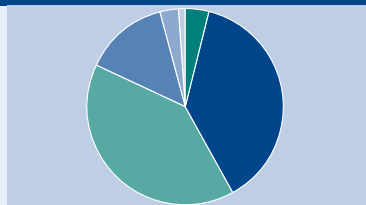
Die Stiftung verfolgt das Ziel, mit den zusätzlichen Mitteln mehr Stipendiatinnen und Stipendiaten zu fördern, ohne Abstriche bei deren wissenschaftlicher Exzellenz, dem sozialen und politischen Engagement und der charakterlichen Eignung zu machen. Gleichzeitig muss sie im Rahmen der ideellen Förderung Bedingungen schaffen, die nach wie vor eine optimale Betreuung der Nachwuchswissenschaftler garantieren.

Das studienbegleitende Bildungsprogramm nutzt die Stiftung noch intensiver als bisher zur Wertevermittlung auf Basis des christlichen Menschenbildes. Damit soll den Geförderten ein Orientierungs- und Handlungsrahmen geboten werden, der in besonderer Weise das Fundament für eine ethische Bildung schaffen hilft. Das interdisziplinär ausgerichtete Programm vernetzt die Stipendiaten und bereitet sie gezielt auf die Herausforderungen vor, die künftig auf die deutsche Gesellschaft und die internationale Gemeinschaft zukommen. Mehr denn je greift die Begabtenförderung auf die Wissensressourcen und Synergien ihres Netzwerks aus Stipendiaten, Altstipendiaten und Vertrauensdozenten zurück. Sie hat die Kooperation mit externen Partnern ausgebaut und bezieht die fachliche Kompetenz anderer Hauptabteilungen der Konrad-Adenauer-Stiftung in ihre Arbeit ein.

### FÖRDERUNG DEUTSCHER STUDENTEN UND GRADUIERTER

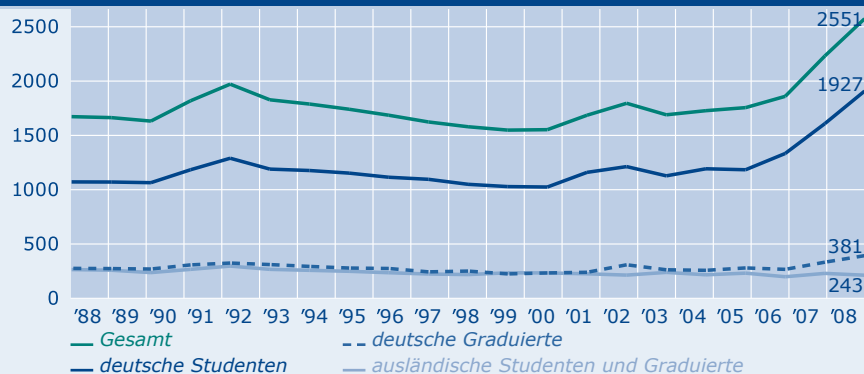
Mit über 2.300 Bewerbungen in der Deutschen Studentenförderung haben sich so viele qualifizierte junge Menschen um ein Stipendium der KAS beworben wie nie zuvor. Über 500 Stipendiatinnen und Stipendiaten wurden in die Förderung aufgenommen. Um die hohen Ansprüche an die Qualität der Bewerber zu wahren, wurden die Kontakte zu den sechzig besten Schulen und zu den an Gymnasien tätigen Altstipendiaten ausgebaut. Noch mehr qualifizierte junge Menschen mit Migrationshintergrund sowie aus bildungsfernen Schichten für eine Stipendienbewerbung zu motivieren ist der Begabtenförderung ein kontinuierliches Anliegen. Nachdem 2007 und 2008 Nordrhein-Westfalen hierbei im Mittelpunkt stand, wurden die Aktivitäten seit Ende 2008 auf Baden-Württemberg ausgedehnt.





|                   |      |
|-------------------|------|
| mit Auszeichnung  | 4 %  |
| sehr gut          | 40 % |
| gut               | 38 % |
| voll befriedigend | 14 % |
| befriedigend      | 3 %  |
| ausreichend       | 1 %  |

\* Deutsche Studentenförderung



Gute Erfolge konnten auch die anderen Bereiche verzeichnen: 580 Nachwuchswissenschaftler bewarben sich bei der *Deutschen Graduiertenförderung* um ein Stipendium für eine Promotion oder ein künstlerisches Aufbaustudium. Rund ein Viertel von ihnen konnte im Auswahlverfahren reüssieren. Ein neuer Stipendiat des Promotionskollegs „Die Zeit der Deutschen Teilung: Diktaturerfahrung, Innerdeutsche Beziehungen, Europäische Dimensionen“ wurde parallel in das von der Stiftung Aufarbeitung initiierte Programm „Aufbruch 1989“ aufgenommen. Eine positive Perspektive für zeithistorisch ausgerichtete Promovierende ergab sich zudem aus einem neuen Kooperationsprojekt mit der Dorothee-Wilms-Stiftung: Seit 2008 werden Kurzstipendien zur Fertigstellung von Dissertationen an Doktoranden und – bevorzugt – Doktorandinnen der Konrad-Adenauer-Stiftung vergeben, die sich mit der wechselvollen Geschichte Deutschlands im Verhältnis zu seinen mittelosteuropäischen Nachbarn befassen. Drei Promovendinnen der Deutschen Graduiertenförderung und der Ausländerförderung konnten von einem solchen Stipendium profitieren.

#### AUSLÄNDERFÖRDERUNG

Mit der Förderung ausländischer Graduierte gibt die Stiftung einen wichtigen Anstoß zur Ausbildung künftiger Führungskräfte weltweit und gewinnt kompetente Partner für Deutschland. Die Stipendiaten tragen während der Förderung zur Internationalität deutscher Universitäten bei. Ihre verstärkte Integration in die Seminargestaltung und die Arbeit der Hochschulgruppen der Begabtenförderung fördert die Bildung von Netzwerken deutscher und ausländischer Eliten. 2008 wurden 243 Ausländer gefördert, die aus Asien, aus dem Nahen Osten, aus Afrika, Lateinamerika, den mittelost- und osteuropäischen Staaten sowie – in je einem Fall – aus Italien und den USA kamen. Für die Auswahl neuer Stipendiaten fanden Auswahltagungen in den Palästinensischen Autonomiegebieten, in Brasilien, Russland, der Ukraine und Polen statt. Eine Auswahltagung wurde in Deutschland durchgeführt. Der akademische Erfolg der ausländischen Stipendiaten war erneut hervorragend.

Die gestiegenen Stipendiatenzahlen erforderten eine erneute Erweiterung des *Seminarangebots*. Zur Qualitätssicherung hat die Begabtenförderung die Fachkompetenz ihrer Vertrauensdozenten im Rahmen eigenständiger Seminare in das Programm integriert. Vier Stipendiaten erhielten 2008 Einblicke in die internationale Spitzenforschung: Drei von ihnen konnten unter der Leitung des Vertrauensdozenten Professor Hans-Peter Röser zum Treffen der Nobelpreisträger der Physik in Lindau reisen. Ein Stipendiat nahm am Lindauer „3rd Meeting of Winners of the Bank of Sweden Prize in Economic Sciences in Memory of Alfred Nobel“ teil. Besondere Bedeutung erhielt die verstärkte Partizipation der Stipendiaten an der ideellen Förderung, sei es im Rahmen der Initiativseminare von Stipendiaten für Stipendiaten oder im Rahmen der selbstorganisierten Veranstaltungen der Hochschulgruppen, von denen es 2008 erstmals mehr als 1.000 gab.

#### Deutsche Studentenförderung

Aufteilung nach Fachrichtungen  
2008

|                                           |      |
|-------------------------------------------|------|
| Wirtschafts- und Sozialwissenschaft       | 28 % |
| Sprach- und Kulturwissenschaft            | 21 % |
| Rechtswissenschaft                        | 16 % |
| Mathematik und Naturwissenschaft          | 12 % |
| Human-, Zahn- und Veterinärmedizin        | 10 % |
| Ingenieurwissenschaft                     | 8 %  |
| Kunstwissenschaft                         | 3 %  |
| Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaft | 1 %  |
| Sonstige                                  | 1 %  |

Auf der *Jahrestagung der Vertrauensdozenten* in Neustadt an der Weinstraße berichtete die stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Beate Neuss, aus dem Vorstand. Die Vertrauensdozenten gestalteten das Programm wesentlich mit, etwa durch eine ökumenische Andacht und Fachvorträge. Die Professoren Anna Horatschek und Hans-Joachim Cremer wurden in den Sprecherrat gewählt, dessen Vorsitz Professor Wolfgang Weigand übernommen hat. Fünfzehn neue Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten wurden willkommen geheißen.

#### JOURNALISTISCHE NACHWUCHSFÖRDERUNG

Die Nachfrage nach Plätzen in der Journalistischen Nachwuchsförderung (JONA) erreichte mit 187 Bewerbungen eine neue Höchstmarke. 39 junge Menschen, mehrheitlich Frauen, wurden 2008 in die Ausbildung aufgenommen. Schwerpunkte waren 2008 medienübergreifende und im Ausland angesiedelte Seminare: In Warschau entstand eine Radiomagazinsendung, die das Verhältnis von Polen und Deutschen thematisierte. In Stuttgart recherchierten Stipendiaten für ein Printmagazin und eine Fernsehsendung die Auswirkungen des Klimawandels. Hochwertigen Reisejournalismus erprobten junge Journalisten am Comer See: An Adenauers ehemaligem Urlaubsort schrieben sie Reportagen für das KAS-Magazin „collina“. Zwei Dossiers über Chancen und Grenzen von Eliteuniversitäten und über die Gefahren des Rechtsextremismus machten die Stipendiaten mit den Möglichkeiten des Internetjournalismus vertraut. Wie man „crossmedial“ im Fernseh-, Radio- und Printjournalismus die erworbenen Kenntnisse anwendet, vermittelte ein Seminar in Münster, das der Frage des Älterwerdens in der Gesellschaft gewidmet war. In der Medienwerkstatt machten sich Schülerinnen und Schüler abiturnahe Jahrgänge mit dem Journalismus vertraut.

#### BERUFSORIENTIERUNG / BERUFSFÖRDERUNG

Die Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung unterstützte 2008 den Berufseinstieg der Stipendiaten mit Bewerbungs-, Kommunikations- und Kreativitätstrainings, speziellen Frauenförderprogrammen und der Vermittlung von Kontakten zu Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und zur Politik. Alumni wurden auf ihrem Karriereweg begleitet. Altstipendiaten in Führungspositionen standen den Stipendiaten mit ihren Erfahrungen und ihrem Netzwerk als Ansprechpartner und Mentoren zur Seite. Das neue Projekt „Kind(er) – Studium – Berufseinstieg: Erfolgreich meistern“ hilft vielen jungen Stipendiatinnen und Stipendiaten, Karriere und Kinder besser zu vereinbaren. Unter dem Motto „Karriere und Kinder“ wird auch in der Öffentlichkeit für diesen Ansatz geworben. An der Spitze der *Altstipendiaten* steht seit Mai 2008 Markus Zeitzen. Er wurde auf der Jahrestagung der Alumni in Königswinter einstimmig für zwei Jahre zum Sprecher gewählt. Er folgt Ralf Heimbach, der nach zehn Jahren Vorstandstätigkeit nicht wieder kandidierte. Michael Wolf wurde als Schatzmeister bestätigt. Mehr zur Jahrestagung mit dem Titel „Herausforderungen an das Europa des 21. Jahrhunderts“ lesen Sie im Kapitel Höhepunkte. Mit einem Kongress zum Thema „Public-Private Partnerships“ in Berlin beteiligten sich die Altstipendiaten an der Diskussion über die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik auf den verschiedensten Ebenen. Mit einer Großveranstaltung setzten sie damit abermals ein öffentliches Signal.

#### KUNST UND LITERATUR

Als einzige politische Stiftung hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Förderung von Kunst und Kultur als Satzungsaufgabe verankert. Die in Berlin und Sankt Augustin ansässige *Kulturabteilung* führt regelmäßig Politik, Kultur und interessierte Bürger zusammen. Ob Ausstellungen, Lesungen, Podien, Soirees, internationale Events oder Symposien – die Konrad-Adenauer-Stiftung ist zu einem beliebten Treffpunkt der Kulturszene geworden. So wurden die Hommage für die große Ballerina Birgit Keil, die alljährliche Benefizausstellung für den Else-Heiliger-Fonds (EHF), die Soloschau mit Arbeiten von Miwa Ogasawara und auch die Kultursoiree mit Imre Kertész, Jutta

*Die KAS hilft Stipendiatinnen und Stipendiaten, Karriere und Kinder besser zu vereinbaren.*



*Bei der Hommage für die Primaballerina Birgit Keil tanzten im Januar 2008 Eleven ihrer Akademie, die durch den Else-Heiliger-Fonds gefördert wurden.*

Lampe und Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert zu Publikumsmagneten. Um solche Großereignisse gruppierte sich eine Vielzahl kleinerer Veranstaltungen, etwa die zur guten jährlichen Tradition gewordene Musikfachtagung mit dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Altstipendiaten Steffen Kampeter, MdB, der in diesem Rahmen über die politischen Belange der deutschen Musikwirtschaft öffentlichkeitswirksam referierte.

Mit großem Engagement führte die Konrad-Adenauer-Stiftung die Idee des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Kultur durch das Trustee-Programm EHF 2010 fort, das kulturell engagierte und großzügige Multiplikatoren insbesondere der deutschen Wirtschaft zusammenführt.

Höhepunkt des Literaturjahres der Stiftung war die Verleihung des KAS-Literaturpreises an Ralf Rothmann in Weimar. Bei der XIV. Autorenwerkstatt in Cadenabbia lasen zwölf Autoren, darunter KAS-Preisträger Burkhard Spinnen, aus unveröffentlichten Werken. Die neue Konferenzreihe „Zukunft der Erinnerung – Literatur in der europäischen Bildungsgesellschaft“ wurde in Berlin eröffnet. Bei dem XII. Literarischen Symposium „Freiheit des Wortes“ sowie beim Theaterseminar in Berlin diskutierten Germanisten, Politiker, Autoren – u.a. die KAS-Literaturpreisträger Thomas Hürlimann und Herta Müller – und Studierende über die politischen Aspekte der künstlerischen Freiheit. Aktuellen Themen widmeten sich die literarischen Reihen der KAS: Bei dem V. Bonner „Dialog der Religionen“ ging es, u. a. mit KAS-Preisträger Hartmut Lange, um Spiritualität und Literatur. Ebenfalls in Bonn fand anlässlich des sechzigjährigen Bestehens des Staates Israel die Soiree „Erinnerung ist eine Chance der Begegnung“ (H. Kohl) mit der ehemaligen Bundesministerin Dorothee Wilms, dem Schriftsteller Robert Menasse und Klezmer-Musik statt.



### **Wir danken den Partnern der Begabtenförderung**

*Um die Stipendiatinnen und Stipendiaten frühzeitig mit dem Berufsleben vertraut zu machen und Alumni berufliche Optionen zu eröffnen, hat die Begabtenförderung enge Kooperationen mit Unternehmen, Beratungsgesellschaften, Rechtsanwaltskanzleien und Wirtschaftsverbänden aufgebaut. Von Info-Tagen für regionale Stipendiatengruppen über mehrtägige Workshops in Unternehmen und Angebote für Praktika und Referendarstationen im In- und Ausland bis hin zur Mitwirkung an berufsorientierenden Trainings der Begabtenförderung reichen die Facetten der Zusammenarbeit.*

*Dieses Netzwerk wird auch für Angebote im Rahmen eines Stellenportals der Begabtenförderung genutzt. Zu den bedeutenden Partnern zählten 2008 Accenture, BASF, Roland Berger Strategy Consultants, Booz & Company, The Boston Consulting Group, CAREER-VENTURE/MSW & Partner, CMS Hasche Sigle, Hengeler Mueller, KPMG, The Linde Group, McKinsey & Company, Oliver Wyman, RWE Power und zfm – Zentrum für Management- und Personalberatung Edmund Mastiaux & Partner.*

*In bewährter Zusammenarbeit mit der Ludwig-Erhard-Stiftung und dem Arbeitgeberverband Südwestmetall wurden 2008 Projekte zur Vorbereitung von Studierenden und Promovierenden auf Führungsaufgaben in Wirtschaft und Politik realisiert. Der Arcandor-Konzern und der Energieversorger EnBW unterstützten Seminare der Journalistischen Nachwuchsförderung (JONA), eine Hörfunkakademie in Polen und ein multimediales Seminar in Baden-Württemberg.*

DIE HAUPTABTEILUNG WISSENSCHAFTLICHE DIENSTE/  
ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE  
POLITIK STEHT MIT IHREN ABTEILUNGEN ARCHIV, BIBLIOTHEK UND DOKUMEN-  
TATION FÜR DIE Erforschung der Geschichte der Christlich-DEMOKRATISCHEN  
BEWEGUNG, DER UNION IN ALLEN IHREN LANDESVERBÄNDEN UND GLIEDERUNGEN  
SOWIE DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG SELBST.

Aus Privatbesitz  
erworbene Vitrine  
Ludwig Erhards.

## ERFORSCHEN UND BEWAHREN

Die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik (WD/ACDP) ist das Gedächtnis der christlichen Demokratie und stellt einen Schwerpunkt wissenschaftlicher Forschungstätigkeit und Dienstleistung dar mit dem Ziel, der Erforschung der Geschichte der CDU neue Impulse zu geben. Ein wesentlicher Baustein dazu ist die Publikationstätigkeit, die 2008 zum Beispiel Veröffentlichungen zur gemeinsamen europäischen Identität, zur Schulbuchanalyse, zu den 68ern, zur Geschichte der niedersächsischen CDU, eine Biographie von Johannes Hoffmann, die wissenschaftliche Zeitschrift des ACDP (die Historisch-Politischen Mitteilungen) und einen Band über die Mitglieder von CDU/CSU im Parlamentarischen Rat umfasste.

Im Berichtsjahr hat WD/ACDP einen besonderen Akzent auf die Erforschung der Ära Helmut Kohl gelegt. Die Webseite „www.Helmut-Kohl.de“ wurde grundlegend überarbeitet und die erfolgreiche Tagungsreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ fortgesetzt, bei der Zeitzeugen und Wissenschaftler die Deutschlandpolitik des Altkanzlers diskutierten. Überarbeitet wird zurzeit auch das zeithistorische Angebot der Hauptabteilung im Internet, um auf diesem Wege eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen. In Vorbereitung befindet sich außerdem ein umfangreiches Internetportal über Konrad Adenauer. Kleinere Internetpräsentationen anlässlich der Geburtstage sowie Jubiläen von Josef Hermann Dufhues und Franz Meyers sind auf positive Resonanz gestoßen.

### HISTORISCHES ARCHIV

Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt war 2008 wieder die Sicherung von Unterlagen der Parteigremien sowie von Funktions- und Mandatsträgern der Union auf Bundes- und Landesebene. Übernommen und auf Archivwürdigkeit bewertet wurden 250 laufende Archivmeter Schriftgut sowie Fotomaterialien, Filme und Plakate.

Zu den herausragenden Neuzugängen gehören die Akten des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler. Der quantitativ und qualitativ sehr bedeutende Bestand dokumentiert Geißlers Anfänge als Minister in Rheinland-Pfalz sowie den Wandel der CDU während seiner Amtszeit als Generalsekretär. Enthalten sind neben der umfangreichen Korrespondenz auch Reden und Ausarbeitungen. Übernommen wurden ebenfalls die Akten des Mitgründers des Wirtschaftsrates der CDU e.V. Klaus Scheufelen sowie Akten des ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Im Sammlungsbereich gelang die Übernahme der umfangreichen Fotobestände aus dem Besitz des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, die das Archiv anlässlich des bundesweiten Tages der Archive präsentierte.

Neben der Erschließung von Parteimaterialien auf Bundes-, Landes- und Kreisebene spielt die Bearbeitung von Projekten, die durch Drittmittel gefördert werden, eine wesentliche Rolle. Wie in den vergangenen Jahren konnten im Rahmen der Projektförderung durch den Deutschen Bundestag Schriftgut der Bundestagsfraktion und Materialien von Abgeordneten in einem Gesamtumfang von neunzig lfd. M. abschließend bearbeitet und für die Benutzung zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen dieses Projekts wurde auch die Verzeichnung von 500 Wahlplakaten der CDU zu den Bundestagswahlen einschließlich Digitalisierung ermöglicht.



Die aus dem Büro von Heiner Geißler übernommenen Akten.



#### Bildarchiv (I.).

*In der Bibliothek werden die Nutzer von den freundlichen Mitarbeitern betreut.*

Wie in den Jahren zuvor kam auch 2008 der Auskunft- und Recherchetätigkeit eine zentrale Bedeutung zu. Einen ersten Zugang zu den Archivbeständen bietet die im Rahmen des neuen Internet-Auftritts der Stiftung überarbeitete Online-Version der Bestandsübersicht. Die Benutzung erfolgt über schriftliche und telefonische Anfragen oder durch persönliche Einsichtnahme. 2008 weist die Benutzerstatistik über 100 Archivbesucher aus dem In- und Ausland, darunter aus den USA und Japan, mit insgesamt etwa 500 Nutzertagen aus. Vorgelegt wurden rund 3.000 Archivalien aus 180 Archivbeständen, und es wurden etwa 9.000 Reproduktionen angefertigt.

Neben dem Schriftgut werden die audiovisuellen Medien besonders intensiv genutzt. Die im Archiv verwahrten Tonträger, Filme, Plakate, Flugblätter und Fotos sind ein integraler Bestandteil der historischen Bildungsarbeit und werden von Verlagen, Filmproduktionsgesellschaften, Museen und für die Bebilderung von Schulbüchern, aber auch von wissenschaftlichen Publikationen angefragt. Die Plakat-, Film- und Tonbestände des Archivs stehen seit 2008 Nutzern auch über das Internet zur Verfügung. Die Datenbanken bieten ihnen, ähnlich wie bereits seit 2007 im Schriftgutbereich, umfangreiche Recherchemöglichkeiten. Neben zahlreichen Publikationen, Tagungen und Führungen für Besuchergruppen sind die Ausstellungen des Archivs ein wichtiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit.



*Die Plakatsammlung des ACDP konnte um einige wertvolle Stücke bereichert werden, so um das hier gezeigte Plakat des Zentrums zur preußischen Landtagswahl 1932.*

2008 beteiligte sich das Archiv wieder an dem vom Verband deutscher Archivare und Archivarinnen organisierten Tag der Archive. Über 100 Besucher nahmen die Gelegenheit wahr, sich über die Arbeit des Archivs bei Führungen und Präsentationen zu informieren. Flugblätter und Plakate visualisierten das Motto „Flucht, Vertreibung und Migration“. Mit einer Plakat- und Flugblattausstellung präsentierte sich das Archiv im Rahmen des Tages der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Berliner Akademie im September 2008.

Kleinere Wechsausstellungen im Lesesaalbereich zu Jubiläen und aktuellen Ereignissen sind ein weiteres Element der Öffentlichkeitsarbeit. Eine Vitrine aus dem Originalbesitz von Ludwig Erhard erfreute sich besonderer Beachtung. Die Vitrine, die das Archiv aus Privatbesitz erwarb, diente Ludwig Erhard zur Aufbewahrung seiner Staatsgeschenke. Sie wird jetzt für wechselnde Präsentationen von Dokumenten über Ludwig Erhard genutzt.

Wie auch in den vergangenen Jahren bot das Archiv im Rahmen der Berufsfindung Praktikantenplätze für Schüler, Studenten und angehende Archivare an. Das Projekt „Schule und Archiv“ soll auch in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

#### BIBLIOTHEK

Bestandsausbau und Bestandspflege bildeten die Hauptschwerpunkte der Bibliotheksarbeit im vergangenen Jahr. Durch den Erwerb aktueller Fachliteratur sowie die systematische Ergänzung von parteipolitischem Schrifttum aus Archivbeständen wuchs der Gesamtbestand der Bibliothek auf 175.550 Bände an. Eine besondere Bereicherung erfuhr die Bibliothek durch eine Schenkung von Professor Hans Maier mit bedeutenden Werken zur Philosophie der Menschenrechte, zu Aufklärung und Französischer Revolution sowie zu den historischen und philosophischen Wurzeln der Christlichen Demokratie in Europa.

#### Umfang des Gesamtbestands nach Bestandsgruppen:

##### ■ Schriftgut in laufenden Metern

|                                                |               |
|------------------------------------------------|---------------|
| Abteilung 1:<br>Nachlässe und Deposita         | 4.200         |
| Abteilung 2:<br>Kreisverbände                  | 3.642         |
| Abteilung 3:<br>Landes- und<br>Bezirksverbände | 1.877         |
| Abteilung 4:<br>Vereinigungen der CDU          | 1.045         |
| Abteilung 5:<br>CDU-Landtagsfraktionen         | 817           |
| Abteilung 6:<br>Sondersammelgebiete            | 603           |
| Abteilung 7:<br>Bundespartei                   | 1.295         |
| Zentralbestand der Ost-CDU                     | 385           |
| Abteilung 8:<br>CDU/CSU-<br>Bundestagsfraktion | 1.032         |
| Abteilung 9:<br>Europa                         | 379           |
| Abteilung 12:<br>Konrad-Adenauer-Stiftung      | 200           |
| Kleinwerbemittel                               | 35            |
| <b>Gesamtbestand</b>                           | <b>15.510</b> |

##### ■ Audiovisuelles Material

|                     |         |
|---------------------|---------|
| Fotos (Stück)       | 290.000 |
| Fotoalben (Stück)   | 250     |
| Plakate (Stück)     | 22.000  |
| Tonbänder (lfd. M.) | 235     |
| Filme (lfd. M.)     | 60      |

Der gesamte Bestand an Büchern, Zeitschriften, Aufsätzen und modernen Medien ist vollständig im Online-Katalog (OPAC) nachgewiesen und über die Website des Historischen Archivs für den interessierten Nutzer recherchierbar. Als Zusatzinformationen erhalten die Leser nicht nur Inhaltsverzeichnisse von Sammelwerken oder Klappentexte von Monographien, sondern auch Hinweise auf Rezensionen, die Websites von Zeitschriften und auf deren Archive. Über die Digitale Bibliothek stehen den Lesern derzeit 301 Online-Publikationen der Stiftung aus den verschiedensten Arbeitsbereichen im Volltext zur Verfügung. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 6.619 Recherchen im Online-Katalog durchgeführt.

Die Bibliothek der KAS bietet eine breite Palette von Informations- und Recherchediensten für Mitarbeiter und die interessierte Öffentlichkeit an, darunter Literaturrecherchen und Bearbeitung von sachlichen Anfragen und Auskünfte zu den Spezialsammlungen, Publikationen der Stiftung sowie Benutzerberatung zu Datenbankrecherchen.

Zu den bibliothekarischen Daueraufgaben gehört insbesondere die aktive Unterstützung der Mitarbeiter im In- und Ausland bei der Durchführung von Projekten, Veranstaltungen und Publikationen. Bereits im Vorfeld erhalten die Mitarbeiter aktuelle Informationen über einschlägige Neuerscheinungen auf dem Buch- und Zeitschriftensektor. Auf spezielle Anfrage wurden 18.526 Titel über Direktausleihe und 1.075 Titel über Fernleihe verwaltet.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der 1.185 bearbeiteten Recherchen bezogen sich im Wesentlichen auf die Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie, die Zukunft der politischen Parteien, auf die gesellschaftliche Entwicklung in Zeiten der Globalisierung, die Bedeutung von Wissenschaft und Bildung sowie die Folgen der weltweiten Finanzkrise für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft.

Das historische Interesse orientierte sich sehr stark an aktuellen Gedenktagen und Jubiläen (40 Jahre Studentenrevolte, 50 Jahre Römische Verträge, 60 Jahre Währungsreform, Parlamentarischer Rat, Staatsgründung Israels usw.)

#### ZENTRALE DOKUMENTATION

Die Abteilung Zentrale Dokumentation mit ihren Referaten Pressedokumentation und Mediendokumentation hat die Aufgabe, ein möglichst umfassendes Bild der veröffentlichten Meinung zu gewinnen. Dazu dokumentiert sie die wichtigsten Beiträge der Presse und des Fernsehens sowie die wesentlichen Veröffentlichungen der staatlichen Organe, der Parteien, Verbände, Kirchen und gesellschaftlichen Institutionen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Pressedokumentation liegt auf dem Gebiet der politischen Parteien. Daraus stammte etwa ein Drittel der über 300.000 im Jahr 2008 recherchierten Dokumente.

Neu aufgenommen wurden im Berichtsjahr wiederum rund 80.000 Dokumente zu allen Politikfeldern, zum Geschehen im Ausland und insbesondere auch zum geistigen und kulturellen Leben.

Die gesamte, seit 1994 digital gespeicherte Dokumentensammlung steht allen Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung unmittelbar oder auf Anfrage zur Verfügung. Darüber hinaus werden sowohl die Presse- wie auch die Mediendokumentation mit ihren umfangreichen Beständen auch von Studenten und Wissenschaftlern zu zeitgeschichtlichen Fragestellungen sehr rege genutzt. So waren im Jahr 2008 neben deutschen Forschern auch Wissenschaftler aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada und Frankreich in den Räumen der Zentralen Dokumentation zu Gast.

# DAS INTERNET ALS NEUE QUELLENGATTUNG – WEBARCHIVIERUNG IN DER KAS

Das Internet hat sich in den letzten Jahren rasant zum System weltweiter Kommunikation und Informationsverteilung entwickelt. Nicht zuletzt gilt dies für den Bereich der Politik. Fachleute aus Archiv und Dokumentation erkannten das World Wide Web früh als neue Quellengattung und wollten ihrer Pflicht, diese Überlieferungen zu bewahren und zu erschließen, gerecht werden.

Aus diesem Grund fand sich das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) im Jahr 2004 mit den Archiven der anderen politischen Stiftungen zu einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt zusammen. Ziel war es, Möglichkeiten zu erkunden, die Webauftritte der Parteien, Fraktionen, Vereinigungen und der Abgeordneten dauerhaft für die Forschung zu sichern.

Als das gemeinsame Projekt beendet war, entschied sich das ACDP – auf der Grundlage des bisher Erreichten und der Definition der grundsätzlichen Ansprüche an ein neues System – zur Erfassung, Archivierung und Wiederanzeige von Internetseiten zur Kooperation mit einer privaten Softwarefirma. Eine datenbankgestützte Lösung zur redundanzfreien Archivierung von

Internetauftritten, die dem OAIS-Modell entspricht, sollte realisiert werden. Bei OAIS, der Abkürzung für Open Archival Information System, handelt es sich um ein ISO-zertifiziertes Referenzmodell. In enger Kooperation mit der beauftragten Firma gelang es mit dem „Offline Web Archiv“ (OWA), eine marktreife Lösung zu entwickeln. Mit dieser Hardware-/Software-Lösung wurde ein Instrument zur Langzeitarchivierung digitaler Daten aus dem Internet geschaffen. Durch OWA lassen sich die Internetseiten, wie sie am Tage der Archivierung ausgesehen hatten, wiederherstellen. Das Programm wird in Archiven und in der Privatwirtschaft eingesetzt.

OWA hält eine Vielzahl von Metadaten bereit, die für den Betrieb und die Nutzung des Offline-Web-Archivs erforderlich sind. So werden unter anderem alle technischen Einstellungen, die für eine Spiegelung vorgenommen werden, dokumentiert.

Für die digitale Langzeitarchivierung ist ein Aspekt besonders hervorzuheben: Wie im OAIS-Modell gefordert, ist der Punkt „vorausschauende digitale Bestandserhaltung“ (Preservation Planning) bereits konzeptionell in OWA vorgesehen, hier Erhaltungsplanung genannt. Eines der Hauptprobleme der digitalen Archivierung ist das Veralten von Dateitypen, was letztlich zur Unlesbarkeit der Daten führen kann. OWA stellt eine Funktion zur Migration der Daten zur Verfügung. Damit ist es möglich, Dateien gezielt nach Dateityp und Version zu exportieren. Außerhalb von OWA kann eine Konvertierung in ein neues lesbares Format vorgenommen und anschließend die konvertierten Dateien wieder in OWA importiert werden. Die „Originaldateien“ bleiben zusätzlich erhalten.

OWA wird derzeit vom ACDP und der Herstellerfirma konzeptionell zu einem Digitalarchiv für alle anfallenden Digitaldaten weiterentwickelt. Damit wird das ACDP für die Übernahme digitaler Aktenbestände sowie digitaler audiovisueller Materialien gerüstet sein.

Michael Hansmann  
Wissenschaftliche Dienste/  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik





ALS BUNDESWEITES FORUM FÜR DEN DIALOG ZWISCHEN POLITIK, WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT GREIFT DIE **AKADEMIE IN BERLIN** AKTUELLE POLITISCHE FRAGEN AUF, FÖRdert DIE DEBATTE ZUKUNFTSGERICHTETER THEMEN EBENSO WIE DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER VERGANGENHEIT. DAS BILDUNGSWERK BERLIN BIETET ÜBERDIES VIELFÄLTIGE MÖGLICHKEITEN, SICH ÜBER WICHTIGE ZEITFRAGEN ZU INFORMIEREN UND FÜR DIE ÜBERNAHME VON VERANTWORTUNG IN DER GESELLSCHAFT FIT ZU MACHEN.

## DENKANSTÖSSE UND DIALOG

### ZUKUNFTSBLICHE

Vor dem Hintergrund vielfältiger Herausforderungen für Städte und Regionen in Deutschland präsentiert die Reihe ZukunftsBlicke seit 2006 Beispiele für konkrete Reformansätze, praktische Handlungsoptionen und erfolgreiche Umsetzung. Vorgestellt wurden 2008 zum Beispiel das saarländische Modell des Kinderschutzes durch eine stärkere Kontrolle der Vorsorgeuntersuchungen sowie das erfolgreiche Leitbild „Integration“ der Stadt Erlangen. Im Technologie- und Medienzentrums Adlershof ging eine hochkarätige Gesprächsrunde der Frage nach, wie aus dem Rohstoff Wissen neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Schließlich stellte Ministerpräsident Peter Müller sein ebenso ehrgeiziges wie erfolgreiches Innovationsprogramm vor, mit dessen Hilfe das Saarland den Sprung vom wirtschaftlichen Schlusslicht auf einen Spitzenplatz unter den Bundesländern schaffte.

### DIE SOZIALE STADT

Großen Zuspruch fand das Symposium „Metropole Berlin: Stadtplanung und Stadtarchitektur vor den Herausforderungen von Demographie und Migration“, das den Auftakt einer neuen Veranstaltungsreihe zu drängenden Fragen der Stadtentwicklung und Stadtplanung bildete. Stadtplaner und Architekten, Quartiersmanager und Stadtentwickler werden in dieser Reihe künftig vielfältige Herausforderungen für die Entwicklung urbaner Räume diskutieren.

### DEUTSCHLANDBILDER

Ebenfalls im Jahr 2008 startete eine sehr nachgefragte Vortrags- und Gesprächsreihe, in deren Rahmen zunächst die Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs – als Vertreter der ehemaligen alliierten Mächte – schon im Vorfeld des kommenden Jubiläumsjahres „ihr Deutschlandbild“ vorstellten. Dazu wählten sie einzelne Bilder aus einer kleinen Sammlung von Fotos aus, die verschiedene Aspekte der deutschen Geschichte und Gegenwart verdeutlichen, Persönlichkeiten, Gegenstände oder auch Klischeehaftes zeigen, die in der einen oder anderen Weise „typisch deutsch“ sind.

### DIALOG MIT DER JÜDISCHEN WELT

Besonderes Augenmerk galt dem 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels, dem eine Reihe von Veranstaltungen gewidmet war. Bischof Wolfgang Huber, der Vorsitzende des Rates der EKD, befasste sich mit der nicht konfliktfreien Frage nach dem Verhältnis der evangelischen Kirche zu Israel. Wenig später sprach Melody Sucharewicz, eine ebenso charmante wie eloquente „Botschafterin“ ihres Landes, über Israels Chancen für Frieden. Vortragsabende beleuchteten überdies das problematische Verhältnis der DDR zu Israel sowie das sensible Thema der Sicherheitspolitik in den deutsch-israelischen Beziehungen. Mehr hierzu lesen Sie im Kapitel Höhepunkte.



*„Ja.“ – Klar und überzeugend beantwortete Melody Sucharewicz die Frage, ob es Frieden im Nahen Osten geben werde. Die ehemalige „Goodwillbotschafterin“ Israels erntete hierfür nach ihrer emotionalen Rede spontanen Applaus von den 180 Zuhörern in der KAS-Akademie in Berlin (16. April 2008).*

## HISTORISCHES GEDÄCHTNIS

Aus Anlass des 27. Januars, des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus, fand ein reichhaltiges Veranstaltungsprogramm mit einer Ausstellung der Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz, einem Schülerpolitiktag zum Themenfeld Erinnerung sowie mit Zeitzeugengesprächen in Berliner Schulen statt. Überdies startete Bundestagspräsident Norbert Lammert als Schirmherr die neue Auflage des bundesweiten DenkT@g-Wettbewerbs. Im Rahmen der Filmreihe der Akademie wurde der preisgekrönte Film „Sophie Scholl – Die letzten Tage“ gezeigt. Ein intensives Gespräch schloss sich an mit dem Drehbuchautor Fred Breinersdorfer und Franz Josef Müller, einem der letzten Überlebenden der Weißen Rose. Anfang November führte die Akademie im unmittelbaren Vorfeld des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht eine mehrtägige internationale Tagung zum Thema „History and Memory after the Holocaust“ durch.

Andere Veranstaltungen setzten sich mit der DDR und der SED-Diktatur auseinander. Präsentiert und diskutiert wurde ein Buch über das „Vergehen“ des Thomas Jonscher, dem 1980 die Anfertigung einer provozierenden Wandzeitung 545 Tage Gefängnis eingebracht hatte. Die tiefe Diskrepanz zwischen der Ignoranz der SED-Führung hinsichtlich der Situation in der DDR, der Wut der Bevölkerung und dem Mut der Oppositionellen wurde bei der diesjährigen Veranstaltung mit dem Verein der ehemaligen Volkskammermitglieder von CDU/DA deutlich, die die vorrevolutionäre Situation des Jahres 1988 beleuchtete.

Wie können Diktaturerfahrungen an jüngere Generationen weitergegeben werden? Dieser Frage ging das 1. Hohenschönhausen-Forum nach, bei dem Kanzleramtsminister Thomas de Maizière über „Erinnerungskultur und Zukunftsoptimismus“ sprach.

## BILDUNGSWERK BERLIN

Schwerpunkte im Programmangebot des Bildungswerkes Berlin waren Grundlagen und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft, Aspekte der internationalen Sicherheitspolitik sowie die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus. Weitere Veranstaltungen befassten sich schon im Vorfeld der bevorstehenden Jubiläen von Einheit und Freiheit mit Stationen und Kernpunkten der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland oder auch mit dem Themenkomplex „Die DDR zwischen Realität und Mythos“. Ein besonderer Höhepunkt war dabei ein Konzertabend mit Freya Klier und Stefan Krawczyk, die nach langer Unterbrechung wieder gemeinsam auftreten.

Um verstärkt jüngere Menschen anzusprechen, hat die Akademie die Zusammenarbeit mit Berliner Schulen intensiviert. An fast zwanzig Veranstaltungen nahmen insgesamt über 620 Schülerinnen und Schüler teil, darunter viele Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Das Bildungswerk führte daneben 33 Seminare mit 730 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet – fast die Hälfte davon junge Erwachsene – zum Themenkomplex „Berlin als Bundeshauptstadt und als Kristallisationspunkt deutscher Geschichte“ durch.



*Thomas de Maizière am  
2. Oktober 2008 beim  
ersten Hohenschönhausen-  
Forum.*



## KONRAD ADENAUERS VILLA LA COLLINA – KULTUR UND POLITIK AM COMER SEE

Seit 1959 residierte Konrad Adenauer in der Villa La Collina in Cadenabbia, hoch über dem See in einem herrlichen Park mit einem fantastischen Panoramablick. 1977 erwarb die Konrad-Adenauer-Stiftung das Urlaubsdomizil ihres Namensgebers. Seither verbindet sich damit neben der Denkmalspflege auch die Chance, im Geiste Konrad Adenauers an einem Ort fortzuwirken, der wie kaum ein anderer innere Einkehr und Intensität des Gesprächs ermöglicht. Als europäische Begegnungsstätte, internationales Konferenzzentrum hochkarätiger Expertenrunden und nicht zuletzt als Kreativwerkstatt für Literaten und Künstler ist die Villa La Collina längst ein nicht mehr wegzudenkender Teil der Konrad-Adenauer-Stiftung.

### Ihre Ansprechpartner in der Villa La Collina sind:

*Heiner Enterich, Geschäftsführer, Martina Süßmann, Marinella Galli, Nicoletta Canzani, Sekretariat:*  
Telefon: +039 0344 441 11  
Telefax: +039 0344 410 58  
E-Mail: [cadenabbia@villalacollina.it](mailto:cadenabbia@villalacollina.it)  
Internet: [www.villalacollina.com](http://www.villalacollina.com)

Das Anwesen liegt auf einer Anhöhe an einer der spektakulärsten Stellen am Comer See, mit Blick auf das malerische Bellagio und die Bergwelt von Graubünden. Auf dem Gelände befindet sich neben der Villa auch die 1992 fertiggestellte „Accademia Konrad Adenauer“. Die Villa verfügt über zwölf Gästezimmer sowie Tagungs- und Aufenthaltsräume für kleine geschlossene Gruppen. Die Accademia ist mit 22 Gästezimmern, einem Restaurant und einem Konferenzraum für bis zu achtzig Personen (in Reihenbestuhlung) ausgestattet. Beide Gebäude sind in einer 28.000 qm großen Parkanlage gelegen und können sowohl separat als auch gemeinsam für bis zu sechzig Übernachtungsgäste genutzt werden.

Neben den Veranstaltungen besteht auch die Möglichkeit, das außergewöhnliche Ambiente für ein paar private Urlaubstage zu nutzen. Zwei Bocciabahnen bieten Gelegenheit, den Spaß am Lieblingssport Konrad Adenauers zu entdecken. Das Gartenschwimmbad lädt zu einer Erfrischung ein. Die Sauna und die wunderbare Küche sorgen für das körperliche und seelische Wohlbefinden.



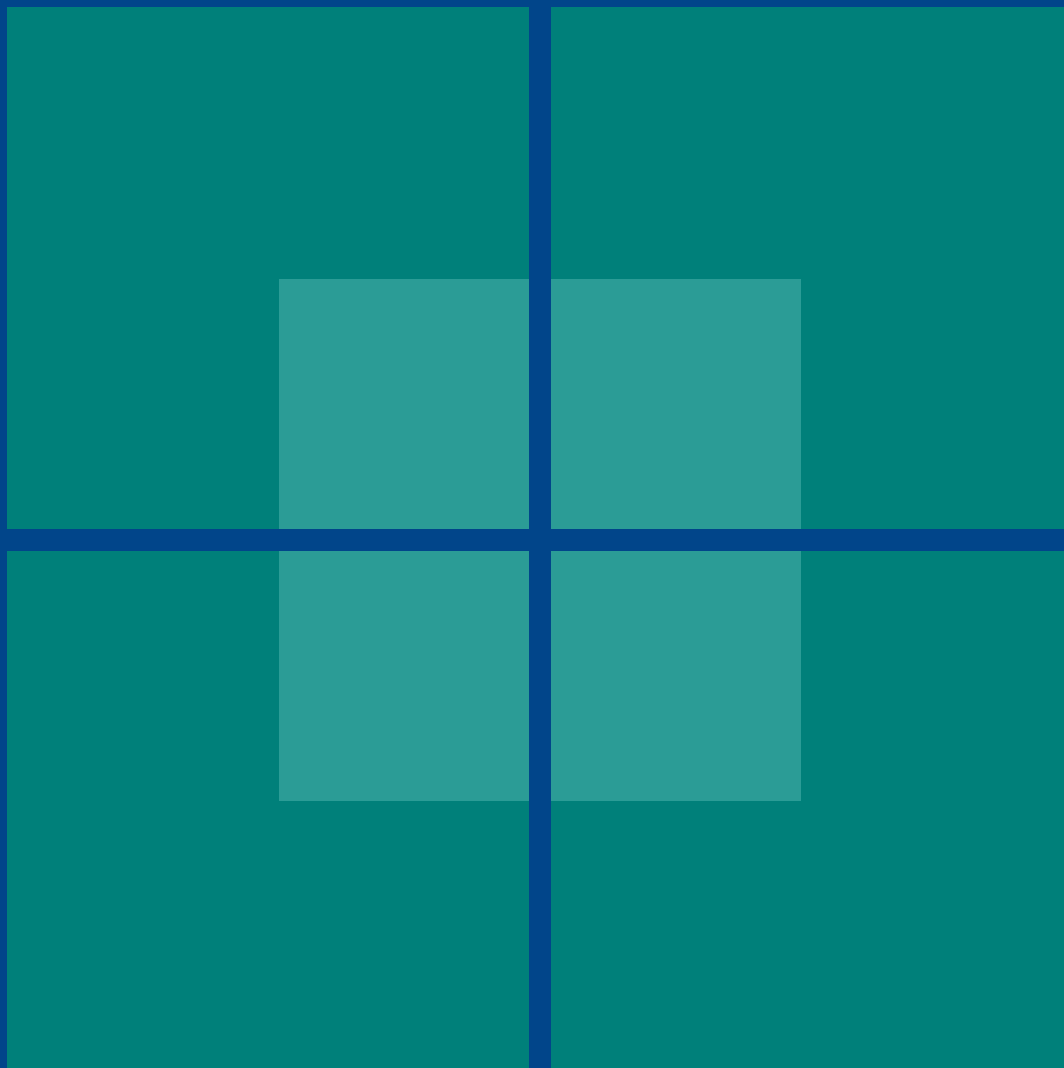
### Cadenabbia und der Comer See

*Adenauers Villa La Collina – kulturpolitische Begegnungsstätte von europäischer Ausstrahlung. Genießen, Wandern und Entspannen.*  
München 2008 | 208 Seiten + 1 Karte | 15 Euro



### collina: das Magazin vom Comer See

*herausgegeben von der Journalisten-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2008 | 62 Seiten | 6 Euro*



## N A M E N, F A K T E N, B I L A N Z E N

IN DIESEM KAPITEL: DIE BILANZEN, DER  
VORSTAND, DIE MITGLIEDER UND DAS  
KURATORIUM DER KAS, DIE ADRESSEN DER  
BILDUNGSZENTREN UND BILDUNGSWERKE  
SOWIE DER AUSLANDSBÜROS, NEUERSCHEI-  
NUNGEN 2008 UND INFORMATIONEN AUS  
DEM FREUNDESKREIS.

# JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2007

## BILANZ

| AKTIVA                                                                            | 31.12.2007<br>€      | 31.12.2006<br>Tsd. € |
|-----------------------------------------------------------------------------------|----------------------|----------------------|
| <b>A. Anlagevermögen</b>                                                          |                      |                      |
| ■ Immaterielle Vermögensgegenstände                                               | 190.403,15           | 170                  |
| ■ Sachanlagen                                                                     | 41.917.831,80        | 42.949               |
| ■ Finanzanlagen                                                                   | 2.227.848,76         | 26                   |
|                                                                                   | <b>44.336.083,71</b> | <b>43.145</b>        |
| <b>B. Sondervermögen</b>                                                          |                      |                      |
| ■ Fonds                                                                           | <b>5.736.997,25</b>  | <b>5.464</b>         |
| <b>C. Umlaufvermögen</b>                                                          |                      |                      |
| ■ Vorräte                                                                         | 42.506,97            | 63                   |
| ■ Andere Gegenstände des Umlaufvermögens                                          | 1.079.678,31         | 1.572                |
| ■ Kassenbestand, Bundesbankguthaben,<br>Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | 2.871.608,96         | 2.799                |
|                                                                                   | <b>3.993.794,24</b>  | <b>4.434</b>         |
| <b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>                                              | <b>4.406.145,24</b>  | <b>4.331</b>         |
| <b>Bilanzsumme</b>                                                                | <b>58.473.020,44</b> | <b>57.374</b>        |

| PASSIVA                                     | 31.12.2007<br>€      | 31.12.2006<br>Tsd. € |
|---------------------------------------------|----------------------|----------------------|
| <b>A. EIGENE MITTEL</b>                     | <b>5.956.863,83</b>  | <b>5.881</b>         |
| <b>B. RÜCKLAGEN</b>                         | <b>314.024,44</b>    | <b>403</b>           |
| <b>C. ZWECKGEBUNDENE FONDS</b>              | <b>1.301.422,67</b>  | <b>1.172</b>         |
| <b>D. ZUSCHÜSSE ZUR ANLAGENFINANZIERUNG</b> | <b>42.467.591,62</b> | <b>41.376</b>        |
| <b>E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN</b>          | <b>3.046.862,45</b>  | <b>2.264</b>         |
| <b>F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>        | <b>5.386.255,43</b>  | <b>6.278</b>         |
| <b>Bilanzsumme</b>                          | <b>58.473.020,44</b> | <b>57.374</b>        |

Dieser Jahresabschluss wurde von der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und bestätigt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. veröffentlicht ihre Bilanz, die Gewinn-und-Verlust-Rechnung sowie den vollständigen Text des Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer auch im Geschäftsbericht der Stiftung sowie im elektronischen Bundesanzeiger im Internet ([www.ebundesanzeiger.de](http://www.ebundesanzeiger.de)).

# JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2007

## GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2007

|                                                               | 2007<br>€             | 2006<br>Tsd. € |
|---------------------------------------------------------------|-----------------------|----------------|
| <b>Zuwendungen und Zuschüsse</b>                              |                       |                |
| ■ Zuwendungen des Bundes                                      | 101.765.188,03        | 95.971         |
| ■ Zuwendungen der Länder und Kommunen                         | 2.077.633,20          | 2.142          |
| ■ Sonstige Zuwendungsgeber                                    | 2.094.037,65          | 2.434          |
|                                                               | <b>105.936.858,88</b> | <b>100.547</b> |
| <b>Erträge aus Fonds</b>                                      | <b>486.474,66</b>     | <b>522</b>     |
| <b>Spenden</b>                                                | <b>241.155,54</b>     | <b>256</b>     |
| <b>Teilnehmergebühren</b>                                     | <b>1.891.079,25</b>   | <b>1.887</b>   |
| <b>Andere Einnahmen</b>                                       | <b>1.677.307,37</b>   | <b>1.478</b>   |
| <b>Projektausgaben</b>                                        |                       |                |
| ■ Internationale Zusammenarbeit                               | 54.016.746,50         | 53.901         |
| ■ Förderung von Studenten und Graduierten                     | 12.150.759,62         | 10.229         |
| ■ Kongresse, Tagungen und Seminare                            | 5.013.254,03          | 4.482          |
| ■ Ausstellungen und Publikationen                             | 1.228.190,33          | 938            |
| ■ Forschungsausgaben                                          | 263.361,76            | 198            |
| ■ Sonstige Projektausgaben                                    | 494.777,87            | 428            |
|                                                               | <b>73.167.090,11</b>  | <b>70.176</b>  |
| <b>Ausgaben Fonds</b>                                         | <b>486.474,66</b>     | <b>522</b>     |
| <b>Personalausgaben</b>                                       | <b>24.022.960,84</b>  | <b>23.927</b>  |
| <b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>                          | <b>7.968.424,03</b>   | <b>8.031</b>   |
| <b>Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen</b> | <b>3.391.576,35</b>   | <b>799</b>     |
| <b>Zuwendungen an andere Stiftungen</b>                       | <b>1.034.580,25</b>   | <b>1.035</b>   |
| <b>Übrige Ausgaben</b>                                        | <b>225.885,93</b>     | <b>100</b>     |
| <b>Abschreibungen auf Sachanlagen</b>                         | <b>67.444,00</b>      | <b>81</b>      |
| <b>Ergebnis der Ertrags-Aufwands-Rechnung</b>                 | <b>-131.560,47</b>    | <b>19</b>      |
| <b>Entnahmen aus Rücklagen</b>                                | <b>204.600,92</b>     | <b>197</b>     |
| <b>Einstellung in Rücklagen</b>                               | <b>115.457,31</b>     | <b>180</b>     |
| <b>Bilanzergebnis</b>                                         | <b>-42.416,86</b>     | <b>36</b>      |

# JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2007

## BESCHEINIGUNG

An den Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Bonn:

„Wir haben die Jahresrechnung – bestehend aus Vermögensrechnung und Ertrags-/Aufwandsrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung der Jahresrechnung nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Der Vorstand stellt die Jahresrechnung auf Basis der doppelten Buchführung nach weitgehend kaufmännischen Grundsätzen auf. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleitete Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Abweichungen zu allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) erfolgen insbesondere bei der unmittelbaren Verausgabung angeschaffter beweglicher Vermögensgegenstände im Ausland, durch die Gesamtbewertung von Wertpapiervermögen, durch Verzicht auf den Ansatz von Rückstellungen und bei Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Jahresrechnung unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750)

vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der Jahresrechnung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresrechnung überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung mit den angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.“

Köln, 25. Juli 2008

Ernst & Young AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Gockel Brüggemann  
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

*Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2007:*

### Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

|                     | Stand<br>31.12.2007 | Stand<br>31.12.2006 |
|---------------------|---------------------|---------------------|
| Inlandsmitarbeiter  | 452                 | 447                 |
| Auslandsmitarbeiter | 83                  | 83                  |
| <b>insgesamt</b>    | <b>535</b>          | <b>530</b>          |
| Auszubildende       | 13                  | 14                  |

*Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder Landespartei-vorstände oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:*

### Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung von insgesamt 22 Mitgliedern\*) sind:

- 1 Bundeskanzlerin
- 1 Präsident des Deutschen Bundestages
- 11 Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 1 Mitglied eines Landtages
- 10 Mitglieder des Bundespartei-vorstandes
- 10 Mitglieder eines Landespartei-vorstandes
- 1 Präsident des Europäischen Parlaments
- 1 Mitglied des Europäischen Parlaments
- 7 ohne o. a. Führungsfunktionen

\*) Einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr.

# GESAMTÜBERSICHT DER ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

## EINNAHMEN

|                                                               | 2009 (Plan)*<br>Tsd. € | 2008 (Soll)<br>Tsd. € |
|---------------------------------------------------------------|------------------------|-----------------------|
| <b>Zuwendungen und Zuschüsse</b>                              |                        |                       |
| ■ Zuwendungen des Bundes                                      | 113.165                | 112.127               |
| ■ Zuwendungen der Länder und<br>anderer Gebietskörperschaften | 2.087                  | 2.094                 |
| ■ Sonstige Zuwendungsgeber                                    | 1.989                  | 3.511                 |
|                                                               | <b>117.241</b>         | <b>117.732</b>        |
| <b>Fonds / Spenden</b>                                        | <b>713</b>             | <b>683</b>            |
| <b>Teilnehmergebühren</b>                                     | <b>1.956</b>           | <b>1.947</b>          |
| <b>Sonstige Einnahmen</b>                                     | <b>1.589</b>           | <b>1.816</b>          |
| <b>Einnahmen Gesamt</b>                                       | <b>121.499</b>         | <b>122.178</b>        |

## AUSGABEN

|                                                                     | 2009 (Plan)<br>Tsd. € | 2008 (Soll)<br>Tsd. € |
|---------------------------------------------------------------------|-----------------------|-----------------------|
| <b>Projektausgaben</b>                                              |                       |                       |
| ■ Förderung von Studenten und Graduierten                           | 14.508                | 13.086                |
| ■ Tagungen und Seminare                                             | 5.330                 | 5.618                 |
| ■ Internationale Zusammenarbeit                                     | 58.620                | 58.173                |
| ■ Veröffentlichungen / Ausstellungen                                | 1.267                 | 1.775                 |
| ■ Forschungsprojekte                                                | 368                   | 293                   |
| ■ Förderung von Kunst und Kultur                                    | 348                   | 401                   |
| ■ Sonstige Projektausgaben                                          | 124                   | 146                   |
|                                                                     | <b>80.565</b>         | <b>79.492</b>         |
| <b>Personalausgaben (Inland)</b>                                    | <b>25.524</b>         | <b>25.013</b>         |
| <b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>                                |                       |                       |
| ■ Geschäftsbedarf                                                   | 2.708                 | 2.719                 |
| ■ Bewirtschaftung und Unterhaltung von<br>Grundstücken und Gebäuden | 5.408                 | 6.095                 |
| ■ Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben<br>(einschl. Reisekosten)  | 2.093                 | 1.873                 |
|                                                                     | <b>10.209</b>         | <b>10.687</b>         |
| <b>Übrige Ausgaben</b>                                              | <b>4.363</b>          | <b>5.359</b>          |
| <b>Ausgaben für Investitionen</b>                                   | <b>838</b>            | <b>1.626</b>          |
| <b>Ausgaben Gesamt</b>                                              | <b>121.499</b>        | <b>122.178</b>        |

\*) Haushalt 2009, Stand vom 31.10.2008

# GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR STAATLICHEN FINANZIERUNG DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich-Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text der „gemeinsamen Erklärung“ vom November 1998 kann bei der Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung angefordert werden.

Tel. 030/2 69 96-216/-32 72

Fax 030/2 69 96-32 61

Internet <http://www.kas.de/wf/de/71.5035/>

# VORSTAND DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

## VORSITZENDER

**Professor Dr. Bernhard Vogel**  
*Ministerpräsident a. D.*

## STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

**Anton Pfeifer**  
*Staatsminister a. D.*

**Professor Dr. Norbert  
Lammert MdB**  
*Präsident des Deutschen Bundestages*

**Professor Dr. Beate Neuss**  
*Professorin für Internationale Politik  
an der TU Chemnitz*

## SCHATZMEISTER

**Dr. Franz Schoser**  
*Schatzmeister der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

## GENERALSEKRETÄR

**Michael Thielen**

## WEITERE VORSTANDSMITGLIEDER

**Otto Bernhardt MdB**  
*Vorsitzender der  
Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.*

**Hermann Gröhe MdB**  
*Staatsminister im Bundeskanzleramt*

**Peter Hintze MdB**  
*Parl. Staatssekretär beim Bundes-  
minister für Wirtschaft und Technologie*

**Volker Kauder MdB**  
*Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag*

**Eckart von Klaeden MdB**  
*Außenpolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen  
Bundestag*

**Dr. Helmut Kohl**  
*Bundeskanzler a.D.*

**Dr. Hermann Kues MdB**  
*Parl. Staatssekretär bei der Bundes-  
ministerin für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend*

**Christine Lieberknecht MdL**  
*Thüringer Ministerin für Soziales,  
Familie und Gesundheit*

**Dr. Angela Merkel MdB**  
*Bundeskanzlerin*

**Hildegard Müller**  
*Hauptgeschäftsführerin des Bundes-  
verbands der Energie- und Wasser-  
wirtschaft e.V.*

**Ronald Pofalla MdB**  
*Generalsekretär der CDU Deutschlands*

**Professor Dr.  
Hans-Gert Pöttering MdEP**  
*Präsident des Europäischen Parlaments*

**Professor Dr. Günter Rinsche**  
*ehem. Vorsitzender der CDU/CSU-  
Gruppe in der EVP-Fraktion im Euro-  
päischen Parlament*

**Professor Dr. Andreas Rödder**  
*Professor für Neueste Geschichte an der  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz*

**Dr. Norbert Röttgen MdB**  
*Erster Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen  
Bundestag*

**Professor Dr. Hans-Peter Schwarz**  
*ehem. Direktor des Seminars für  
Politische Wissenschaft der Rheinischen  
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*



Am 6. Juni 2008 wählte die Mitglieder-  
versammlung Staatssekretär Michael  
Thielen zum neuen Generalsekretär der  
Stiftung. Er ist 1959 in Prüm geboren,  
studierte Politische Wissenschaften,  
Neuere Geschichte und Philosophie.  
Nach Stationen in der CDU/CSU-Bundes-  
tagsfraktion, als Leiter des Ministerbüros  
und des Planungsstabes im Bundesminis-  
terium für Bildung, Forschung, Wissen-  
schaft und Technologie unter Jürgen  
Rüttgers und als Bereichsleiter in der  
CDU-Bundesgeschäftsstelle war er seit  
Januar 2006 Staatssekretär im Bundes-  
ministerium für Bildung und Forschung.

# MITGLIEDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

**Bettina Adenauer-Bieberstein**  
Honorarkonsulin der Republik Island

**Otto Bernhardt MdB**  
Vorsitzender der  
Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.

**Professor Dr.  
Wolfgang Böhmer MdL**  
Ministerpräsident des Landes  
Sachsen-Anhalt

**Dr. Christoph Böhr MdL**  
ehem. Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Landtag von Rheinland-Pfalz

**Elmar Brok MdEP**  
Mitglied des Ausschusses für  
Auswärtige Angelegenheiten des  
Europäischen Parlaments

**Emine Demirbükten-Wegner MdA**  
Sprecherin Jugend- und Familienpolitik

**Eberhard Diepgen**  
Regierender Bürgermeister a. D.  
von Berlin

**Rainer Eppelmann**  
Vorstandsvorsitzender der Stiftung  
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Steffen Flath MdL**  
Vorsitzender der CDU-Fraktion im  
Sächsischen Landtag

**Dr. Reinhard Göhner**  
Hauptgeschäftsführer der  
Bundesvereinigung der Deutschen  
Arbeitgeberverbände (BDA)

**Hermann Gröhe MdB**  
Staatsminister im Bundeskanzleramt

**Peter Hintze MdB**  
Parl. Staatssekretär beim Bundes-  
minister für Wirtschaft und Technologie

**Volker Kauder MdB**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

**Eckart von Klaeden MdB**  
Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-  
Fraktion im Deutschen Bundestag

**Dr. Egon A. Klepsch**  
Präsident des Europäischen  
Parlaments a. D.

**Roland Koch MdL**  
Ministerpräsident des Landes Hessen

**Brigitta Kögler**  
Rechtsanwältin

**Dr. Helmut Kohl**  
Bundeskanzler a. D.

**Dr. Hermann Kues MdB**  
Parl. Staatssekretär bei der Bundes-  
ministerin für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

**Professor Dr.  
Norbert Lammert MdB**  
Präsident des Deutschen Bundestages

**Professor Dr. Gerd Langguth**  
Staatssekretär a. D.

**Professor Dr. Carl Otto Lenz**  
Generalanwalt a. D. am Gerichtshof  
der Europäischen Gemeinschaften

**Christine Lieberknecht MdL**  
Thüringer Ministerin für Soziales,  
Familie und Gesundheit

**Dr. Gisela Meister-Scheufelen**  
Ministerialdirektorin im Finanz-  
ministerium von Baden-Württemberg

**Dr. Angela Merkel MdB**  
Bundeskanzlerin

**Philipp Mißfelder MdB**  
Bundesvorsitzender der Jungen Union  
Deutschlands

**Hildegard Müller**  
Hauptgeschäftsführerin des  
Bundesverbands der Energie- und  
Wasserwirtschaft e.V.

**Hartmut Nassauer MdEP**  
stellv. Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion  
im Europäischen Parlament

**Bernd Neumann MdB**  
Staatsminister im Bundeskanzleramt

**Professor Dr. Beate Neuss**  
Professorin für Internationale Politik  
an der TU Chemnitz

**Doris Pack MdEP**  
stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe  
in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen  
Parlament

**Dr. Wolfgang Peiner**  
Senator a. D.

**Anton Pfeifer**  
Staatsminister a. D.

**Ronald Pofalla MdB**  
Generalsekretär der CDU Deutschlands

**Ruprecht Polenz MdB**  
Vorsitzender des Auswärtigen Aus-  
schusses des Deutschen Bundestages

**Professor Dr.  
Hans-Gert Pöttering MdEP**  
Präsident des Europäischen Parlaments

**Peter Radunski**  
Senator a. D.

**Hans-Peter Repnik**  
Parl. Staatssekretär a. D.

**Herbert Reul MdEP**  
Mitglied des Ausschusses für  
Industrie, Forschung und Energie  
des Europäischen Parlaments

**Professor Dr. Dr. h.c. mult.  
Heinz Riesenhuber MdB**  
Bundesminister a. D.  
Präsident der Deutschen  
Parlamentarischen Gesellschaft

**Professor Dr. Günter Rinsche**  
ehem. Vorsitzender der  
CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion  
im Europäischen Parlament

**Professor Dr. Andreas Rödder**  
Professor für Neueste Geschichte an der  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

**Dr. Norbert Röttgen MdB**  
Erster Parlamentarischer Geschäfts-  
führer der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

**Adolf Roth**  
ehem. Vorsitzender des Haushaltsaus-  
schusses des Deutschen Bundestages

**Professor Dr. Annette  
Schavan MdB**  
Bundesministerin für Bildung  
und Forschung

**Dr. Andreas Schockenhoff MdB**  
stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-  
Fraktion im Deutschen Bundestag

**Jörg Schönbohm MdL**  
Innenminister und Stellv. Minister-  
präsident des Landes Brandenburg

**Dr. Franz Schoser**  
Schatzmeister der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Werner Schreiber**  
Vorsitzender der Stiftung  
Christlich-Soziale Politik e.V.

**Professor Dr. Hans-Peter Schwarz**  
ehem. Direktor des Seminars für  
Politische Wissenschaft der Rheinischen  
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

**Dr. h.c. Rudolf Seiters**  
Bundesminister a. D.  
Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

**Dr. Johannes von Thadden**  
Leiter Politische Beziehungen  
EADS Astrium GmbH

**Professor Dr. Bernhard Vogel**  
Ministerpräsident a. D.

**Dr. Dorothee Wilms**  
Bundesministerin a. D.

**Christian Wulff MdL**  
Ministerpräsident des  
Landes Niedersachsen

Stand: 3. November 2008

# KURATORIUM DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. berief im Jahr 2000 ein Kuratorium. Dieses Gremium berät und unterstützt die Arbeit der KAS. Seine Aufgabe ist es insbesondere, als Seismograph auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen. In das Kuratorium wurden Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur berufen.

**Professor Dr. Roman Herzog**

*Bundespräsident a.D.,  
Vorsitzender des Kuratoriums*

**Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf**

*Ministerpräsident a.D.*

**Professor Dr. Manfred Erhardt**

*Generalsekretär a.D. des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft*

**Professor Monika Grütters MdB**

*Obfrau der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
für Kultur und Medien*

**Professor Dr. Wilfried Härle**

*Vorsitzender der Kammer für  
Öffentliche Verantwortung der EKD,  
Universität Heidelberg*

**Professor Dr. Eilert Herms**

*Direktor des Instituts für Ethik  
an der Ev.-theol. Fakultät der  
Universität Tübingen*

**Professor Dr. Dr. h.c. mult.**

**Wolfgang A. Herrmann**  
*Präsident der  
Technischen Universität München*

**Professor Dr. Dr. h.c.**

**Otfried Höffe**  
*Leiter der Forschungsstelle für  
Politische Philosophie der Eberhard  
Karls Universität Tübingen*

**Professor Dr. Horst Köhler**

*Bundespräsident  
(ruhende Mitgliedschaft)*

**Dr. Volkmar Köhler**

*Parl. Staatssekretär a.D.*

**Professor Dr. h.c.**

**Klaus-Peter Müller**  
*Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der Commerzbank AG*

**Dr. h.c. Klaus D. Naumann**

*Generalinspekteur a.D.,  
ehem. Vorsitzender des  
Nato-Militärausschusses*

**Birgit Schnieber-Jastram MdHB**

*Senatorin a.D.*

**Professor Dr.**

**Eberhard Schockenhoff**

*Professor für Moralthologie  
an der Albert-Ludwigs-Universität  
in Freiburg i. Br.*

**Professor Dr. Rupert Scholz**

*Bundesminister a.D.,  
Lehrstuhl für Öffentliches Recht der  
Ludwig-Maximilians-Universität München*

**Professor Dr. Dr. h.c.**

**Volker Schumpelick**

*Direktor der Chirurgischen Klinik und  
Poliklinik Universitätsklinikum Aachen*

**Ingrid Sehrbrock**

*Stellv. Vorsitzende des Geschäfts-  
führenden Bundesvorstandes  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes*

**Dr. h.c. Wolfgang Spindler**

*Präsident des Bundesfinanzhofes*

**Dr. Burkhard Spinnen**

*Schriftsteller*

**Professor Dr. Christoph Stölzl**

*Senator a.D.*

**Professor Dr. h.c. Dieter Stolte**

*ZDF-Intendant a.D.*

**Professor Dr. Dr. h.c.**

**Horst Teltschik**

*Ministerialdirektor a.D.*

**Erwin Teufel**

*Ministerpräsident a.D.*

**Professor Dr.**

**Hans Tietmeyer**

*Präsident i. R. der  
Deutschen Bundesbank*

| Dienstleistungszentrum<br>Leiter: Rolf Halfrmann                                          |                                                    | Bereich<br>Finanzen                                                        |                                     | Bereich<br>IT/Organisation |  |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|----------------------------|--|
| Personal                                                                                  | Rolf Halfrmann<br>(Justiciar)<br>St. Augustin 2540 | Henrik Braun<br>St. Augustin 2410                                          | Christoph Kley<br>St. Augustin 2268 |                            |  |
| Personal Inland                                                                           |                                                    | Controlling /<br>Revision                                                  | Organisation                        |                            |  |
| Ute Grewenig<br>St. Augustin 2392                                                         |                                                    | Nicole Arntzen<br>St. Augustin 2405                                        | Christoph Kley<br>St. Augustin 2268 |                            |  |
| Personal Ausland                                                                          |                                                    | Haushalt /<br>Rechnungswesen                                               | IT                                  |                            |  |
| Markus<br>Rosenberger<br>Berlin 3365                                                      |                                                    | Gordon Sobbeck<br>St. Augustin 2402                                        | Thomas Nüske<br>St. Augustin 2273   |                            |  |
| Zentrale<br>Veranstaltungs-<br>organisation<br>Andreas<br>Kleine-Kraneburg<br>Berlin 3257 |                                                    | Private<br>Finanzierung /<br>Steuern<br>Petra Kulcsar<br>St. Augustin 2616 |                                     |                            |  |
| Zentralredaktion<br>Print / Online                                                        |                                                    | Projekt-<br>verwaltung                                                     |                                     |                            |  |
| Walter Bajohr<br>St. Augustin 2517                                                        |                                                    | Norbert Kriechel<br>St. Augustin 2307                                      |                                     |                            |  |

[illegible]

# AUSSENSTELLEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

## AFRIKA UND NAHER OSTEN

### Ägypten

Dr. Andreas Jacobs  
8, Salah El-Din Street  
7<sup>th</sup> floor, Flat No. 73  
112111 Zamalek-Kairo  
Tel.: 0020/2-7377450  
Fax: 0020/2-7377454  
kaf@internetegypt.com

### Benin

David Robert  
Lot 07 Les Cocotiers  
(en Face Ecole Primaire)  
Cotonou  
Tel.: 00229/21301022  
Fax: 00229/21300142  
secretariat@kas-benin.de

### DR Kongo

Andrea Ostheimer  
Avenue de la Caisse d'Epargne  
(Av. CADECO), 3  
Commune de la Gombe  
Kinshasa  
Tel.: 00243/81-8801787  
Sat-Tel.: 008821/654250668  
Fax: 00243/81-3010944  
info@kas-rdc.cd

### Ghana

Klaus Lötzer  
House No. 103  
Osu Badu Street  
Accra  
Tel.: 00233/21-768629  
Fax: 00233/21-768630  
Mobil: 00233/21785188  
k.loetzer@kas.de

### Israel

Dr. Lars Hänsel  
Lloyd George St. 6  
Jerusalem 91082  
Tel.: 00972/2-5671830  
Fax: 00972/2-5671831  
Mobil: 00972/5671831  
office@kasisrael.org

### Jordanien

Michael Däumer  
23, Ismael Haqqi Abdou Str.  
Sweifiye  
(next Airport Rd/7<sup>th</sup> Circle)  
Amman  
Tel.: 00962/6-5929777  
Fax: 00962/6-5933087  
Mobil: 00962/77839938  
michael.daeumer@kas.org.jo

### Kenia

Anke Lerch (Länderprogramm)  
Prof. Dr. Christian Roschmann  
(Rechtsstaatsprogramm)  
Mbaruk Road 27  
Kilimani – Golf Course  
Nairobi  
Tel.: 00254/2-02725957  
Fax: 00254/2-02724902  
kasnairobi@form-net.com

### Malawi

Dr. Ingo Scholz (zuständig)  
Gelu House, 1<sup>st</sup> Floor  
Kamuzu Procession Road  
Lilongwe  
Tel. und Fax: 00265/1-759274  
kasmal@malawi.net

### Marokko

Thomas Schiller  
11 rue d'Agadir  
Quartier Hassan  
10000 Rabat  
Tel.: 00212/37-761232  
Fax: 00212/37-761235  
kasma@kas.org.ma

### Mosambik

Annette Schwarzbauer  
Rua D, No. 21, Bairro Coop  
Maputo  
Tel.: 00258/21-416804  
Fax: 00258/21-416810  
kasmoz@tdm.co.mz

### Namibia

Dr. Dr. Anton Bösl  
Sanlam Center  
11<sup>th</sup> Floor  
154 Independence Avenue  
Windhoek  
Tel.: 00264/61-225568  
Fax: 00264/61-225678  
info@kas-namibia.org

### Nigeria

Dr. Klaus Pähler  
3, Rudolf Close  
off Katsina Alla Crescent  
Maitama  
Abuja  
Tel.: 00234/9-4132234  
Fax: 00234/9-4132233  
Mobil: 00234/8033208999  
klauspaehler@gmx.com

### Palästinensische Autonomiegebiete

Thomas Birringer  
3 Tawfiq Zayyad St.  
Al-Bireh/Ramallah  
Tel.: 00972/2-2404305  
Fax: 00972/2-2404307  
birringer@kas-palestine.org

### Republik Südafrika

Werner Böhler  
(Länderprogramm)  
Frank Windeck  
(Medienprogramm)  
60 Hume Road  
Dunkeld 2196  
Johannesburg  
Tel.: 0027/11-2142900  
Fax: 0027/11-2142913  
(Länderprogramm)  
Fax: 0027/11-2142914  
(Medienprogramm)  
info@kas.org.za

### Senegal

Dr. Stefan Gehrold  
Stèle Mermoz 32  
Route de la Pyrotechnie  
Dakar  
Tel.: 00221/33-8697778  
Fax: 00221/33-8602430  
buero@kas-dakar.de

### Simbabwe

Helga Rothfritz  
26, Sandringham Drive  
Alexandra Park  
Harare  
Tel. und Fax: 00263/4-745395  
Tel. und Fax: 00263/4-745397  
Econet: 00263/91 292211  
info@kaf.co.zw

### Tansania

Anke Lerch (zuständig)  
Isimani Rd. Plot No. 367  
Upanga  
Dar Es Salaam  
Tel.: 00255/22-2153174  
Fax: 00255/22-2151990  
kasdar@kicheko.com

### Tunesien

Thomas Schiller (zuständig)  
3, Rue Mahmoud El Ghaznaoui  
1082 Cité El Mahrajène  
El Menzah IV – Tunis  
Tel.: 00216/71-751420  
Fax: 00216/71-750090  
info@kas.com.tn

### Uganda

Peter Girke  
51A, Prince Charles Drive  
Kampala  
Tel.: 00256/414-259611  
Fax: 00256/414-255495  
Mobil: 00256 77/405028  
kas.girke@gmail.com

## ASIEN

### Afghanistan

Dr. Babak Khalatbari  
No. 291, 10<sup>th</sup> Street  
Wazir Akbar Khan  
Kabul  
Sat-Tel.: 00870/761650774  
Mobil: 0093/799327241  
kas.kabul@ceretechns.com

### China

Wolfgang Meyer  
Lufthansa Center C813  
No. 50 Liangmaqiao Road  
Peking 100016  
Tel.: 0086/10-64622207  
Fax: 0086/10-64622209  
Mobil: 0086/13801306854  
beijing@kaschina.com

Thomas Awe  
Shanghai Project Office  
Overseas Chinese Mansion  
1903/04  
129 Yan'an Xi Lu  
200040 Shanghai  
Tel.: 0086/21-62491722  
Fax: 0086/21-62494549  
Mobil: 0086/13601662005  
shanghai@kaschina.com

### Georgien

Katja Plate  
2, Peritswalebis  
0103 Tiflis  
Tel.: 00995/32-935109  
kas-geo@access.sanet.ge

### Indien

Jörg Wolff  
German House,  
1<sup>st</sup> Floor 2, Nyaya Marg  
Chanakyapuri  
New Delhi 110 021  
Tel.: 0091/11-26113520  
Fax: 0091/11-26113536  
adenauer@vsnl.com

### Indonesien

Winfried Weck  
Plaza Aminta, 4<sup>th</sup> Floor  
Jl. Let. Jend. TB Simatupang  
Kav. 10  
Jakarta 12310  
Tel.: 0062/21-75909411  
Fax: 0062/21-75909415  
weck@kasindo.org

### Kambodscha

Rabea Brauer  
House No. 4, Street 462  
Khan Chamkar Mon  
Phnom Penh  
Tel.: 00855/023-213363  
Fax: 00855/023-213364  
Mobil: 00855/012222540  
rabea.brauer@  
kas-cambodia.com

**Malaysia**

Dr. Thomas Knirsch  
M-3-16, Block M  
60, Jalan Sri Hartamas 1  
Plaza Damas  
Sri Hartamas  
50480 Kuala Lumpur  
Tel.: 0060/3-27137321  
Fax: 0060/3-27137320  
info.malaysia@kas.de

**Mongolei**

Dr. Thomas Schrapel  
Jamyan Gun Street – 5/305  
„Ar Mongol Travel“ Building  
Ulan Bator 48  
Tel.: 00976 / 11-319135  
Fax: 00976 / 11-319137  
schrapel@kas.mn

**Pakistan**

Dr. Babak Khalatbari  
House 4, 61<sup>st</sup> Street, F-3/6  
Islamabad  
Tel.: 0092/3065589958

**Philippinen**

Klaus Preschle  
ALPAP I Building, 3<sup>rd</sup> Floor  
140 Leviste Street  
Salcedo Village  
Makati City, Metro Manila  
Manila  
Tel.: 0063/2-8943427  
Fax: 0063/2-8936199  
Mobil: 0063/9175264576  
info@kas.ph

**Republik Korea**

Marc Ziemek  
Dookyoung Bld. 301  
Hannamdong 66-1  
Yongsamku 140-210  
Seoul  
Tel.: 0082/2-7933979  
Fax: 0082/2-7933979  
marc.ziemek@kaskorea.org

**Singapur**

Dr. Colin A. Dürkop  
(Länderprogramm)  
Werner vom Busch  
(Medienprogramm)  
Clauspeter Hill  
(Rechtsstaatsprogramm)  
34, Bukit Pasoh Rd.  
Singapur 089848  
Tel.: 0065/62272001  
Fax: 0065/62278342  
duerkop@kas-asia.org  
vombusch@kas-asia.org  
hill@kas-asia.org

**Thailand**

Dr. Canan Atilgan  
75/2 Sukhumvit Soi 61  
Klongtan, Wattana  
Bangkok 10 110  
Tel.: 0066/02-7141207  
Fax: 0066/02-7141307  
Mobil: 0066/8817210675  
canan.atilgan@kas.de

**Usbekistan**

Dr. Gregor Ryssel  
38, Sarbog ul.  
100031 Taschkent  
Tel.: 00998/71-2155201  
Fax: 00998/71-2813024  
Mobil: 00998/933888258  
kas-uzb@bcc.com.uz

**Vietnam**

Dr. Willibold Frehner  
7, Trieu Viet Vuong  
Hai Ba Trung Hanoi  
Tel.: 0084/4-39432791  
Fax: 0084/4-39432790  
frehner@kas.vn

**LATEINAMERIKA****Argentinien**

Christoph Korneli  
(Länderprogramm)  
Suipacha 1175, Piso 3  
C 1008 AA W Buenos Aires  
Tel.: 0054/11-43262552  
Fax: 0054/11-43269944  
info.buenosaires@kas.de

Peter-Alberto Behrens  
(Medienprogramm)  
Suipacha 1175, Piso 2  
C 1008 AA W Buenos Aires  
Tel.: 0054/11-43932860  
Fax: 0054/11-43933427  
medios.buenosaires@kas.de

**Bolivien**

Susanne Käss (ab 01.03.2009)  
Av. Walter Guevara No 8037  
Calocoto  
La Paz  
Tel.: 00591/2-2786910  
Fax: 00591/2-2786831  
info@kasbolivia.org

**Brasilien**

Dr. Wilhelm Hofmeister  
Dr. Peter Fischer-Bollin  
(SOPLA)  
Praca Floriano 19, 30° andar,  
Centro  
20031-924 Rio de Janeiro RJ  
Tel.: 0055/21-22205441  
Fax: 0055/21-22205448  
adenauer-brasil@kas.de

Anja Czymmeck  
Av. Dom Luís, 176  
Edifício Mercury – Mezanino,  
Aldeota  
60.160-230 – Fortaleza – Ceará  
Tel.: 0055/85-32619293  
Fax: 0055/85-32612164  
kas-fortaleza@kas.de

**Chile**

Winfried Jung  
Enrique Nercaseaux 2381  
Providencia  
Santiago de Chile  
Tel.: 0056/2-2342089  
Fax: 0056/2-2342210  
fkachile@fka.cl

**Costa Rica**

Kerstin von Bremen  
Calle 32, Av. 0 y 1  
Edificio La Carmelita  
2<sup>do</sup> Piso  
640-1000 San José  
Tel.: 00506/2233-5874  
Fax: 00506/2233-3279  
info@kascostarica.org

**Ecuador**

Dr. Berthold Weig  
Edificio Aseguradora del Sur,  
Piso 7  
Avenida República de  
El Salvador 361 y Moscú  
Casilla 17-17-1079  
Quito  
Tel.: 00593/2-2269763  
Fax: 00593/2-2242438  
Mobil: 00593/29448106  
kasecu@kas.org.ec

**Guatemala**

Tjark M. Egenhoff  
3<sup>a</sup> Ave. „A“ 7-74, Zona 14  
Col. El Campo  
Ciudad de Guatemala  
CP 01014  
Tel.: 00502/23805100  
Fax: 00502/23805115  
Mobil: 00502/55266309  
info@kas.org.gt

**Kolumbien**

Prof. Dr. Stefan Jost  
Calle 79, No. 8-70  
Bogota D.C.  
Tel.: 0057/1-3214615  
Fax: 0057/1-3214620  
Mobil: 0057/3102593581  
director@kas.org.co

**Mexiko**

Frank Priess  
(Länderprogramm)  
Rudolf Huber  
(Rechtsstaatsprogramm)  
Río Guadiana No. 3  
Col. Cuauhtémoc  
06500 México, D.F.  
Tel.: 0052/55-55664511  
Fax: 0052/55-55664455  
kasmex@kasmex.org.mx

**Nicaragua**

Kerstin von Bremen  
(zuständig)  
Kohar Penalba  
Apartado 3128  
Km 14 Carretera Sur,  
a mano izquierda,  
300 metros  
Managua  
Tel.: 00505/2-657880  
Fax: 00505/2-657896  
kas@ibw.com.ni

**Peru**

Michael Lingenthal  
Calle Arica 794  
Lima 18 – Miraflores  
Tel.: 0051/1-4458087  
Fax: 0051/1-4459374  
konrad@kas.org.pe

**Uruguay**

Gisela Elsner  
Plaza de Cagancha 1356,  
Of. 804  
11.100 Montevideo  
Tel.: 00598/2-9020943  
Fax: 00598/2-9086781  
uruguay.montevideo@kas.de

**Venezuela**

Dr. Georg Eickhoff  
Av. Luis Roche  
entre 6<sup>a</sup> y 7<sup>a</sup> Transversal  
Quinta Las Lomas  
1060 Altamira YV Caracas  
Tel.: 0058/2-122634533  
Fax: 0058/2-122652054  
info@kasven.com.ve

**EUROPA UND USA****Belgien (Europabüro)**

Dr. Peter R. Weilemann  
Dr. Peter Köppinger  
(Entwicklungspolitischer Dialog)  
Avenue de l'Yser 11  
1040 Brüssel  
Tel.: 0032/2-7430743  
Fax: 0032/2-7430749  
sekretariat@eukas.be

**Estland**

Büro Tallinn  
Sveta Pääru  
Wismari 8-8  
10136 Tallinn  
Tel.: 00372/6-276700  
Fax: 00372/6-276703  
tallinn@adenauer.ee

**Lettland**

(Regionalbüro Riga)  
Andreas Michael Klein  
Alberta iela 13  
1010 Riga  
Tel.: 00371/67039325  
Fax: 00371/67039327  
riga@adenauer.lv

**Litauen**

Büro Wilna  
Kristina Kviliunaite  
Saviciaus g. 11-6/  
Augustijonu g.1-6  
01127 Wilna  
Tel.: 00370/52-691178  
Fax: 00370/52-691179  
vilnius@adenauer.lt

**Bosnien-Herzegowina**

Dr. Stefanie Ricarda Ross  
(zuständig)  
Prušćakova 23  
71000 Sarajewo  
Tel.: 00387/33-215240  
Fax: 00387/33-215239  
Mobil: 00387/61480309  
christina.krause@kasbih.com

**Bulgarien**

Dr. Andreas von Below  
(Länderprogramm)  
Dr. Dirk Förger  
(Medienprogramm)  
Boulevard „Janko Sakasov“ 19  
4. Etage, App. 11  
1504 Sofia  
Tel.: 00359/2-9434388  
Fax: 00359/2-9433459  
kas.sofia@mb.bia-bg.com

**Frankreich**

Dr. Beatrice Gorawantschy  
15 bis, rue de Marignan  
75008 Paris  
Tel.: 0033/1-56691500  
Fax: 0033/1-56691501  
beatrice.gorawantschy@kas-paris.fr

**Großbritannien**

Thomas Bernd Stehling  
London Office  
63 D Eccleston Square  
London SW1V 1PH  
Tel.: 0044/20-78344119  
Fax: 0044/20-78344134  
thomas.stehling@kas.de

**Italien**

Wilhelm Staudacher  
Corso di Rinascimento 52  
00186 Rom  
Tel.: 0039/06-68809281  
Fax: 0039/06-68806359  
info.italien@kas.de

Begegnungszentrum  
Cadenabbia  
Heiner Enterich  
Centro Internazionale  
d'incontri Cadenabbia  
Villa La Collina  
Via Roma 11  
22011 Cadenabbia (Co)  
Tel.: 0039/0344-44111  
Fax: 0039/0344-41058  
cadenabbia@villalacollina.it

**Kroatien**

Reinhard Wessel  
Frana Petrica 7  
10000 Zagreb  
Tel.: 00385/1-4882650  
Fax: 00385/1-4882656  
Mobil: 00385/98 453968  
elma.kas@inet.hr

**Mazedonien**

Henri Giscard Bohnet  
Ul. „Maksim Gorki“ 16, Kat 3  
1000 Skopje  
Tel.: 00389/2-3231122  
Fax: 00389/2-3135290  
Mobil: 00389/70279594  
kas@kas.com.mk

**Polen**

Stephan Raabe  
ul. J. Dabrowskiego 56  
02-561 Warschau  
Tel.: 0048/2-28453894  
Fax: 0048/2-28485437  
kas@kas.pl

**Rumänien**

Dr. Holger Dix  
(Länderprogramm)  
Dr. Stefanie Ricarda Roos  
(Rechtsstaatsprogramm)  
Str. Plantelor nr. 50, Sektor 2  
023971 Bukarest  
Tel.: 0040/21-3232127  
Fax: 0040/21-3260407  
office@kas.ro

**Russische Föderation**

Dr. Lars Peter Schmidt  
1. Borodinskaja ul. 2a  
Office Nr. 450  
121059 Moskau  
Tel.: 007/495-9357778  
Fax: 007/495-9357779  
Mobil: 007/9032626560  
info@adenauer.ru

Elisabeth Bauer  
Newskij Prospekt 1  
191186 St. Petersburg  
Tel.: 007/812-3157236  
Fax: 007/812-3157811  
kasspb@online.ru

**Serbien**

Claudia Crawford  
Kralja Petra Str. 3  
11000 Belgrad  
Tel.: 00381/11-3285210  
Fax: 00381/11-3285329  
office@kas-bg.com

**Slowakische Republik**

Dr. Hubert Gehring (zuständig)  
Agáta Pešková  
Zelená 8  
81101 Bratislava  
Tel.: 00421/2-54419438  
Fax: 00421/2-54419441  
kasslovak@nexta.sk

**Spanien**

Dr. Beatrice Gorawantschy  
(zuständig)  
Juana Duran Mennong  
Plaza de Castilla 3, Piso 16/D2  
28046 Madrid  
Tel.: 0034/91-5796186  
Fax: 0034/91-5718612  
kasmad@gmx.net

**Tschechische Republik**

Dr. Hubert Gehring  
Uruguayská 17  
12000 Prag 2  
Tel.: 00420/2-22320190  
Fax: 00420/2-22320198  
kasprag@kasprag.cz

**Türkei**

Jan Senkyr  
Ahmet Rasim Sokak 27  
06550 Cankaya-Ankara  
Tel.: 0090/312-4404080  
Fax: 0090/312-4403248  
kas@konrad.org.tr

**Ukraine**

Nico Lange  
wul. Schowkowschtschna 10,  
Whg. 4  
01021 Kiew  
Tel.: 00380/44-4927443  
Fax: 00380/44-4927443  
office@adenauer.kiev.ua

**Ungarn**

Hans-J. Kaiser  
Batthyány u. 49  
1015 Budapest  
Tel.: 0036/1-4875010  
Fax: 0036/1-4875011  
hans.kaiser@adenauer.hu

**USA**

Dr. Norbert Wagner  
Washington Research Office  
2005 Massachusetts Avenue,  
NW  
Washington, DC 20036  
Tel.: 001/202-4645840  
Fax: 001/202-4645848  
norbert.wagner@kasusa.org

**Weißrussland**

Stephan Malerius  
Pilies g. 42-9  
01123 Vilnius  
Tel.: 00370/52-629475  
Fax: 00370/52-122294  
info@kas-belarus.lt

Stand: 20. Januar 2009

## Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- Begabtenförderung und Kultur
  - Dienstleistungszentrum (EDV, Finanzen, Personal und Allgemeine Verwaltung, Veranstaltungsorganisation)
  - Wissenschaftliche Dienste
  - Zentralabteilung Kommunikation und Medien
- Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin  
Tel. 0 22 41 / 2 46-0  
Fax 0 22 41 / 2 46-25 91

## Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- Akademie
  - Tiergartenstraße 35
  - Internationale Zusammenarbeit
  - Online-Redaktion
  - Politik und Beratung
  - Pressestelle
- Klingelhöferstraße 23  
10785 Berlin  
Tel. 0 30 / 2 69 96-0  
Fax 0 30 / 2 69 96-32 61

zentrale@kas.de  
www.kas.de

## BILDUNGSZENTREN UND BILDUNGSWERKE

### Politische Bildung

#### Bildungszentrum Eichholz

Leitung: Dr. Melanie Piepenschneider  
Urfelder Straße 221  
50389 Wesseling  
Tel. 0 22 36 / 7 07-0  
Fax 0 22 36 / 7 07-43 55  
www.kas-eichholz.de

#### Bildungszentrum Wendgräben

Leitung: Ronny Heine  
Wendgräbener Chaussee 1  
39279 Wendgräben  
Tel. 03 92 45 / 952 351  
Fax 03 92 45 / 952 366  
www.kas-wendgraeben.de

#### Politische Bildung Berlin

Leitung: Renate Abt  
Tiergartenstraße 35  
10785 Berlin  
Tel. 0 30 / 26 99 6-0  
Fax 0 30 / 26 99 6-3243  
www.kas-berlin.de

#### Bildungswerk Bremen

Leitung: Dr. Ralf Altenhof  
Martinistraße 25  
28195 Bremen  
Tel. 04 21 / 1 63 00 90  
Fax 04 21 / 1 63 00 99  
www.kas-bremen.de

## Bildungswerk Dortmund

Leitung: Dr. Marco Arndt  
Kronenburgallee 1  
44141 Dortmund  
Tel. 02 31 / 10 87 77 70  
Fax 02 31 / 10 87 77 77  
www.kas-dortmund.de

## Bildungswerk Dresden

Leitung: Dr. Joachim Klose  
Königstraße 23  
01097 Dresden  
Tel. 03 51 / 56 34 46 0  
Fax 03 51 / 56 34 46 10  
www.kas-dresden.de

## Bildungswerk Düsseldorf

Leitung: Daniel Schranz  
Benrather Straße 11  
40213 Düsseldorf  
Tel. 02 11 / 83 68 05 60  
Fax 02 11 / 83 68 05 69  
www.kas-duesseldorf.de

## Bildungswerk Erfurt

Leitung: Alexandra Mehnert  
Thomas-Müntzer-Straße 21 a  
99084 Erfurt  
Tel. 03 61 / 65 49 10  
Fax 03 61 / 65 49 11 1  
www.kas-erfurt.de

## Bildungswerk Freiburg

Leitung: Thomas Wolf  
Schusterstraße 34-36  
79098 Freiburg  
Tel. 07 61 / 15 64 80 70  
Fax 07 61 / 15 64 80 79  
www.kas-freiburg.de

## Bildungswerk Hamburg

Leitung: Dr. Carsten Dümmel  
Warburgstraße 12  
20354 Hamburg  
Tel. 0 40 / 21 98 50 80  
Fax 0 40 / 21 98 50 89  
www.kas-hamburg.de

## Bildungswerk Hannover

Leitung: Jörg Jäger  
Leinstraße 8  
30159 Hannover  
Tel. 05 11 / 40 08 09 80  
Fax 05 11 / 40 08 09 89  
www.kas-hannover.de

## Bildungswerk Mainz

Leitung: Karl-Heinz van Lier  
Weißbühlengasse 5  
55116 Mainz  
Tel. 0 61 31 / 2 01 69 30  
Fax 0 61 31 / 2 01 69 39  
www.kas-mainz.de

## Bildungswerk Oldenburg

Leitung: Dr. Stefan Hofmann  
Kurwickstraße 8-9  
26122 Oldenburg  
Tel. 04 41 / 20 51 79 90  
Fax 04 41 / 20 51 79 99  
www.kas-oldenburg.de

## Bildungswerk Potsdam

Leitung: Dr. Christian Schmitz  
Rudolf-Breitscheid-Straße 64  
14482 Potsdam  
Tel. 03 31 / 74 88 76 10  
Fax 03 31 / 74 88 76 15  
www.kas-potsdam.de

## Bildungswerk Saarbrücken

Leitung: Helga Bossung-Wagner  
Neumarkt 11  
66117 Saarbrücken  
Tel. 06 81 / 92 79 88 0  
Fax 06 81 / 92 79 88 9  
www.kas-saarbruecken.de

## Bildungswerk Schwerin

Leitung: Dr. Silke Bremer  
Arsenalstraße 10  
19053 Schwerin  
Tel. 03 85 / 55 57 05 0  
Fax 03 81 / 55 57 05 9  
www.kas-schwerin.de

## Bildungswerk Stuttgart

Leitung: Elke Erlecke  
Lange Straße 18a  
70174 Stuttgart  
Tel. 07 11 / 87 03 09 3  
Fax 07 11 / 87 03 09 55  
www.kas-stuttgart.de

## Bildungswerk Wiesbaden

Leitung: Dr. Thomas Ehlen  
Bahnhofstraße 38  
65185 Wiesbaden  
Tel. 06 11 / 15 75 98 0  
Fax 06 11 / 15 75 98 19  
www.kas-wiesbaden.de



## NEUERSCHEINUNGEN

**JOHANNES HOFFMANN (1890–1967)** DIE BIOGRAPHIE DES POLITIKERS, DER VON 1947 BIS 1955 MINISTERPRÄSIDENT DES AUTONOMEN SAARLANDES WAR, STÜTZT SICH AUF UMFANGREICHE AKTENBESTÄNDE, NACHLÄSSE SOWIE AUF QUELLEN AUS DEM FAMILIÄREN UMFELD, DARUNTER DAS TAGEBUCH, DAS HOFFMANN IN DER ZEIT SEINES BRASILIANISCHEN EXILS GEFÜHRT HAT. DIESE PERSÖNLICHEN AUFZEICHNUNGEN WAREN DER FORSCHUNG BISHER NICHT BEKANNT. DIE STUDIE VERSTEHT SICH AUCH ALS BEITRAG ZUR SAARLÄNDISCHEN GESCHICHTE UND ALS TEIL DER DEUTSCHEN UND EUROPÄISCHEN GESCHICHTE IM 20. JAHRHUNDERT.

**CHANCEN FÜR ALLE** UNSERE ARBEITSWELT BEFINDET SICH IM UMBRUCH. ANGESICHTS VON RATIONALISIERUNG UND INTERNATIONALISIERUNG BESCHLEICHT IMMER MEHR MENSCHEN DIE ANGST VOR STATUSVERLUST. VERANTWORTLICHE POLITIK NIMMT DIESE SORGEN ERNST. BASIEREND AUF DER SOLIDARITÄT DER CHRISTLICHEN SOZIALLEHRE MUSS SIE RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN FÜR EINE GESELLSCHAFT, DIE INDIVIDUELLEN AUFSTIEG UND WIEDERAUFSTIEG ERMÖGLICHT. DIE AUTOREN BESCHREIBEN ERFOLGREICHE PRAXISBEISPIELE, DIE DAZU BEITRAGEN KÖNNEN, EINEN NEUEN AUFSTIEGSWILLEN ZU ENTWICKELN.

**40 JAHRE 1968** DIE EINEN VERKLÄREN DIE DAMALIGEN EREIGNISSE, ANDERE VERDAMMEN SIE. FEST STEHT, DASS DIE 68ER-BEWEGUNG DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT VERÄNDERT HAT. HEUTE WIE DAMALS GILT ES, FREIHEIT, DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT ZU WAHREN UND ZU VERTEIDIGEN. DIE BEITRÄGE VERSTEHEN SICH ALS POINTIERTE GEGENDARSTELLUNG ZU NEUEN UND NEU BELEBTE 68ER-MYTHEN. ZEITZEUGEN – AUCH OSTDEUTSCHE – SCHILDERN IHRE ERFAHRUNGEN. HISTORIKER, SOZIOLOGEN, JURISTEN, MEDIEN- UND BILDUNGSEXPERTEN GEBEN IHRE EINSCHÄTZUNG.

DIE BROSCHÜRE STELLT DIE **NEUERSCHEINUNGEN 2008** VOR UND GIBT EINEN ÜBERBLICK ÜBER WICHTIGE PUBLIKATIONEN DER VERGANGENEN JAHRE. GERNE SENDEN WIR IHNEN DAS GEDRUCKTE VERZEICHNIS. BITTE BESTELLEN SIE PER E-MAIL AN [PUBLIKATIONEN@KAS.DE](mailto:PUBLIKATIONEN@KAS.DE)

# NEUERSCHEINUNGEN

## BÜCHER IM HERDER-VERLAG, FREIBURG 2008

Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.):  
*In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49*, ISBN 978-3-451-29973-5

Günter Buchstab, Rudolf Uertz (Hrsg.):  
*Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität*, ISBN 978-3-451-29737-3

Wilfried Härle, Bernhard Vogel (Hrsg.):  
*Begründung von Menschenwürde und Menschenrechten*, ISBN 978-3-451-30128-5

Volker Kauder, Ole von Beust (Hrsg.):  
*Chancen für alle. Die Perspektive der Aufstiegs-gesellschaft*, ISBN 978-3-451-30162-9

Günter Nooke, Georg Lohmann, Gerhard Wahlers (Hrsg.):  
*Gelten Menschenrechte universal? Begründungen und Infragestellungen*, ISBN 978-3-451-29975-9

Volker Schumpelick, Bernhard Vogel (Hrsg.):  
*Medizin zwischen Humanität und Wettbewerb. Probleme, Trends und Perspektiven*, ISBN 978-3-451-29974-2

Bernhard Vogel (Hrsg.):  
*Was eint uns? Verständigung der Gesellschaft über gemeinsame Grundlagen*, ISBN 978-3-451-29976-6

Bernhard Vogel, Matthias Kutsch (Hrsg.):  
*40 Jahre 1968. Alte und neue Mythen – eine Streitschrift*, ISBN 978-3-451-30200-8

## FORSCHUNGEN UND QUELLEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Heinrich Küppers:  
*Johannes Hoffmann (1890–1967). Biographie eines Deutschen*, Droste, Düsseldorf 2008, (Band 54) ISBN 978-3-7700-1905-2

## ZUKUNFTSFORUM POLITIK

Florian Weitzker:  
*Die freien Wähler in Deutschland. Geschichte – Struktur – Leitlinien* (Heft 93) ISBN 978-3-940955-32-6

Armin Pfahl-Traugber:  
*Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei* (Heft 92) ISBN 978-3-940955-22-7

Norbert Arnold, Ernst Peter Fischer, Jan Christian Gertz, Hansjörg Hemminger, Anja Siebert:  
*Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie* (Heft 91) ISBN 978-3-940955-19-7

Uwe Backes:  
*Die Entzauberung der Extremisten? Erfolgsbedingungen der NPD im internationalen Vergleich* (Heft 90) ISBN 978-3-940955-20-3

Jürgen Matthes, Christina Langhorst, Bodo Herzog:  
*Deutschland in der Globalisierung. Auswirkungen und Handlungsansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern* (Heft 89) ISBN 978-3-940955-17-3

Heinrich Hoffschulte:  
*Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen. The UN Guidelines on decentralisation and the strengthening of local authorities*, Zweite, überarbeitete Auflage (Heft 88) ISBN 978-3-940955-05-0

Rudolf van Hüllen:  
*Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte* (Heft 87) ISBN 978-3-939826-96-5

Udo Margendant:  
*Probleme der Föderalismusreform in Deutschland. Der gegenwärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismuskommission II* (Heft 86) ISBN 978-3-939826-84-2

Franz-Josef Bormann, Walter Homolka, Klaus Tanner:  
*Ethische Bewertung der Stammzellforschung* (Heft 85) ISBN 978-3-939826-75-0

## KOMMUNAL- POLITISCHES FORUM – MATERIALIEN FÜR DIE ARBEIT VOR ORT

Arbeitskreis Kommunalpolitik:  
*Bildung als Handlungsfeld kommunaler Integrationspolitik. Best-Practice-Beispiele* (Heft 38) ISBN 978-3-940955-01-2

Arbeitskreis Kommunalpolitik:  
*Integration vor Ort. Positionen und Handlungsempfehlungen für eine kommunale Integrationspolitik* Zweite, überarbeitete Auflage (Heft 37) ISBN 978-3-939826-95-8

Kommunales Wahllexikon.  
*aktualisierte Fassung*, Stand: Mai 2008 (Heft 30) Onlinepublikation

## IM PLENUM

Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Jörg-Dieter Gauger,  
Josef Kraus (Hrsg.):  
*Bildungschancen für Migranten*, ISBN 978-3-939826-82-8

Karsten Grabow,  
Patrick Köllner (Hrsg.):  
*Parteien und ihre Wähler. Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung im internationalen Vergleich*, ISBN 978-3-939826-56-9

Hermann Gröhe, Christoph Kannengießer (Hrsg.):  
*Globalisierung und Recht*, ISBN 978-3-939826-98-9

Christine Henry-Huthmacher (Hrsg.):  
*Schutz des Kindeswohls bei Gewalt in der Partnerschaft der Eltern*, ISBN 978-3-940955-06-7

Christoph Kannengießer,  
Franz Schoser (Hrsg.):  
*Deutschland und Europa im Prozess der Globalisierung. Anforderungen an die Wirtschaftsordnung*, ISBN 978-3-939826-78-1

Andreas Kleine-Kraneburg (Hrsg.):  
*Jüdische Soldaten in deutschen Armeen*, ISBN 978-3-939826-99-6

Birgit Krawietz, Helmut Reifeld (Hrsg.):  
*Islam und Rechtsstaat. Zwischen Scharia und Säkularisierung*, ISBN 978-3-939826-81-1  
Englische Ausgabe: ISBN 978-3-939826-86-6

Norbert Röttgen, Heinrich Amadeus Wolff (Hrsg.):  
*Parlamentarische Kontrolle. Die Nachrichtendienste im demokratischen Rechtsstaat*, ISBN 978-3-939826-90-3

Bernhard Vogel (Hrsg.):  
*Politische Kultur in den neuen Ländern. Herausforderungen und Perspektiven*, ISBN 978-3-940955-23-4

Bernhard Vogel (Hrsg.):  
*Preis Soziale Marktwirtschaft 2007. Arend Oetker: Künstler unter Unternehmern* (Onlinepublikation)

Gerhard Wahlers (Hrsg.):  
*Im Fadenkreuz der Großmächte. Die Geopolitik in der Golfregion*, ISBN 978-3-940955-03-6

## IM PLENUM KOMPAKT

Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Christian E. Rieck:  
*KAS-Demokratiereport 2008. Medien und Demokratie*

Danja Bergmann,  
Angelika Klein, Jan Woischnik,  
*Menschenrechte weltweit sichern, Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung 2008*

## POSITIONEN

Wolfgang Schüssel:  
*Die Realität hat die kühnsten Träume überholt*, 5. Petersberger Europa-Rede (Heft Nr. 11), Sankt Augustin/Berlin 2008 ISBN 978-3-940955-34-0

Uwe Schünemann:  
*Die unterschätzte Gefahr – Linksextremismus in Deutschland* (Heft Nr. 10), Sankt Augustin/Berlin 2008 ISBN 978-3-940955-33-3

Christian Wulff:  
*Menschenwürde, Zivilcourage, Mut – Widerstand im Nationalsozialismus: Vermächtnis und Zukunftsauftrag* (Heft Nr. 9), Sankt Augustin/Berlin 2008 ISBN 978-3-940955-18-0

Hans-Gert Pöttering:  
*Das europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs – die Chance richtig nutzen* (Heft Nr. 8), Sankt Augustin/Berlin 2008 ISBN 978-3-940955-02-9

## WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT

Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Uwe Backes, Ralf Thomas  
Baus, Herfried Münkler:  
*Der Antifaschismus als Staats-  
doktrin der DDR*  
November 2008; Online-  
Ausgabe, Druckfassung 2009

Michael F. Feldkamp:  
*Der Parlamentarische Rat  
und das Grundgesetz für die  
Bundesrepublik Deutschland  
1948 bis 1949*,  
ISBN 978-3-940955-09-8

Berndt Seite:  
Weißer Rauch. Eine Erzählung  
aus den Tagen des Mauerfalls  
1989,  
ISBN 978-3-940955-08-1

Bernd Sprenger, Bodo Herzog:  
*Währungsreform und Soziale  
Marktwirtschaft*,  
ISBN 978-3-940955-10-4

## ZEITSCHRIFTEN

Historisch-Politische Mittei-  
lungen. Archiv für Christlich-  
Demokratische Politik. Im Auf-  
trag der KAS herausgegeben  
von Günter Buchstab und  
Hans-Otto Kleinmann.  
15. Jahrgang, Böhlau Verlag,  
Köln 2008, ISSN: 0943-691X,  
erscheint jährlich

KAS-Auslandsinformationen.  
Im Auftrag der Konrad-  
Adenauer-Stiftung herausge-  
geben von Gerhard Wahlers.  
ISSN: 0177-7521, erscheint  
monatlich

Die Politische Meinung.  
Für die Konrad-Adenauer-  
Stiftung herausgegeben von  
Bernhard Vogel.  
ISSN: 0032-3446, erscheint  
monatlich

## VERLAGS- PUBLIKATIONEN

Ralf Thomas Baus, Annegret  
Eppler, Ole Wintermann  
(Hrsg.):  
*Zur Reform der föderalen Fi-  
nanzverfassung in Deutschland.  
Perspektiven für die Föderalis-  
musreform II im Spiegel inter-  
nationaler Erfahrungen.*  
Schriftenreihe des Europäischen  
Zentrums für Föderalismus-For-  
schung (Band 31),  
Nomos Verlagsgesellschaft,  
Baden-Baden 2008  
ISBN 978-3-8329-3395-1

Dieter Golombek:  
*Deutscher Lokaljournalisten-  
preis der Konrad-Adenauer-  
Stiftung. Dokumentation der  
preisgekrönten und fast preis-  
gekrönten Einsendungen des  
Jahres 2007; Rezepte für die  
Redaktion.*  
Ergänzungsband 3,  
Salzburg 2008  
ISBN 3-901227-27-X

Christine Henry-Huthmacher/  
Michael Borchard (Hrsg.):  
*Eltern unter Druck: Selbstver-  
ständnisse, Befindlichkeiten  
und Bedürfnisse von Eltern in  
verschiedenen Lebenswelten*,  
Stuttgart 2008  
ISBN 978-3-8282-0424-9

Cadenabbia und der Comer See.  
Herausgegeben von KAS und  
Merian-Verlag,  
München 2008  
ISBN 978-3-939826-68-2

Joachim Klose, Jochen Oehler  
(Hrsg.):  
*Gott oder Darwin?  
Vernünftiges Reden über  
Schöpfung und Evolution*,  
Berlin 2008  
ISBN 978-3-540-77935-3

## KAS-EINZELTITEL

Andreas von Below u.a.:  
*Europa im Wandel:  
Bücken bauen in Europa*,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 80-239-0606-2

Jochen von Bernstorff:  
*Nichtstaatliche Akteure in der  
Rechts- und Politikgestaltung*,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Dustin Dehé:  
*Sicherheit und Entwicklung:  
Thesenpapier zur Kooperation  
zwischen Sicherheitspolitik und  
Entwicklungszusammenarbeit*,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 978-3-939826-80-4

Dieter Neumann:  
*Die „68er“-Bewegung und ihre  
pädagogischen Mythen.*  
Auswirkungen auf Erziehung  
und Bildung,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 978-3-940955-13-5

collina; das Magazin vom  
Comer See.  
Herausgegeben von der  
Journalisten-Akademie der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Günther Rütger (Hrsg.):  
*Literaturpreis 2008 der  
Konrad-Adenauer-Stiftung:  
Ralf Rothmann, Dokumentation  
der Preisverleihung vom 18. Mai  
2008 in Weimar*,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 978-3-940955-26-5

Gerhard Wahlers (Hrsg.):  
*Budgethilfe als Instrument der  
Entwicklungszusammenarbeit*,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 978-3-940955-24-1

Gerhard Wahlers, Hans-Helmut  
Taake, Helmut Reifeld (Hrsg.):  
*Elitenkooperation und Entwik-  
lungszusammenarbeit*,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Rolf Zick:  
*Die CDU in Niedersachsen.  
Eine Chronik*,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 978-3-940955-28-9

Aktuelle Schwerpunkte der In-  
ternationalen Zusammenarbeit  
der Konrad-Adenauer-Stiftung  
in Lateinamerika,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Die Finanzmarktkrise.  
Internationale Perspektiven  
Berichte und Analysen aus  
24 Ländern  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Die Wahl Barack Obamas.  
Berichte aus dem US-Präsi-  
denwahlkampf,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Entwicklungszusammenarbeit  
der neuen EU-Mitgliedsstaaten:  
Mittel- und Osteuropa,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Frauenförderung: Zur Situation  
von Frauen weltweit,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Im Dialog mit Muslimen,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 978-3-939826-77-4

Jenaer Aufruf zur Erneuerung  
der Sozialen Marktwirtschaft,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
(Der Titel ist auch in englischer  
Sprache erhältlich.)

KAS-Imagebroschüre  
Auftrag: Demokratie!  
Die Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Krisenprävention und Konflikt-  
bearbeitung.  
Erfolgreiche Beispiele aus der  
weltweiten Projektarbeit der  
Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Lehren aus der Finanzmarkt-  
krise!? Ein Comeback der  
Sozialen Marktwirtschaft  
Band I: Ordnungspolitische und  
sozialethische Perspektiven,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 978-3-940955-38-8

Lernen aus Evaluierung. Bericht  
2006/2007  
Erfahrungen aus der internati-  
onalen Arbeit der Konrad-  
Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Parteien und Parteienkooperati-  
onen der KAS in Lateinamerika,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

The KAS Democracy Report  
2008. Media and Democracy.  
Volume II,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 978-3-940955-25-8

Think-Tank-Kooperationen der  
Konrad-Adenauer-Stiftung im  
Rahmen internationaler Zusam-  
menarbeit,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

Weltweit für den Rechtsstaat.  
Das Rechtsstaatsprogramm  
der Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin/Berlin 2008  
ISBN 978-3-940955-21-0

Publikationenverzeichnis 2008,  
Sankt Augustin/Berlin 2008

## ANALYSEN UND ARGUMENTE

Die Broschüren können auf  
[www.kas.de](http://www.kas.de) heruntergeladen  
werden.

## INFORMATIONSDIENSTE

Internet-Newsletter der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
(10 Ausgaben pro Jahr)  
Anmeldung über [www.kas.de](http://www.kas.de)  
oder [publikationen@kas.de](mailto:publikationen@kas.de)

KAS International  
(3 bis 4 Ausgaben pro Jahr)  
Download auf [www.kas.de](http://www.kas.de)

Newsletter der Hauptabteilung  
Politik und Beratung  
Download auf [www.kas.de](http://www.kas.de)

## ONLINEPUBLIKATIONEN

[http://www.kas.de/  
upload/dokumente/  
liste\\_Online-Publikationen.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/liste_Online-Publikationen.pdf)

Stand: 2. Dezember 2008



## KAS-AUSLANDSINFORMATIONEN

Die Zeitschrift für internationale Beziehungen mit dem Schwerpunkt Außen- und Entwicklungspolitik erscheint monatlich und seit dem Jahr 2008 in neuem Layout. Zu den Autoren zählen neben den Auslandsmitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung auch Wissenschaftler, Politiker und andere Fachleute aus den Ländern, in denen die Stiftung tätig ist. Die Beiträge richten sich an Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Vertreter der Wirtschaft, Bibliotheken von Forschungsinstituten und Universitäten sowie die interessierte Fachöffentlichkeit im In- und Ausland. Die KAS-Auslandsinformationen haben eine Auflage von 5.000 Exemplaren. Die Beiträge werden jeweils auch auf Englisch zusammenfasst und können unter [www.kas.de](http://www.kas.de) abgerufen werden. Zu den Schwerpunkten der Berichterstattung im Jahre 2009 wird die Politik der Vereinigten Staaten unter dem neuen Präsidenten Barack Obama gehören.

[www.kas.de/auslandsinformationen](http://www.kas.de/auslandsinformationen)



## DIE POLITISCHE MEINUNG

Die Monatszeitschrift versteht sich als politisches Meinungsforum im Kontext christlich-demokratischer Werte. Die Konrad-Adenauer-Stiftung engagiert sich für die Politische Meinung in einer inhaltlichen Partnerschaft und liefert thematisch maßgebliche Impulse. Umgekehrt wirkt die Zeitschrift auf die inhaltliche Arbeit der Stiftung und findet Verwendung bei Veranstaltungen und in der politischen Bildung. Die Beiträge umfassen ein breites Themenspektrum. In der Sparte „kontrovers“ öffnet die Politische Meinung sich für Verfasser aus konkurrierenden Denkschulen. Mit einer Auflage von 5.700 Exemplaren spricht sie vor allem Politiker, Journalisten, Pädagogen und Wissenschaftler an – Multiplikatoren, die in der politischen Bildung Akzente setzen und das demokratische Grundverständnis der Gesellschaft fördern. Das Jahr 2009 eröffnet die Zeitschrift mit Analysen zu den Präsidentschaftswahlen in den USA (Januar) und der weltweiten Finanzmarktkrise (Februar).

[www.politische-meinung.de](http://www.politische-meinung.de)

## DER FREUNDESKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FEIERT 2009 ZEHNJÄHRIGES

Im Freundeskreis haben sich Menschen zusammengeschlossen, die der Konrad-Adenauer-Stiftung nahestehen und sie darin unterstützen, die christlich-demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft weiterzuentwickeln und zu stärken. Dieses Netzwerk bildet die notwendige Grundlage, um die Arbeit der Stiftung auf dem heutigen hohen Niveau auch in Zukunft weiterzuführen.

Im Jahr 2008 nahm der Freundeskreis wieder an Studienreisen, Seminaren und herausragenden Veranstaltungen der Stiftung teil. So entdeckten die Förderer im April auf den Spuren Konrad Adenauers das politische Cadenabbia. Das Traditionsseminar „Windjammer“ des Hermann-Ehlers-Bildungswerks Oldenburg zur Kieler Woche begeisterte die Teilnehmer Ende Juni für die Seefahrt und die Landschaft an der Ostsee. „Jüdisches Leben in Berlin“ hieß ein Seminar, das unter anderem zu jüdischen Gedenkstätten führte. Darüber hinaus hatten die Teilnehmer Gelegenheit, den „Tag der KAS“ in der Akademie mit anschließendem Sommerfest zu besuchen. Anfang Oktober schloss sich eine Studienreise an, die – ausgehend von Wien über Slowenien und Kroatien – auf die durch drei Staaten geprägte Halbinsel Istrien führte.

Im Jahr 2009 wird der Freundeskreis zehn Jahre alt. Für das Jubiläumsjahr haben wir besondere Angebote im Programm und wir freuen uns sehr, wenn Sie Ihre Freunde und Bekannten darauf aufmerksam machen. Engagierte Menschen, die sich für die Konrad-Adenauer-Stiftung einsetzen, sind stets willkommen. Eine Beitrittserklärung für den Freundeskreis finden Sie auf der nächsten Seite oder im Internet unter [www.kas.de/Freundeskreis](http://www.kas.de/Freundeskreis).

Die Förderer stehen in regelmäßiger Kommunikation mit der Stiftung und erhalten kontinuierlich aktuelle Informationen über Schwerpunkte der Arbeit der KAS, über wichtige Veranstaltungen und Veröffentlichungen und natürlich über den Freundeskreis. Sie zahlen wahlweise einen Mindestbeitrag von 60 Euro im Jahr oder einen selbstgewählten höheren Beitrag.



„SO LEISTET DIE STIFTUNG SEIT NUN EINEM HALBEN JAHRHUNDERT EINEN UNVERZICHTBAREN BEITRAG FÜR FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT.“

BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER



„WIR BRAUCHEN DIE POLITISCHEN STIFTUNGEN UND WIR BRAUCHEN DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN GANZ BESONDERER WEISE.“

BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL



## FREUNDESKREIS

FREUNDESKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

FAX-NUMMER: 0 22 41 / 2 46-25 39

**JA, ICH MÖCHTE ZUM FREUNDESKREIS GEHÖREN UND WERDE DIE  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG REGELMÄSSIG UNTERSTÜTZEN.**

Der Mindestbeitrag pro Jahr beträgt:

Für Einzelpersonen 60,00 Euro. Für Ehepaare gemeinsam 80,00 Euro.

Für Studenten/Stipendiaten 40,00 Euro. Für Firmen/Institutionen 500,00 Euro.

Mein Jahresbeitrag \_\_\_\_\_ ☐ 500,00 € ☐ 250,00 € ☐ 180,00 € ☐ 120,00 € ☐ 60,00 €

Ich zahle meinen Jahresbeitrag ☐ jährlich ☐ halbjährlich

Firma

Telefon

Telefax

Titel, Name, Ansprechpartner

Vorname

E-Mail

Straße, Hausnummer

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Ort, Datum

Unterschrift

**Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung widerruflich, meinen**

**Förderbeitrag ab dem \_\_\_\_\_ zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.**

Die Zahlung erfolgt:

☐ über mein Bankkonto

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

Kontoinhaber

☐ über meine Kreditkarte  
(nur für Förderer im Ausland)

☐ American Express

☐ Eurocard/Mastercard

☐ Visa

Karten-Nr.

Karteninhaber

Karte gültig bis

Ort, Datum

Unterschrift

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin,  
petra.kulcsar@kas.de

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Kommunikation und Medien

Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin  
Telefon: 0 22 41/2 46-0  
Telefax: 0 22 41/2 46-25 91

Tiergartenstraße 35  
10785 Berlin  
Telefon: 0 30/2 69 96-0  
Telefax: 0 30/2 69 96-32 61  
E-Mail: [redaktion@kas.de](mailto:redaktion@kas.de)

### Redaktion

Walter Bajohr, Elisabeth Enders

### Redaktionsassistentz

Cornelia Wurm, Harald Wendlberger

### Gestaltung und Realisierung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln  
workstation gmbh | produktionsservice  
für analoge und digitale medien, Bonn

### Druck

Tuschen GmbH  
Druck- und Medienhaus, Dortmund

### SPENDEN SIE ÜBERS INTERNET!

Auf unserer Webseite unter [www.kas.de](http://www.kas.de) können Sie Ihre Spende durch Bank-einzug oder durch Überweisung auf unser Konto bei Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, Nr. 304042, BLZ 300 308 80, der Konrad-Adenauer-Stiftung zugute kommen lassen. Sie erhalten dann kurz nach Spendengutschrift von uns eine Zuwendungsbestätigung für Ihr Finanzamt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist wegen Förderung der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke gemäß § 48 Abs. 2 EstDV Anlage 1 Abschnitt A Nr. 3a, b, Nr. 4, Nr. 7, Nr. 10 und Nr. 12 durch Bescheid des Finanzamtes Sankt Augustin vom 21.01.2008 für das Jahr 2006 unter St.-Nr. 222/5751/0471 als gemeinnützig anerkannt worden und ist von der Körperschaftsteuer befreit.

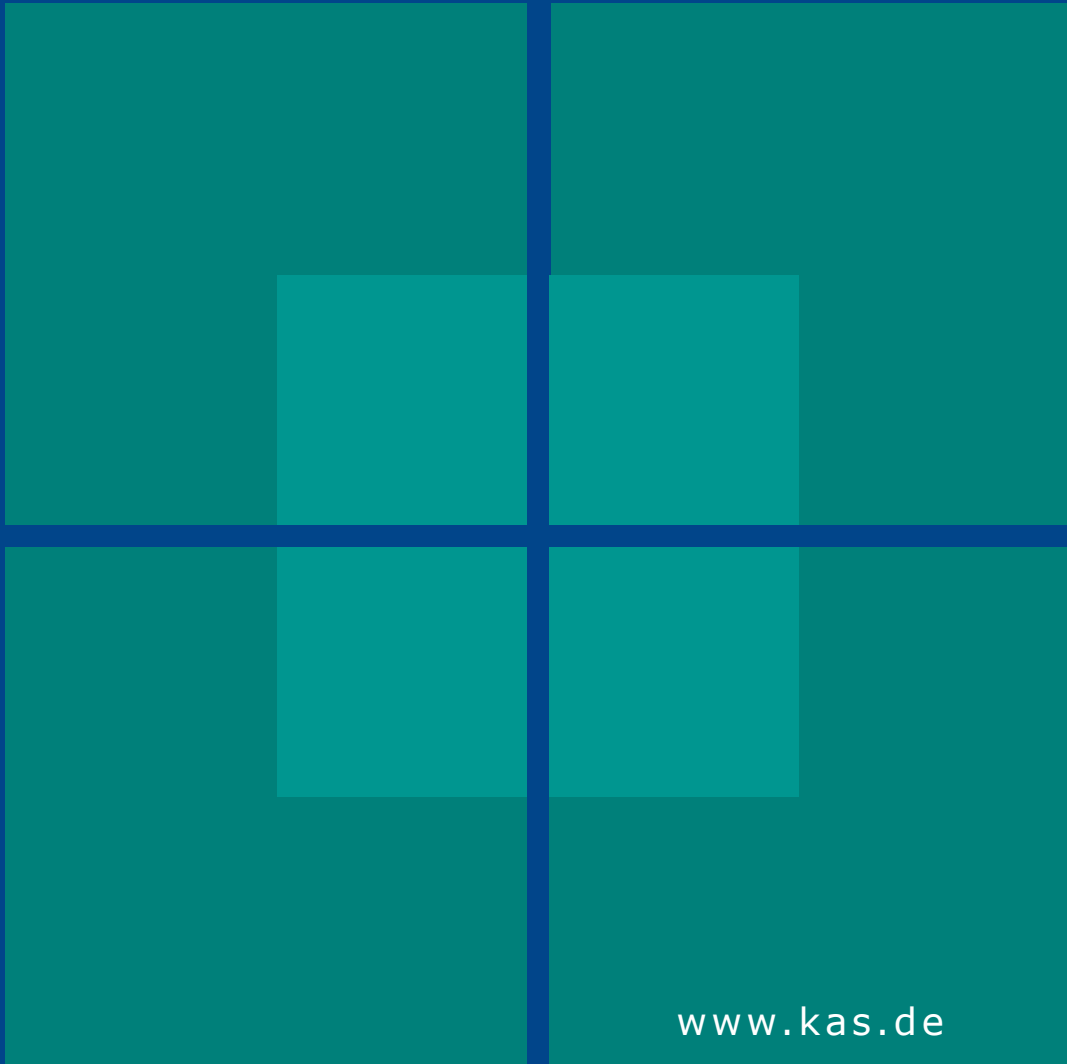
[www.kas.de](http://www.kas.de)

### Bildnachweis

Christian Charisius: 6  
Kornelia Danetzki: 12 (re. oben)  
dpa: Titel, 19-24, 25 unten, 26, 28 unten, 31 unten, 32, 39-43, 45, 48-49, 51 unten, 52-56, 59-60, 61 oben, 63-66, 68, 75 (re. oben), 82 (oben)  
Christian Echle: 48 (unten), 50, 75 (unten), 79 (li.)  
eu commission: 28 oben, 37, 38 oben, 44  
fotolia: 31, 46 (Nadia Ivanova)  
Tobias Fresenius: 96 (unten)  
Fototeam Holler, Sankt Augustin: 8 (li.)  
laif: 51 oben  
Henning Lüders: 10 (re. unten), 12 (li. oben u. re. unten), 72 (li.), 79 (re.), 82 (unten), 83 (unten) 90 (unten), 96 (oben), 97  
Jürgen Matern: 33  
Harald Odehnal: 8 (re.), 10 (re. oben), 72 (re.), 85 (unten), 87 (unten), 90 (oben), 93 (li. oben), 98, 117  
Photocase (Stihl024): 25  
Maik Schuck: 7 (re.)  
Maik Sempf: 86  
Marco Urban: 10 (li. unten), 11, 13 (li.), 14 (re.), 34, 76 (re. oben)  
Andreas Varnhorn: 7 (li.)  
Tobias Wangermann: 10 (li. oben)  
alle anderen: Konrad-Adenauer-Stiftung

Trotz sorgfältiger Recherche konnten nicht alle Rechteinhaber ermittelt werden. Sofern Sie eine Inhaberschaft nachweisen, erhalten Sie ein angemessenes Honorar.

© 2009 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Konrad  
Adenauer  
Stiftung